

Parlamentarische Technikfolgen- Abschätzung in Europa

E-book, herausgegeben von:

Gerda Falkner
Walter Peissl
Helge Torgersen

1994

Wien

© Forschungsstelle für Technikbewertung /
Institut für Technikfolgen-Abschätzung

Vorwort

Seit ihren Anfängen war eines der Hauptanliegen von Technikfolgen-Abschätzung, einen Beitrag zu leisten, das Informationsdefizit der Legislative gegenüber der Exekutive zu verkleinern. Seit einiger Zeit erlebt die Technikfolgen-Abschätzung in Europa einen Aufschwung, der in dieser Dimension kaum absehbar war. Der größte Teil der Aktivitäten findet sich allerdings im wissenschaftlichen Bereich, finanziert von der Verwaltung – ein Beitrag zum Ungleichgewicht. An etlichen europäischen Parlamenten gibt es aber Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, PTA, also Technikfolgen-Abschätzung für das oder mit dem Parlament zu betreiben. Wie das jeweilige Parlament damit umgeht, welche Besonderheiten die einzelnen Einrichtungen aufweisen, in welchem Zusammenhang diese mit der Struktur des parlamentarischen und allgemein politischen Systems stehen, war Gegenstand eines Forschungsprojekts des Instituts für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Anstoß hierzu gaben einerseits der erste Versuch einer parlamentarischen Technikfolgen-Abschätzung im österreichischen Parlament und der zaghafte Beginn einer Diskussion über eine möglich Institutionalisierung von PTA in Österreich. Andererseits läßt sich die Tendenz feststellen, daß PTA immer mehr zu einer internationalen Angelegenheit wird, eine Entwicklung, die etwa zur Gründung des European Parliamentary Technology Assessment Networks (EPTA) führte.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurde ein internationales Symposium mit Vertretern der bestehenden nationalen PTA-Einrichtungen und Parlamentariern durchgeführt, die Mitglieder der jeweiligen Leitungsausschüsse sind. Die Einzelbeiträge dieses Bandes stützen sich weitgehend auf die zu diesem Anlaß vorgetragenen Referate. Die unterschiedlichen Sichtweisen derer, die PTA betreiben, und ihrer Klienten, den Politikern, erzeugen ein plastisches Bild der europäischen Szene. In einem abschließenden Analyseteil wird versucht, anhand der Untersuchungen über die politischen Rahmenbedingungen und der Vergleiche der Selbstdarstellungen zu Schlußfolgerungen zu gelangen, wie PTA in Europa funktioniert, was sie leisten kann und welche Bedingungen hierfür notwendig sind. Wir hoffen, die Diskussion um die Rolle von TA im Parlament um einige interessante Aspekte bereichert zu haben.

Die Herausgeber

Inhalt

Vorwort	2
Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung – Wurzel und Entwicklungsgebiet von TA <i>Walter Peissl</i>	5
Parlamentarische Systeme, politische Kulturen und Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung in Europa <i>Gerda Falkner</i>	20
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>	20
<i>Dänemark</i>	28
<i>Frankreich</i>	33
<i>Großbritannien</i>	40
<i>Niederlande</i>	46
<i>Europäische Union – Europa Parlament</i>	51
<i>Österreich</i>	55
Erfahrungen mit Parlamentarischer Technikfolgen- Abschätzung in Europa	64
<i>Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag</i> <i>Thomas Petermann</i>	66
<i>Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung – Erfahrungen in Deutschland</i> <i>Wolf-Michael Catenhusen</i>	75
<i>Parlamentsverträgliche Technikbewertung</i> <i>Manfred Mai</i>	80
<i>TA am Landtag NRW -Anspruch und Wirklichkeit</i> <i>Katrin Grüber</i>	92
<i>Der Dänische Technologierat</i> <i>Jørn Ravn</i>	98
<i>Technikfolgen-Abschätzung in Dänemark</i> <i>Kjeld Rahbæk Møller</i>	108
<i>Technikfolgen-Abschätzung bei OPECST</i> <i>Michel Antoine</i>	112
<i>Die Niederländische Organisation für Technikfolgen-Abschätzung (NOTA)</i> <i>Lydia Sterrenberg</i>	117

<i>Parlament und NOTA: Distanziertes Zusammenleben</i>	127
<i>Wim van Gelder</i>	
<i>Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung in Großbritannien</i>	135
<i>Michael Norton</i>	
<i>POST's Arbeit aus der Sicht einer Parlamentarierin</i>	145
<i>Ann Campbell</i>	
<i>Das österreichische Parlament und Technikfolgen-Abschätzung</i>	152
<i>Walter Peissl, Helge Torgersen</i>	
<i>PTA in Europa: Der Vergleich</i>	166
<i>Gerda Falkner, Walter Peissl, Helge Torgersen</i>	
<i>Literatur</i>	194
<i>PTA Organisationen in Europa</i>	206
<i>Autoren dieses Bandes</i>	207

Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung – Wurzel und Entwicklungsgebiet von TA

Walter Peissl

Moderne Gesellschaften zeichnen sich unter anderem dadurch aus, daß immer komplexere Technologien unterschiedlicher Art in einem immer größeren Ausmaß genutzt werden und gleichzeitig das langfristige Gefährdungspotential durch diese Technologien größer ist als je zuvor. Die Einwirkungen auf das Leben des Einzelnen, der in unterschiedlichen Rollen mehr oder weniger mit Technologien konfrontiert wird, nehmen zu, ohne daß für ihn eine Gestaltungsmöglichkeit sichtbar ist. Da auch die Unsicherheit über die Konsequenzen des Einsatzes dieser Technologien steigt, ist die Politik mehr denn je gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Technikentwicklung in eine gesellschaftlich akzeptable Richtung zu beeinflussen in der Lage sind. Um die Lenkbewegungen nicht dem Zufall zu überlassen, bedarf es allerdings eines hohen Informationsstandes über die jeweiligen Technologien und deren zu erwartende Auswirkungen.

Als probates Instrument zur Verbesserung des Informationsstandes in technologiepolitischen Fragen hat sich in den letzten Jahren die Technikfolgen-Abschätzung etabliert. Zentraler Ort politischer Entscheidungen in demokratischen Staaten ist das Parlament. Von diesen beiden und ihrem Verhältnis zueinander soll im folgenden die Rede sein.

Vom Verhältnis von TA zu PTA – Begriffe und Geschichte

Die Begriffe "Technikbewertung", "Technikfolgen-Abschätzung" sind die gebräuchlichen Übersetzungen des ursprünglich aus den USA kommenden Begriffs "Technology Assessment" (TA). Sie werden oftmals synonym verwendet, in letzter Zeit wird aber verstärkt für

eine begriffliche Trennung plädiert. Diese Trennung bezieht sich auf die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte von *Technikbewertung* und *Technikfolgen-Abschätzung*. Im Sinne der VDI-Richtlinie zur Technikbewertung (1991) ist der Begriff Technikbewertung umfassender und bezieht auch gesellschaftliche Werte und politische Urteile mit ein. Die Technikfolgen-Abschätzung ist demnach Teil – und Vorbedingung – für eine Technikbewertung. Die Beiträge in diesem Band beschäftigen sich vor allem mit Technikfolgen-Abschätzung (TA) und ihrer speziellen Ausprägung der Parlamentarischen Technikfolgen-Abschätzung (PTA).

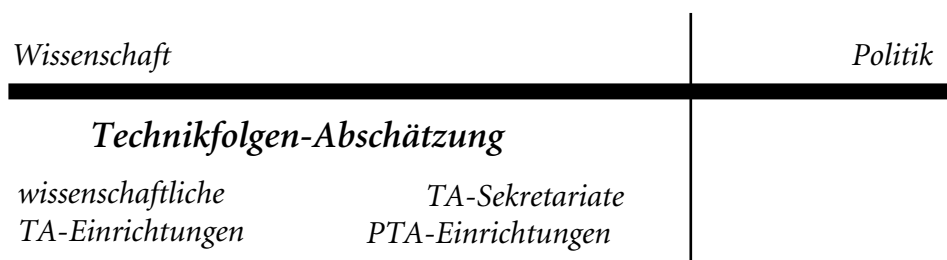
Zur Definition von TA gibt es eine Unzahl von Versuchen, den umfassenden Anspruch, "Technikfolgen" systematisch zu erfassen und an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu vermitteln, adäquat zu beschreiben. Eine sehr gute Darstellung des Gesamtkomplexes geben Schuchardt und Wolf (1990, 19): "Das Idealkonzept der Technikfolgen-Abschätzung und -bewertung erhebt den Anspruch, neben der Früherkennung technologieinduzierter Risiken eine umfassende Analyse des Spektrums möglicher sozialer, wirtschaftlicher, rechtlicher, politischer, kultureller und ökologischer Auswirkungen zu leisten, in der problemorientierten Aufbereitung der Untersuchungsergebnisse alternative Handlungsoptionen entscheidungsorientiert aufzuzeigen und zugleich unterschiedliche gesellschaftliche Interessen und Werturteile, die sich an die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien knüpfen, offenzulegen."

Diese weitreichende und anspruchsvolle Aufgabe kann naturgemäß nicht von einer Institution im Alleingang bewältigt werden. Deshalb kommt es auch zunehmend zu einer Arbeitsteilung innerhalb der "TA-Szene", die gleichzeitig die entsprechende Vernetzung zur Vorbedingung hat. Einerseits gibt es *wissenschaftliche TA-Einrichtungen*, die sich um möglichst umfassende TA-Studien bemühen, und andererseits politiknahe "*TA-Sekretariate*", die vor allem die Übersetzerfunktion für die Politik übernehmen. Wie bereits ausgeführt, hat Technikbewertung sowohl eine wissenschaftliche als auch eine politische Komponente. Auch innerhalb des Bereichs der Technikfolgen-Abschätzung lassen sich die Institutionen nach ihrer Nähe zur Politik unterscheiden. Wie aus der o.a. Definition von TA hervorgeht, ist TA an sich immer

Politikberatung. Anhand der europäischen PTA-Einrichtungen läßt sich zeigen, daß ihre Nähe zur Politik (im oder nahe dem Parlament) bestimmte Aufgaben und Methoden nahelegen. So wird zum Beispiel der Anwenderorientierung (kurze, lesbare Berichte) mehr Gewicht beigemessen als etwa der Tiefe der Analyse (die allein schon aus Zeitgründen in der Regel beschränkt bleiben muß). Ein weiterer Aspekt in der politiknahen Sphäre der wissenschaftliche TA ist die zunehmende Betonung partizipativer Elemente. Dazu zählen die Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit in den TA-Prozeß durch die Anwendung bestimmter Methoden (z.B.: Consensus Konferenzen – s.u.) und die Organisation von Diskussionsforen, öffentlichen Anhörungen und die verstärkte Medienarbeit sowie die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften, die sich an Adressaten außerhalb der scientific community (Politiker, Journalisten und die Öffentlichkeit) wenden.

Die folgende Graphik soll das Verhältnis von Technikbewertung zur Technikfolgen-Abschätzung und die Arbeitsteilung innerhalb von TA nochmals verdeutlichen:

Technikbewertung



Der umfassende Begriff von TA legt es nahe, den gesamten Prozeß als mehrstufige Abfolge von Bearbeitungsschritten aufzufassen, die zu einer immer stärkeren Verdichtung und politikrelevanten

Aufbereitung von Informationen führt. Die wissenschaftliche Technikfolgen-Abschätzung ist dementsprechend als Informationsinstrument zu betrachten, mit dessen Hilfe die Akteure der Technologiepolitik ihre wertgebundenen, interessenorientierten Entscheidungen zu treffen haben. Technikfolgen-Abschätzung selbst versucht nicht, "bessere" oder "schlechtere" Wege zu empfehlen, sondern bemüht sich, Handlungsoptionen zu erarbeiten und mögliche Entwicklungswege zu skizzieren, aus denen dann von der Politik der "bessere", sozial gewünschte ausgesucht werden kann.

TA ist gedacht als Input für eine Technologiepolitik, die sich nicht *ausschließlich* an technischer Präzision und wirtschaftlicher Rationalität orientiert, sondern auch die gesellschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen der Implementation verschiedener Technologien in ihre Entscheidungsprozesse einbezieht. Obwohl die Verantwortlichen der Technologiepolitik durch die weitverbreitete Technikskepsis zu einer vorausschauenden Bewertung ihrer Entscheidungen gezwungen werden und durch frühzeitig durchgeführte Analysen und entsprechende Publizität der Ergebnisse einen Beitrag zur Verringerung von Unsicherheit und damit von Angst leisten wollen, darf Technikfolgen-Abschätzung nicht als "Akzeptanz-Anhebungs-Strategie" mißverstanden werden.

Ein wesentlicher Kritikpunkt an TA betrifft das Grunddilemma jeglicher Prognosetätigkeit. Jede prognostische Arbeit ist in ihren Aussagen mit Unsicherheit behaftet; zu diesem grundsätzlichen Problem kommt im Falle von TA noch ein erschwerender Faktor hinzu – die Wahl des richtigen Zeitpunktes für die Durchführung von TA-Studien. Wird die Arbeit zu früh begonnen, ist die prognostische Unsicherheit zu groß, die Aussagen sind zu vage, und der Gebrauchswert der Informationen ist zu gering. Findet die TA-Arbeit jedoch zu spät statt, sind oftmals bereits erhebliche Mittel in die Entwicklung der entsprechenden Technologie geflossen, so daß selbst bei erkennbaren "negativen Folgen" – wie immer diese definiert sein mögen – eine Anpassung an die sozial erwünschte Entwicklungsrichtung nur schwer und eine Umkehr der Entwicklung fast gar nicht möglich ist. Um diesem "Steuerungs- und Kontrolldilemma" (Gloede 1993, 417) zu entgehen, wird oft auf die Prozeßhaftigkeit von Technikfolgen-Abschätzung verwiesen. Sie ergibt sich nicht nur daraus, den optimalen Analysezeitpunkt finden und die eigenen

Ergebnisse aufgrund neuer gesellschaftlicher wie auch technischer Entwicklungen überprüfen zu wollen, sondern auch daraus, daß TA sich mit zwei dynamischen Systemen (Technik und Gesellschaft) beschäftigt. Geht man von einer idealtypischen Wirkung von TA auf den Prozeß der Techniksteuerung aus, ergibt sich daraus eine enge Verbindung von Technikbewertung und -entwicklung, die von einem hohen Maß an Rückwirkung geprägt ist. Schon daraus ist ersichtlich, daß die Forderung nach Prozeßhaftigkeit von TA nicht stark genug betont werden kann.

Was ist nun das Besondere an Parlamentarischer Technikfolgen-Abschätzung?

Der Begriff geht auf die US-amerikanische Diskussion rund um die Etablierung des OTA beim US Congress (s.u.) zurück, d.h. TA war ursprünglich und hauptsächlich PTA. Unter PTA verstehen wir Technikfolgen-Abschätzungen, die im Auftrag oder in Verbindung mit dem Parlament von solchen Institutionen durchgeführt werden, die Teil des Parlaments sind oder mit diesem in irgendeiner Beziehung stehen. Für diese Aufgabe sind natürlich auch entsprechende Methoden und eine besondere Orientierung auf die Adressaten notwendig. PTA ist also der besonders politiknahe Teil der wissenschaftlichen Technikfolgen-Abschätzung. Die spezifischen Eigenschaften der bestehenden PTA-Einrichtungen in Europa sind Inhalt dieses Bandes und werden aus der Sicht der involvierten Akteure (Wissenschaftler und Politiker) noch ausführlich behandelt. Im folgenden wird nur ein kurzer *Überblick über bestehende PTA-Einrichtungen* gegeben. Die Tabelle unten zeigt die bestehenden PTA-Einrichtungen in den USA und in Europa, wobei das Budget in DM, die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Typ der Einrichtung und die für sie charakteristischen Methoden (ohne daß dies die einzig verwendeten wären) angeführt werden.

	USA	Europa					
		BRD	NL	DK	EU-Parl.	F	GB
Institution	OTA	TAB	NOTA	TN	STOA	OPECST	POST
Budget in Mio DM	33	4	2,5	2,5	1,8	1,5	0,6
wiss. Mitarbeiter	150	7	13	13	19	7	5
Typ	klass. Konzept, hoher Anteil von Eigen-Forschung	TA-Sekretariat	TA-Sekretariat	partizipatives Modell	TA-Sekretariat im Parlament	TA-Sekretariat im Parlament	TA-Sekretariat im Parlament
charakt. Methoden	Berichte, Workshops "comprehensive TA"	Berichte, Newsletter Workshops	Berichte, Workshops Kurzfassungen fürs Parlament	Consensus-Konferenzen	Berichte, Newsletter Workshops	starke Kooperation mit den Parlamentariern "pol. Berichte"	"Briefing Notes"

Oft genug ist betont worden, wie wichtig und verhängnisvoll zugleich das Vorbild des OTA für die Institutionalisierungsvorhaben von PTA in Europa war. Die unterschiedlichen politischen Systeme und die aus europäischer Sicht üppige Ausstattung mit personellen und finanziellen Ressourcen lieferten den Gegnern von PTA in verschiedenen europäischen Parlamenten lange Zeit genügend Argumente, um die Etablierung von PTA zu verzögern. Selbst wenn man sich in der Analyse auf die europäische parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung beschränkt, kommt man nicht umhin, zumindest kurz auf die Wiege des TA-Konzeptes in den USA hinzuweisen.

Das Office of Technology Assessment (OTA) wurde im Jahre 1972 beim Kongreß gegründet. In den Anfängen waren die konzeptionellen Leitlinien unklar, so daß die ersten fünf Jahre nicht sehr erfolgreich verliefen. Die unterschiedlichen Werthaltungen der Parlamentsparteien führten zu verschiedenen Vorstellungen über das Wesen der Arbeit des OTA. Während die Konservativen eher dem Modell des "contracting out" (Typ "TA-Sekretariat") zuneigten,

plädierten die Demokraten für mehr "in-house expertise". Erst dem dritten Direktor John Gibbons (1978 bis 1993) gelang es, das OTA zu konsolidieren (Rakos 1988, 20). Er führte strenge Qualitätskontrollen ein und sorgte für einen hohen Grad an Ausgewogenheit der Berichte, die sehr wesentlich zum guten Ruf der Institution beigetragen haben. Das OTA gibt in seinen Studien keine Empfehlungen ab, sondern analysiert Handlungsoptionen und deren Konsequenzen. Wie eine interne Evaluation vor kurzem ergab, soll dieser Teil der Arbeit noch intensiviert und damit die Brauchbarkeit der Berichte für die Politiker noch verbessert werden. In den Jahren seit seiner Gründung hat sich das OTA weit über die USA hinaus einen hervorragenden Ruf erworben. Im Jahre 1994 beträgt das Budget etwa 21 Mio US\$ (231 Mio ÖS, 33 Mio DM). Derzeit arbeiten ca. 150 wissenschaftliche Mitarbeiter am OTA.

Die konkrete Abwicklung eines Projekts am OTA orientiert sich an einem klar definierten Procedere. Studien werden meist auf Vorschlag eines oder mehrerer Ausschüsse des Kongresses ins Auge gefaßt. Sie werden nicht für einzelne Abgeordnete durchgeführt, auch vom grundsätzlich möglichen Vorschlagsrecht durch das OTA selbst wird kaum Gebrauch gemacht. Eine Anfrage wird zuerst dem Technology Assessment Board of Directors – bestehend aus sechs Senatoren, sechs Mitgliedern des Repräsentantenhauses und dem Direktor des OTA – zur Kenntnis gebracht. Dieser Vorstand bestimmt die grundlegende Politik des OTA und entscheidet auch über die Durchführung von Studien. Durch die ausgewogene Vertretung beider Parteien sind auch Ablehnungen von Anfragen möglich und erhalten politische Rückendeckung.

Wird ein Projektvorschlag angenommen, kommt es zur Bildung einer Arbeitsgruppe (5-10 Wissenschaftler), die mit der Projektvorbereitung beginnen. Wesentlich ist die Einrichtung eines Projektbeirates (advisory panel), bestehend aus etwa 12-18 Personen, die einander etwa 3-4mal während der Projektlaufzeit (ca. 18 Monate) zu Beratungen treffen. Ziel ist die Einbindung aller relevanten Interessengruppen und hochqualifizierter Experten. Damit soll eine Diskussion simuliert werden, wie sie sich im Kongreß ergeben könnte.

Ein vorläufiger Endbericht wird (in einer Auflage von bis zu 300 Exemplaren) mit der Bitte um Kommentare an alle betroffenen

Interessengruppen und Experten verschickt. Diese Kommentare werden in den Endbericht eingearbeitet, der von einem "professional writer" geschrieben wird, um so die Lesbarkeit und damit den Gebrauchswert für die Politiker zu erhöhen.

Die Informationen, die das OTA für die Parlamentarier bereitstellt, haben unterschiedlichen Charakter. Sie beschränken sich keineswegs auf die Abgabe von Endberichten. Als wesentliche Aufgaben sieht Gibbons (1990, 101):

- Frühwarnung bei neu auftauchenden Problemen
- Aufzählung wichtiger Tatsachen und ihrer Folgen
- Herausfinden, worüber Konsens besteht und wo Meinungsverschiedenheiten existieren,
- Offenlegen der Gründe hierfür und
- Zusammenfügen von Einzelheiten, um überzeugende Alternativen für staatliches Handeln zu erkennen.

Als wesentliche Gründe für die internationale Anerkennung, die das OTA genießt, werden u. a. angeführt, daß es gelungen ist, die Arbeit von ad-hoc Studien zu einer systematischen und flächendeckenden Arbeitsweise auszudehnen, daß der Schwerpunkt auf die "Inhouse-Forschung" verlegt wurde und daß es gelungen ist, eine gute Kooperation mit dem technologiepolitischen Management innerhalb des Kongresses zu etablieren (Schuchardt/Wolf 1990, 28).

Aufgaben des Parlaments im technologiepolitischen Feld

Das Parlament als Vertretung und Abbild des kollektiven Willens der Gesellschaft ist jene Institution in demokratischen Staaten, in der unterschiedliche Interessen und daraus resultierende Meinungsunterschiede diskutiert und auf politischem Wege einer Entscheidung zugeführt werden sollen. Eine an der Realität orientierte und empirisch nochvollziehbare Analyse der Parlamentsarbeit ergibt folgende Funktionen des Parlaments:

- Endformulierung in der Gesetzgebung (Gesetzgebungsfunktion)
- Partielle Mitwirkung an der Vollziehung (Mitregierungsfunktion)
- Kontrolle der Vollziehung (Kontrollfunktion)

- Forum des politischen Diskurses (Tribünenfunktion)
(Fischer 1992, 104).

Die Funktionen werden in der Realität von den verschiedenen Fraktionen in unterschiedlichem Ausmaß erfüllt. Während die Fraktionen der Regierungsmehrheit eher der Gesetzgebung und der Mitwirkung an der Vollziehung ihr Augenmerk schenken, ist die Opposition natürlich bestrebt, die Kontrolle der Regierung intensiv zu betreiben und das Parlament zur Darstellung ihrer Standpunkte zu nutzen. Eindringlich ist vor einer Verallgemeinerung zu warnen, da „das Parlament“ in der durch diesen Ausdruck implizierten Homogenität nicht besteht. Zu unterschiedlich sind die Ziele von Mehrheitsfraktionen und Opposition, und dementsprechend unterschiedlich ist auch der Nutzen, den die unterschiedlichen Teile des Parlaments im Werkzeug PTA sehen.

Die Gesetzgebungsfunktion ist der klassische Aufgabenbereich des Parlaments, der allerdings sehr stark von der Exekutive beeinflusst wird. Selbst wenn sich im Verlauf der letzten 20 Jahre der Anteil der Regierungsvorlagen an der Gesamtzahl der beschlossenen Gesetzesanträge in Österreich von 83% in der XII. GP (1971-1975) auf 68% in der XVII. GP (1986-1990) verringert hat (Fischer 1992, 105), so zeigt dies doch deutlich, in welchem hohem Maße das Parlament bei der Beschlußfassung auf großteils fertiggestellte Gesetzestexte der Exekutive nur reagieren kann und diese zum allergrößten Teil nur marginal oder unverändert beschließt.

Die Mitregierungsfunktion bezieht sich auf die Möglichkeit des Parlaments, mittels parlamentarischer Entschlüsse „Wünsche über die Ausübung der Vollziehung zu formulieren“ (Fischer 1992, 107). Da hinter derartigen parlamentarischen Entschlüssen die Mehrheit der Abgeordneten des Nationalrates steht und außerdem das Sanktionsmittel des Mißtrauensvotums angewandt werden kann, haben diese Wünsche den Charakter von bindenden Aufträgen. Die parlamentarische Entschluß eignet sich naturgemäß besonders zur Formulierung von allgemeinen politischen Leitlinien und ist damit ein adäquates Instrument, eine wesentliche Aufgabe des Parlaments zu erfüllen: die Festlegung allgemeiner Prioritäten und Ziele. „Als zentraler Ort politischer Willensbildung und Entscheidungen muß das Parlament, ebenso wie in anderen

Politikbereichen, zukunftsweisende Prioritäten in der Technikentwicklung setzen, die schließlich die Gesellschaft gestaltet. Das Parlament muß auch der Ort sein, wo z.B. eine gesamtgesellschaftliche Risikopolitik formuliert werden könnte, ohne sich in Details der Gewerbeaufsicht usw. zu verzetteln.“ (Mai 1993, 57) Das Parlament ist aufgefordert, über wünschbare Zukünfte und unerwünschte Folgen zu beraten und dem demokratischen Prinzip entsprechend diesem Willen auch Ausdruck zu verleihen.

Die Schwelle des gerade noch akzeptablen „Restrisikos“ einer bestimmtem Technologieanwendung kann jedenfalls nicht im wissenschaftlichen Bereich bestimmt, sondern muß politisch ausgehandelt werden. Es sollte jedoch nicht nur die Abwendung von möglichen negativen Folgen Politikinhalt sein. Vielmehr können politische Leitbilder wie die Forderung nach einer „sozialverträglichen Technikgestaltung“ oder dem Beitrag einer Innovation zum „nachhaltigen Wirtschaften“ positive Impulse zur technologischen Weiterentwicklung liefern. Diese Leitlinien zu konkretisieren und in operationale Kriterien zu transferieren, mag im einzelnen nicht leicht sein, ist aber vor dem Hintergrund der o.a. Entwicklungen und dem derzeit vorherrschenden Primat der Ökonomie eine unverzichtbare Aufgabe, der sich die Politik zu stellen hat.

Die Kontrollfunktion des Parlaments wird naturgemäß stärker von der Opposition ausgeübt. Instrumente zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle sind die schriftliche Interpellation, mündliche Anfragen an Regierungsmitglieder, die Dringliche Anfrage, die Fragestunde, die Aktuelle Stunde, der Untersuchungsausschuß und auch Sonderprüfungen durch den Rechnungshof, die auf Antrag einer Minderheit des Nationalrates durchgeführt werden (vgl. Fischer 1992, 111). Die Kontrollfunktion des Parlaments bezieht sich aber nicht nur auf die Überprüfung der Verwaltungstätigkeit im Sinne von „Richtigkeit“, „Sparsamkeit“ und „Zweckmäßigkeit“, die vom Rechnungshof durchgeführt wird, sondern umfaßt auch die Schaffung von Transparenz, das Offenlegen von Entscheidungsabläufen und das Aufzeigen von Unterlassungen oder Handlungsalternativen. Es geht also um die Kontrolle der Qualität des Regierungsprozesses im umfassendsten Sinne (Gerlich 1973).

Die Tribünenfunktion schließlich wird durch das Parlament dergestalt erfüllt, daß die Beratungen im Plenum des Nationalrates

öffentlich zugänglich und oft auch von Radio und Fernsehen übertragen werden. Ausschlußberatungen sind derzeit nicht zugänglich, jedoch auch nicht vertraulich, so daß über die Beratungen in den Medien berichtet werden kann. Vor allem im Zuge einiger Untersuchungsausschüsse der vergangenen Jahre wurde die Forderung nach Öffentlichkeit für diese parlamentarische Einrichtung laut. Mit der Geschäftsordnungsreform 1988 wurde dieser Forderung nachgekommen und die Untersuchungsausschüsse im Stadium der Beweiserhebung „medienöffentlich“ gemacht (Fischer 1992, 112). Die Tribünenfunktion ist in technologiepolitischen Fragen in einigen europäischen Parlamenten zur zentralen Aufgabe von Parlament und PTA-Einrichtung geworden.

Das Parlament allein kann diese Aufgaben natürlich nicht ausreichend wahrnehmen, da auch andere Akteure in der technologiepolitischen Arena mitspielen. Gerade in Ländern mit ausgeprägten korporatistischen Strukturen (wie z.B. Österreich) kann ein gesamtgesellschaftlicher technologiepolitischer Diskurs nicht unter Ausschluß der Sozialpartner erfolgen. Wie einige Fehlschläge der vergangenen Jahre (Atomkraftwerk Zwentendorf, Donaustaufstufung bei Hainburg) zeigten, ist aber die Einbindung der Sozialpartner allein auch noch nicht hinreichend, um eine gesamtgesellschaftlich akzeptable Lösung zu finden. Die Öffnung der Diskussion und Entscheidungsvorbereitung für Umweltgruppen, Verbraucherorganisationen und die direkt Betroffenen ist dementsprechend ein Gebot der Stunde, will man nicht Widerstände erzeugen, die eine Durchsetzung bestimmter technologischer Varianten extrem verteuern oder unmöglich machen. Da sich im außerparlamentarischen Bereich eine der Sozialpartnerschaft entsprechende Plattform für den Dialog zwischen Technologiepromotoren und deren Kritikern noch nicht etabliert hat, besteht für das Parlament die Chance, an realpolitischem Gewicht zu gewinnen, wenn die Tribünenfunktion ernst genommen wird und über den bestehenden parteipolitischen Diskurs hinaus auch die Öffentlichkeit an bestimmten Debatten teilnehmen kann. Durch die Öffnung von Anhörungen etwa ist es recht einfach, alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen in diesen parlamentarischen Diskussionsprozeß einzubeziehen und so eine umfassendere Sichtweise zu generieren.

In allen vier Funktionsbereichen des Parlaments kann Technikfolgen-Abschätzung eine hilfreiche Unterstützung der parlamentarischen Arbeit bedeuten. Die Informationsfunktion von Technikfolgen-Abschätzung verstärkt die Wissensbasis des Parlaments in der Gesetzgebungs-, Mitregierungs- und Kontrollfunktion, die auf die Zusammenarbeit mit und die Kontrolle der Regierung abzielen. Die Tribünenfunktion schließlich gewinnt in letzter Zeit in der internationalen Diskussion immer stärker an Bedeutung. Dementsprechend hat sich auch die parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung in den vergangenen Jahren gewandelt. Die klassische Informationsfunktion tritt zurück hinter die Aufgabe, den technologiepolitischen Diskurs auf parlamentarischer Ebene zu organisieren. Jedoch soll dieser Diskurs nicht auf parteipolitischer Ebene allein geführt werden. Vielmehr ist die Öffnung für Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Betroffener deklariertes Ziel neuerer Entwicklungen in der parlamentarischen Technikfolgen-Abschätzung. Diese Bestrebungen sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Vertrauensverlustes der Politik in den Augen der Bevölkerung begründet und können dieser Tendenz entgegenwirken.

Sind technische Entwicklungen steuerbar?

Angesichts der Gefahrenpotentiale neuer Technologien scheint die Notwendigkeit gesellschaftlicher Steuerung unbestritten. Ein fundamentaler Einwand gegen TA im allgemeinen und PTA im speziellen betrifft jedoch die politische Steuerungsmöglichkeit der technischen Entwicklung an sich. Diese gipfelt etwa in der Aussage: *Politische Steuerung ist eine fragwürdige oder gar sinnlose Anstrengung*. Diese Ansicht gründet sich vor allem darauf, daß direkt ablesbare Effekte von staatlichen Steuerungsmaßnahmen immer schwerer auszumachen sind bzw. bei festgestellten Auswirkungen in der Sphäre der Technikentwicklung der Kausalzusammenhang mit bestimmten staatlichen Maßnahmen kaum feststellbar ist. Die Komplexität der Wirkungszusammenhänge von Technik, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik vor Augen, könnte man diesem Befund auch leicht zustimmen, und doch ist es besser, zumindest eine Ahnung von möglichen Entwicklungspfaden zu haben, als völlig

im Dunkeln zu tappen. Auch Nichthandeln hat politischen Charakter – und entsprechende Folgen.

Die umfangreiche Debatte um Wirksamkeit oder Wirkungslosigkeit von politischer Steuerung trifft natürlich auch die existenziellen Grundpfeiler von parlamentarischer Technikfolgen-Abschätzung. Diese ist ja in erster Linie ein Instrument der wissenschaftlichen Politikberatung mit dem Anspruch, die Politik in Ihrer Steuerungsfunktion bezüglich der technologischen Weiterentwicklung und ihrer Folgen zu unterstützen. Steht nun die Steuerungsfunktion (oder die Steuerungsmöglichkeit) an sich in Frage, ist auch die Legitimation des Werkzeugs kritisch. Unstrittig ist, daß nach der Planungseuphorie der 70er Jahre in den 80er Jahren eine deutliche Enttäuschung und ein Pendelschlag in Richtung "weniger Staat" zu verzeichnen war. Doch selbst bei großer Skepsis gegenüber direkten Steuerungsmöglichkeiten und unter Einbeziehung der Unwägbarkeiten (national-) staatlichen Handelns unter gegebenen Rahmenbedingungen wie der Globalisierung der Märkte und hoher internationaler Verflechtungen in Wirtschaft und Wissenschaft bleibt doch "weiterhin ein signifikanter Bedarf nach politischer Steuerung" (Martinsen 1991, 51) bestehen. Politisches Handeln und damit auch politische Steuerung kann nie abgekoppelt von Akteuren – individuellen wie auch kollektiven – geschehen, deshalb ist jedenfalls richtig, daß Politik *potentiell* steuern kann, ob sie es *tatsächlich* kann ist indes ungewiß und abhängig von institutionellen Voraussetzungen (Scharpf 1989, 62). Ähnlich argumentiert auch Renate Mayntz (1987, 96ff zit. nach Martinsen 1991, 53), die aber neben den institutionellen Defiziten auch andere Begründungen für die geringe Wirksamkeit staatlicher Steuerung im historischen Ablauf feststellt: "wird die Art des Scheiterns regulativer Politik in den 70er Jahren überwiegend als Implementations- und Motivationsproblem betrachtet, rückt in den 80er Jahren der Gesichtspunkt mangelnden Wissens der zentralen politisch-administrativen Akteure sowie in neuester Zeit die Debatte über noch vorhandene oder entschwindende Möglichkeiten von Steuerung überhaupt in den Vordergrund." Dieser Befund zeigt eine gewisse Übereinstimmung mit dem Verlauf der Diskussionen über die Institutionalisierung bzw. Sinnhaftigkeit von Technikfolgen-Abschätzung bzw. Technikbewertung. In den frühen 70er Jahren wurde entsprechend

der Überzeugung der Steuerbarkeit gesellschaftlicher Prozesse durch Politik auch im Bereich der Technologiepolitik ein Instrument gesucht (und gefunden), das – ist es einmal institutionell verankert – den Regelungsbedarf bedienen und das dazu nötige Wissen bereitstellen kann. In den 80er Jahren stand die Informationsfunktion von TA im Vordergrund und hier insbesondere der Aspekt der "Chancengleichheit mit der Regierung". In letzter Zeit wird die Effektivität von TA (und damit auch die politische Steuerung) von manchen Autoren überhaupt in Frage gestellt.

Durch die hohe Komplexität moderner Gesellschaften und die multifaktoriellen Einflüsse auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsysteme kann politische Steuerung natürlich nicht mehr mit dem autokratischen Durchsetzungsvermögen absoluter Herrscher vergangener Epochen gleichgesetzt werden. Der Begriff der Steuerung wird vor dem Hintergrund der laufenden Diskussion jedenfalls weiter gefaßt werden müssen als früher und beinhaltet indirekte Einflußnahmen ebenso wie das Bewußtsein der Beschränktheit der Steuerungsmöglichkeiten.

In der historischen Entwicklung haben sich auch die Ziele der Steuerungspolitik geändert. Neben wirtschaftlichen Zielen, wie etwa der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stand am Beginn gezielter staatlicher Eingriffe in die Technikentwicklung und -anwendung vor allem der Aspekt der Sicherheit von Maschinen und Anlagen im Vordergrund. Heute sind eher übergeordnete „Mega-Ziele“ in der Diskussion. Dabei geht es vor allem um die langfristige Erhaltung der sozialen und natürlichen Umwelt. Mit dieser „Vergrößerung“ des Zielrasters ist natürlich auch die Operationalisierung durch Normen und andere staatliche Steuerungsmaßnahmen schwieriger geworden.

Wenn man sich die Schwierigkeiten politischer Steuerung technischer Entwicklungen vor Augen führt, die Grenzen der Prognosemöglichkeiten zukünftiger Entwicklungen erkennt und die unendliche Geschichte der Institutionalisierung von PTA in Europa resümiert, könnte man leicht resignativ werden und vor der Vielzahl der Probleme kapitulieren. Demgegenüber steht aber die Chance, mit Hilfe von PTA den gesamtgesellschaftlichen Diskurs über neue Technologien zu fördern und Technologiepolitik (auch innerhalb des Parlaments) überhaupt erst zu einem relevanten Thema zu machen.

Dazu müssen die anfangs zu hoch geschraubten Erwartungen der Adressaten an das Informationsinstrument Technikfolgen-Abschätzung auf ein realistisches Maß reduziert werden und der politische Wille zum Ausbau der Tribünenfunktion des Parlaments bestehen. Sind diese Voraussetzungen gegeben, kann auch die gesellschaftliche Steuerung – oder zumindest Beeinflussung – technischer Entwicklungen in Richtung sozial- und umweltverträglicher Innovationen gelingen.

Parlamentarische Systeme, politische Kulturen und Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung in Europa

Gerda Falkner

Bundesrepublik Deutschland

Parlamentarisches System

Die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet sich als „demokratisch-parlamentarischen Bundesstaat“. Staatsoberhaupt ist der von der Bundesversammlung für fünf Jahre gewählte Bundespräsident. Das parlamentarische Zwei-Kammer-System besteht aus dem Bundestag mit 662 direkt gewählten Abgeordneten und dem Bundesrat mit 68 VertreterInnen der Länderregierungen.

Eine Besonderheit des deutschen Systems¹ liegt in der Bedeutung des Bundeskanzlers, der auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt wird und auf dessen Vorschlag die Minister vom Präsidenten ernannt werden. Die sog. deutsche „Kanzlerdemokratie“ fußt darüber hinaus auch in dessen Befugnis zur Organisation der Verwaltung (Zahl und Zuständigkeit der Ministerien) sowie zur Formulierung der allgemeinen Linien der Regierungspolitik (Richtlinienkompetenz). Vor allem wird der Kanzler durch das sog. „konstruktive Mißtrauensvotum“ gestützt, wonach die Parlamentsmehrheit ihn nur dann entlassen kann, wenn sie sich zugleich auf eine andere Person für diese Funktion einigt. Auch die sog. „Vertrauensfrage“ verleiht dem deutschen Kanzler besonderes Gewicht

¹ Daneben wäre v.a. der Föderalismus zu nennen: Die deutschen Länder sind für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig, sofern das Grundgesetz nicht andere Regelungen trifft (zur effektiven Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern siehe Brettschneider u.a. 1992, 474; zur föderativen Struktur und der Rolle des Bundesrates vgl. Ismayr 1992, 15ff).

gegenüber dem Parlament: Stellt er im Bundestag den Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, und wird dem Antrag weder entsprochen noch ein neuer Bundeskanzler bestellt, so kann auf seinen Vorschlag hin der Bundespräsident den Bundestag auflösen (vgl. etwa Brettschneider u.a. 1992, 466; Peters 1990, 188).

Kanzler und Minister sind üblicherweise auch Mitglieder des Bundestages, der das Regierungsoberhaupt formell wählt. Infolge der stark ausgeprägten Parteidisziplin (ähnlich der französischen Nationalversammlung und dem britischen Parlament) sind die Parlamentsmehrheiten zumeist berechenbar – was noch durch meist offene oder namentliche Abstimmungen gefördert wird (Saalfeld 1990, 72; vgl. auch Peters 1990, 90). Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, daß der Einfluß des deutschen Bundestags im internationalen Vergleich noch groß ist: Aberbach et al. (1981) bezeichneten ihn als „perhaps the most powerful legislative chamber in Europe“.

Einfluß auf die Politikgestaltung geben dem deutschen Bundestag v.a. die beträchtlichen finanziellen Ressourcen der Fraktionen und ihrer Arbeitskreise (innerparteiliche Diskussionen und Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien laufen eher hinter den Kulissen als im Plenum des Bundestages ab). Die wichtigsten parlamentarischen Instrumente zur Kontrolle der Regierung sind sogenannte „große Anfragen“ (mündliche Fragen während der Fragestunde) und „aktuelle Stunden“, wo kurze Debatten über aktuelle Themen durchgeführt werden. Generell sind jedoch die Ausschüsse und parallel dazu die intrafraktionellen Arbeitsgruppen die wichtigsten und zeitintensivsten Tätigkeitsbereiche der ParlamentarierInnen. Neben den ständigen Ausschüssen (häufig parallel zu den Regierungsressorts) gibt es auch Sonderausschüsse (ad hoc) und Untersuchungsausschüsse beziehungsweise Enquete-Kommissionen (wie etwa jene zur TA). In den Ausschüssen werden ca. 60% der Gesetzesanträge abgeändert – wobei es allerdings zumeist um Detailfragen und nicht um die großen Linien geht.

Insgesamt kann der Bundestag aber trotz seiner im Vergleich zu anderen europäischen Parlamenten stärkeren realpolitischen Gestaltungsmacht nicht als „law-making“ im engsten Sinne eingestuft werden, weil auch in der BRD die Exekutive die Rechtsetzung stark prägt: „Legislation is dominated by the government working through

stable coalitions and cohesive majority parties“ (Saalfeld 1990, 82). Die deutsche Politikwissenschaft spricht auch von einer „Verschmelzung von Parlamentsmehrheit und Regierung zur politischen Funktionseinheit“ beziehungsweise einer „Aktionseinheit“ (Ismayr 1992, 13 u.a.).

Auch in der Technologiepolitik liegt die Entscheidungskompetenz de facto eher bei der Exekutive als beim Parlament: „Die Legislative hat auf technologiepolitische Entscheidungsprozesse keinen großen Einfluß“ (VDI 1992, D 43 u.a.). Selbst im Zuge der „Institutionalisierungsdebatte“ um TA (s. u.) wurde kaum verlangt, diese Gewichtung zu verändern und TA etwa in eine umfassende Parlamentsreform einzubetten – womit das Parlament zu erkennen gab, daß es die Dominanz der Regierung akzeptiert hat (a.a.O.). Nichtsdestotrotz wollten die „Gründerväter“ der deutschen PTA zumindest auch dem laufenden Terrainverlust gegenüber der Exekutive begrenzt gegensteuern, im Sinne der Verstärkung der Effizienz des bestehenden Systems der Aufgabenteilung (vgl. Brass 1990, 106).

Dazu paßt auch, daß kein öffentlichkeitsbezogenes, partizipatives TA-Konzept gewählt wurde, sondern vielmehr ein szientistisches und damit elitistisches². Auch dies steht in Übereinstimmung mit der gegebenen politischen Verfassung: Referenden sind in der BRD lediglich für den Fall der Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehen – und haben damit in der politischen Praxis Seltenheitswert (vgl. zum Beispiel Brettschneider u.a. 1992, 462). Die seit den 70er Jahren erhöhte Bereitschaft der Bevölkerung zu politischer Partizipation mußte daher auf nichtkonventioneller Ebene stattfinden (Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen etc.; vgl. Ismayr 1992, 22f).

Politische Kultur

Neben der starken Position des Kanzlers an der Spitze der Exekutive haben auch rein politische, nicht verfassungsrechtlich bestimmte Faktoren die Rolle des deutschen Parlaments beeinflußt: So vor allem die Tendenz der 60er und 70er Jahre zu korporatistischer

² Interviews haben allerdings ergeben, daß die gewählte szientistische Stoßrichtung mittlerweile sogar den Abgeordneten zu ausgeprägt sein dürfte.

Entscheidungsfindung zwischen Regierung und Großverbänden einerseits sowie Verhandlungsprozesse der Regierung mit Akteuren auf ministerieller, subnationaler und supranationaler (Länder- wie auch EU-) Ebene andererseits. Beides prädeternierte politische Entscheidungen beziehungsweise verlagerte sie fallweise überhaupt außerhalb des parlamentarischen Wirkungsbereichs (Saalfeld 1990, 68f).

Das bundesdeutsche politische System ist generell konsensorientiert – neben dem umfassenden Grundgesetz in Verbindung mit der richterlichen Kontrolle darüber trägt dazu vor allem auch das stabile Modell der Koalitionen mit der FDP bei, das den Parteienwettbewerb in der politischen Mitte ansiedelt (unter anderem Peters 1990, 205). Die Opposition zog vor allem bis 1983 eher vor, die Politik im „nicht-öffentlichen“ Rahmen parlamentarischer Ausschüsse, beratender Regierungsausschüsse oder des Schlichtungsausschusses zwischen Bundesrat und Bundestag zu beeinflussen. Die parlamentarische Vertretung der Grünen (1983 bis 1993) änderte daran einiges, was sich u.a. im signifikant geringeren Anteil einstimmiger Voten im Bundestag zeigte (Saalfeld 1990, 77).

Zur engen Verbindung zwischen Verwaltung und Parlament trägt auch bei, daß viele deutsche BeamtInnen Parteimitglieder sind – diese Verbindungen sind fast unumgängliche Karriereförderung (Peters 1990, 186). Ebenso sind BeamtInnen überproportional stark im Parlament als Abgeordnete vertreten (Aberbach et al. 1981, 98). Enger Kontakt zwischen Parlament und Bürokratie wird vor allem über das breite Netz parlamentarischer Ausschüsse hergestellt, in denen eine Vielzahl von BeamtInnen in beratender Funktion teilnimmt (Aberbach et al., 231).

Demgegenüber gehören politische BeraterInnen nicht zur selbstverständlichen Infrastruktur für MinisterInnen (im Unterschied zu den Kabinetten in Frankreich; Peters 1990, 201), und auch am Parlament hat Beratung durch ExpertInnen, die nicht zur Administration oder Pressure groups gehören, wenig Tradition.

Gegenüber der Öffentlichkeit wird dem deutschen Bundestag ein Versagen in der Rolle als „zentrales Forum der Nation“ nachgesagt (Saalfeld 1990, 82). Darauf könnte (neben diversen politischen Skandalen etwa um Flick und Barschel) auch zurückzuführen sein, daß die deutschen Spitzenwerte im Vertrauen ins eigene Parlament

ab Mitte der 80er Jahre (allerdings vor allem bei den jüngeren Kohorten) abnahm (Saalfeld 1990, 84f).

Wenn man den relativen Stellenwert von Natur- und Umweltschutz bzw. die Sympathie für Grün-Bewegungen als ein Indiz für eine politische Haltung heranzieht, die einer institutionalisierten Technikfolgen-Abschätzung tendenziell positiv gegenübersteht, könnte TA mit prinzipiell großem Interesse der Deutschen rechnen. Indizien für derartige Werthaltungen, die eine Etablierung von PTA begünstigen, lassen sich aus Umfragen über die Selbsteinschätzung der Bürger in verschiedenen EU-Ländern gewinnen (Brettschneider u.a. 1992):

Mit knapp über 20% sich als „postmaterialistisch“ bezeichnenden BürgerInnen (etwa gleich viele MaterialistInnen) und ca. 60% „Mischtypen“ lag die BRD 1990 bei den Wertorientierungen nach Luxemburg und den Niederlanden an dritter Stelle der „PostmaterialistInnen“ und Mischtypen.³ Ca. drei Viertel der Deutschen gaben 1988 an, Naturschutz sei für sie Engagement wert, selbst wenn sie dabei einiges riskieren beziehungsweise auf manches verzichten müßten – womit die BRD gemeinsam mit Luxemburg innerhalb der EU weit voran liegt (gefolgt von Dänemark mit ca. zwei Dritteln). Der in der Bundesrepublik lange vorherrschende Fortschrittskonsens dürfte damit mittlerweile brüchig geworden sein (so auch Ismayr 1992, 20⁴).

Mit über 80% sehr oder ziemlich zufriedenen Befragten über die Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land liegen die Deutschen nichtsdestotrotz insgesamt an erster Stelle innerhalb der EU (gefolgt

³ Als Mitglied der *Ökologiebewegung* bezeichneten sich 1986 zwar nur 0,4% der (in einer Stichprobe befragten) Deutschen (8. Stelle der EG-Mitglieder), unterstützen würden diese aber immerhin 26,5% (4. Stelle der EG-Mitglieder). Einen "*Naturschutzverband*" würden demgegenüber fast 60% unterstützen (1. EG-Stelle!), fast 2% sind Mitglied (6. Stelle; vgl. Brettschneider u.a. 1992, 580f).

⁴ Der Autor verweist in diesem Zusammenhang auch darauf, daß die zweite Enquetekommission des Bundestags zur Technikfolgen-Abschätzung sich grundsätzlich darin einig gewesen sei, daß die Steuerungsfunktion des Marktes allein nicht geeignet ist, die soziale und ökologische Verträglichkeit der Technik im erforderlichen Umfang zu gewährleisten.

von den Niederlanden und Dänemark mit ca. 75%; zuletzt Italien mit weniger als 30%).

Engagement für politische Ziele 1988 (in Prozent)

Frage: Welche der hier angeführten Ideen oder Gründe sind für Sie der Mühe wert, dafür einiges zu tun, selbst dann, wenn Sie dabei einiges riskieren bzw. auf manches verzichten müßten?

	Gleich- berechtigung	Menschen- rechte	gegen Rassis- mus	Weltfrieden	gegen Armut	Freiheit des Individuum	Religiöser Glaube	Natur- schutz
Belgien	23.4	56.4	37.1	69.4	68.4	46.5	13.3	66.5
Dänemark	23.3	59.4	30.7	58.3	35.0	43.3	10.8	59.4
BR Deutschland	32.6	61.8	32.2	67.3	44.0	35.8	17.9	74.7
Frankreich	22.7	66.2	41.2	78.3	70.9	41.3	12.5	56.1
Griechenland	29.9	52.2	32.4	85.0	49.0	53.2	34.5	51.8
Großbritannien	24.9	55.0	31.4	70.9	57.3	43.2	17.5	47.8
Irland	21.2	61.9	23.4	74.8	68.7	30.3	35.4	26.0
Italien	18.5	62.5	44.0	81.6	55.4	35.6	22.3	57.5
Luxemburg	41.3	39.7	58.0	86.3	70.3	56.7	19.0	76.0
Niederlande	26.6	53.1	36.5	55.1	45.8	32.2	16.8	53.7
Portugal	32.4	58.3	41.5	87.3	80.1	44.0	31.7	57.1
Spanien	23.6	59.4	35.4	76.7	62.0	33.7	19.6	
x	26.6	57.2	37.0	74.3	58.9	41.3	20.9	55.8
s	6.1	6.6	8.3	10.0	12.9	7.9	8.1	13.0

Tabelle 2 aus: Brettschneider (1992, 583)

Zugleich bezeichneten jedoch 1988 ca. 67% der Deutschen „die Politik und die Regierung“ als undurchschaubar (Brettschneider u.a. 1992, 540). Dem im vergangenen Jahrzehnt gewachsenen Informations- und Beteiligungsbedürfnis der Bevölkerung wurde also kaum entsprochen (vgl. auch Peters 1990, 184) – wiederum eine Tendenz, an der die konkret gewählte Institutionalisierungsform von PTA im positiven Sinne nichts verändert haben dürfte.

Institutionalisierung von TA

Bis zur Institutionalisierung des Büros für Technikfolgenabschätzung am deutschen Bundestag (TAB) galt die BRD als Beispiel für eine schwerpunktmäßig bei der Exekutive angesiedelte TA (VDI 1992, PE 20f). Die Regierung hatte – wie in den meisten westlichen Industrieländern – ab Ende der 60er Jahre punktuell diverse TA-Aktivitäten gesetzt (Beispiele siehe VDI 1992, PE 24). Im Parlament waren Auseinandersetzungen mit Technik bis Mitte der 80er Jahre

Angelegenheit des Ausschusses für Forschung und Technologie, der sich fast ausschließlich mit den Aktivitäten des entsprechenden Bundesministeriums für Forschung und Technologie beschäftigte. Im März 1985 wurde jedoch vom Bundestag einstimmig beschlossen, eine Enquete-Kommission⁵ zur „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ einzusetzen (VDI 1992, D 20f)⁶.

Die bundesdeutsche Debatte stellte TA vor allem als Instrument der Politikberatung dar und wurde auf den Ebenen der Enquete-Kommission einerseits und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen andererseits ausgetragen. Dementsprechend fand sie innerhalb eines kleinen Zirkels von ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft statt, während die Öffentlichkeit weitgehend ausgeschlossen blieb⁷. Dem entspricht, daß die Orientierung, TA als Instrument der Initiierung öffentlicher Diskurse einzurichten, im Hintergrund blieb – entsprechende Vorschläge sozialwissenschaftlicher ExpertIn-

⁵ Enquete-Kommissionen sind Ausschüsse besonderer Art, an denen neben einer jeweils vereinbarten Zahl von Abgeordneten auch Sachverständige teilnehmen. Von insgesamt elf zwischen 1979 und 1992 eingesetzten Enquetekommissionen des Bundestages beschäftigten sich übrigens sieben mit neuen Technologien und ihren sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen (vgl. Ismayr 1992, 501ff und Überblick über die bisherigen Enquete-Kommissionen auf S. 514).

⁶ Den Anstoß für die deutsche parlamentarische Debatte um eine Institutionalisierung von TA gab ursprünglich die Gründung des OTA, die 1973 von den Oppositionsparteien in Form eines Antrages zur Gründung eines "Amtes zur Bewertung technologischer Entwicklungen beim Bundestag" aufgegriffen wurde. Ziel der Initiatoren war v.a. eine Stärkung der parlamentarischen Kontrollfähigkeit des Agierens der Regierung – der politische Hintergrund ist in der ungewohnten Oppositionsrolle der vor 1969 zwanzig Jahre lang regierenden Konservativen zu sehen (VDI 1992, PE 23). Insgesamt waren in der Folge ca. 12 Organisationsformen in Diskussion (vgl. Ismayr 1992, 516). Erst nach dem Regierungswechsel war offensichtlich das Anliegen zumindest in Form der Enquete-Kommission konsensfähig. Zuvor hatte sich jedoch die CDU/CSU zur Annahme ihres eigenen Antrages aus Oppositionszeiten – der nach dem Machtwechsel 1982 von der SPD unterstützt wurde – nicht mehr bereit erklärt (vgl. Ismayr 1992, 693, FN 136)! Offensichtlich stand also politischer Gebrauchswert vor abstrakten Idealen.

⁷ Zu den inhaltlichen Dimensionen der Debatte vgl. VDI 1992, D 42f.

nen beziehungsweise der Oppositionsparteien wurden nicht aufgegriffen (vgl. VDI 1992, D 44 und Ismayr 1992, 526 u.a.⁸).

Die korporatistischen Züge des bundesdeutschen politischen Systems und das korporatistische Muster technologiepolitischer Entscheidungen tauchte auch in der Institutionalisierungsdebatte von TA auf. Allerdings handelte es sich weniger um einen korporatistischen Aushandlungsprozeß i.e.S. (Beispiele dafür in der Technologiepolitik vgl. VDI 1992, D 44) als vielmehr um Interventionen eines wichtigen Wirtschaftsverbandes (Bundesverband Deutscher Industrie, BDI), die dazu führten, „daß im Endergebnis die Interessen einer industrienahen Klientel eher berücksichtigt worden sind als etwa gewerkschaftliche Positionen.“ (VDI 1992, D 44)⁹

Die konservativ-liberale Parlamentsmehrheit beschloß schließlich, dem Fachausschuß für Forschung und Technologie die Initiierung und Steuerung von TA zuzuweisen. Die wissenschaftliche Durchführung sollte allerdings abseits der Politik geschehen. Demgemäß wurde 1990 für eine Dauer von drei Jahren „eine der renommiertesten TA-Einheiten in der BRD, die Abteilung für Angewandte Systemanalyse (AFAS) des Kernforschungszentrums Karlsruhe als externe Beratungseinrichtung“ ernannt (VDI 1992, PE 25). Die AFAS wiederum gründete als parlamentsnahe TA-Einheit das „Büro für Technikfolgenabschätzung“ des deutschen Bundestages (TAB).

Weil jedoch die AFAS auch Politikberatung für das BMFT leistet, kann die gewählte Institutionalisierungsvariante in der BRD „in der Struktur als zugleich parlaments- und exekutivnah“ bezeichnet werden (VDI 1992, D 26) – und der Schwerpunkt der TA-Aktivitäten liegt nach wie vor beim Ministerium.

⁸ Nach Vorstellung der GRÜNEN sollten TA-Prozesse für außerinstitutionelle Diskurse möglichst offen sein und kollektive Lern- und Diskussionsprozesse initiieren (Ismayr a.a.O.).

⁹ "So gilt es als ziemlich sicher, daß die Intervention des BDI die Entscheidung der Regierungsfractionen, die Empfehlung der Enquete-Kommission nicht weiter zu verfolgen, beeinflußt hat" (VDI 1992, D 24 m.w.N.). Dieser erste Vorschlag hatte eine "interne Lösung mit wissenschaftlicher Mindestqualität" präsentiert, die neben einer Kommission aus Abgeordneten und ExpertInnen (mit Beschlußempfehlungskompetenz an das Plenum des Bundestages) auch eine Ständige wissenschaftliche Einheit und Beiräte mit VertreterInnen relevanter und betroffener gesellschaftlicher Gruppen vorsah (a.a.O. 22).

Der zuständige Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Bundestages setzte die Erwartung in das TAB, möglichst frühzeitig über Trends in Wissenschaft und Technik informiert zu sein. Zielsetzung des TAB ist dementsprechend, in enger Kooperation mit den Abgeordneten und abgestimmt auf deren Informationsbedürfnisse und Handlungsnotwendigkeiten spezifische Problemfelder zu identifizieren, die Art und Weise ihrer Beantwortung festzulegen und anfallende Ergebnisse sukzessive, differenziert und möglichst aktuell zu vermitteln (Ismayr 1992, 26).

Daran, daß diesen Vorstellungen bis Mitte 1993 noch nicht ganz entsprochen werden konnte, dürfte nicht zuletzt auch die von Bundestagsmitgliedern zunehmend kritisierte hochwissenschaftliche Ausrichtung der produzierten TA-Studien (akademischer Stil und Breite) Anteil haben. Obwohl die eigentliche Forschung von parlamentsunabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführt wird, klappt die Servicefunktion des TAB offensichtlich nicht zufriedenstellend. Eine Folge dessen dürfte die Rolle von TA als „Minderheitenprogramm“ im Bundestag sein – die Ergebnisse erfahren somit keine ausreichende Verbreitung oder gar Umsetzung. Ein zusätzlicher Faktor in diese Richtung dürfte aber auch die Anbindung nicht an den gesamten Bundestag, sondern nur an einen spezifischen Ausschuß sein. Und weil der TA-Prozeß für die Bevölkerung schwer zugänglich ist, fehlt einerseits die Breitenwirkung und wird andererseits die Tendenz sinkender Legitimität des politischen Systems einmal mehr verstärkt. Von den drei potentiellen Funktionen von parlamentarischer TA-Einrichtungen, nämlich Forschung, Diskurs und Aufbereitung, scheinen somit alle außer der ersten noch nicht zufriedenstellend erfüllt.

Dänemark

Parlamentarisches System

Dänemark ist eine parlamentarische konstitutionelle Monarchie und ein Einheitsstaat. Die gesetzgebende Gewalt üben das Staatsober-

haupt (Königin) und das Parlament gemeinsam aus, die vollziehende Gewalt obliegt gemäß der Verfassung Königin und Regierung. De facto sind aber die einzelnen MinisterInnen für ihr Ressort voll verantwortlich. Sie können theoretisch auch vom Parlament entlassen werden, in der Praxis gilt jedoch der Ministerpräsident als verantwortlich für das gesamte Kabinett. Die MinisterInnen bilden unter Vorsitz der Königin (in ihrer Abwesenheit des Ministerpräsidenten) den Staatsrat, dessen Beschlüsse der Zustimmung der Königin bedürfen.

Das dänische Parlament (Folketing) besteht, seit 1953 eine neue Verfassung beschlossen wurde (vgl. dazu Wenzel 1982, 25f), aus einer einzigen Kammer mit 179 unmittelbar vom Volk gewählten Mitgliedern. Die ungewöhnlich niedrige Schwelle für die Vertretung im Parlament (nur 2%, vgl. Damgaard 1992, 20; zum Wahlsystem detailliert Wenzel 1982, 30ff) führt dazu, daß eine Vielzahl von Parteien Mandate hält.

Aber nicht nur in bezug auf die Vertretung von Parteien ist Dänemarks politisches System sehr offen: auch die Bevölkerung wird vergleichsweise sehr stark eingebunden. Volksentscheide sind in Dänemark über im Parlament verabschiedete Gesetzentwürfe möglich, wenn dies von einem Drittel der Abgeordneten beantragt wird. Vorgeschrieben sind sie für Verfassungsänderungen und Befugnisabtretungen an zwischenstaatliche Organisationen (z.B. Maastricht-Referendum 1992).

Politische Kultur

Die dänische Gesellschaft ist vergleichsweise homogen, es gibt keine traditionsreichen ethnischen oder regionalen Konflikte. Ungewöhnlich zersplittert ist allerdings die politische Landschaft: Der Wahlmodus (strenges Proportionalwahlsystem) hat zu einer starken Fragmentierung des Parteiensystems geführt (1987: 11 Parteien im Folketing). Seit in den historischen Wahlen von 1973 („Katastrophenwahl“, Wenzel 1982, 197; zu den Hintergründen vgl. auch Damgaard 1992, 20ff), bei denen die drei traditionell großen Parteien zusammen nur weniger als 50% der Stimmen erreichten, wurden die Regierungsbildungen extrem schwierig. Mittlerweile blickt Dänemark auf eine lange Tradition von

Minderheitsregierungen zurück: seit 1964 gab es keine volle vierjährige Legislaturperiode mehr (vgl. etwa Brettschneider u.a. 1992, 592; die durchschnittliche Legislaturperiode betrug seither ca. zwei Jahre, vgl. Damgaard 1992, 22). Um die nötigen Parlamentsmehrheiten für kritische Vorlagen zu erreichen, werden traditionell kompromißorientierte Paketlösungen ausgearbeitet.

Diese politische Konstellation verleiht dem dänischen Parlament große legislative Bedeutung – die jeweilige Regierung ist ja auf eine ausreichende Mehrheit im Folketing angewiesen. Wenn auch die meisten Gesetzesinitiativen von Regierungsmitgliedern und nicht etwa von ParlamentarierInnen eingebracht werden, so sind doch die drei parlamentarischen Lesungen und vor allem die Ausschusssitzungen (in denen oftmals die MinisterInnen vorgeladen werden und Rede und Antwort stehen müssen) von ausschlaggebender Bedeutung (Präsidium des Folketings 1992, 12).

Die beschriebene Konsensorientierung der dänischen Gesellschaft wird zusätzlich auch durch starke Interessenvereinigungen unterstützt (die Gewerkschaften verfügen mit 86% (1988) über einen im internationalen Vergleich extrem hohen und innerhalb der EU über den höchsten Organisationsgrad, vgl. Armingeon 1993, 291), und auch die Bevölkerung wird in den politischen Prozeß vergleichsweise stark einbezogen. So gehört Dänemark zu den wenigen Mitgliedstaaten der EU, wo Referenden noch eine gewisse praktisch-politische Bedeutung genießen (Kimmel 1992, 40 nennt daneben noch Irland, Italien und Frankreich während des Gaullismus).

Nicht zuletzt diese Offenheit der politischen Arena für „NormalbürgerInnen“ – in die sich auch der gewählte partizipative TA-Ansatz einfügt (siehe unten) – sowie die bedeutende dänische Tradition der Erwachsenenbildung dürften dazu beitragen, daß das Interesse an Politik unter den dänischen Staatsangehörigen bei weitem am höchsten innerhalb der EU liegt (ca. 70% geben sehr oder ziemlich großes Interesse an. Es folgen BRD und Großbritannien mit ca. 60%, an letzter Stelle liegt Portugal mit nur ca. 10% entsprechenden Antworten; Brettschneider u.a. 1992, 533).

Umso gewichtiger ist zu werten, daß die DänInnen bei der Zufriedenheit mit ihrem politischen System hinter der BRD (ca. 80%) mit den Niederlanden an immerhin zweiter Stelle der EU-Länder liegen (je ca. 75%; siehe Tabelle 3). Im Glauben, man könne im eigenen

Land etwas zur Verbesserung beitragen, liegt Dänemark sogar an erster Stelle (a.a.O., 118f). Auch ihren MitbürgerInnen sowie ihrer Verwaltung stellen die DänInnen mit im EU-Vergleich höchsten Vertrauenswerten sehr gute Zeugnisse aus (Gabriel 1992, 112 und 115; Einblicksrecht in alle Regierungsakten ist übrigens eine Selbstverständlichkeit, die Bürgerombudsperson eine traditionsreiche Einrichtung). Insgesamt scheinen in Dänemark alle Merkmale einer „demokratischen Kultur“ im positiven Sinne überdurchschnittlich ausgeprägt (a.a.O., 126).

Mit nur 11,4% sich als materialistisch bezeichnenden Befragten ist Dänemark das (mindestens in der Selbsteinschätzung der BürgerInnen) post-materialistischste Land der EU (siehe Tabelle 1). Fast 60% der DänInnen würden sich für Naturschutz engagieren (vierte Stelle innerhalb der EU; vgl. Tabelle 2).

Institutionalisierung von TA

Schon in den 70er Jahren fanden in Dänemark viele und umfassende öffentliche Diskussionen (unter Beteiligung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und WissenschaftlerInnen) statt, allerdings ohne einheitliches Konzept und ohne Institutionalisierung von TA. Anfang der 80er Jahre richtete der Technologierat beim Industrieministerium eine Planungsgruppe für TA ein, die bis 1984 Pilotprojekte durchführte. 1983 gründete der Rat für Sozialforschung des Bildungsministeriums seine „Initiative für Technik und Gesellschaft“. Mit dem „Technology Assessment Board“ beim Parlament entstand 1986 eine dritte und für diesen Kontext einschlägige dänische TA-Einrichtung¹⁰ (VDI 1992, DK 12f).

Das Board (mit 15 Mitgliedern) untersteht einem Parlamentsausschuß aus neun Mitgliedern, der auch Aufträge für spezifische TA's gibt und jährlich einen Bericht erhält. Der Vorsitzende des Boards und drei Mitglieder werden vom Ausschuß direkt ernannt, während die elf restlichen Mitglieder als RepräsentantInnen von diversen Organisationen (Forschungsräten, Gewerkschaften etc.) no-

¹⁰ Allerdings sind noch einige andere TA-Komitees in der Verwaltung, v.a. beim Gesundheitsministerium, zu erwähnen, die einige vielbeachtete Konsensus-Konferenzen über Gesundheitsfragen abhielten (VDI 1992, DK 22).

miniert und gewählt werden. Ein ständiges Sekretariat unterstützt das Board bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen, kann aber auch selbständig Studien initiieren. De facto ist die Verbindung zum Folketing nicht sehr eng (Vig 1992, 14).

Das TA-Board hat zwei Aufgaben: neben der Durchführung von TA vor allem auch die Förderung der öffentlichen Diskussion. Mit ca. 40% der Gesamtmittel werden sog. „Consensus-Konferenzen“¹¹, Meetings von ExpertInnen und Laien, öffentliche Diskussionen und Publikationen organisiert. Zum Projektoutput des dänischen Board gehören in der Regel jeweils ein Buch, Artikel, vierseitige Zusammenfassungen für die ParlamentarierInnen sowie eine Consensus-Konferenz mit der damit verbundenen Informationsleistung gegenüber der Öffentlichkeit. Wichtig ist darüber hinaus die Zusammenarbeit mit Universitäten, ressortnahen sowie privaten Forschungsinstituten, mit Gewerkschaften und Bürgerinitiativen (vgl. VDI 1992, DK 20). Auch die beiden mit TA befaßten Regierungsstellen arbeiten eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Die Kombination von zentralen (Parlament, Ministerien) und dezentralen Aktivitäten (universitäre und andere Formen) ist also ein wesentliches Strukturmerkmal der dänischen TA.

Das Board befindet sich derzeit (Sommer 1993) in einer Evaluationsphase durch eine externe Konsultantin. Von seiten des Folketing scheint eine engere Kooperation mit den Abgeordneten erwünscht zu sein (unter anderem wird die räumliche Distanz kritisiert, weil sie Kontakte erschwert) – allerdings wird auch mehr Eigeninitiative (z.B. in Hinblick auf zukunftsweisende Themen) vom Sekretariat gewünscht (Interview mit Abg. Lone Dybkjær). Die Aufarbeitung kontroverser Themen für die öffentliche Diskussion und die Aufbereitung der Ergebnisse daraus wird dagegen auch von

¹¹ Entsprechend diesem vom Board entwickelten Konzept eines "Dialogs" zwischen Bevölkerung und WissenschaftlerInnen bewertet ein möglichst viele gesellschaftliche Gruppen umfassendes Laien-Panel Experten-aussagen zum jeweiligen Thema. Solchermaßen können PolitikerInnen einen Eindruck von der Meinung der Bevölkerung zu neuen Technologien gewinnen – und fallweise führte eine solche (über die Medien publikumswirksam aufbereitete!) Veranstaltung auch schon zu parlamentarischen Debatten (so etwa über genetische Tests durch Arbeitgeber; vgl. The Danish Board of Technology 1992).

Abgeordneten gewürdigt, die TA eher ablehnend gegenüberstehen (Interview mit Abg. Kim Behnke).

Mehr „Dienstleistungen“ für die Abgeordneten sind insofern schon ins Auge gefaßt, als künftig Anfragebeantwortungen zusätzlich zu den Aufgaben des Boards gehören sollen. Mit seinem knappen Newsletter an alle ParlamentarierInnen (1 Blatt, 25mal im Jahr) denkt das Board aber schon bisher sehr gut anzukommen.

Frankreich

Parlamentarisches System

Frankreich ist eine demokratisch-parlamentarische Republik und ein Zentralstaat. Staatsoberhaupt ist der für sieben Jahre unmittelbar vom Volk gewählte Präsident. Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Parlament, das aus zwei gleichrangigen Kammern besteht. Die Nationalversammlung besteht aus 577 unmittelbar für fünf Jahre gewählten Abgeordneten, während der Senat als Vertretung der Gemeinden, Departements und überseeischen Gebiete mittelbar gewählt wird (317 Mitglieder). Der Premierminister (er hat in beiden Kammern Initiativrecht) wird vom Präsidenten ernannt und entlassen, welcher auch den Vorsitz im Ministerrat führt (Brettschneider u.a. 1992, 467 und 470).

Nach den instabilen Verhältnissen der dritten und vierten Republik (1874-1940 und 1946-1958) wurde in Frankreich ein System eingerichtet, das als bipolares oder semi-präsidentielles bezeichnet werden kann¹². Der Präsident hat durch seine direkte Wahl, durch die Einsetzung der Premierminister sowie die Möglichkeit zur Abhaltung von Referenden großes politisches

¹² Obwohl seitdem in der Praxis eine Vorherrschaft der Exekutive in Frankreich festzustellen ist, ist eine solche aber doch nur möglich, wenn eine Parlamentsmehrheit hinter ihr steht. In der Zeit der "Cohabitation" (1986-1988) mußte Präsident Mitterrand etwa einen Vertreter der konservativen Parlamentsmehrheit zum Premierminister machen, weil eine stabile Parlamentsmehrheit dies wollte.

Gewicht. Für den Fall, daß er die Verfassung bedroht sieht, verfügt er über weitreichende Notstandsvollmachten (Owen 1990, 66). Auch verhandelt und unterzeichnet er internationale Verträge. Verordnungen benötigen die Unterschrift von Präsident und RegierungschefIn.

Die Sphäre der Gesetzgebung ist in Frankreich durch Art. 34 der Verfassung genau umschrieben, alles andere fällt in den Bereich von Regierungsverordnungen. Ein Verfassungsrat wacht sogar darüber, daß das Parlament seine Befugnisse nicht überschreitet. Darüber hinaus gibt die Verfassung der Regierung auch starke Waffen zur Eingrenzung der parlamentarischen Debatten in die Hand (vgl. auch Brettschneider u.a. 1992, 470; Owen 1990, 68f; Oberreuter 1992, 317): Falls ein Vorschlag – der die Zustimmung beider Kammern braucht – zwischen ihnen hin und her pendelt, kann die Regierung – nach Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses aus beiden Häusern und unter Einhaltung vorgeschriebener Schritte – letztlich das von ihr erwünschte Ergebnis in der Nationalversammlung durchsetzen (während der Senat ausgeklammert wird, wo die Regierung zumeist über eine weniger verlässliche Mehrheit verfügt).

Die Regierung hat vergleichsweise sehr starken Einfluß auf das Parlament. So bestimmt sie im großen und ganzen die Tagesordnung der Sitzungen, da eine Priorität für Regierungsvorlagen innerhalb jedes Sitzungstages besteht und diese behandelt werden müssen (noch dazu in der von der Regierung gewünschten Reihenfolge). Weiters kann die Regierung das Parlament gemäß Art. 44 der Verfassung dazu zwingen, über ein Vorhaben als Ganzes abzustimmen, ohne daß einzelne Abänderungsvorschläge möglich sind (allein 22 Fälle im Jahr 1987; vgl. Frears 1990, 40). Darüber hinaus kann die Regierung aber auch ein Gesetzesvorhaben als „Vertrauensangelegenheit“ (matter of confidence) erklären. In diesem Fall gilt es automatisch als vom Parlament verabschiedet, falls dieses keinen Mißtrauensantrag annimmt. Auch dieses drastische Instrument wird immer wieder verwendet (Frears 1990, 41).

Letztlich kann die Regierung aber sogar ganz ohne das Parlament gesetzgebend tätig werden, nämlich über ein Referendum anstelle der parlamentarischen Zustimmung. Volksentscheide können vom Präsidenten auf Vorschlag der Regierung oder beider Kammern

initiiert werden. Vorgeschrieben sind sie bei Verfassungsänderungen (z.B. Brettschneider u.a. 1992, 462).

Die Verfassung legte eine Zahl von nur sechs ständigen Ausschüssen für jede Kammer fest. Diese fertigen über jede Vorlage einen Bericht an. Spezifische Ad-hoc-Ausschüsse können nur mit Unterstützung der Regierungsmehrheit zustandekommen und werden daher kaum eingerichtet (Frears 1990, 36).

Seit 1962 besteht in Frankreich ein Wahlsystem mit Einpersonwahlkreisen und einem zweiten Wahlgang, das der jeweils stärksten Partei überproportional viele Sitze in der Assemblée Générale zuordnet und kleine Parteien de facto ausschließt (z.B. Cole/Campbell 1989). Dementsprechend sind bis heute keine alternativen oder Grünparteien im französischen Parlament vertreten – was mit dazu beitragen dürfte, daß die PTA-Einrichtung OPECST („Office Parlementaire d'Evaluation des Choix Scientifiques et Technologiques“) bisher (nach Aussage aller Mitarbeiter) weitestgehend ohne parteipolitische Rankünen arbeiten konnte. Daß in einem sehr umstrittenen Projekt (zum Rhein-Rhône-Kanal) zwei Rapporteurs für eine TA-Studie ernannt werden mußten, die schließlich auch zu gegensätzlichen Schlußfolgerungen kamen (im Endbericht nebeneinandergestellt), lag weniger an gegensätzlichen partei- denn an regionalpolitischen Interessen.

Politische Kultur

„The French Parliament in the Fifth Republic is 'modest' to the point of being inadequate but it remains a valued institution.“ (Frears 1990, 32) Als wichtigste Mankos der Assemblée Générale werden genannt, daß sie einerseits kein akzeptiertes Forum für politische Auseinandersetzungen darstelle und zweitens keine zufriedenstellende Kontrolle gegenüber der Macht der Exekutive ausübe. So haben Fragestunden oder Untersuchungsausschüsse in Frankreich kaum politisches Gewicht (Frears 1990, 37).

Auch konstitutionelle und prozedurale Restriktionen tragen zur mangelnden Kontrollmacht der französischen Versammlung bei: Die Exekutive hat die völlige Vorherrschaft im Rechtsetzungsprozeß, während das Parlament nur beschränkte Möglichkeiten für kritische Debatten und praktisch keine Möglichkeit zur detaillierten Prüfung

von Regierungsvorlagen hat. Demgegenüber verfügen die einzelnen MinisterInnen über ein Kabinett aus persönlichen AssistentInnen (Peters 1978, 116; Owen 1990, 71). Und die französische Administration besteht aus bestausgebildeten und gut abgesicherten (quasi „pragmatisierten“) BeamtInnen, zumeist AbsolventInnen von Eliteschulen wie ENA (Ecole Nationale d'Administration).

Nichtsdestrotrotz hat das Parlament im „normalen“ Rechtssetzungsverfahren Einfluß: 1986-1988 brachten die ParlamentarierInnen ca. 25% aller beschlossenen Gesetzesvorhaben ein, und ca. 75% aller Änderungsvorschläge von Ausschüssen werden vom Plenum beschlossen (Frears 1990, 42f; in anderen Perioden waren es aber auch nur 10%).

Die im internationalen Vergleich schwache Gestaltungsfunktion des französischen Parlaments wird unter anderem auch dadurch bedingt, daß die ParlamentarierInnen fast durchwegs Funktionen auf lokaler Ebene (BürgermeisterInnen etc.) ausüben und von ihren Wahlkreisen vor allem als Anlaufstelle für regionale und individuelle Anliegen genützt werden. Die meisten Abgeordneten widmen diesen Aufgaben und Ämtern weitaus mehr Zeit als ihrem Parlamentsmandat (Frears 1990, 46f).

Als größter Erfolg des Parlaments in der Fünften Republik wird demgegenüber bezeichnet, daß es durch diszipliniertes Abstimmungsverhalten der Fraktionen maßgeblich zur politischen Stabilität beigetragen habe (Frears 1990, 51). Dies reicht allerdings auf Ebene der Zufriedenheit der BürgerInnen mit dem politischen System nur für die neunte Stelle innerhalb der EU (mit ca. 52% „sehr Zufriedenen“ oder „Zufriedenen“; vgl. Tabelle 3).

Die französische Gesellschaft ist mit 25,3% materialistisch eingestellten Befragten (Dänemark nur 11,4%) weniger vom Wertewandel berührt als andere vergleichbar industrialisierte EU-Länder (nur 18,2% „PostmaterialistInnen“; siehe Tabelle 1). Ganze 80% gaben in Stichprobenerhebungen an, sich an der Ökologiebewegung nicht beteiligen zu wollen – womit Frankreich an letzter Stelle der gesamten EU liegt (nur 0,4% sind Mitglied, ca. 10% würden sie unterstützen; Brettschneider u.a. 1992, 580). Beim verbal bejahten Engagement für Naturschutz (Tabelle 2) liegt Frankreich immerhin im EU-Mittelfeld. Von starkem Druck der Bevölkerung etwa in Richtung

umweltverträglicher Technikgestaltung kann also eher nicht ausgegangen werden.

Daß nach langjährigen Debatten ein parlamentarisches TA-Organ eingerichtet wurde, mittlerweile offensichtlich zufriedenstellend funktioniert und teils auch im parlamentarischen Arbeitsalltag Gehör findet, paßt übrigens in die in Frankreich für wissenschaftliche Politik- und Verwaltungsberatung vergleichsweise sehr aufgeschlossenen politischen Kultur.

Institutionalisierung von TA

Auch in Frankreich war die Gründung des OTA der Anstoß für TA-Aktivitäten: 1976 bis 1981 schlug die sozialistische Opposition zusammen mit VertreterInnen der Regierungsfractionen verschiedene Varianten für Frankreich vor. Die Regierung blockierte diese Vorschläge allerdings, weil sie einen Machtzuwachs des Parlaments befürchtete (VDI 1992, PE 31; vgl. auch Kommission u.a. 1990, 30).

Unter der sozialistisch-kommunistischen Koalition wurde dann 1984 das „Office Parlementaire d'Evaluation des Choix Scientifiques et Technologiques“ (OPECST) eingerichtet. Es beruht auf einem Bericht aus 1981 von Robert Chapuis und anderen sozialistischen ParlamentarierInnen und wurde 1983 ohne Gegenstimmen von Assemblée und Senat angenommen. Obwohl das Gesetz über die Einsetzung von OPECST schon am 8.7.1983 beschlossen wurde, konnte dieses wegen Verzögerungen bei der Erarbeitung der Geschäftsordnung erst 1985 tätig werden (Kommission u.a. 1990, 30f).

Das Office erhielt die Form einer „délégation parlementaire“, also eines gemeinsamen Ausschusses beider parlamentarischer Kammern – ein bisher einzigartiges parlamentarisches Instrument in Frankreich. Es besteht aus je 16 Parlamentsabgeordneten und SenatorInnen, unterstützt von einem Conseil Scientifique aus 15 WissenschaftlerInnen als beratendem Organ (VDI 1992, PE 31). Beide Häuser sind also gleichberechtigt vertreten und die Parteien in Entsprechung ihrer Sitze, während der Präsident alle drei Jahre wechselt. Damit ist OPECST das am stärksten ins Parlament integrierte TA-Organ aller EU-Länder. Als möglicher Nachteil wurde genannt, daß es so veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen einerseits und Konflikten zwischen den beiden Kammern anderer-

seits ausgesetzt sei (Vig 1992, 3) – wofür in den durchgeführten Interviews allerdings keine Anzeichen sichtbar wurden. Bisher scheint die kurze OPECST-Geschichte im Gegenteil durch überparteilichen Konsens ausgezeichnet.

Die Mitglieder und ihre StellvertreterInnen werden am Beginn jeder Legislaturperiode beziehungsweise nach der Erneuerung des Senats von ihrem Parlamentsclub ernannt. Sie sind bisher durchwegs WissenschaftlerInnen von „ministrablem“ Format (mehrere waren zuvor beziehungsweise danach Kabinettsmitglieder) – was die beträchtliche Reputation von OPECST belegt¹³. Das Büro ist völlig unabhängig von Regierung und Verwaltung (Kommission u.a. 1990, 31).

Nur die Präsidien von Senat und Assemblée (auf eigene Initiative, auf Anfrage von mindestens 60 MPs oder 40 Senatoren beziehungsweise von Vorsitzenden der Klubs) sowie die Ausschüsse können auf OPECST zurückgreifen. Nach einer solchen Anfrage erarbeitet zuerst ein Berichterstatter von OPECST (ernannt durch die MPs, welche Mitglieder sind) eine feasibility study, bevor allenfalls eine Studie in Auftrag gegeben wird beziehungsweise fallweise auch zu einer Neuformulierung der Ausgangsfragestellung aufgerufen wird (Kommission u.a. 1990, 31).

Eindrucksvoll ist im Falle Frankreichs die enge Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft und Wissenschaftsmanagement: Letzteres wird sehr professionell von den akademischen Angestellten von OPECST (oft mit ENA-Hintergrund) geleistet, die die eigentliche Projektabwicklung besorgen (Literaturbeschaffung und -auswertung, Auswahl der InterviewpartnerInnen, Organisation der Hearings, Erstfassung des Berichts etc.). Alle wichtigen Entscheidungen, die ExpertInneninterviews und Hearings, sowie vor allem auch die Redaktion des Endberichts (der von der gesamten Delegation angenommen werden muß) erfolgen jedoch gemeinsam mit dem „Rapporteur“ für ein Projekt – und das ist ein/e ParlamentarierIn. Deren Arbeitsaufwand für ein OPECST-Projekt beträgt etwa einen

¹³ Das beachtliche Ansehen dieser Organisation trotz vergleichsweise kurzer Existenz wurde im Zuge dieses Projekts auch in zahlreichen Interviews belegt (z.B. mit Mrs. Antoine und Laffite).

Arbeitstag pro Woche – was wiederum belegt, daß PTA in Frankreich und OPECST innerhalb des Parlaments hohen Stellenwert genießen.

Wissenschaftliche Expertise im engsten Sinne holt OPECST von außen ein: ExpertInnen arbeiten nach Aussage der Mitarbeiter gern – und im Normalfall sogar unentgeltlich – für das Parlament. Diese Gutachten zu Teilthemen stellen allerdings nur Material für den Endbericht dar, der allein von OPECST redigiert wird. Zu dieser Arbeit gehört nach Aussage eines Mitarbeiters etwa die „Übersetzung“ in einen für den parlamentarischen Kontext passenden sprachlichen und inhaltlichen Stil. Darüber hinaus geben die OPECST-Berichte aber auch sehr konkrete Politikempfehlungen zur Lösung der aufgeworfenen Fragestellungen ab – die vom Parlament fallweise auch schon im Detail befolgt wurden¹⁴. Der reale politische Einfluß von PTA wird jedoch durch die vergleichsweise geringe Bedeutung des Parlaments an sich begrenzt.

In Frankreich ist TA i.e.S. somit schwerpunktmäßig bei der Legislative angesiedelt (wie DK, VDI 1992, 20). Bei der Exekutive gibt es aber ebenso wie etwa bei den Gewerkschaften oder Verbraucherorganisationen und der Elektrizitätswirtschaft TA-ähnliche Initiativen.

¹⁴ An dieser Stelle soll erwähnt werden, daß OPECST erst seit wenigen Jahren tätig und die Anzahl der abgeschlossenen Projekte dementsprechend gering ist. Auch zwischen den einzelnen interviewten Mitarbeitern zeigten sich gewisse Einschätzungsunterschiede über die politische Wirkung der Berichte. Jedenfalls gibt es schon Beispiele von möglichen Folgen: vom Bericht "für die Schublade" über sehr kontroverse Fragen ohne eindeutiges Ergebnis und dementsprechend ohne direkten Einfluß auf politische Entscheidungen bis hin zur Übernahme eines OPECST-Vorschlages in ein Gesetz. Damit steht der unmittelbare Einfluß auf die parlamentarische Entscheidungsfindung jedenfalls vor anderen Ländern wie etwa Großbritannien oder der BRD.

Großbritannien

Parlamentarisches System

Großbritannien gehört zu den parlamentarischen konstitutionellen Monarchien Europas. Staatsoberhaupt ist die Königin. Das Parlament ist ein Zwei-Kammer-Modell aus Oberhaus (ca. 1080 Mitglieder, darunter Peers auf Lebenszeit, Bischöfe etc.) und Unterhaus (650 in direkter Wahl bestimmte Angehörige).

Als „efficient secret“ (Bagehot) wurde bezeichnet, daß das britische Regierungssystem weniger durch Gewaltentrennung als vielmehr ihre Fusion gekennzeichnet ist: Das Kabinett steht an der Spitze sowohl der Exekutive als auch der Legislative. Und der „Lord Chancellor“ steht der Justiz vor, ist jedoch zugleich Kabinettsmitglied und auch noch Speaker des House of Lords (Kingdom 1991, 39) Somit bleibt im britischen System wenig Raum für „checks and balances“ US-amerikanischen Musters, und die Regierung kann praktisch unbehindert vom Parlament agieren.

Das House of Commons gilt als parteipolitisch diszipliniert, was vor allem auch über die Mitgliedschaft der (Premier)ministerInnen, die ihr Mandat nicht etwa zugunsten der Kabinettsmitgliedschaft zurücklegen, garantiert ist (z.B. Kingdom 1990, 15). Somit können die Abgeordneten der Regierungspartei in den Fraktionssitzung „auf Linie gebracht“ werden. Allerdings haben in Zeiten großer Regierungsmehrheiten (was durch das exzeptionelle britische Mehrheitswahlssystem nach dem Prinzip „the winner takes all“ gefördert wird) fallweise „HinterbänklerInnen“ quasi-oppositionelle Funktionen ausgeübt (a.a.O.; vgl. auch Oberreuter 1992, 321).

Im parlamentarischen Prozeß spielen in Großbritannien formell drei Elemente eine Rolle: neben Adel und VolksvertreterInnen auch das Königshaus, das Aufgaben wie Ernennung der Regierung, Auflösung des Parlaments, Unterzeichnung der Gesetze und Krisenmanagement erfüllt – heute allerdings unter maßgeblichem Einfluß der Regierung. Ein Gesetzesvorhaben hat normalerweise im House of Commons seinen Ursprung (vgl. Überblick zu den Stadien der Gesetzgebung in Kingdom 1991, 288). Die Lords können Abänderungsanträge einbringen, haben aber lediglich ein suspensives Veto-

recht (ein Jahr). Seit 1979 haben sie ihre Rolle wiederbelebt, und selbst die bloße Androhung, ihre Verzögerungsmacht auszuüben, führte fallweise zur Aufgabe von Gesetzesvorhaben beziehungsweise zu nicht unbeträchtlichen Abänderungen. Die größere Unabhängigkeit der Lords von parteipolitischen Bindungen sowie vor allem von Patronage machte sich hier bemerkbar (Kingdom 1991, 267).

Vielfach wird rechtsetzende Kraft auch an die Bürokratie delegiert, die in detaillierten Verordnungen technische Regelungen ohne Beteiligung des Parlaments trifft (Kingdom 1991, 287).

Politische Kultur

Das britische parlamentarische System hebt sich in mehrerer Hinsicht von den europäischen Demokratien ab (vgl. etwa Norton 1990a, 10f). So wurde der Begriff „Parlament“ schon im 13. Jahrhundert gebraucht, und selbst davor hatte es schon beratende Gremien (etwa für die normannischen Könige) gegeben. Die spezifische Trennung in Ober- und Unterhaus geschah im 14. Jahrhundert, als die Vertreter der lokalen Kommunen mehrmals selbständig Beschlüsse faßten. Die Adeligen und Kirchenangehörigen bildeten in der Folge das „House of Lords“, die Vertreter der Kommunen das „House of Commons“. Diese Ausformung von Zweikammer-System blieb – trotz mehrerer Reformen – bis ins 20. Jahrhundert bestehen. Die nicht demokratisch legitimierte zweite Kammer wurde jedoch zunehmend herabgestuft und verfügt heute formal nur mehr über geringen politischen Stellenwert (z.B. Kimmel 1992, 41; Kingdom 1991, 265ff).

Ein zweites Charakteristikum hängt mit der Nichtexistenz einer kodifizierten britischen Verfassung zusammen (siehe zum Beispiel Kimmel 1992, 24). Dementsprechend sind auch die Rechte und Pflichten des Parlaments sowie die Beziehungen zu den anderen politischen Institutionen nicht in einem Dokument aufgezählt, sondern erwachsen vielmehr vor allem aus dem Gewohnheitsrecht (obwohl es Dokumente wie den „Bill of Rights“ von 1689 und die „Parliaments Acts“ von 1911 und 1949 gibt).

Ähnlich den wichtigen kontinentaleuropäischen Systemen konnte auch das britische sich nicht der Tendenz zur Dominanz der Exekutive entziehen. Das britische Parlament war niemals ein kontinuierlich politikgestaltendes, sondern reagierte stets auf Vorlagen der

Exekutive (Norton 1990a, 14). Zusätzlich kommen in Großbritannien die MinisterInnen traditionell aus dem Kreis der Abgeordneten und verbleiben auch während ihres Amtes dort – womit die Exekutive quasi Teil der Legislative ist. Insgesamt bestehen daher besonders viele Möglichkeiten für Abgeordnete der Regierungspartei, die Linie der MinisterInnen informell zu beeinflussen – was selbstverständlich aber auch vice versa gilt. Die Unabhängigkeit des Parlaments als Rechtsetzungsorgan gegenüber der Exekutive ist dadurch besonders gering. Auch die Tatsache, daß Großbritannien weder eine föderale Struktur noch eine formale Trennung der Gewalten kennt, förderte in der Parteienlandschaft eine sehr zentralisierte politische Macht (eher top-down als bottom-up).

Schon im 19. Jahrhundert maß etwa Bagehot (1867) der Kommunikationsfunktion des britischen Parlaments erheblich mehr Bedeutung bei als der Legislativfunktion (Oberreuter 1992, 314). Im Vergleich zu den vorigen Jahrzehnten unseres Jahrhunderts brachten die 70er und 80er Jahre dem britischen Parlament allerdings etwas aktivere Tendenzen: fallweise individuelleres Wahlverhalten im House of Commons¹⁵, größere Aktivitäten auf Ebene der Wahlkreise, mehr Öffentlichkeit vor allem infolge von TV-Übertragungen der Sitzungen. Nicht zuletzt wurden auch eine Serie von fast ministerienspezifischen Select Committees (vgl. oben) eingerichtet (Norton 1992, 17ff).

Die Zufriedenheit der britischen Bevölkerung mit ihrem politischen System dürfte aber nicht allzu hoch sein: in einer Stichprobenerhebung bezeichneten sich 1990 nur 48,8% als sehr oder ziemlich zufrieden – in allen EU-Ländern außer Griechenland und Italien waren es mehr (siehe Tabelle 3).

Die britische Bürokratie ist geprägt vom „neutralen“ Berufsbeamtentum aus überwiegend generalistisch ausgebildetem Personal – was die Kritik über einen Mangel an ExpertInnen in Politik-beeinflussender Position hervorrief (z.B. Kingdom 1990, 32). Was die Akzeptanz von unabhängiger Expertise betrifft, so scheint sie

¹⁵ 1984 verlor die Regierung als erste in diesem Jahrhundert mit absoluter Mehrheit eine Abstimmung in zweiter Lesung, weil 76 konservative Abgeordnete mit Labour gegen den "Shops Bill" stimmten (Norton 1990a, 20).

(vielleicht auch gerade deshalb?) zumindest im Parlament in einem im Vergleich zu Österreich stärkeren Maße gegeben zu sein. So hört der parlamentarische Wissenschaftsausschuß in regelmäßigen Abständen ExpertInnen an. Die sog. „Library“, der parlamentarische Informationsdienst, ist eine überparteiliche Informationseinrichtung. Auch die Dienste des POST (Parliamentary Office of Science and Technology) wurden von den Abgeordneten bereitwillig akzeptiert, wengleich die Resonanz nach Aussage der Interviewten noch zunehmen sollte.

Die britische Bevölkerung ist im europäischen Vergleich wenig ökologisch eingestellt: nur für Irland und Spanien ergab sich weniger politisches Engagement für den Naturschutz (Tabelle 2; nur 47,8% der BritInnen würden sich diesbezüglich engagieren). Als Angehörige der Ökologiebewegung bezeichneten sich 1986 zwar 0,9% der BritInnen (2. Rang innerhalb der EU), 66% würden diese allerdings überhaupt nicht unterstützen (nur in drei EU-Ländern sind dies mehr BürgerInnen, vgl. Brettschneider u.a. 1992, 580). Bei den Selbsteinschätzungen der Wertorientierung (MaterialistIn, Post-materialistIn) liegt Großbritannien im EU-Mittelfeld (beides je ca. 20%, 60% „Mischtypen“; siehe Tabelle 1).

Institutionalisierung von TA

Obwohl die 70er Jahre als Phase der britischen Experimente mit neuen, partizipativen Strukturen betrachtet werden kann, führte die damalige TA-Debatte nicht zur Einrichtung neuer offizieller Institutionen. Die konservative Regierung baut darüber hinaus seit 1979 wieder auf die traditionellen Instrumente (Ausschüsse) und stellt sich gegen partizipatorische oder nicht-ministerielle Formen von TA.

Die Institutionalisierung von TA in Großbritannien wurde bis 1989 infolgedessen, daß sie „im Rahmen überkommener Institutionen durchgeführt“ wurde, als „pragmatisches Modell“ bezeichnet (VDI 1992, PE 20). Die damit verbundene Grundhaltung wurde im Länderbericht einer TA-Vergleichsstudie als „Vertrauen in die Flexibilität der traditionellen Institutionen“ bezeichnet (Steward 1992). Historisch sind vier Grundtypen von Institutionen zu unterscheiden, die im politischen System des Vereinigten Königreichs zur Bewertung von Folgen technologischen Wandels eingesetzt wurden

und sich als Hauptinstrumente für den Umgang mit Risiko- und Umweltaspekten von TA-Problemen darstellen (vgl. Steward 1992, 7f):

a) *Parlamentarischer Sonderausschuß (Parliamentary Select Committee)*: Eine Gruppe von Parlamentsmitgliedern wird – ad hoc oder fortlaufend – dazu ermächtigt, spezifische Untersuchungen durchzuführen. Zu diesem Zweck können ZeugInnen befragt werden, Berichte etc. angefordert werden. Diese Form war v.a. in der Vergangenheit bedeutsam, so der Eisenbahn-Sonderausschuß 1839-1844.

b) *Royal Commission* und *Ministerialausschuß (Departmental Committee)*: In beiden Fällen richtet die Exekutive Untersuchungsausschüsse ein, entweder qua königlichem Prärogativ oder qua konventioneller ministerieller Gewalt. Solche Ausschüsse setzen sich ausschließlich oder weitgehend aus ExpertInnen außerhalb der Regierung zusammen. Drei Gruppen können je nach Besetzung unterschieden werden in repräsentative Komitees mit austarierter Vertretung von Interessen in der entsprechenden Angelegenheit, ExpertInnenkomitees und Laienkomitees. Nach Einholung von Stellungnahmen diverser Organisationen wird ein Bericht dem entscheidungsbefugten Minister übermittelt.

c) *Ständiger Beratungsausschuß (Standing Advisory Committee)*: Auch hier kann die Besetzung mit ExpertInnen, LaiInnen oder RepräsentantInnen von Interessengruppen – alle meist außerhalb der Regierung – wechseln, erstere dominieren jedoch. Diese Ausschüsse sind ständig, haben meist ihr Aufgabengebiet analog zu einem gesetzlichen Regelungswerk und werden von den MinisterInnen einberufen. Die Verhandlungen sind eher vertraulich als öffentlich.

d) *Öffentliche Untersuchung (Public Inquiry)*: Diese Form wurde im 19. Jahrhundert angewendet, wenn Unfälle Menschenleben gekostet hatten. Im 20. Jahrhundert wurde sie auch für zukunftsbezogene Bewertungsverfahren wie Landschaftsplanung etc. verwendet. Sie funktioniert ähnlich einer gerichtlichen Vorgangsweise, indem ein Inspektor von einem Minister beauftragt wird, öffentliche Anhörungen mit Zeugen, Schiedrichtern und Verteidigern durchzuführen. Der Inspektor unterbreitet Empfehlungen, während dem Minister die politische Entscheidung überlassen bleibt.

Alle Formen haben gemeinsam, daß repräsentative Elemente mit Expertise verbunden und den traditionellen Organen politischer Macht (Exekutive, Parlament) die Entscheidungen vorbehalten werden. Zwischen 1940 und 1960 wurde die Einrichtung von ständigen Beratungsausschüssen vorherrschend – womit sich die Debatte in einen weniger öffentlichen Rahmen verlagerte.

Immerhin wurde 1989 auf Initiative einiger Abgeordneter POST geschaffen, das vorerst als gemeinnützige Organisation durch Spenden finanziert wurde und sich auf die Erstellung von Informationsmaterialien konzentrierte (Steward 1992). Nach einer Evaluation und einer Umfrage unter den Abgeordneten mit positivem Ergebnis ist POST seit Mai 1993 eine offizielle Einrichtung des Parlaments mit 200.000 Pfund Jahresbudget.

Im Zentrum der Arbeit stehen erstens monatliche „short notes“ im Ausmaß von 3 bis 4 Seiten zu aktuellen Fragestellungen. Diese beruhen vor allem auf telefonischen und persönlichen ExpertInneninterviews und dienen der Hintergrundinformation der Abgeordneten, deren aktualitätsbezogenem Informationsbedarf so entsprochen wird. Möglichst objektiv werden die Problemlage sowie diverse Deutungen und Optionen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in sehr knapper Form präsentiert.

Zweitens werden längerdauernde Projekte (6 bis 12 Monate) organisiert, die von einer „steering group“ aus WissenschaftlerInnen (mit denen die großen Linien sowie Erstfassungen diskutiert werden) dirigiert werden.

Drittens sollen in Zukunft als neue Form von Dienstleistung für die Abgeordneten auch „briefings“ für parlamentarische Sonderausschüsse (Select Committees) stattfinden.

Einer gewissen befürchteten Überschneidung mit dem Dienst der parlamentarischen Library konnte durch eine Aufgabenteilung begegnet werden. POST behandelt in erster Linie aktuelle Fragen, deren Beantwortung durch das Studium vorhandener Literatur nur schwer möglich ist, und bezieht Einschätzungen und Bewertungen von Fachleuten verschiedener Herkunft mit ein.

Niederlande

Parlamentarisches System

Die Niederlande gehören zu den parlamentarischen konstitutionellen Monarchien. Staatsoberhaupt ist dementsprechend die Königin, welche auch den Ministerpräsidenten und die Minister ernennt und entläßt (nicht jedoch, wie etwa in Dänemark, auch dem Ministerrat vorsitzt). Auch können beide parlamentarische Kammern durch königlichen Erlaß aufgelöst werden. Die gesetzgebende Gewalt liegt nach der Verfassung bei Regierung und Parlament.

Das niederländische Parlament besteht aus zwei Kammern: Die „erste“ aus 75 Mitgliedern wird von den Abgeordneten der Provinzialparlamente für vier Jahre gewählt. Sie kann Vorlagen nicht verändern, sondern nur ratifizieren oder ablehnen (was sehr selten vorkommt, vgl. Gladdish 1990, 109). Die „zweite“ – im legislativen Prozeß relevantere – Kammer besteht aus 150 unmittelbar durch das Volk gewählten Abgeordneten. Gesetze benötigen die einfache Mehrheit in beiden Kammern.

Die überwältigende Mehrheit der Gesetze wird von der Regierung eingebracht – die „gesetzgebende“ Funktion des Parlaments beschränkt sich in den Niederlanden vor allem auf die Diskussion und allenfalls auf die Abänderung von Anträgen, wobei die Hauptarbeit in der breiten Ausschußstruktur der zweiten Kammer (insgesamt ca. 45 Ausschüsse; Gladdish 1990, 107) geschieht. Selbst führende niederländische Politiker bezeichnen die Rolle ihres Hauses als „im Gegensatz etwa zum US-Congress sehr reaktiv“ (Interview mit Wim van Gelder¹⁶). Der Tatsache, daß die legislative Funktion de facto zwischen Administration und Parlament zumindest aufgeteilt ist, entspricht in gewissem Sinne die Ansiedelung von TA zwischen diesen beiden Polen des politischen Systems.

¹⁶ Wie die österreichischen ParlamentarierInnen verfügen übrigens auch die holländischen nicht einmal über eigene vollbeschäftigte AssistentInnen zur persönlichen Unterstützung.

Politische Kultur

Traditionell wurden die Niederlande in der politikwissenschaftlichen Literatur als eine fragmentierte Gesellschaft mit mehreren „Säulen“ dargestellt, wobei man zumeist zwischen katholischem, protestantischem und säkularem Flügel unterschied. Zu letzterem zählten das sozialdemokratische sowie das liberale Lager. Jeder „Subgesellschaft“ wurden eigene Institutionen zugeordnet (Schulen, Zeitungen etc.). Weil jedoch kein Flügel dominant war, entstand eine am gruppenübergreifenden Konsens und der politischen Kompromißfindung orientierte Kultur. Dazu paßt auch, daß die Regierung (ähnlich wie in Österreich) von einer großen Anzahl von Beiräten umgeben ist, in denen ExpertInnen diverser Zugehörigkeit Entscheidungen vorbereiten. Die traditionelle Pfeilerstruktur der niederländischen Gesellschaft löst sich allerdings zunehmend auf; zu den Wahlen 1983 traten zum Beispiel erstmals die früheren katholischen und protestantischen Parteien gesammelt als christlich-soziale Partei an. Die „Entsäulungstendenz“ wird auch mit dem starken Rückgang der Parteibindungen in Verbindung gebracht (Gabriel 1992, 121).

Die niederländische Beamtentradition ist – vergleichbar etwa der britischen – dem Bild des neutralen Bürokraten zugeneigt¹⁷. Dem entspricht das Ergebnis der klassischen Studie von Aberbach et al. über „Bureaucrats and Politicians in Western Democracies“, wonach die Kontakte zwischen Verwaltung und ParlamentarierInnen beziehungsweise Verwaltung und führenden Mitgliedern von politischen Parteien vergleichsweise schwach ausgeprägt sind (nur 16% der befragten BeamtInnen gaben regelmäßige Kontakte zu ersteren an, sogar nur 4% solche zu parteipolitisch relevanten Persönlichkeiten). Demgegenüber pflegten zum Zeitpunkt der Befragung immerhin 64% der BürokratInnen Kontakte mit VertreterInnen von Interessengruppen – worin wiederum die sozialpartnerschaftliche Kultur der Niederlande zum Vorschein kommt (Aberbach et al. 1981, 230¹⁸). Wie

¹⁷ Nur 50% der niederländischen BeamtInnen schätzten in einer Befragung die Möglichkeit, in ihren Jobs auch politisch gestaltend tätig zu sein (gegenüber immerhin 68% der deutschen BeamtInnen! Im Falle Großbritanniens antworteten 51% in diese Richtung. Aberbach et al. 1981, 220).

¹⁸ Die deutsche Bürokratie-Tradition erwies sich demgegenüber als viel

die Direktorin von NOTA, v. Eijndhoven, in einem Interview erwähnte, würde es in den konsensorientierten Niederlanden als inadäquat angesehen, wenn Parlament und Regierung verschiedene Beratungsorgane einrichteten – dementsprechend steht NOTA auch zwischen Legislative und Exekutive. Von seiten des Büros wird mehr inhaltliche Zusammenarbeit, nicht aber eine engere formelle Anbindung an das Parlament angestrebt.

Zur Kompromißorientierung und teils auch sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung des niederländischen politischen Systems paßt auch die gewählte Form von TA: In den Niederlanden ist „eine breite 'Öffentlichkeit' – von ländlichen Frauenvereinigungen bis hin zu internationalen Normierungsorganisationen – in die TA-Aktivitäten involviert“ (Straten 1992, 23). Auch die Niederländische Organisation für Technikfolgen-Abschätzung (NOTA) bezieht in jedem durchgeführten Projekt über einen eigenen Beirat diverse Interessengruppen und ExpertInnen ein.

Im Zuge der Kernenergie-debatte wurde in den Niederlanden übrigens ein neues Instrument ausprobiert: Die „breite gesellschaftliche Diskussion“ besteht aus landesweit organisierten Zusammenkünften mit dem Ziel, die herrschenden Meinungen und die Diskussion zu „inventarisieren“. Weil gleichzeitig mit NOTA auch eine „gemeinnützige Organisation zur öffentlichen Aufklärung im Rahmen der Technologieentwicklung“ geschaffen wurde, die Einsicht in deren Probleme verschaffen und auf diese Weise die Meinungsbildung fördern soll, ist die – prinzipiell als wichtig erachtete und geförderte – öffentliche Diskussion kein zentraler Arbeitsschwerpunkt der TA-Einrichtung selbst (Interview mit Fr. v. Eijndhoven; vgl. auch Straten 1992, 26).

Bei der Zufriedenheit mit ihrem demokratischen System liegen die NiederländerInnen nach der BRD immerhin an zweiter Stelle der EU-Mitgliedstaaten (74,8% sehr oder ziemlich zufrieden; vgl. Tabelle 3) – woran neben dem sehr konsensorientierten politischen Klima

offener: von den Befragten unterhielten 74% regelmäßige Kontakte zu Parlamentsmitgliedern, 24% zu führenden Parteimitgliedern, und sogar 93% zu Interessengruppen. Für Großbritannien lagen die entsprechenden Ergebnisse bei je 5% für ParlamentarierInnen bzw. Parteikontakte bzw. bei 67% für die Interessenvertretungen (a.a.O.).

auch die Einbeziehung der Bevölkerung in politische Debatten Anteil haben könnte.

Mit nur ca. 14% sich als materialistisch bezeichnenden BürgerInnen und 26,4% „PostmaterialistInnen“ liegt Holland beim sog. „Wertewandel“ nach Luxemburg an erster Stelle der EU-Länder (siehe Tabelle 1). Der Ökologiebewegung zugehörig fühlten sich 1986 immerhin 3% der NiederländerInnen (innerhalb der EU waren es nur in Luxemburg mehr), zusätzlich würden fast 30% diese unterstützen (zweite Stelle nach Griechenland; Brettschneider u.a. 1992, 580). In der Befragung nach der Bereitschaft zum Engagement für Umweltschutz lag Holland 1988 demgegenüber überraschenderweise nur an achter EU-Stelle (Tabelle 2).

Institutionalisierung von TA

Schon in den 60er Jahren wurde in den Niederlanden anlässlich der Gründung des OTA von linksliberalen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen eine TA-Diskussion eingeleitet. Vor allem aufgrund des noch vorherrschenden Desinteresses an Technologie kam es allerdings nicht wie vorgeschlagen zur Institutionalisierung eines dem amerikanischen ähnlichen Modells (Straten 1992, 5).

Das erneute Aufleben der Diskussion Anfang der 80er Jahre hing vor allem mit den Themen „Nutzung der Kernenergie“ sowie „Manipulation genetischen Materials“ zusammen. Auch erhoffte man sich von der Nutzung technologischer Potentiale eine Möglichkeit zur Gegensteuerung gegen den Konjunkturrückgang. Das niederländische Wirtschaftsministerium begann mit der Entwicklung einer expliziten Technologiepolitik, und 1982 erhielt in der Koalitionsvereinbarung der Regierung Lubbers I das Ministerium für Wissenschaft und Bildung den Auftrag zur Untersuchung der sozialen und ethischen Konsequenzen technologischer Innovationen. Dort entstand in der Folge das „Büro für die Integration von Wissenschaft und Technologie in die Gesellschaft“, das als einen Schwerpunkt die Förderung von TA hatte. Es wurden verschiedene Studien in Auftrag gegeben, und 1984 wurde dem Parlament ein Entwurf zur inhaltlichen und institutionellen Gestaltung von TA in den Niederlanden vorgelegt (Straten 1992, 7).

Mit der vorgeschlagenen Institutionalisierung in Form eines TA-Büros im Wissenschaftsministerium konnten sich die ParlamentarierInnen jedoch nicht anfreunden: das Parlament wollte einen von der Verwaltung unabhängigeren Status für das TA-Institut und zugleich eigenen Einfluß auf die Programmgestaltung. Die realisierte Form schuf schließlich zwischen dem Institut und der Regierung einigen Abstand, indem das Institut an zwei wissenschaftliche Beratungsorgane gekoppelt wurde (Wissenschaftlicher Beirat für Regierungspolitik; Königliche Niederländische Akademie der Wissenschaften).

Mit der Niederländischen Organisation für Technikfolgen-Abschätzung (NOTA) besteht damit in den Niederlanden ein sog. „gemischtes Modell“ von TA (vgl. VDI 1992, PE 20), das durch eine enge Verbindung mit Exekutive, Legislative sowie dem Wissenschaftssystem gekennzeichnet ist – was der generellen Konsensorientierung des Landes zu entsprechen scheint. Jedes Jahresprogramm wird sowohl der Regierung (Wissenschaftsressort) als auch dem Parlament vorgelegt, der Status von NOTA ist jedoch unabhängig. Die Finanzierung erfolgt indirekt (über die Königliche Akademie der Wissenschaften) durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft.

Die NOTA besteht aus zwei Abteilungen: dem für die Realisierung des Jahresprogrammes verantwortlichen Büro (das selbst jedoch keine Studien durchführt) und einer Lenkungsgruppe aus neun von den Beiräten vorgeschlagenen Mitgliedern, die die großen Linien überwacht und Regierung sowie Parlament über Ergebnisse informiert (Straten 1992, 8). In der Projektdurchführung erfüllt NOTA eine Mittlerfunktion: Themen werden definiert und zur Bearbeitung außer Haus vergeben, auch die Projektergebnisse werden zur Aufbereitung an JournalistInnen weitergeleitet. Weil eine eigene Institution (mit der allerdings punktuell kooperiert wird) für öffentliche Diskussionen auch im Technologiebereich verantwortlich ist, steht bei NOTA die – nichtsdestotrotz nicht geringgeschätzte – Bürgerorientierung weniger stark im Vordergrund als etwa beim dänischen Technologierat.

Da in der Anfangszeit der NOTA noch viele inhaltliche und organisatorische Angelegenheiten geregelt werden mußten, scheint es gegenwärtig für eine ausgewogene Beurteilung der Auswirkungen des

Programms zwar noch etwas verfrüht (Straten 1992, 8). Interviews mit Angestellten von NOTA sowie mit ParlamentarierInnen zeigten jedoch, daß nach den eher schwierigen ersten drei Jahren die Tätigkeit dieser Organisation – nicht zuletzt unter einer neuen Direktorin – nunmehr im großen und ganzen zufriedenstellend verläuft. Als nicht unproblematisch wurde aber die mangelnde Kooperation mit dem holländischen Wirtschaftsministerium bezeichnet, das sich auf wirtschaftsbezogene Technologieaspekte konzentriert (Straten 1992, 33).

Europäische Union – Europa Parlament

Da alle untersuchten Länder Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind, ist auch diese supranationale Ebene in Hinblick auf TA-spezifische parlamentarische Kompetenzen beziehungsweise Aktivitäten zu behandeln.

Kompetenzlage

Was die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten betrifft, so darf entsprechend dem „Prinzip der enumerativen Einzelermächtigung“ die Gemeinschaft nur in jenen Fällen aktiv werden, wo ihr dies in den Gründungsverträgen (EU-Primärrecht) gestattet beziehungsweise aufgetragen wird. In Hinblick auf technologiepolitische Aspekte beziehungsweise Technikfolgen sind primär folgende Stellen des *EU-Vertrages*¹⁹ von Bedeutung:

Titel XIII „Industrie“ spricht von der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit „entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte“ ohne Wettbewerbsverzerrungen. Darunter fällt auch die „Förderung einer besseren Nutzung des indu-

¹⁹ In Bezug auf den Kohle- und Stahl- bzw. den Atomenergiebereich sind selbstverständlich die entsprechenden Verträge einschlägig. Wegen ihrer spezifischen und jeweils vergleichsweise engen Reichweite soll jedoch im gegebenen Rahmen nur der umfassende, eine fortschreitende und bereichsübergreifende Integration begründende EG-Vertrag (dies ist der ab Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages novellierte EWG-Vertrag) behandelt werden.

striellen Potentials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung“ (Art. 130 Abs. 2 EGV).

Titel XV „Forschung und technologische Entwicklung“ erklärt zu einem Ziel der Gemeinschaft, „die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der Gemeinschaft zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie alle Forschungsmaßnahmen zu unterstützen, die aufgrund anderer Kapitel dieses Vertrages für erforderlich gehalten werden.“ Auch an dieser Stelle wird primär die Wettbewerbsfähigkeit genannt (Art. 130f EGV). Die Gemeinschaft soll nicht durch Rechtsetzung, sondern vielmehr auf der Ebene von Fördermaßnahmen auf Programmebene beziehungsweise durch die Förderung der Ausbildung und der Mobilität der ForscherInnen tätig werden (Art. 130g EGV).

Titel XVI „Umwelt“ spricht davon, daß die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken einbezogen werden müssen (Art. 130r Abs. 2 EGV).

Offensichtlich sind also im Primärrecht der EU Anknüpfungspunkte für technologie- beziehungsweise TA-relevante Vorhaben gegeben. Nichtsdestotrotz ist von einem expliziten Auftrag zur Durchführung von TA etwa im Vorfeld von richtungweisenden Entscheidungen keine Rede.

De facto sind Ansätze zur Technikfolgen-Abschätzung auf EU-Ebene zwar gegeben, sie genießen jedoch nur sehr untergeordneten Stellenwert und sind auch beim vergleichsweise schwächsten der Organe der Gemeinschaft, dem Europäischen Parlament (EP), angesiedelt²⁰. Zu nennen sind einerseits ein Programm zur Abschätzung

²⁰ Das eigentlich entscheidungsbefugte Organ der EG ist der aus VertreterInnen der nationalen Regierungen zusammengesetzte Ministerrat. Die Kommission kann über ihr Monopol zur Ausarbeitung inhaltlicher Rechtsetzungsvorschläge auch einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Gemeinschaftspolitik ausüben. Das Europäische Parlament demgegenüber hatte bis Mitte der 80er Jahre (außerhalb des Budgetverfahrens) lediglich begutachtende Funktion. Seit diesem Zeitpunkt kann es – in manchen vertraglich fixierten Fällen – im sog. "Kooperationsverfahren" durch eine ablehnende Stellungnahme das Votum im Ministerrat in Richtung Einstimmigkeitserfordernis beeinflussen und die Verabschiedung damit erschweren. Mit Ausnahme von Beitrittsverträgen und Assoziationsabkommen kann der Rat nichtsdestotrotz noch bis heute auch gegen

von wissenschaftlichen und technologischen Optionen, andererseits ein Netzwerk, das die einzelnen nationalen PTA-Einrichtungen zu verbinden sucht.

Institutionalisierung, Stellenwert und Erfolg von TA

Scientific and Technological Options Assessment Programme (STOA)
STOA kann als die TA-Einheit des Europäischen Parlaments bezeichnet werden. Seine Aufgabe ist es, den Mitgliedern des EP (MEPs) und den Ausschüssen des EP jene wissenschaftliche und technische Expertise zur Verfügung zu stellen, die diese zur Bewertung von Politikoptionen benötigen (Kommission u.a. 1990, 4). Ursprünglich wurde es als 18-monatiges Pilotprojekt des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie im März 1987 eingerichtet. Im sog. Linkohr-Bericht von Oktober 1985 war allerdings die Einrichtung eines Büros für TA prinzipiell beschlossen worden, und dementsprechend wurde im November 1988 dann das Lenkungsgremium (Panel, siehe unten) auch auf Mitglieder anderer Ausschüsse des EP erweitert.

Die Organisationsstruktur von STOA hat zwei Ebenen: das „STOA Panel“ ist eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die über die Projekte und andere Leitlinien entscheidet. Das „STOA Team“ widmet sich den exekutiven Aufgaben (Kommission u.a. 1990, 4) und umfaßt die Sekretariatsangestellten (Leiter, zwei Sekretariatskräfte) sowie ExpertInnen mit Kurzzeitverträgen bis zu einem Jahr, sogenannten STOA Fellows. Das „Team“ wird noch durch Mitglieder ergänzt, die auch in anderen Einheiten des EP (Ausschüssen) Aufgaben erfüllen.

Das STOA-Budget (woraus keine Infrastrukturkosten getragen werden müssen) betrug 1990 500.000 ECU, 1991 1 Million ECU und 1992 950.000 ECU, die aus dem EP-Budget stammen (Kommission u.a. 1990, 4; Interview mit Dick Holdsworth). In diesem Rahmen werden einerseits Forschungsprojekte über Ausschreibungen an aus-

den expliziten Willen des Parlaments entscheiden. Erst seit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union (1.11.1993) verfügt das Parlament in mehr Fällen über ein Vetorecht: das sog. Verfahren gemäß Art. 189b EGV würde allerdings wiederum bei weitem nicht für alle Gebiete gelten (vgl. ausführlicher Falkner/Nentwich 1992; Nentwich 1992).

wärtige Auftragnehmer vergeben. Daneben arbeiten aber auch die STOA Fellows im Luxemburger Sitz Studien aus.

Den Einfluß der Projektergebnisse auf die konkrete EU-Politik bezeichnen auf EU-Ebene in TA involvierte Persönlichkeiten als „eher informell“ (z.B. Eric Rasmussen, Coordinator von EPTA). Als „inoffizielles Konzept“ von STOA wurde in einem Interview genannt, den Abgeordneten zu „erklären, wie gewisse Technologien funktionieren“. Daß bisher kaum feststellbarer Einfluß auf Rechtssetzungsakte der EU genommen werden konnte, wird auf den geringen Stellenwert von TA in der durch nationalen Interessenausgleich dominierten EU-Entscheidungsfindung, auf die bescheidene Rolle des EP selbst, aber auch auf die knappe Ressourcenausstattung und die insgesamt noch immer nicht langfristig gesicherte Rolle von STOA zurückgeführt.

EPTA-Netzwerk

„European Parliamentary Technology Assessment“ (EPTA) ist ein 1990 eingerichtetes Netzwerk, das die sehr unterschiedlichen nationalen Einrichtungen zur Beratung der Parlamente im TA-Bereich verbindet. Es geht auf einen britischen Vorschlag (Lord Kennet, POST) zurück. Zielsetzung ist es, künftig soweit möglich eine Arbeitsteilung in kompatiblen Projekten zu erreichen (EPTA Newsletter Okt. 1992). Allerdings werden die über einen bloßen Informationsaustausch hinausgehenden Entwicklungsmöglichkeiten mittlerweile selbst vom „Gründungsvater“ Kennet als sehr eingeschränkt angesehen.

Das Netzwerk hat eine doppelte Leitungsebene aus einem Kreis von ParlamentarierInnen und Ausschußvorsitzenden einerseits (EPTA Council; Vorsitz: Rolf Linkohr) und den DirektorInnen der EPTA Partnerorganisationen andererseits. Erstere haben die konzeptuelle Leitung über, während zweitere die eher praktische Entscheidungsfindung und den Informationsaustausch durchführen (EPTA Newsletter Okt. 1992).

Seit 1.2.1992 arbeitet ein vollbeschäftigter Koordinator für EPTA, der den Informationsfluß zwischen den Akteuren verbessern soll (EPTA Newsletter Okt. 1992). Bisher wurden vor allem Konferenzen organisiert (z.B. über „Bioethics“) und persönliche Kontakte intensi-

viert. Derzeit werden vor allem Möglichkeiten des standardisierten elektronischen Datenaustauschs geprüft.

EU-Beitritt und Technikfolgenabschätzung

Weil STOA von sehr bescheidener politischer Bedeutung ist und EPTA auf der freiwilligen Kooperation der Mitgliedsorganisationen beruht (und de facto auf den Informationsaustausch beschränkt ist), sind durch diese Einrichtungen für ein neues EU-Mitglied keinerlei negative Interferenzen mit nationaler TA-Politik zu befürchten. Vielmehr sind unmittelbar durch diese kleinen Ansätze zu PTA auf EU-Ebene ausschließlich positive Potentiale zu erwarten (Kontaktmöglichkeit, interessante Studien in Einzelbereichen etc.).

Allerdings: Über die – hier nicht angesprochenen – „anderen“ Politiken der EU (z.B. im Bereich des freien Warenverkehrs oder der Verkehrspolitik der Gemeinschaft) wird die „TA-Politik“ der Mitgliedstaaten insofern indirekt berührt, als die nationalen Maßnahmen in diesen Bereichen nicht mehr autonom, sondern vielmehr dem EU-Recht unterworfen sind – womit unter Umständen gewisse im Rahmen der TA entwickelte Szenarien ohne EU-rechtliche Akkordierung nicht mehr durchführbar sein können.

Österreich

Parlamentarisches System

In einem mittlerweile „klassischen“ Beitrag zum politischen System wird Österreich als „parlamentarisches Regierungssystem mit föderativen und plebiszitären, insbesondere präsidialen Einschlägen und ausgeprägter Verfassungsgerichtsbarkeit“ bezeichnet (Pelinka/Welan 1971, 147)²¹.

Zwar sollen gemäß der österreichischen Bundesverfassung National- und Bundesrat die Gesetzgebung gemeinsam ausüben

²¹ Diese Stelle wird auch bei Müller (1988) einleitend zitiert, der einen empfehlenswerten Überblick zum Thema gibt.

(siehe Art. 24 B-VG). Das bestimmende Organ des Parlamentarismus ist jedoch der direkt für jeweils vier Jahre gewählte *Nationalrat* aus 183 Abgeordneten. Der *Bundesrat* (aus 63 von den Landtagen entsandten VertreterInnen) verfügt nur über aufschiebende Vetomacht, sein Einspruch kann durch einen Beharrungsbeschluß des Nationalrates aufgehoben werden.

Das österreichische Staatsoberhaupt, der *Bundespräsident*, wird direkt gewählt. Neben dieser unmittelbaren demokratischen Legitimation verleihen ihm auch seine mit sechs Jahren vergleichsweise lange Amtsdauer und rechtlich weitreichende Befugnisse eine im internationalen Vergleich sehr starke Stellung (so etwa in Anbetracht etwa des deutschen Pendant; zum Bundespräsidenten siehe zuletzt etwa Heinrich/Welan 1991). Seine bedeutendsten Kompetenzen betreffen die Bildung sowie die Auflösung der Bundesregierung: er ernennt ohne vorherigen Vorschlag den Bundeskanzler und auf dessen Vorschlag die weiteren Regierungsmitglieder, in der Folge kann die Regierung rechtlich auch jederzeit wieder von ihm entlassen werden. In der politischen Praxis haben die bisherigen Präsidenten aber sehr zurückhaltenden Gebrauch von ihren verfassungsmäßigen Möglichkeiten gemacht.

Die *Bundesregierung* (dazu ausführlich Müller 1991, 121) ist als Kollegialorgan für so gewichtige Aufgaben wie Gesetzesvorlagen und Berichte an den Nationalrat verantwortlich. Nichtsdestotrotz fällt der überwiegende Teil der Regierungsaufgaben den einzelnen RessortministerInnen zu, die gegenüber dem Bundeskanzler nicht weisungsgebunden sind. Die Regierung ist dem Nationalrat verantwortlich, der ihr oder einzelnen Mitgliedern das Vertrauen entziehen kann – in der Praxis ist jedoch durch die parteienstaatliche Fusion von parlamentarischer Mehrheit und Regierung die Kontrollfunktion weitestgehend auf die politische Opposition übergegangen, während die Parlamentsfraktionen der Regierungsparteien (gegenwärtig besteht eine „große Koalition“ aus SPÖ und ÖVP) die Unterstützung der Regierung als ihre Aufgabe betrachten (Müller 1991, 132).

Direkt-demokratische Elemente sind der österreichischen Demokratie rechtlich nur für den Fall der sogenannten „Gesamtänderung“ der Bundesverfassung bzw. der Absetzung des Bundespräsidenten vorgeschrieben. Ersteres würde im Falle eines Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften eintreten, weshalb 1994 die erst zweite

österreichweite Volksabstimmung (nach jener über die friedliche Nutzung der Kernenergie 1978, die zum sog. „Atomsperrgesetz“ führte) stattfinden wird. Wie das genannte Instrument der Volksabstimmung kann auch jenes des „Volksbegehrens“ nur im Zusammenhang mit Willensäußerungen des Parlaments wirksam werden (vgl. Müller 1988, 80): Erzwungen werden kann über diese Form (Mindeserfordernis: 100.000 Unterschriften oder jene von je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer) allerdings nur die *Behandlung*, nicht aber die Verabschiedung eines Gesetzesvorschlags im Nationalrat. Gemeinsam mit den – im Prinzip unverbindlichen – Volksbefragungen auf Länderebene (jüngst wurde etwa in Wien die Abhaltung einer Weltausstellung mehrheitlich abgelehnt) und diversen öffentlichkeitswirksamen Protestaktivitäten (Blockade des geplanten Donaukraftwerks bei Hainburg) haben diese Instrumente allerdings in den vergangenen 15 Jahren trotz des – im Vergleich v.a. etwa zur benachbarten Schweiz – geringen Stellenwerts direktdemokratischer Partizipation realpolitisch nicht unbeträchtliche Effekte gezeitigt und die „Berufspolitik“ von ins Auge gefaßten Maßnahmen abgebracht („Einmottung“ des AKW Zwentendorf; Baustopp bei Hainburg; Nichtabhaltung der Weltausstellung).

Politische Kultur

Die politische Kultur Österreichs wird am zutreffendsten durch die Termini Korporatismus (bzw. für Österreich spezifisch: Sozialpartnerschaft) und Parteiendemokratie (siehe schon oben) beschrieben.

Die Rolle des Parlaments ist demgegenüber realpolitisch stark zurückgedrängt: So liegt etwa der Anteil von Regierungsvorlagen unter den 1986-1990 beschlossenen Gesetzesanträgen bei fast 70% (1971-1975 aber sogar noch 83%! Vgl. Fischer 1991, 105). Und nur 134 von insgesamt 535 Anträgen der vergangenen Legislaturperiode waren sogenannte „Initiativanträge“ durch Abgeordnete. In bezug auf den Anstieg in dieser Kategorie gegenüber 1971-1975 (nur 52 Initiativanträge, vgl. ebenda) ist allerdings festzuhalten, daß der Anlaß für ein solches Vorgehen oftmals nur im kürzeren Verfahren zu sehen ist, das über den Weg einzelner „ihrer“ Abgeordneten auch von der Regierung genützt werden kann. Im übrigen funktioniert der

österreichische Nationalrat nach traditionell strenger Parteidisziplin.

Die enge Zusammenarbeit von Parlament und Regierung wurde schon als „eine Art politischer Symbiose“ (Fischer 1991, 113) bezeichnet: Vor allem nimmt die Regierung als das politikgestaltende Organ im engeren Sinne ganz entscheidend Einfluß auf das Parlament, wozu ihr auch vergleichsweise reichliche Ressourcen und damit ein Informationsvorsprung zu Verfügung stehen (die Abgeordneten verfügen erst seit kurzem über geringfügige Mittel zur zumindest teilzeitlichen Beschäftigung von persönlichen MitarbeiterInnen). Regierungsmitglieder können auch an den Ausschuß- sowie Plenarsitzungen des Nationalrats teilnehmen und dort unter bevorzugten Bedingungen das Wort ergreifen. Die parlamentarischen Fraktionen stehen im übrigen in enger Beziehung und vielfacher Personalunion mit den politischen *Parteien*, die das gesellschaftliche Leben in Österreich nicht unmaßgeblich prägen (besonders hoher Anteil an Parteimitgliedern, parteipolitischer Einfluß in weiten Bereichen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens) und deren Spitzen wiederum die Regierung stellen.

Vielfache Verflechtungen bestehen auch zwischen Parlament und *Sozialpartnern*. So stellen traditionell Funktionäre der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter bzw. der der bürgerlichen ÖVP nahestehenden Bünde (Wirtschaftsbund, Bauernbund, Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund) Mandatare. In die Arbeit der Ausschüsse und Fraktionen des Nationalrats werden vielfach ExpertInnen aus den monopolartigen österreichischen Sozialpartnerorganisationen (Bundeswirtschaftskammer, Landwirtschaftskammern, Österreichischer Gewerkschaftsbund, sowie Bundesarbeitskammer) beigezogen. Diese für Österreichs „Realverfassung“ so bedeutsamen Verbandsorganisationen werden jedoch auch schon in dem Parlament vorgelagerten (!) Stadien des Gesetzgebungsprozesses, nämlich dem Begutachtungsverfahren zu Regierungsvorlagen, tätig. Die Regierung kooperiert mit den Interessenverbänden aber auch kontinuierlich über ein vielfältiges System institutionalisierter Beiräte, Kommissionen etc..

Das mehrdimensionale sozialpartnerschaftliche Netzwerk zwischen gesellschaftlichen und politischen Akteuren, das in Österreich die Steuerung v.a. ökonomischer und sozialer Fragen bestimmt

(siehe ausführlicher Tálos 1991; Marko 1992), wird durch Institutionen zwischen den vier Großverbänden komplettiert. Als zentral gilt dabei die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen, an deren Vollversammlung aber wiederum auch Regierungsmitglieder – wengleich ohne Stimmberechtigung – teilnehmen. Im Vergleich zu vergangenen Phasen (v.a. der langen Großen Koalition) hat die Gestaltungsrelevanz der Sozialpartnerschaft (v.a. angesichts gestiegener Parteienkonkurrenz und Internationalisierung der Wirtschaft) mittlerweile zwar schon abgenommen (dazu der Band von Tálos 1993), eine Tendenz, die durch einen EU-Beitritt noch tendenziell verstärkt werden könnte (Falkner 1993).

Was die *Einstellung der Bevölkerung* betrifft, so wurde als „Paradoxon der österreichischen Politik“ bezeichnet (Fischer 1991, 114), „daß die Sozialpartner in jener Zeit, als sie wirklich dominante Faktoren waren, nahezu unkritisch verherrlicht wurden, während sie jetzt, wo die Sozialpartnerschaft den Höhepunkt ihres Einflusses eindeutig hinter sich hat, ... mit früher nicht gekannter Härte kritisiert wird. Dies dürfte unter anderem damit zusammenhängen, daß die Maßstäbe im Bereich von Transparenz und Kontrolle in Österreich in den letzten 20 Jahren wesentlich schärfer geworden sind.“ (ebenda) Die Kritik betrifft allerdings in erster Linie die einzelnen Trägerorganisationen, die ähnlich wie die politischen Parteien in den vergangenen Jahren oftmals mit Ablehnung von seiten relevanter Teile ihrer (potentiellen) Klientel konfrontiert wurden (Ullrich 1993, 143). Aber auch *Regierungszufriedenheit* und Vertrauen in politische Instanzen ganz allgemein haben in Österreich während der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte deutlich abgenommen, der frühere internationale Spitzenplatz (nach der Schweiz) ging verloren (Bretschneider/Ullrich 1992, FN 17).

Auf inhaltlicher Ebene hat sich in Österreich wie in anderen industrialisierten westeuropäischen Ländern in den vergangenen 15 Jahren das Anliegen der Ökologie unter den Prioritäten der Bevölkerung von nachrangiger zur höchstrangiger Bedeutung gesteigert. Daneben haben auch diverse partei- und bürokratiepolitische Themen und die „Ausländerfrage“ an populärer Wichtigkeit gewonnen (ebenda, 322). Daß gerade bei diesen „neuen“ Themen den Großparteien (aber auch den Verbänden!) vielfach keine Problemlösungskompetenz zugetraut wird, führte teils zu „Politikverdrossenheit“,

teils zu „Protestwahlverhalten“ und trug jedenfalls bei zur Auflösung des in Österreich lange herrschenden „Duopols“ der beiden „Großparteien“ ÖVP und SPÖ.

Insgesamt betrachtet könnte angesichts dieser jüngeren Entwicklungen daher eine die Öffnung der politischen Arena Österreichs für mehr Beteiligung der politisch interessierten Bevölkerung (etwa auch in Form partizipativer Elemente eines TA-Prozesses) eventuell auch ein Schritt zur Stabilisierung des politischen Systems insgesamt sein. Darüber hinaus könnte aber auch schon allein das Faktum der „Europareife“ in Hinblick auf die mutige Nutzung eines wertvollen Potentials intellektueller Auseinandersetzung mit technologischen Entwicklungen und ihren möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen – in Form von PTA – Ansehen und Vertrauen der politischen Institutionen zurückzugewinnen helfen.

Ansätze zur Etablierung von PTA

Später als in anderen europäischen Ländern wurde in Österreich der Ruf nach einer Institutionalisierung von Technikbewertung laut. In seiner Eröffnungsansprache zum „Nationalfeiertagssymposium 1984“ betonte der damalige Wissenschaftsminister Fischer erstmals die Notwendigkeit der Einrichtung einer TA-Institution in Österreich²². Im Jänner 1985 entstand eine Arbeitsgruppe für Technikfolgen-Abschätzung, aus der – über einige Umwege – das Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) an der Akademie der Wissenschaften (ÖAW) hervorging. Diese Konstruktion wurde gewählt, weil die ÖAW als größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung Österreichs über hohe wissenschaftliche Reputation verfügt und unabhängig agieren kann. Damit wurde vorerst der schwierige Diskurs über die Formen der Institutionalisierung (am Parlament oder einem Ministerium zugeordnet) vermieden. Für die Projektarbeit des ITA wurden zunächst vor allem Forschungsgelder des

²² "Es zeichnet sich immer mehr die Notwendigkeit ab, etwa nach dem Muster des 'Office of Technology Assessment' (OTA) in den Vereinigten Staaten, auch in Österreich auf der Basis eines möglichst breiten nationalen Konsenses eine spezielle Einrichtung für Technologiefolgenabschätzung, Technologiebewertung und technologiebedingte Langzeitentwicklung zu schaffen." (BMWF 1984, S 5)

Wissenschaftsministeriums (BMWF) bereitgestellt, später ergingen Aufträge von anderen Ministerien.

Im Jahre 1988 wurde der „Rat für Technologieentwicklung“ beim BMWF ins Leben gerufen, der sich – unter dem Vorsitz des Wissenschaftsministers – aus Vertretern der Parlamentsfraktionen, der Sozialpartner und einiger mit neuen Technologien befaßter Ministerien zusammensetzt und dessen wissenschaftliches Sekretariat vom ITA geführt wird. Der Rat diskutiert etwa 3-4mal jährlich neuere Entwicklungen im Bereich der Technikforschung und -bewertung. Die auf den ersten Blick genau auf das österreichische politische System zugeschnittene Zusammensetzung des Rates allein machte ihn jedoch nicht – wie von den Initiatoren beabsichtigt – zur Schnittstelle zwischen Technikbewertung und Technologiepolitik. Etwa 40 Mitglieder sind für ein effizientes Arbeiten in einem derartigen Gremium eher ungünstig, gleichzeitig gewährleistet die große Zahl aber eine möglichst breite Streuung der dort angebotenen Informationen. Allerdings kann der Rat keine Forschungsaufträge vergeben, er hat kein eigenes Budget.

Ein erster Vorstoß für PTA ist die im „Arbeitsübereinkommen“²³ der Koalitionsparteien (SPÖ und ÖVP) im Dezember 1990 festgeschriebene „Einbeziehung der Technologiefolgen in die Technologieförderung“. Insbesondere wurde auf die Bedeutung der „zentrale(n) Information über Technologieentwicklung und Beurteilung ihrer gesellschaftlichen und umweltbezogenen Auswirkungen“ hingewiesen und die „Einrichtung einer 'Enquete-Kommission für Forschung und Technologie' im Bereich des Parlaments“ sowie die „vorrangige gesetzliche Regelung für die Forschung und Anwendung der Gentechnik“ angekündigt. Ausgehend vom o.a. Koalitionsübereinkommen wurden im Jahre 1991 Gespräche zwischen den Parlamentsfraktionen über einen ersten Versuch parlamentarischer TA in Österreich aufgenommen. Entgegen den ersten Vorschlägen wurde das für Österreich neue parlamentarische Instrument der Enquete-Kommission (§ 98 Abs. 4 bis 6 GOG) nicht dazu eingesetzt, die Möglichkeiten von TA an sich zu diskutieren, sondern der Versuch unter-

²³ Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vom 17. Dezember 1990

nommen, parlamentarische TA an einem Beispiel, nämlich den Fragen im Zusammenhang mit der Gentechnologie direkt zu erproben. Das ITA wurde eingeladen, diesen Prozeß zu begleiten und unterbreitete einige Vorschläge für die Durchführung, faßte die Inhalte der Beratungen zusammen und erstellte einen Problem-aufriß (in eigener Verantwortung) über das Gesamtthema.

Die Enquete-Kommission tagte von Februar bis Anfang November, sie bestand aus 16 Abgeordneten, 8 Klub- und 10 ständigen unabhängigen Experten. In den insgesamt 10 zumeist ganztägigen Sitzungen wurden 25 Referate von Auskunftspersonen diskutiert. Darüber hinaus standen den Abgeordneten noch zahlreiche Stellungnahmen von Interessenvertretungen, Institutionen, betroffenen Vereinen und Organisationen zur Verfügung. Die Breite des Themas machte eine Schwerpunktbildung in sieben Hauptabschnitte notwendig. Nach Abschluß der ersten Informations- und Diskussionsrunde erstellte ein Redaktionskomitee, bestehend aus je einem/r VertreterIn und einem/r ExpertIn jeder Fraktion, einen Berichtsentwurf, der dann nochmals von allen Abgeordneten der Enquete-Kommission diskutiert wurde.

Die intensive Zusammenarbeit in der Enquete-Kommission und insbesondere im Redaktionskomitee führte zu einer starken Identifikation der Abgeordneten aller Fraktionen mit der Aufgabe – auch gegenüber den Experten –, was sich unter anderem in weitgehend konsensualen Empfehlungen an das Plenum manifestierte. Die von den Abgeordneten positiv erlebte intensive gemeinsame Arbeit, die Stärkung ihrer Sachkompetenz und die Ermöglichung eines weitgehenden Konsenses in einer gesellschaftlich so stark polarisierten Frage wie der Gentechnologie können als die herausragenden Ergebnisse der ersten österreichischen parlamentarischen Enquete-Kommission bezeichnet werden. Die Diskussionen über die Formulierung eines Gentechnikgesetzes – eine vorläufige Fassung wurde vom Gesundheitsministerium just am Tage vor der Präsentation des Kommissionsberichtes der Öffentlichkeit vorgestellt – zeigten allerdings, daß die Empfehlungen der Enquete-Kommission nur in sehr beschränktem Ausmaß Berücksichtigung fanden.

In bezug auf TA wurde in den Empfehlungen festgehalten, daß „budgetäre Vorsorge getroffen werden (solle), um weitere Schritte der Technikfolgenabschätzung und damit zusammenhängender

Aufgaben in einer der Bedeutung dieses Themenkomplexes entsprechenden Weise im Parlament durchführen und finanzieren zu können. Eine Arbeitsgruppe der Fraktionen soll einen Vorschlag zur Durchführung der TAs beim Parlament erarbeiten.“ (Enquete-Kommission 1992, 132) Besonderer Wert wurde auf die vorrangige Bedeutung problemorientierter TA gelegt, da sich dadurch technologische Alternativen und politische Handlungsspielräume leichter erfassen und darstellen ließen. Die o. a. Arbeitsgruppe hat sich bis jetzt noch nicht gebildet. Die Einsetzung einer weiteren Enquete-Kommission ist jedenfalls für die laufende Legislaturperiode wenig wahrscheinlich.

Erfahrungen mit Parlamentarischer Technikfolgen- Abschätzung in Europa

Der folgende Abschnitt gibt die Beiträge der Referenten einer Tagung wieder, die vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Oktober 1993 in Wien veranstaltet wurde. In Vorbereitung der Tagung wurde an die beteiligten TA-Wissenschaftler und die Vertreter der jeweiligen Parlamente ein Satz Fragen versendet, um eine möglichst homogene Herangehensweise an die Fragestellung und dadurch eine vergleichbare Ausgangsbasis für die weitere Diskussion zu erreichen.

Interessant erschien insbesondere die Gegenüberstellung von TA-Wissenschaftlern (in der Regel den Leitern der jeweiligen PTA-Institutionen) und den „Betroffenen“ ihrer Leistungen, den Parlamentariern. Zum besseren Verständnis werden diese Fragen – gleichsam das imaginäre Gerippe der folgenden Beiträge – hier nun aufgeführt.

Zusätzlich zu den Referaten der Tagung wurden noch Beiträge aus Nordrhein-Westfalen und Österreich aufgenommen. Nordrhein-Westfalen vor allem deshalb, da das Modell der „diskursiven TA“ auf Länderebene einen pragmatischen, kostengünstigen und interessanten Ansatz verfolgt, der unserer Auffassung nach große Chancen auf Nachahmung hat. Die Darstellung der zaghaften Versuche passiver Inanspruchnahme und aktiver Erprobung von Technikfolgen-Abschätzung im österreichischen Parlament dienen zur Verdeutlichung des Standes der (P)TA-Diskussion in Österreich.

Fragen an Politiker und TA-Wissenschaftler:

Wissenschaftler

Welche Aufgaben und Ziele hat Ihre Einrichtung?
Welche Unterschiede bestehen Ihrer Ansicht nach zwischen Ihrer Einrichtung und anderen Einrichtungen für parlamentarische TA?

Skizzieren Sie kurz die Arbeitsweise Ihrer Institution:

- Wie und von wem werden Projekt-Themen bestimmt?
- Wie groß ist der Anteil eigener Forschung an den Studien?
- Wie werden die Ergebnisse den Adressaten vermittelt?

Nennen Sie Beispiele für TA-Projekte mit großer oder kleiner Resonanz und geben Sie Gründe hierfür an.

Politiker

Welche Aufgaben einer TA-Einrichtung sind für die Parlamentsarbeit vordringlich?

In welcher Phase eines Projektes (Themenwahl, Bearbeitung, Vermittlung der Ergebnisse) soll die Politik maßgeblich beteiligt sein?

Nach welcher Art von TA haben Sie Bedarf?

- Themen
- Zeithorizont
- Bearbeitungsform
(kurz/lang)
- Allg. Information oder Beitrag zu konkreter legislativer Tätigkeit

Nennen Sie Kriterien für Themen, die sich für parlamentarische TA eignen.

Worauf ist bei der Einrichtung einer neuen parlamentarische TA-Einrichtung zu achten – welche Fehler sind zu vermeiden?

Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag

Thomas Petermann

Einige Vorbemerkungen

Die Existenz des „Büros für Technikfolgen-Abschätzung“ (TAB) beginnt rechtlich und formal gesehen 1990 mit der Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der Präsidentin des Deutschen Bundestages und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK). Darin wurde festgelegt, daß die Abteilung für Angewandte Systemanalyse (AFAS) des KfK (zunächst) für drei Jahre die Aufgabe übernehmen sollte, Technikfolgen-Abschätzung für den Deutschen Bundestag durchzuführen. Zu diesem Zweck wurde vereinbart, ein „Büro für Technikfolgen-Abschätzung“ durch die AFAS aufzubauen und zu betreiben. Hierfür wurden insgesamt 4 Mio. DM für die Förderung der Institution (Sach- und Personalmittel) und für Auftragsvergabe an externe sachverständige Personen und Organisationen bereitgestellt. Augenblicklich arbeiten im TAB sieben wissenschaftliche Mitarbeiter aus unterschiedlichen Disziplinen.

In diesem Jahr – nach Ablauf der Pilotphase – beschloß der Deutsche Bundestag über die weitere Zukunft der Technikfolgen-Abschätzung im Parlament: Zum einen wurde entschieden, TA zu einer ständigen Aufgabe des Deutschen Bundestages zu machen. Zum anderen wurde festgelegt, für den Zeitraum von 1993-1998 wieder die AFAS mit dem Betrieb des TAB zu betrauen.

In dieser Situation ist es sicher nicht ganz unangebracht, einige Erfahrungen zu resümieren. Diesen Rückblick will ich verbinden mit einigen Überlegungen zur Frage, ob eine neue TA-Einrichtung aus anderen Orten gemachten Erfahrungen lernen könnte.

Welches Ziel oder welche Ziele hat das TAB?

TAB hat eine klare primäre Aufgabe, mit der sie vom Deutschen Bundestag beauftragt ist. Dies ist Politikberatung. TA beim Parlament ist deshalb konzipiert zur Verbesserung der Informationsgrundlagen und der Urteilsbasis für parlamentarische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Um diese Aufgabe zu erfüllen, führt das TAB vor allem TA-Projekte durch, die von den Ausschüssen des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben werden. Unsere inhaltliche Arbeit ist insofern sehr eng an den konkreten Bedürfnissen unseres Adressaten orientiert. Dadurch trägt das TAB zur Verbesserung der Arbeitsabläufe, aber auch zur Stärkung der Parlamentsfunktionen bei – und hoffentlich ebenso zur Profilierung der Rolle des Deutschen Bundestages in der politischen Arena – im Wettstreit mit Exekutive, Parteien, Verbänden und veröffentlichter Meinung.

Ich habe von einem primären Ziel – der Politikberatung – gesprochen. Gibt es demnach noch eine andere Zielsetzung? Ich denke ja. Es handelt sich um einen intendierten Nebeneffekt der Politikberatung, dem aber große Bedeutung beizumessen ist: Es ist der Beitrag von TAB zur allgemeinen gesellschaftlichen Debatte über Ziele der Techniknutzung und Kriterien ihrer Gestaltung.

Wir realisieren diese Funktion vor allem dadurch, daß TA-Projekte kommunikativ offene Prozesse sind: Die Arbeit der Abschätzung und Bewertung geschieht in enger Kooperation mit Wissenschaft, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen (seien sie organisiert oder nichtorganisiert). Ihr know-how, ihre Informationen, aber auch ihre Bewertungen und Meinungen werden aufgenommen, diskutiert und in unserer Berichterstattung berücksichtigt.

Ferner wird auf TAB-Arbeitsberichte und andere Dokumente – nach unserer Erfahrung – in der gesellschaftlichen Diskussion Bezug genommen – sei es in der Wissenschaft oder der Arbeit der Verbände und Interessengruppen. Dies setzt voraus – und das ist Praxis des TAB -, daß im Grundsatz Arbeitsergebnisse nicht nur dem Deutschen Bundestag, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Welches sind die Arbeitsschwerpunkte des TAB?

Das TAB hat drei miteinander verbundene Arbeitsbereiche, die in der folgenden Übersicht dargestellt sind (Übersicht 1).

Wie bereits angedeutet, liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit in der Durchführung von TA-Projekten. In einer Übersicht sind die z.Zt. laufenden Themen zusammengestellt (Übersicht 2).

Übersicht 1: Arbeitsbereiche des TAB

Bereich „TA-Projekte“

- Durchführung von TA-Projekten im Auftrag des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung mit der Möglichkeit der Vergabe von Unteraufträgen für Teilaspekte;
- Parlamentsorientierte Aufbereitung und Vermittlung („Übersetzung“) der wissenschaftlichen TA-Ergebnisse;
- Organisation und Durchführung von Kommunikationsprozessen (z.B. Workshops) zwischen Abgeordneten des Bundestages, externen Gutachtern und sonstigen Sachverständigen sowie gesellschaftlichen Gruppen.

Bereich „Monitoring“

- Beobachtung wichtiger wissenschaftlich-technischer Trends und damit zusammenhängender gesellschaftlicher Entwicklungen. Ziel ist u.a. die frühzeitige Unterrichtung des Ausschusses über potentiell bedeutsame TA-Themen unter Verdeutlichung der parlamentarischen Relevanz;
- Verfolgung und Auswertung wichtiger TA-Projekte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Bereich „Konzepte und Methoden“

- Verfolgung von und Teilnahme an der laufenden Diskussion über Konzepte und Methoden der Technikfolgenabschätzung;
- Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Diskussionen bei den konkreten TA-Projekten.

Übersicht 2: TA-Projekte (1993 – 1995)

Im Bereich „TA-Projekte“ werden zur Zeit folgende Themen behandelt:

- Neue Materialien
- Entwicklung und Analyse von Optionen zur Entlastung des Verkehrsnetzes und zur Verlagerung des Straßenverkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger
- Die Bedeutung der Umwelttechnik für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
- Kontrollkriterien für Bewertung und Entscheidung bei neuen Techniken und Technologien im Rüstungsbereich
- Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen moderner Biotechnologien auf Entwicklungsländer und auf die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit
- Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der europäischen Normung

Wie ist die Arbeitsweise des TAB?

Ich kann im folgenden die Arbeitspraxis nur skizzieren. Dazu will ich drei Aspekte beispielhaft etwas näher beschreiben.

Festlegung der Arbeitsbereiche, Themengenerierung für TA-Projekte
Grundsätzlich werden die Arbeitsbereiche (insbesondere die TA-Projekte) vom Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung festgelegt. Dies geschieht in Abstimmung mit dem TAB, u.a. in Form von Statements zu den Inhalten und zur Machbarkeit der einzelnen TA-Projekte oder anderer Vorhaben. Das TAB kann auf seines Erachtens wichtige TA-Themen hinweisen (und solche auch – informell – vorschlagen). Das TAB hat formal allerdings kein Themeninitiativrecht.

Alle Ausschüsse können Anträge zur Durchführung von TA-Projekten stellen. Der FTTA-Ausschuß versucht, die verschiedenen Anforderungen an das TAB zu koordinieren, und stellt insofern eine Art Clearing-Stelle im Parlament dar. Grundlage für dieses Ver-

fahren sind zum einen der § 56a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT), zum anderen parlamentsinterne „Verfahrensregeln“ zur Technikfolgenabschätzung.

Ablauf eines TA-Projekts

Der Ablauf eines umfassenden Projekts stellt sich stichwortartig in der Regel so dar:

- Themenvorschlag eines Ausschusses/Kommentierung des TAB
- Vorphase und Erstellung eines Konzepts des TAB (mit Zeit- und Finanzplan)
- Ggf. Berufung eines „Beirats“ (Wissenschaft, gesellschaftliche Gruppen)
- Eigene Analysearbeiten sowie weitgehende Beauftragung von Wissenschaftlern, Gruppen, Institutionen und Organisationen mit der Bearbeitung von Teilbereichen
- Zwischenbericht und/oder Berichterstattung bei Bedarf
- TAB-Workshops
- Diskussion vorläufiger Endergebnisse mit Parlamentariern, Vertretern der scientific community, gesellschaftlichen Gruppen; Einholung von Kommentargutachten (= review process)
- Endbericht
- Verteilungsaktivitäten und „Post-Study-Interaction“

Zu dieser Übersicht nur ein kurzer Kommentar der beiden letzten Punkte. Die Erfahrung der Politikberatung im In- und Ausland zeigt, daß auf seiten des Adressaten wie des Verfassers bei Abschluß einer Studie nahezu immer große Erleichterung herrscht. Der Zustand der Zufriedenheit, ein Projekt beendet zu sehen, bewirkt dann zumeist ein jähes Erlahmen von Aktivitäten. Man sollte dagegen angehen und überlegen, wie man „mit seinem Pfund wuchern“ kann. Dies könnte heißen, ein breites Spektrum verschiedener Kommunikationsaktivitäten zu entfalten, z.B. Presseveröffentlichungen, Publikationen in Fachzeitschriften, Durchführung kleinerer Symposien, gezielte Versendung von Reports mit spezifischen Ergebnissen der Arbeit.

In-house-Forschung / Vergabe von Aufträgen

Jedes TA-Projekt beginnt mit eigener wissenschaftlicher Arbeit. Sie findet u.a. statt im scoping-Prozeß, der am Beginn eines TA-Vorhabens steht. Dieser Beitrag wird vielfach unterschätzt, denn er beinhaltet mehr als Recherchen, Literaturlauswertungen und Erstellen von Konzepten. Er muß eine analytische Durchdringung der Forschungslage und eine Operationalisierung erkenntnisleitender Fragestellungen sein – auf dem Hintergrund der Fragen, die der jeweilige Ausschuß an das Thema hat.

In der Mehrzahl der Fälle werden danach weite Teile des Projektes durch externe Auftragnehmer bearbeitet. Dies hat nicht nur Kapazitätsgründe. Vielmehr ist es von zentraler Bedeutung, möglichst den besten Sachverstand für das TA-Projekt verfügbar zu machen – und damit für den Deutschen Bundestag. Die Bearbeitung von Themenfeldern durch Externe wird durch das TAB kontinuierlich begleitet – teilweise mitgestaltet. Schließlich übernimmt das TAB die Bearbeitung aller vorliegenden Gutachten für die Zwecke des Endberichts (oder anderer Formen der Berichterstattung) („Übersetzung“). Der Beitrag von TAB erstreckt sich vor allem auf die Arbeitsschritte des scopings, der Gutachtenbegleitung und „-übersetzung“.

Fazit: Weder führt das TAB alleine noch führen externe Auftragnehmer alleine TA-Projekte durch. Es gibt also einen Mix von inhouse- und externer Forschung.

Einige Schlußfolgerungen aus bisherigen Erfahrungen: Worauf ist bei einer neuen TA-Einrichtung zu achten?

Zum Abschluß will ich einige sehr zugespitzte Thesen formulieren. Sie sind auch in erheblichem Maße subjektiv. Sie basieren auf meiner Wahrnehmung der bisherigen TA-Arbeit, meinen Kenntnissen des parlamentarischen Prozesses und den Berichten von Kollegen über die Schwierigkeiten beim Umgang zwischen Wissenschaft und Politik.

Ich „verpacke“ diese Erfahrungen in die Beschreibung von fünf Aspekten, die bei Beginn, aber auch nach Aufnahme der Arbeit einer parlamentarischen Einrichtung wichtig sein könnten (auch weil ihre Bedeutung in der Regel unterschätzt wird).

Klarheit bei der Zieldefinition – Wissen um die Aufgaben der Einrichtung beim Adressaten

Zwischen dem Parlament und seiner TA-Einrichtung muß Konsens (wirklicher Konsens, kein Konsens nur über Begriffe!) über die Ziele und über das Leistungsspektrum einer Einrichtung herrschen.

So sollten sich beispielsweise die Beteiligten darüber klar sein, ob wirklich langfristige, umfassende TA durchgeführt werden soll – oder kurzfristige und perspektivisch engere TA günstiger für die Arbeit eines Parlaments ist.

Deutlich muß auch werden, ob es für die TA-Einrichtung Spielräume für die Verfolgung nicht unmittelbar praxisrelevanter Fragestellungen geben soll (ich denke an Fragen der Methode von TA, der Reflexion ihrer Arbeitsprozesse theoriegeleitete Überlegungen etc.) – oder nicht.

Sind Ziele festgeschrieben, so sollten die Mitglieder des Parlaments diese Ziele – und auch die Verfahren – auch kennen. Es ist fatal, wenn z.B. ein Abgeordneter erwartet, aufgrund einer direkten Anfrage schnell ein Gutachten für seine Zwecke bekommen zu können – und diese Erwartung abschlägig beschieden werden muß (z.B. weil Aufträge nur Ausschüsse erteilen dürfen).

Konzentration auf ein prioritäres Ziel – Anbindung an (einen) Adressaten

Zu viele Aufgaben sind zumeist auch widersprüchliche Aufgaben und nicht leicht zugleich zu erfüllen. Beispielsweise: Erstellung langfristiger Studien und zugleich „schnelle“ Politikberatung, Produktion expertenorientierter Studien und zugleich Erarbeitung von Materialien für öffentliche Diskurse mit Laien, die Standards der Wissenschaft und zugleich die Kriterien der praktischen Politik an die Erarbeitung einer TA-Studie anzulegen. Einen Mix aus solchen, unterschiedlichen Logiken gehorchenden, Ansätzen zu gestalten ist sicher möglich. Es scheint mir aber als Regel doch besser zu sein,

sich auf einen klaren Zuschnitt der Aktivitäten zu einigen und die Prioritäten deutlich zu setzen.

Ein nicht exakt definierter Adressat oder mehrere Adressaten (Politik, Gesellschaft und interessierte Öffentlichkeit) eröffnen zwar gewisse Freiheiten, ein solcher 'Schwebezustand' kann aber vermutlich auf Dauer auch verunsichern. Für kontinuierliche Arbeit und die Findung einer unverwechselbaren Identität ist es wahrscheinlich günstiger, einen Adressaten zu haben, für dessen Zwecke man vor allem arbeitet. Es gilt auch hier das oben Gesagte: Man muß z.B. wissen, ob man das Thema „Genetische Tests“ im Rahmen von Konsensuskonferenzen (für die Öffentlichkeit) oder im Rahmen interaktiver Politikberatung (für das Parlament, für die Ausschüsse, für den einzelnen Abgeordneten) bearbeitet.

Klasse statt Masse

In aller Kürze (und sehr vereinfacht): Wahrscheinlich ist es besser, mit wenigen Projekten zu beginnen, diese intensiv zu bearbeiten und die Ergebnisse sorgfältig zu vermitteln. Die Alternative, ein breites Spektrum attraktiver Themen für eine Vielfalt von Interessenten zu bearbeiten, wird vermutlich eine weit geringere Qualität erbringen. Auch wird die Erwartung an ein permanent vollgepacktes Arbeitsprogramm geweckt. Davon kommt man nicht so leicht herunter.

Mitgift: Toleranz, Unterstützung, Zeit für Fehler

Eine TA-Einrichtung muß Zeit haben, sich zu entwickeln (das OTA sagt von sich, es habe sieben Jahre gebraucht, um ein akzeptables 'standing' zu gewinnen). In dieser Zeit muß sie Fehler machen dürfen, um zu lernen. Für Experimente und Risiken braucht sie die Toleranz und die Unterstützung des gesamten Parlaments – insbesondere nach außen.

Vertrauen statt Kontrolle

Ich gebe einem von den Füßen auf den Kopf gestellten Lenin den Vorzug. Zwar sind Kontrollmechanismen sinnvoll, das steht außer Frage. Aber: Wo immer es geht, sollte das Parlament vermeiden, eine bürokratische begleitende Kontrolle der wissenschaftlichen Arbeit mit Berichts-, Vorlage- und Rechenschaftspflichten für seine TA-Einrichtung zu inszenieren. Beginnt man damit, ist die

bürokratische Logik nicht mehr umzukehren. Man sollte eine TA-Einrichtung, die eine wissenschaftliche Einrichtung sein soll, an einer langen Leine laufen lassen. Die TA-Einheit soll die Verantwortung für ihre Arbeitsprozesse/Arbeitsergebnisse tragen. In der Kompetenz des Parlaments sollte es liegen, deren Rahmenbedingungen zu formulieren, auf ihre Einhaltung zu achten und die Inhalte und Botschaften der TAB-Berichterstattung politisch zu werten. Das scheint mir eine faire Arbeitsteilung zu sein.

Schlußbemerkung

Kann eine neue TA-Einrichtung von anderen lernen? Ich bin sicher, alle wissen, wie die Antwort lautet: Im Prinzip ja! Aber: Zieldefinition, Organisation und Verfahrensschritte bei vorfindbaren Einrichtungen anderer Länder müssen im Licht der jeweiligen spezifischen Gegebenheiten gewürdigt werden. Eine Übernahme ist nur dann zu erwägen, wenn bestimmte Zielelemente oder Organisationsprinzipien wirklich in das eigene System von Wissenschaft, Öffentlichkeit und (parlamentarischer) Politik passen.

Das Design einer Einrichtung muß beispielsweise ganz anders ausfallen, je nachdem, ob es sich um ein präsidentielles oder parlamentarisches Regierungssystem handelt, ob die Ausschüsse oder das Plenum in dem Prozeß der Willensbildung dominieren, ob zwischen Opposition und Mehrheit eher Kooperation oder Konfrontation herrscht. Es ist zu berücksichtigen, ob es ein funktionierendes TA-Netzwerk gibt, wie die gesellschaftlichen Interessengruppen den Vorhaben einer TA-Einrichtung gegenüberstehen, wie die Technikakzeptanz in der Bevölkerung ist, etc.

Ich bin gespannt auf das „TA-Modell Österreich“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung – Erfahrungen in Deutschland

Wolf-Michael Catenhusen

Am 4. März 1993 hat der Deutsche Bundestag einen dreijährigen Modellversuch mit einer Beratungskapazität zur Technikfolgenabschätzung am Deutschen Bundestag beendet und auf Vorschlag des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig beschlossen, das Büro für Technikfolgenabschätzung „TAB“ „in eine ständige Einrichtung des Deutschen Bundestages zu überführen“. Damit hat eine gut zwanzigjährige parlamentarische Diskussion über Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag einen vorerst positiven Abschluß gefunden. Im Beschluß des Deutschen Bundestages vom 4. März 1993 heißt es: „Der Deutsche Bundestag benötigt geeignete Beratungskapazitäten, um seiner Verantwortung und Aufgabe als Gesetzgeber und Kontrollorgan gegenüber der Bundesregierung gerecht zu werden. ... muß er die Folgen seiner Beschlüsse und die Folgen der Regierungsentscheidungen vor dem Hintergrund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch sorgfältige Untersuchungen abschätzen können. Die vielfältigen Auswirkungen technischer Entwicklungen und Neuerungen beeinflussen ihrerseits in zunehmendem und entscheidendem Maße den Spielraum der gesellschaftlichen Entwicklung und die Gestaltungsmöglichkeiten in allen Politikbereichen. Politische Entscheidungsnotwendigkeiten muß der Deutsche Bundestag frühzeitig erkennen können.“

Die bisherige Arbeit von drei Jahren bewerte ich aus der Sicht des Vorsitzenden des für Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag federführenden Fachausschusses wie folgt:

Institutionalisierung von TA beim Deutschen Bundestag

1989 hat der Deutsche Bundestag zunächst für drei Jahre die Einrichtung einer kleinen Beratungskapazität für Technikfolgen-

abschätzung, des TAB, am Parlament beschlossen. TAB sollte weniger als zehn Mitarbeiter umfassen und außerhalb der Strukturen der Bundestagsverwaltung, aber in Bonn in Parlamentsnähe von einer renommierten Forschungseinrichtung mit TA-Erfahrung auf der Grundlage eines jeweils für fünf Jahre abgeschlossenen Vertrages mit dem Deutschen Bundestages betrieben werden. Diese Struktur wurde gewählt, um zu verhindern, daß das TAB nur zu einer weiteren Aufblähung der Parlamentsbürokratie führt. Das war vor allem die Sorge beim Haushaltsausschuß, der lange Zeit im Deutschen Bundestag die Institutionalisierung von Technikfolgenabschätzung verhindert hat. Die gewählte Form der Institutionalisierung gibt dem wissenschaftlichen Leiter des TAB einen großen Einfluß, etwa bei der Auswahl der Mitarbeiter und der Organisation der TAB-Arbeit im einzelnen. Die gewählte Organisationsform ist für die projektbezogenen TAB-Arbeit angemessen. Sie sichert dazu dem TAB den Rückgriff auf die Infrastruktur einer Großforschungseinrichtung, u.a. eine TA-spezifische Bibliothek und Datenbank. Die herausgehobene Stellung des wissenschaftlichen Leiters hat dazu dem TAB eine schnelle Akzeptanz in der TA-Community gesichert.

Die Rolle des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und anderer Fachausschüsse

Dem Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung wurde die Aufgabe übertragen, „die Initiierung und politische Steuerung von Technikfolgenanalysen im Rahmen der ihm als Ausschuß zustehenden Kompetenzen“ zu übernehmen. Der FTTA-Ausschuß vergibt insbesondere Aufträge von seiten des Parlaments an das TAB, er nimmt dazu Studien oder andere Ergebnisse der TAB-Arbeit ab. Antragsberechtigt für Studien sind die Fachausschüsse des Parlaments bzw. Fraktionen in diesen Ausschüssen.

Im Vorfeld der Etablierung des TAB bestand dabei zum einen die große Sorge, TA könne zum natürlichen Instrument der parlamentarischen Opposition werden. Auf der anderen Seite bestand die Sorge, ohne ein garantiertes Minderheitsrecht könne nur die Parlamentsmehrheit Aufträge an das TAB vergeben.

Ergebnisse von TA-Studien haben im Parlament durchaus kontroverse Reaktionen ausgelöst. Die Sorge einer politischen Instrumentalisierung von TA im Parlament war aber bislang unbegründet. Beschlüsse zur Durchführung von Studien zur Technikfolgenabschätzung sind bislang im FTTA-Ausschuß immer einstimmig getroffen worden. Dies liegt vor allem an der Etablierung einer Berichterstattergruppe für Fragen der Technikfolgenabschätzung im Ausschuß, in der der Ausschußvorsitzende und je ein Mitglied der Fraktionen im FTTA-Ausschuß vertreten sind. In dieser Berichterstattergruppe werden alle Entscheidungen zu TA-Fragen im Ausschuß im Konsens zwischen den Fraktionen vorbereitet und praktische Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem TAB, dem FTTA-Ausschuß und dem gesamten Parlament erörtert und geregelt. Ohne eine solche Berichterstattergruppe oder einen Unterausschuß wären die Aufgaben der Zusammenarbeit mit dem TAB nicht im Rahmen der Ausschüßarbeit wahrzunehmen. Im Unterschied zum amerikanischen Kongreß fehlt dazu den deutschen Abgeordneten der notwendige Mitarbeiterstab zu einer aktiven Begleitung einer Vielzahl von TA-Prozessen.

TA beim Parlament ist erst dann erfolgreich, wenn Aufträge von einer Vielzahl von Fachausschüssen erteilt werden. 1990 sind die ersten Studien nur vom Forschungsausschuß an das TAB vergeben worden. Der FTTA-Ausschuß hat sich im Rahmen der Erprobungszeit nachhaltig und mit Erfolg darum bemüht, die Möglichkeiten des TAB bei den verschiedenen Fachausschüssen des Parlaments vorzustellen und erfolgreich für die Vergabe von TA-Studien zu werben. Neue Studien sind u.a. auf Vorschlag des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Unterausschusses für Abrüstung und des Umweltausschusses vergeben worden.

Es hat sich sehr bewährt, interessierte Abgeordnete (in der Regel drei bis sechs Abgeordnete) aus Fachausschüssen zur aktiven Begleitung der Erarbeitung einer Studie zu gewinnen und sie am Prozeß der Durchführung einer TA-Studie besonders zu beteiligen, durch informelle Rückkopplung, Einladung zu Workshops u.ä. Der Versuch, die Abgeordneten in schriftlicher Form über laufende Projekte des TAB zu informieren, hatte nur begrenzte Wirkungen. Bislang sind maximal 80 der gut 660 Mitglieder des Parlaments in näheren Kontakt zur Arbeit des TAB gekommen.

Die Rolle des Parlaments

Studien und Berichte des TAB sollen für den Deutschen Bundestag nach Möglichkeit auch parlamentarische Handlungsoptionen aufzeigen und ihre vermutlichen Konsequenzen diskutieren. „Die TA-Untersuchungen werden vom TAB parlamentsorientiert durchgeführt. Aus den Untersuchungsergebnissen werden Handlungsoptionen abgeleitet, die parlamentarisch zu entscheiden sind.“ Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat dazu das Recht, zu Aussagen und Empfehlungen eines TAB-Berichts Stellung zu nehmen und diese Stellungnahme mit dem Bericht dem Parlament zur Entscheidung vorzulegen. Der Deutsche Bundestag hat auf diesem Wege die Studien zum Raumtransportsystem „Sänger“ und zu „Risiken bei einem verstärkten Wasserstoffeinsatz“ debattiert und sich sogar eine der Optionen der Raumfahrtstudie in einem Beschluß zueigen gemacht. Hier war durch die TA-Studie ein Konsens zwischen Regierungsparteien und Opposition erreicht worden. Diese Einbeziehung des Parlaments wird und kann nicht die Regel werden. Es hat sich dazu als ausgesprochen schwierig erwiesen, Studien mit unmittelbarer Relevanz für ein Gesetzgebungsverfahren (es handelt sich um eine TA-Studie zu Fragen der biologischen Sicherheit und zu Rechtsfragen der Gentechnik im internationalen Vergleich) zeitlich so zu planen und zu bearbeiten, daß sie rechtzeitig im Vorfeld der Vorlage von Gesetzesvorschlägen und des eigentlichen Gesetzgebungsverfahrens vorliegen. Nur dann besteht die Chance, daß sie noch von allen Seiten als hilfreich angesehen werden können.

Es ist keine Frage, daß TA-Studien zu umstrittenen tagespolitischen Fragen schnell positiv oder negativ instrumentalisiert und damit entwertet werden können.

Partizipative Elemente von Technikfolgenabschätzung

In den Beschlüssen des Deutschen Bundestages finden sich nur rudimentäre Ansätze einer gezielten Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen oder von Betroffenen und Interessierten. Nach den ersten Erfahrungen haben sich jedoch bei der Durchführung von TA-Projekten einige Arbeitsformen bewährt, die den TA-Prozeß ansatz-

weise öffnen können und dabei die Qualität der Informationen verbessern und die Einbeziehung unterschiedlicher Sichtweisen erleichtern:

- Schaffung eines Beirates zur Begleitung eines TA-Projektes, in dem Vertreter aus Wissenschaft, Industrie und gesellschaftliche Gruppen denkbar sind. Ein solcher Beirat soll vor allem bei der konkreten Definition eines TA-Projektes beraten und im Prozeß der Projektdurchführung ein wichtiges Feed Back geben. Ein solcher Beirat wird zur Zeit im Kontext eines TA-Projekts zu „Neuen Werkstoffen“ erprobt.
- Workshops, in denen Vorstudien oder Zwischenergebnisse informell zur Diskussion gestellt werden.

Wir haben nun drei Jahre Erfahrung und wie das US-amerikanische Beispiel zeigt, braucht es fünf bis zehn Jahre um die PTA-Arbeit tatsächlich in den parlamentarischen Entscheidungsprozeß einzubauen – nicht im FTTA-Ausschuß – sondern im breiteren Bereich des Gesamtparlaments. Den ersten Schritt in diese Richtung haben wir nun getan. Wir Parlamentarier sollten nicht vergessen, daß TA eine Chance bedeutet, Entscheidungen besser und aufgrund einer breiteren wissenschaftlichen Basis zu fällen. Rationalere Entscheidungen werden so möglich, wie wir aber alle wissen hat Politik auch viel mit Interessen, die man vertritt zu tun, weshalb es die Entscheidung des Parlamentariers bleibt, ob er das Hilfsmittel das TA anbietet auch nutzt.

Parlamentsverträgliche Technikbewertung

Manfred Mai

Die Anfang der 70er Jahre erhobenen Forderungen nach einer Institutionalisierung der Technikbewertung (TA) in den Parlamenten waren überwiegend von dem Motiv bestimmt, ein Gegengewicht zum administrativ-industriellen Komplex zu bilden. Die anhaltenden Diskussionen über eine angemessene Form der parlamentsspezifischen Institutionalisierung zeigen jedoch, daß auch in bezug auf TA die Exekutive und teilweise auch die Wirtschaft der Legislative überlegen ist. Die Anzahl TA-relevanter Institute und Forschungseinrichtungen, die für den administrativ-industriellen Komplex tätig sind, ist kaum noch überschaubar. Dagegen nehmen sich die parlamentsspezifischen Einrichtungen eher bescheiden aus. Sollte auch hier das Parlament unterlegen sein?

Dieser Befund sagt einiges über den Stellenwert des Parlaments in der modernen Industriegesellschaft aus. Die generelle Schwäche der Legislative ist nicht primär durch die technisch-wissenschaftliche Entwicklung verursacht, wenngleich diese Entwicklung sich verschärfend auf das Machtungleichgewicht zwischen Parlament einerseits und Exekutive sowie Wirtschaft andererseits ausgewirkt hat. Eine weitere Ursache für die Schwierigkeit, eine geeignete Form und ausreichende Kapazität für eine parlamentseigene TA zu finden, liegt darin, daß die Binnenrationalität des Parlaments einer Institutionalisierung der TA nicht gerade förderlich ist. In einigen wichtigen Dimensionen steht sie ihr sogar entgegen. Es scheint, als habe eher die allgemeine Schwäche der Legislative den TA-Gedanken geschwächt als umgekehrt die Implementierung von TA in den Parlamenten diese haben stärken können. Ob TA, und dies zeigen auch die Erfahrungen im nordrhein-westfälischen Landtag, zu einem brauchbaren Instrument der Politikberatung und Technikgestaltung wird, hängt weniger von der konkreten Form ihrer Institutionalisierung ab, sondern von gesamtgesellschaftlichen Machtkonstellationen und ihrer

Repräsentation im Parlament. Wenn, so könnte das Fazit parlamentarischer TA-Erfahrungen lauten, TA gesamtgesellschaftlich nicht gewollt ist, so kann auch eine noch so perfekte und gut ausgestattete TA-Organisation beim Parlament auf die Dauer wenig von den selbst gesteckten Zielen erreichen. Es droht dieser TA-Institution eher die Instrumentalisierung für andere Zwecke der politischen Akteure.

Zur Vorgeschichte des Ausschusses „Mensch und Technik“

Die Erfahrungen des Landtags Nordrhein-Westfalen mit dem Ausschuß „Mensch und Technik“, obwohl er im engeren Sinne keine TA-Einrichtung darstellt, sind im Prinzip verallgemeinerbar. Als die SPD-Fraktion 1987 im Landtag die Einrichtung einer Kommission „Mensch und Technik“ forderte, hatte sie zur Begründung im wesentlichen das Leitbild der „Sozialverträglichen Technikgestaltung“ vor Augen. Kurz zuvor wurde von der Landesregierung ein gleichnamiges Landesprogramm unter der Federführung des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufgelegt, das ausdrücklich kein TA Programm darstellt (vgl. Kilper 1990 und Schatz 1993), und die Gründung eines „Instituts Arbeit und Technik (IAT)“ betrieben. Die Einrichtung der Landtagskommission „Mensch und Technik“ ist in diesem Kontext zu sehen. Die TA-Diskussion wurde in dem Antrag der SPD-Fraktion allenfalls indirekt angesprochen. Vorrangig war die Durchsetzung des Leitbildes der „Sozialverträglichen Technikgestaltung“ mit den Instrumenten: Landesprogramm, Institut Arbeit und Technik (das nach erfolgter Gründung zugleich als Projektträger für das Landesprogramm fungierte) sowie Parlamentsausschuß. Der eigentliche Geburtshelfer der parlamentarischen TA im nordrhein-westfälischen Landtag war die Vorstellung einer Technikgestaltung mit starkem Akzent auf partizipatorischen Elementen. Trotz aller Sozialverträglichkeit sollte dabei der Praxisbezug nicht vernachlässigt werden.

Die damaligen Oppositionsfraktionen (CDU und F.D.P.) lehnten den SPD-Antrag auf Einrichtung einer parlamentarischen TA-Kompetenz ab, da sie in dieser ein Element der Technikkritik befürchteten. Diese Konstellation widerlegt im übrigen ein verbreitetes Vorurteil, wonach TA immer im Interesse der Opposition sei,

wobei das Verhalten der Regierungsmehrheit und Opposition im Bundestag als Beleg gilt. Die in Nordrhein-Westfalen allein regierende SPD hatte sicher kein Interesse daran, durch das Landesparlament die von ihr geführte Regierung kontrollieren zu lassen. Gedacht war eher an eine kritische Begleitung der industriellen Technikentwicklung, die das Landesprogramm „Mensch und Technik“, das „Institut Arbeit und Technik“ und die gleichnamige Landtagskommission gemeinsam leisten sollten. Da sowohl die Formulierung des Landesprogramms als auch die Institutsgründung in der Federführung des Arbeitsministeriums lagen, ist die Vermutung naheliegend, daß durch diese Aktivitäten ein Gegengewicht zur vorwiegend mittelstandsorientierten Technologiepolitik des Wirtschaftsministeriums geschaffen werden sollte, zumal die Gewerkschaften – zumindest in den Anfangsphasen des Landesprogramms und der Aktivitäten des IAT – schon immer eine Korrektur der ihrer Ansicht einseitigen Technologiepolitik des Landes forderten.²⁴

In diesem Entstehungskontext wirkt der Hinweis auf die internationale TA-Diskussion, wie er im Einsetzungsbeschluß für den Ausschuß „Mensch und Technik“ des Landtags zu finden ist, ein wenig aufgesetzt. Deutlich wird auf jeden Fall der Unterschied zu anderen parlamentarischen TA-Institutionen: Der Ausschuß „Mensch und Technik“ ist in erster Linie als ein Instrument der nordrhein-westfälischen Modernisierungspolitik von der regierenden SPD gedacht worden. Als Leitbild fungierte das der „Sozialverträglichen Technikgestaltung“. Erst nach einigen Sitzungen verschob sich der Akzent der Aktivitäten und des Selbstverständnisses des Ausschusses auf TA im engeren Sinne, ohne allerdings die ursprüngliche Intention ganz aus den Augen zu verlieren.

²⁴ In der Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Notwendigkeit parlamentarischer Technikbewertung heißt es kurz nach der inzwischen erfolgten Einrichtung des Ausschusses: "Unser Ziel war einerseits die Etablierung einer eigenständigen Einrichtung, die sich für eine frühzeitige Untersuchung der Chancen und Risiken neuer Technologie und Technik Anwendungen engagiert. Unser Ziel war es aber auch, das Landesparlament als demokratische Kontrollinstanz gegenüber der Forschungs- und Technologieförderung der Exekutive zu stärken" (Präsidentin des Landtags 1991, S. 15).

Arbeitsweise und -themen des Ausschusses „Mensch und Technik“

Bestimmend für die Arbeitsweise, Möglichkeiten und Instrumente einer TA-Institution ist ihre Einbindung in die übergreifende Parlamentsorganisation. Jede Organisation, erst recht eine öffentlich-rechtlich Institution und Verwaltung, verfügt über eine verbindliche Geschäftsordnung.²⁵ In ihr sind u.a. die Formen parlamentarischer Instrumente (Anträge, Anfragen an die Regierung), Verfahren (Gesetzgebung, Petitionen, Anhörungen) sowie Zuständigkeiten und Rechte von Gremien (Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse) geregelt.

Auch die Parlamentsausschüsse unterliegen dieser Geschäftsordnung. Ihre Zusammensetzung hängt von der Stärke der jeweiligen Fraktionen im Parlament ab. Sie sollen die vom Plenum überwiesenen Gesetzentwürfe, Anträge usw. beraten und nach Abschluß der Beratung dem Plenum eine Beschlußempfehlung vorlegen. In den Ausschüssen findet also die eigentliche Arbeit eines Parlaments statt. Im Plenum wird nach abgeschlossener Beratung lediglich von den (vier) Fraktionssprechern das Beratungs- und Abstimmungsergebnis öffentlichkeitswirksam vorgetragen, da das Plenum im Gegensatz zu den Ausschußberatungen grundsätzlich öffentlich tagt. In der Regel folgt das Plenum der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses. Einige Geschäftsordnungen von Länderparlamenten sehen dagegen auch öffentliche Beratungen in Ausschüssen vor. Das Argument gegen die Öffentlichkeit von Ausschußsitzungen – der Verlust der sachlichen Arbeitsatmosphäre – ist nicht von der Hand zu weisen. Fraktionsübergreifende Übereinstimmungen in Sachfragen, die im Plenum allenfalls hinter den Kulissen erkennbar werden (und dann mediengerecht inszeniert werden), sind in der vertraulichen Sphäre eines Ausschusses eher möglich und dienen den Bemühungen um eine sachgerechte Problemlösung jenseits festgelegter „Fraktionsmeinungen“.²⁶ Im

²⁵ Zur Bedeutung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages für die Arbeit der Enquetekommission vgl. von Westphalen 1990.

²⁶ Der Ausschuß "Mensch und Technik" hat diese Arbeitsatmosphäre regelrecht kultiviert. Abgeordneten anderer Ausschüsse, die gelegentlich als Vertreter an Ausschußsitzungen teilnahmen, fiel das hohe Niveau der Beratungen auf.

Unterschied zu anderen parlamentseigenen TA-Einrichtungen (z.B. Enquete-Kommissionen) besteht der Ausschuß „Mensch und Technik“ nur aus Abgeordneten.²⁷

Die Entscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen, die „Kommission Mensch und Technik“ nach der Neukonstituierung des Landtags 1990 in einen „Ausschuß“ umzuwandeln, entspricht einer formellen Aufwertung, da einem Ausschuß gemäß der Geschäftsordnung mehr Rechte zustehen.²⁸ Die Entscheidung für die Form eines Parlamentsausschusses war zugleich eine Entscheidung für den Primat der Politik und der Abgeordneten gegenüber der (parlamentsinternen) Verwaltung und (externen) Wissenschaft. Die Stelle eines einzigen wissenschaftlichen Assistenten, der diesem Ausschuß zur Verfügung stand, läßt gar nicht erst den Verdacht auf eine Bürokratisierung und Verselbständigung aufkommen, denen sich TA-Modelle in anderen Parlamenten bei ihrer Einrichtung ausgesetzt sahen. Immerhin haben andere Ausschüsse im nordrhein-westfälischen Landtag lediglich eine halbe Stelle eines Verwaltungsbeamten zu Verfügung, was den besonderen Status des Ausschusses „Mensch und Technik“ innerhalb des Landtages unterstreicht.

Parlamentsspezifische Informationsbedürfnisse als Voraussetzung wirksamer Politikberatung durch TA

Gemessen an der finanziellen, organisatorischen und personellen Ausstattung etwa des OTA in Washington oder des TAB in Bonn/Karlsruhe läßt die Ausstattung mit nur einem Wissenschaftler natürlich die Frage nach der Ernsthaftigkeit des Düsseldorfer TA-Modells aufkommen. Dabei wird immer angenommen, daß eine gewisse Proportionalität zwischen der personellen und organisatorischen Größe der TA-Einrichtung und der Wirksamkeit des Transfers wissenschaftlicher Expertise an die Abgeordneten besteht. Zumindest scheint eine Mindestausstattung erforderlich, um TA-

²⁷ Acht Abgeordnete der SPD, fünf der CDU sowie jeweils ein Abgeordneter der F.D.P. und der Partei "Bündnis 90/Die Grünen". Den Ausschußvorsitz hat die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" (Dr. Katrin Grüber).

²⁸ Interessanterweise hatte die Geschäftsordnung die Form der "Enquete-Kommission" nicht vorgesehen; ein Mangel, der bei der Novellierung der Geschäftsordnung vermutlich behoben sein wird.

Prozesse innerparlamentarisch in Gang zu setzen. Es hat sich gezeigt, daß gerade in der unbürokratischen und damit vor allem kostengünstigen Lösung des Ausschusses „Mensch und Technik“ ein auch auf andere Parlamente übertragbares Modell besteht, ohne daß das eine Einbuße an TA-Kompetenz bedeutet.

Im Prinzip kann man TA als ein Instrument der wissenschaftlichen Politikberatung begreifen, was viele Implementationsprobleme erklärt. Um den Sachverstand einer TA-Expertise in den Prozeß der politischen und administrativen Entscheidungsbildung zu implementieren, kommt es entscheidend auf die Form der Vermittlung zwischen Wissenschaft einerseits und Politik/Verwaltung andererseits an. Während TA-Studien und andere Gutachten von der Exekutive gründlich rezipiert werden (können) – z.B. in der Form interner Berichte, Bewertungen und Stellungnahmen für die „Hausspitze“ -, fällt diese Möglichkeit für Abgeordnete weitgehend aus. Die insbesondere für TA-Studien erforderlichen fraktionsinternen Kapazitäten sind in der Regel nicht vorhanden bzw. werden – wie im Falle des nordrhein-westfälischen Landtags – für andere Ausschüsse gebraucht, so daß die Arbeitskreise der Fraktionen, die es für jeden Ausschuß gibt, ebenfalls kaum über TA-spezifischen Input verfügen. Auch die Zuarbeit der Regierung, auf die die sie tragenden Mehrheitsfraktionen normalerweise zurückgreifen könnten, findet nicht in dem Maße statt, wie es in anderen Sachgebieten der Fall ist. Schließlich macht sich das Fehlen einer TA-Lobby negativ bemerkbar, die über andere Sachgebiete die Abgeordneten ständig informiert.

Über das Rezeptions- und Informationsverhalten von Abgeordneten liegen empirische Studien vor, die eindrücklich belegen, daß umfangreiche TA-Studien allenfalls von den Fraktions- oder Abgeordnetenmitarbeitern durchgearbeitet werden, um dem Abgeordneten allenfalls einige Stichworte der Ergebnisse aufzuschreiben. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen einer TA-Expertise im Parlament ist nur dann denkbar, wenn sie für irgendwelche anderen Zwecke instrumentalisiert werden kann, wobei dann die Rezeption – je nach eigenem Standort – derart selektiv erfolgt, daß aus jeder noch so kontroversen Studie immer wieder die Bestätigung der eigenen Ansicht herausgelesen werden kann. Ein größerer Wissenschaftlicher Dienst, der diese Auswertung

und Zusammenfassung für die Abgeordneten durchführt, ändert wenig an dem grundsätzlichen Verhalten der Parlamentarier gegenüber der Informationsvielfalt und -menge, obwohl ein solcher Dienst – über deren Einrichtung im Landtag NRW von einzelnen Abgeordneten zumindest nachgedacht wird, da es ihn im Gegensatz zum Deutschen Bundestag nicht gibt – sicher positiv für die TA-Arbeit wäre (vgl. Kabel 1969).

Die Fixiertheit der TA-Gemeinde auf umfangreiche Studien und größere Institutionen, die sich auch aus dem professionellen Interesse der von der „TA-Auftragslage“ abhängigen Wissenschaftler und ihrer Institute erklärt, ignoriert das parlamentspezifische Informationsbedürfnis und -verhalten. Hinzu kommt ein für Wissenschaftler typischer Habitus, der für die scheinbar trivialen Fragen eines Politikers weder Verständnis noch Antworten hat (vgl. Mai 1993). Einem Abgeordneten geht es weniger um die wissenschaftliche Exaktheit einer Studie, sondern zunächst um die Frage, welche politischen Konsequenzen der von der Studie untersuchte Gegenstand hat. Im Vordergrund steht eindeutig die Bewertung eines Sachverhaltes durch den Abgeordneten und weniger die exakte Erfassung aller Einzelheiten einer Studie.²⁹ Aus diesem Grund ist das Instrument der Studie bzw. Expertise ohne ergänzende Vermittlungsstrategie, die ihrerseits den parlamentarischen Rahmenbedingungen angepaßt sein muß, wenig für die Parlamentsarbeit geeignet.

TA-Diskurse und Expertennetzwerk als Informationsressourcen

Weitaus besser sind die Instrumente der Anhörung und des Diskurses für die parlamentarische TA geeignet. Letztere sind nach der Geschäftsordnung des Landtags nicht vorgesehen, während Anhörungen nach einem strengen Verfahren, das einem Frage-und-Antwort-Spiel gleicht, geregelt sind. Diskussionen zwischen den nach Parteiproporz ausgewählten Sachverständigen sind ebenfalls nicht vorgesehen. Dennoch hat der Ausschuß „Mensch und Technik“ einvernehmlich beschlossen, von dieser strengen Form abzuweichen

²⁹ Ein Abgeordneter äußerte einmal am Rande einer Anhörung (und außerhalb des Protokolls): "Ich verstehe zwar nichts davon, aber ich sage meine Meinung dazu."

und eine halboffene Diskussion auch mit formal nicht an der Anhörung Beteiligten durchzuführen. Die in dieser Form durchgeführten und teilweise dokumentierten Anhörungen zu den Themen („Die Auswirkungen neuer Produktionskonzepte (Lean Production)“, „Die gesellschaftliche Auswirkungen der Computertechnologie“ und „Neue Verkehrskonzepte“) zählen zu den Höhepunkten der Ausschußarbeit, die auch in der Fachöffentlichkeit Beachtung fanden (vgl. Präsidentin des Landtags 1991, 1992 und 1993). Weitere Anhörungen, etwa zum Thema der Organtransplantation und zur Fortpflanzungsmedizin, hätte der Ausschuß sicher ebenfalls durchgeführt, wenn er zu diesen Themen die Federführung gehabt hätte.

Es kommt dem Ausschuß darauf an, auch außerhalb des Parlaments, bei den betroffenen Institutionen, Verbänden und Bürgern eine Resonanz zu erzeugen. Die Verbindung zu TA-relevanten Institutionen herzustellen, zählte neben dem „Informationsmanagement“ zu den Aufgaben der Ausschußassistenten. Zur Schaffung einer unabhängigen TA-Kompetenz hat der Ausschuß „Mensch und Technik“ die Wissenschaftsministerin beauftragt, einen Kreis von Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen an nordrhein-westfälischer Hochschulen zu konstituieren, auf den der Ausschuß bei konkreten Sachthemen als eine Art „TA-Netzwerk“ zurückgreifen kann. Dieser Kreis wurde 1991 konstituiert und hat sich zunächst dem Thema der Vermittlung von TA-Ergebnissen in die Praxis gewidmet³⁰. Er entspricht damit den Wünschen des Ausschusses, der nun seinerseits diese Instrument zur Beratung konkreter TA-Themen nutzen lernen muß. Dem Ausschuß war es auch wichtig, eine Institution zu haben, die nicht gleichzeitig die Exekutive berät, wie etwa die verschiedenen Landesinstitute (vgl. die Übersicht in: Ministerin für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen 1992). Auch diese Konstruktion unterscheidet das Düsseldorfer TA-Modell von der vom Bundestag praktizierten Lösung, ohne daß dies etwas über die Qualität der TA-Kompetenz aussagt; entscheidend ist, wie dieses Instrument des Professorennetzwerkes in NRW vom Parlament für TA genutzt wird.

³⁰ Inzwischen finanziert das Wissenschaftsministerium zur organisatorischen Unterstützung dieses Kreises eine Sekretariatsstelle an der Universität Duisburg (Conrady 1994).

Der Ausschuß „Mensch und Technik“ hatte sich zu Beginn seiner Arbeit auf Themen konzentriert, die einen besonderen Bezug zum Bundesland Nordrhein-Westfalen haben. Als Grundlage für die Themenfindung diente u.a. ein Gutachten (vgl. Henning und Fuchs 1991). Die Vorstellungen der vier im Landtag vertretenen Fraktionen ist nicht nur bezüglich der Themenwahl unterschiedlich (vgl. die Stellungnahmen der Fraktionen in: Präsidentin des Landtags NRW 1991, 15 ff). Die SPD-Fraktion legte den Akzent auf Themen der Arbeitswelt („Neue Produktionskonzepte“), die CDU wollte eher die Chancen neuer Technologien (z.B. „Neue Verkehrsleitsysteme“), die F.D.P. wollte TA als eine Art „Scharnier zwischen Parlament und Gesellschaft“ sehen, während die Fraktion „Die Grünen“ die Gentechnik behandelt wissen wollte.

Die konkret zu behandelnden Themen wurden zwischen den Fraktionssprechern im Ausschuß für die nächsten Sitzungen abgesprochen. Der Themeninput war neben den von den Fraktionen vorgeschlagenen Schwerpunktthemen durch aktuelle Ereignisse und aktuelle Berichterstattungen („Krebsverdacht von Dämmstoffen“, „Erster Freilandversuch genmanipulierter Petunien“, „Nebenwirkungen von Arzneimitteln“, „Elektrosmog“, „Chemiestörfälle“, „Technikbewertung regenerativer Energiequellen“, „Neue Risiken in der Arbeitswelt und ihre Konsequenzen für die Arbeitsschutzpolitik“ u.a.) bestimmt.

Auch die Art und Weise, wie ein Thema behandelt werden soll, wird zwischen den Fraktionssprechern abgestimmt. Das Spektrum der Möglichkeiten umfaßt – mit aufsteigender Relevanz

- Berichterstattung eines Ministers im Rahmen einer „Aktuellen Viertelstunde“,
- Einladung eines Sachverständigen,
- Anhörung zweier Sachverständigen unterschiedlicher Interessenlage,
- nicht-öffentliche Anhörung
- öffentlichen Anhörung,
- öffentliche Anhörung mit aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die Überweisung von Anträgen des Plenums, die in den übrigen Parlamentsausschüssen fast ausschließlich die Tagesordnung bestimmen, spielte im Ausschuß „Mensch und Technik“ einer untergeordneten Rolle. Die Tatsache, daß bis Ende 1993 kein einziger Antrag

federführend an den Ausschuß „Mensch und Technik“ überwiesen wurde, sagt viel über den Stellenwert einer TA-Kompetenz im Parlament aus. Die Mitberatung von Anträgen, etwa zur „Gesetzlichen Regelung der Organtransplantation“, „Gesundheitsrechtlichen Regelung der Fortpflanzungsmedizin“, „Umweltmedizin“, zum „Klimabericht der Landesregierung“ u.a. kann kaum die Akzente setzen, wie es ein federführender Ausschuß vermag.

Vor allem die Abgeordneten der Oppositionsfraktionen im Ausschuß „Mensch und Technik“ sahen in der Bestimmung der Zuständigkeit eines Ausschusses für ein bestimmtes Thema ein Politikum. Im Prinzip hätten alle Anträge und Gesetzentwürfe mit einem Bezug zur Technik dem Ausschuß „Mensch und Technik“ zumindest mitberatend überwiesen werden müssen. Innerhalb der SPD-Fraktion, die durch ihre Mehrheit die Entscheidung für die Federführung eines Ausschusses trifft, war die Meinung darüber geteilt, ob man im Plenum und Ältestenrat die federführende Überweisung eines Antrages an den Ausschuß „Mensch und Technik“ empfehlen sollte. Überhaupt war nicht zu übersehen, daß die SPD immer mehr von dem Ausschuß abzurücken schien, während die Opposition nach anfänglicher, z.T. demonstrativer Ablehnung des Ausschusses immer mehr die Möglichkeit nutzte, ihre Kontrollfunktion (durch die Instrumente der „Aktuellen Viertelstunde“ oder des „Zitierrechts“) gegenüber der Landesregierung zu stärken. So wurde z.B. die Wissenschaftsministerin mehrfach um Nachbesserung einiger ihrer Berichte zu Gentechnik gebeten, die den Ausschuß – nicht nur die Opposition – nicht befriedigten, und auch der Arbeitsminister mußte mehrmals die Kürzung des „Landesprogramms Mensch und Technik“ erläutern.

Der Stellenwert der TA innerhalb des Parlaments

In jeweils einer Sitzung der Kommission und des Ausschusses „Mensch und Technik“ wurden die Erfahrungen mit der Enquete-kommission des Deutschen Bundestages ausgetauscht (vgl. Bulmahn 1991), in denen die Unterschiede bezüglich Arbeitsweise, Struktur, Selbstverständnis und Auftrag deutlich wurden. Trotz dieser Differenzen ist aber auch deutlich, daß sowohl die Bonner als auch die Düsseldorfer Einrichtung leistungsfähige und übertragbare Modelle

einer parlamentsspezifischen TA sind. Entscheidend ist in beiden Fällen, welchen Spielraum und Stellenwert das Gesamtparlament der TA zubilligt. Wenn vom Gesamtparlament (konkret: von anderen Ausschüssen, Fraktionen und einflußreichen Abgeordneten) TA als sinnvolles Unternehmen angesehen wird, so können beide Modelle ihren Auftrag erfüllen. Wenn allerdings die Mehrheit parlamentarischer Akteure der Ansicht sein sollte, daß sie keiner sachverständigen Beratung über die Technikentwicklung und ihre Folgen bedürfen, so erscheint die Diskussion über die optimale Form parlamentarischer TA als müßig.

Das Gewicht eines Ausschusses (und somit seines Arbeitsgebietes) bestimmt sich nicht nur nach der Anzahl der ihm vom Plenum federführend zur Beratung überwiesenen Anträge und Gesetzesentwürfe, sondern auch nach dem Umfang des von ihm zu bestimmenden Haushaltvolumens. In der Regel berät ein Parlamentsausschuß den Haushalt des ihm entsprechenden Regierungsressorts. Sogenannte Querschnittsausschüsse (Frauen, Hauptausschuß, Europaausschuß) haben jedoch kein Ressort, sondern beraten lediglich über die Haushaltstitel, die ihrem Aufgabengebiet entsprechen. So gibt es in jedem Ressort eine europarelevante oder frauenspezifische Aktivität, die von diesen Ausschüssen beraten wird. Was aber ist in den Haushalten der Ministerien TA-relevant, das der Ausschuß „Mensch und Technik“ zum Gegenstand seiner Beratung machen könnte? Im Prinzip sind das alle Haushaltstitel mit irgendeinem Bezug zur Technikgestaltung: Verkehrsplanung, Bauvorhaben, Forschungstitel an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, umweltpolitische Maßnahmen, Modellversuche zur sozialverträglichen Technikgestaltung, Verkabelungsprojekte der öffentlichen Verwaltung, Energieprogramme u.a.

Grundsätzlich hat jeder Parlamentsausschuß das Recht, dem federführenden Haushaltsausschuß, der formal den von der Landesregierung als Gesetzentwurf eingebrachten Haushalt berät, ein eigenes Votum abzugeben, was in der Regel von jedem Ausschuß für jeweils „sein“ Ressort auch genutzt wird. Im Ausschuß „Mensch und Technik“ dagegen gab es zunächst eine Grundsatzdiskussion darüber, ob auch dieser Ausschuß Haushaltsberatungen durchführen solle und – wenn ja – über welche konkreten Haushaltstitel. Auch dies war eine Nagelprobe für die Bedeutung, die die Fraktionen dem

Ausschuß und letztlich der TA zubilligten. Schließlich gab es Konsens darüber, daß man eigene Haushaltsberatungen durchführte und auch zu Haushaltstiteln mit einem unmittelbaren Bezug zur TA Änderungsanträge einbringen möchte. Weitere Haushaltstitel mit einem mittelbaren Bezug zur TA wie die Haushaltsansätze des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, zu den Technologieprogrammen des Wirtschaftsministeriums und zu den Aktivitäten der Genforschung des Wissenschaftsministeriums wurden von den jeweiligen Ressorts auf Anforderung des Ausschusses „Mensch und Technik“ erläutert und zumindest ansatzweise auch folgenorientiert erörtert. Für die Bedeutung parlamentarischer TA ist die Haushaltskompetenz, die ein Parlamentsausschuß im Gegensatz zu einer anderen Institutionalisierungsform hat, nicht zu unterschätzen, sofern sie vom Ausschuß auch erkannt und strategisch für TA genutzt wird.

TA am Landtag NRW - Anspruch und Wirklichkeit

Katrin Grüber

Technikfolgenabschätzung soll ein Instrument der wissenschaftlichen Politikberatung sein. Sie soll am Parlament den Nachteil der Legislative gegenüber der Exekutive und der Wirtschaft ausgleichen, damit Abgeordnete nicht zu spät von Entwicklungen erfahren und eine Technikentwicklung nicht nur im nachhinein absegnen oder auch kritisieren, aber nicht mehr gestaltend eingreifen können. Denn Parlamente sind bestimmungsgemäß die Orte, an denen Entscheidungen auch über Technologien gefällt werden sollen. Deshalb ist es sicherlich begrüßenswert, daß es am Landtag NRW ein entsprechendes Gremium gibt. Dieser ist bisher das einzige Parlament in Europa mit einem eigenen Gremium für Technikfolgenabschätzung (der Bundestag hat dieses Thema mit den Themen Technik und Forschung verbunden). Im Jahre 1987 wurde eine Kommission mit dem Namen „Mensch und Technik“ eingesetzt, die im Mai 1990 von einem Ausschuß gleichen Namens abgelöst wurde.

Eine Aufgabe der Kommission und ihres Nachfolgers, des Ausschusses Mensch und Technik, war und ist eine Behandlung der Frage der sozialen Technikgestaltung. Der Landtag sollte durch das Gremium über wesentliche technische Entwicklungen und über mögliche Handlungsalternativen informiert werden, und Entscheidungen des Landtags sollten vorbereitet werden (Mai 1992). Zur Unterstützung wurde ihr ein Wissenschaftliches Sekretariat (eine Person) zur Seite gestellt. Diese Minimalausstattung wurde zwischenzeitlich allerdings auf eine halbe Stelle reduziert.

Die Kommission wurde bei ihrer Einsetzung zu Beginn als ein Element nordrhein-westfälischer Modernisierungspolitik verstanden und nicht als ein Instrument der Regierungskontrolle. Schon durch den Namen „Mensch und Technik“ wurde die enge Anbindung an das Programm des Ministeriums für Arbeit und Gesundheit „Mensch und

Technik – sozialverträgliche Technikgestaltung“ dokumentiert. Die Kommission wurde von der SPD, also der Regierungsfraktion vorgeschlagen und auch von ihr gegen die Stimmen der FDP und CDU durchgesetzt (Bündnis 90/Die GRÜNEN waren damals nicht im Parlament vertreten). Es war sicherlich nicht das Ziel der SPD-Fraktion, mit der Kommission die Legislative zu stärken. Auch heute hat sie, anders als die Oppositionsfraktionen, kein Interesse an einer Nutzung dieses Gremiums zur Regierungskontrolle. Sie akzeptiert es formal, hat aber kein Interesse daran, den Ausschuß zu stärken (Hellwig 1991). Die Oppositionsfraktionen allerdings nehmen ihr Kontrollrecht gegenüber der Exekutive in vielfältiger Weise wahr.

U.a. hat der Ausschuß beim Wissenschaftsministerium eine Umfrage an TA-Einrichtungen der Universitäten in NRW angeregt. Insgesamt wurden Informationen über 300 Projekte zusammengetragen. Allein die Veröffentlichung des Nachschlagewerkes und damit der Adressen ermöglichte eine Vernetzung zwischen den Arbeitsgruppen in NRW, wie Reaktionen zeigen. „Ich wußte gar nicht, was alles an unserer Hochschule läuft“, so ein Professor aus Aachen. „Ich hatte Aktivitäten in ganz anderen Disziplinen entdeckt, die für mich interessant sein könnten“, so ein KI-Wissenschaftler aus Bielefeld (Brennecke 1992). Auf diese Weise wurde also ein kleiner, aber nicht unwesentlicher Beitrag zur Vernetzung der TA-Szene in NRW geleistet.

Außerdem wurde auf Anregung des Ausschusses ein Arbeitskreis beim Wissenschaftsministerium eingerichtet, in dem über die Umsetzung von TA-Studien beraten wird. Das eklatante Defizit wurde bei einem Workshop dieses Arbeitskreises zum Bereich Verkehr im Dezember 1993 mehr als deutlich (Conrady 1994). Bei der Ursachenforschung kamen die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen allerdings nicht sehr weit. Aber die Ursachen liegen zum einen in der Technikfolgenabschätzung selbst, zum anderen auch darin, daß TA nicht unbedingt gewollt wird. Hier werden zukünftige Gespräche mit dem Ausschuß sicherlich auch zeigen, was gegen das Umsetzungsdefizit getan werden kann und ob man etwas tun will. Das grundlegende Dilemma ist die Tatsache, daß TA vorgeblich im machtfreien Raum stattfinden soll. Aber dieser Anspruch wird nicht in der Wissenschaft eingelöst und kann erst recht nicht in der Politik eingelöst werden. Es sollte diskutiert werden, ob das überhaupt

wünschenswert ist und ob nicht besser die Interessen der Beteiligten offengelegt werden, damit die Diskussion ehrlicher und umsetzungsorientierter wird.

Wie alle TA-Einrichtungen kämpft auch der Ausschuß Mensch und Technik um Akzeptanz. Er ist zwar formal den anderen Landtagsausschüssen gleichgestellt, hat aber in der Praxis deutlich weniger Kompetenz. Wegen der Konstruktion, die quer zum Parlament und zur Regierung angesiedelt ist, gibt es kein Spiegelressort; auch sind die Einflußmöglichkeiten bei den Haushaltsberatungen minimal. Gerade Haushaltsberatungen zeigen allerdings die Bedeutung eines Ausschusses. Wer keine Macht hat, wird auch weniger ernst genommen. Allerdings könnte der Ausschuß die Mitsprachemöglichkeiten z.B. bei Technologieprogrammen des Landes verstärken. Bisher werden solche Themen nur andiskutiert. Aber nicht nur bei den Haushaltsberatungen, auch bei anderen Beratungen sind andere Fachausschüsse nicht bereit, Kompetenzen abzugeben, und ziehen es vor, sich selbst mit *ihrem* Straßenbau bzw. *ihrem* Technologieprogramm zu befassen.

Seit der Einsetzung des Ausschusses Mensch und Technik wurde nur wenige Anträge mitberatend und kein einziger Antrag – trotz mehrfachem Bemühen der Oppositionsfraktionen – federführend an den Ausschuß Mensch und Technik überwiesen. Anträge z.B. zur Organtransplantation und Umweltmedizin konnten vom Ausschuß zwar mitberaten werden, aber eine Anhörung konnte nicht organisiert werden. Da der formal zuständig Ausschuß die Zeit nicht hatte bzw. sich die Zeit nicht nahm, fielen geplante Anhörungen aus. Die Organstransplantation ist nach wie vor in der Bundesrepublik nicht gesetzlich geregelt. In diesem Rahmen wurde bewußt nicht die Möglichkeit genutzt, die der Landtag durch den Ausschuß Mensch und Technik hat. Insbesondere die Mehrheitsfraktion, die den Ausschuß durchgesetzt hat, sträubt sich dagegen, dem Ausschuß eine größere Kompetenz zuzusprechen. Damit handelt sie entgegen dem Einsetzungsbeschluß, der dem Gremium Mensch und Technik die Aufgabe zugewiesen hatte, Entscheidungen auf dem Felde der Technologientwicklung vorzubereiten.

Ohne das Selbstbefassungsrecht hätte der Ausschuß sehr wenig Möglichkeiten. Zu Themen wie Risiko, Arzneimittelsicherheit, Gentechnik, I- und K-Technik wurden ExpertInnen eingeladen und

gehört. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß im Gegensatz zu einer Enquetekommission 15 Abgeordnete mit zwei ExpertInnen zusammen sitzen und diskutieren und nicht umgekehrt. Dadurch werden mehr Abgeordnete informiert. Und beide Seiten lernen (wenn auch die ExpertInnen wechseln). Ein Gespräch zwischen WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, die ja meistens wissenschaftliche Laien sind, wird vor allem von der ersten Gruppe oft genug als Zumutung empfunden. „Naturwissenschaft ist kein Beruf, sondern eine Lebenseinstellung. Deshalb hat der Naturwissenschaftler oft einen Widerwillen, sich an der Diskussion mit Politikern zu beteiligen, weil er dann auf ihr Niveau herabsteigen muß“ (Eilenberg 1988).

TA kann aber nur funktionieren, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse übersetzt werden auf die Entscheidungsebene. Und gerade weil die Umsetzung von TA-Studien so große Probleme bereitet, geht es nicht nur um die Erstellung neuer Studien, sondern um die Aufbereitung von Erkenntnissen, so daß sie von der Politik genutzt werden kann (wenn sie es denn will). Deshalb ist der Ausschuß „Mensch und Technik“ ein wichtiges Modell, weil er die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik und der Gesellschaft fördert.

Zwei öffentliche Anhörungen zu Mobilität und zur Schlanken Produktion haben das gezeigt, da beide auf ein großes öffentliches Interesse stießen. Mit einem journalistisch aufbereiteten Band zur Anhörung Mobilität haben der Ausschuß und der Landtag NRW neue Formen der Information beschritten.

Seiner Aufgabe würde er allerdings besser gerecht werden, wenn das Ausschußsekretariat besser ausgestattet wäre. Ein Riesenapparat ist nicht notwendig, aber ein Sekretariat mit wenigstens einer Wissenschaftlerin erscheint ein Minimum, damit der Kontakt zur Wissenschaft im Lande, aber auch außerhalb gehalten werden kann und damit frühzeitig über Technikentwicklungen informiert werden kann.

Entsprechende Vorlagen können dann als Entscheidungsgrundlage für die Abgeordneten gelten, ob sie sich mit dem Thema befassen wollen und welcher Regelungsbedarf (Gesetze oder Fördermaßnahmen) notwendig sind. Aber dazu muß es einen

Grundkonsens geben, daß die Folgen von Techniken überhaupt auf den Prüfstand gehören. Den gibt es aber im Moment nicht.

Die Zeichen für TA stehen schlecht. TA wird unter den jetzigen Rahmenbedingungen noch weniger akzeptiert als vor einigen Jahren. Der Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Branchen (Chemie, Stahl, Kohle) wird zunehmend als Argument mißbraucht, jede Technik sei gut und nun müsse Technik nicht mehr gestaltet werden.

Aber gleichwohl bleibt Technikfolgenabschätzung von elementarer Bedeutung. Gerade in den vergangenen Monaten wurden die Grenzen der technischen Machbarkeit weiter hinausgeschoben, ja sogar überschritten (z.B. durch die Klonierung von menschlichen Embryonen in den USA und durch die Gentherapie). Wer, wenn nicht die politisch legitimierten EntscheidungsträgerInnen eines Parlamentes, auch die eines Landesparlamentes, sollte informiert werden, um auf einer fundierten Grundlage Entscheidungen über Techniken und Techniklinien zu treffen. Solange Technologien allerdings immer schneller eingeführt werden statt langsamer und es immer mehr technische Möglichkeiten gibt, solange können Abgeordnete genausowenig wie die Gesellschaft mit der Beurteilung von Technologien Schritt halten. Im Prinzip müssen sich also die Rahmenbedingungen ändern.

Gerade angesichts der massiven Probleme außerhalb des Ausschusses ist das Gremium „Mensch und Technik“ ein Erfolg. So wie TA auch die indirekten Folgen von Technik erfassen will, so sollten auch die indirekten Folgen von TA untersucht werden. Der Ausschuß trägt mit dazu bei, den TA-Gedanken zu etablieren auch und gerade am Parlament, auch und gerade an einem Länderparlament. Dies erscheint in Zeiten, in denen immer mehr Kompetenzen den Bundesländern genommen werden, besonders entscheidend. Der Ausschuß Mensch und Technik muß weitergeführt werden. Es ist wünschenswert, daß andere Landtage diesem Beispiel folgen, damit ein bundesweites TA-Netz geknüpft werden kann. Es bleibt zu hoffen, daß es darüber hinaus ein internationales Netz geben wird, so daß der Gedanke selbstverständlich wird: Technikentwicklung ist nichts Naturwüchsiges, sondern bedarf der Gestaltung und muß demokratisch legitimiert sein.

Den „NachahmerInnen“ ist zu empfehlen, daß sie sich zu Beginn Themenfeldern zuwenden, die nicht schon von der „Konkurrenz“ besetzt sind. Der Ausschuß „Mensch und Technik“ praktiziert dies z.B. auf dem Gebiet der Gentechnik oder dem Elektrosmog sowie der Schlanken Produktion. In einem ersten Schritt muß allerdings auch den Beteiligten (in diesem Fall den Abgeordneten) plausibel gemacht werden, daß es sich um wichtige Themen handelt und welche Entscheidungskompetenz im Gremium vorhanden ist. Bei der Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland, den Länderparlamenten Kompetenzen zu entziehen, wird dies immer weniger einfach. Aber eventuell kann die Diskussion um TA den föderalen Gedanken auch wieder stärken. Genauso wie TA am Parlament dazu genutzt werden kann, die Bedeutung der Parlamente in der Öffentlichkeit stärker zu verankern, als es im Moment der Fall ist. Wenn ein Parlament wichtige Fragen erörtert und dabei nicht nur ExpertInnen einbezieht, sondern auch Betroffene und eine interessierte Öffentlichkeit, dann kann dies auch ein Mittel gegen Politikverdrossenheit sein. Das ist nicht das Ziel von TA, aber möglicherweise eine wichtige indirekte Folge.

Für anregende Diskussionen und wichtige Hinweise danke ich Herrn Dr. Manfred Mai.

Der Dänische Technologierat

Jørn Ravn

Hauptaufgabe und Struktur des Dänischen Technologierates

Der Dänische Technologierat wurde im Jahre 1986 offiziell gegründet. Der Rat überwacht und führt TAs über menschliche und gesellschaftliche Möglichkeiten und Folgen technologischer Entwicklungen durch. Weiters informiert der Rat die Öffentlichkeit und fördert die öffentlich Debatte und die Erwachsenenbildung über Technologie. Die Hauptadressaten des Rates sind Politiker im Parlament und die Bürger.

Der Rat ist eine unabhängige Einrichtung unter der Aufsicht eines parlamentarischen Ausschusses mit neun Mitgliedern. Der Rat selbst besteht aus 15 Mitgliedern, die vom parlamentarischen Ausschuß ernannt werden. Der Vorsitzende und drei Mitglieder werden direkt vom Ausschuß ernannt. Elf Mitglieder werden als Vertreter verschiedener Vereinigungen und Organisationen, z.B. Forschungsräte, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Konsumentenvertretungen nominiert und gewählt. Politiker können nicht in den Rat gewählt werden. Ein ständiges Sekretariat von 13 Personen unterstützt den Rat bei der Vorbereitung und Durchführung von Entscheidungen.

Der Rat erstellt einen Jahresbericht und diskutiert den Arbeitsplan des nächsten Jahres einschließlich neuer Themen mit dem parlamentarischen Ausschuß. Der Ausschuß kann den Rat veranlassen, TAs über wichtige technologische Fragen durchzuführen. Die Doppelrolle des Rates, TA durchzuführen und die öffentliche Debatte über neue Technologien zu fördern, hatte entscheidenden Einfluß auf die Methoden der Abschätzungen. Es ist unmöglich, die Auswirkungen einer Technologie abzuschätzen, wenn nicht eine Anzahl von Wissenschaftlern und Experten verschiedener Fachrichtungen gebeten werden, Tatsachen und persönliche

Einschätzungen darzulegen. Und es ist unmöglich, eine Debatte zu fördern, wenn nicht die Information, die verbreitet wird, für betroffene Bürger mit Allgemeinbildung verständlich und relevant ist. In vielen Fällen liegt der beste Weg, dies zu erreichen, darin, sowohl die Experten als auch die Bürger um Teilnahme an den Projekten zu ersuchen.

Die Bürgerbeteiligung erleichtert es, wertvolles Informationsmaterial für die örtlichen Diskussionen zu erstellen. Diese Beteiligung hat aber auch ihren eigenen unabhängigen Sinn. Sie erlaubt uns, im Projekt Schlußfolgerungen zu ziehen, die keine Expertenmeinungen sind, sondern Abschätzungen durch Bürger. Die Bürger-Abschätzungen basieren auf Expertenwissen – verbunden mit Werthaltungen und dem „common sense“ der Bürger. Wir wissen, daß Bürger und Experten oft unterschiedlich einschätzen.

Schwächen bei der Umsetzung von PTA in Dänemark

Die Schwächen des Dänischen Technolgerates sind auch unsere Stärken. Sowohl den Politikern als auch den betroffenen Bürgern zu dienen ist sowohl schwierig als auch kostspielig. Wenn es möglich wäre, sich nur auf die Politiker zu konzentrieren, könnten wir mehr Projekte durchführen, weil es unnötig wäre, Videos, Filme, Broschüren und verschiedene Diskussions- und Informationsmaterialien für die Bürger und lokale Debatten zu produzieren. Statt dessen könnten wir uns auf die Projektberichte, die Zusammenfassungen und eine oder zwei Konferenzen konzentrieren, um die Ergebnisse in der Öffentlichkeit vorzustellen und mit Politikern verschiedener Parteien zu diskutieren.

Durch Bürgerbeteiligung und die Verteilung von Informationen an Organisationen und Bürgergruppen wird der demokratische Dialog und Entscheidungsprozeß erleichtert. Die Beteiligung der Bürger an den Projekten steigert deren Beziehung zur Abschätzung. In einer demokratischen Gesellschaft ist das wichtig. Und die Verbreitung von Information verbreitert die Basis des demokratischen Dialogs und der Entscheidung.

In Dänemark gibt es eine lange Tradition darin, die Bürger aufzuklären und lokale Debatten über gesellschaftliche Veränderungen, die für das tägliche Leben wichtig sind, zu erleichtern. Außerdem

wissen wir, daß eines der Haupthindernisse für die Nutzung der Vorteile einer neuen Technologie der Mangel an öffentlicher Akzeptanz ist und es oft der Fall zu sein scheint, daß Entscheidungen über neue Technologien nicht ein für allemal auf zentraler parlamentarischer oder Konzernebene getroffen werden können, sondern viele lokale Entscheidungen miteinbeziehen.

Das Hauptergebnis einer kürzlich fertiggestellten Evaluation des Dänischen Technologierates ist, daß wir erfolgreich darin waren, die Gegensätze zwischen Experten, der Bevölkerung und den Politikern zu überbrücken. Eine große Mehrheit von Organisationen, Politikern und Behörden wünschen, daß wir dies in der Zukunft fortsetzen. Ein Vorteil unserer Arbeit liegt darin, daß wir eine einzige TA durchführen und diese als Basis für die Information der Bevölkerung in geeigneter Form und als Beratung für die Politiker in anderer Form verwenden können. Auf diese Weise diskutiert die Spitze und die Basis dieselben Themen.

Unterschiede zwischen Teknologinævnet (TN) und anderen PTA-Organisationen

Die Organisationsstruktur des Dänischen Technologierates stellt eine Besonderheit dar. Der Rat ist eine unabhängige Körperschaft im Nahbereich des Parlaments mit Vertretern verschiedener Organisationen als Mitgliedern. Der Dänische Technologierat hat eine direkte Verbindung zum Parlament, da wir einen eigenen Ausschuß im Parlament besitzen. Der Grund für die Einrichtung des Rates ist darin zu suchen, daß die Politiker einsahen, zu beschäftigt zu sein, um kontroverse und entscheidende technologische Themen aufzugreifen zu können.

Der Hauptunterschied zwischen dem Dänischen Technologierat und anderen PTA-Organisationen liegt darin, daß es zwei Hauptadressaten gibt, das Parlament und die Bevölkerung. Was den Unterschied ausmacht, ist, daß wir uns bemühen, den Dialog und die Debatte auf lokaler Ebene mit den Entscheidungen, die auf zentraler Ebene getroffen werden, zu verbinden.

Die Zielgruppen im Parlament sind in Wirklichkeit diejenigen Ausschüsse, die für das jeweilige vom Dänischen Technologierat untersuchte Gebiet zuständig sind. Daher hängen die Zielgruppen im

Parlament vom jeweiligen Thema ab. Gleichermaßen sind Zielgruppen in der Bevölkerung die Bürger und Organisationen, die sich für das betreffende Thema interessieren. Der Dänische Technologierat hat eine sehr pluralistische Definition des Begriffs Organisation – von großen wohletablierten Organisationen bis hin zu Basisbewegungen und lokalen Bürgerinitiativen. Wir versuchen, die Bürger sowohl über die Organisationen als auch über die Medien zu erreichen.

Wir führen keine wissenschaftliche Forschung durch. Wir sind abhängig von bestehendem Wissen. In unseren Studien sammeln wir das beste bestehende Wissen aus verschiedenen Fachgebieten und Quellen. Die wesentliche Beteiligung von Bürgern und das Herstellen einer Verbindung zwischen Experten, Bürgern und Politikern ist ein weiterer Unterschied. Auch das Verständnis dessen, was ein Experte ist, ist weiter. Außer Wissenschaftlern hört TN auch Experten aus Organisationen, die insbesondere die Sichtweise ihrer Institutionen vermitteln. Dadurch, daß auch Bürger miteinbezogen werden, die keiner Partei oder Interessengruppe angehören, kann die jeweilige Position des Experten in der Expertengruppe bestimmt werden.

Beschreibung unserer Arbeit

Methoden

Der Rat verwendet verschiedene Methoden. Am besten bekannt ist unsere Consensus-Konferenz, bei der eine interdisziplinäre Runde von Experten Fakten und Beurteilungen der jeweiligen Technologie einer Runde von unvoreingenommenen, interessierten Laien mit unterschiedlichem soziodemographischen Hintergrund vorlegt. Der Rat hat eine kleine Broschüre über diese Methode herausgegeben. Sie ist besonders brauchbar, wenn die Anwendung einer neuen Technologie untersucht werden soll, bei der das Risiko schwerwiegender Schäden und großer sozialer Nutzen gegeneinander abgewogen werden müssen und bei der die Einschätzung der Bevölkerung entscheidend für die Entwicklung und Anwendung der Technologie ist. Ich möchte hier keine weiteren Details anführen; die Broschüre des

Dänischen Technologierates gibt Ihnen eine detaillierte Beschreibung der Methode.

Eine weitere Methode, die Leute miteinbezieht, ist der sogenannte „Szenario-Workshop“. Wir haben diese Methode in unserem Projekt „Hürden für die städtische Ökologie“ entwickelt. Szenario-Workshops bestehen aus lokalen Zusammenkünften, bei denen die Teilnehmer Technikfolgen-Abschätzungen durchführen und Visionen und Vorschläge für technologische Bedürfnisse und Möglichkeiten entwickeln können.

Die Teilnehmer sind lokale Bürger, Politiker, Beamte, einschlägige Investoren und Geschäftsleute. In unserem Projekt über die städtische Ökologie wählten wir Teilnehmer aus vier lokalen Gebieten aus. Wir führten Workshops in zwei verschiedenen Runden durch. In der ersten Runde wurden die Rollen geteilt. Vier Zusammenkünfte wurden arrangiert, bei denen die vier Gruppen sich mit ähnlichen Gruppen aus anderen lokalen Gebieten trafen. Die Aufgabe bestand darin, die Hürden bei vier vorbereiteten Szenarios zu benennen und darüber hinaus eigene Visionen und Vorschläge der Teilnehmer zu entwickeln. In der zweiten Runde, den lokalen Workshops, wurden vier Zusammenkünfte veranstaltet, bei denen sich die Gruppen lokal über die verschiedenen Rollen hinweg treffen. Die Aufgabe hier besteht darin, lokale Aktionspläne für die Bereiche Energie, Wasser, Abwasser und Müllmanagement zu entwickeln.

Die Erfahrungen und Ergebnisse der Zusammenkünfte wurden gleichzeitig gesammelt. Der Bericht aus der ersten Runde bildete die Basis für die Zusammenkünfte der zweiten Runde. Das Schlußdokument wurde von der Projektgruppe geschrieben. Die Ergebnisse der Szenarios wurden vom Projektkomitee aus Experten der Behörden, der Wirtschaft, der Wissenschaft und lokaler Experimente bewertet. Aufgrund der Ergebnisse der Szenarien wurde ein Aktionsplan vorgelegt, der aus zehn einzelnen Vorschlägen bestand, über die auf nationaler Ebene entschieden werden sollte, um die Entwicklung „nachhaltiger“ Städte zu fördern. Der Bericht, der Plan und eine Reihe erläuternder Fallbeispiele wurden auf einer Konferenz präsentiert, auf der Kommunal- und Parlamentspolitiker ihre Meinung darlegten. Nach den Szenario-Workshops wurde von der Regierung ein interministerielles Komitee ins Leben gerufen, um

die Arbeit an der städtischen Ökologie zu fördern. Darüber hinaus hat das Value-2-Programm der EU-Kommission beschlossen, Szenario-Workshops auf europäischer Ebene anzuregen. Der erste dieser Workshops fand im November 1993 in den Niederlanden statt.

Wer entscheidet, welche Projekte durchgeführt werden?

Wegen der immensen Fülle möglicher Projekte ist es schwierig, Prioritäten bei unserer Arbeit zu setzen. Wir gehen einen praktischen Weg bei der Entscheidung, welche Projekte im nächsten Jahr in Angriff genommen werden sollen.

Im Frühjahr rufen wir dazu auf, Themen für unseren Arbeitsplan für das kommende Jahr zu benennen. Die Aufforderung wird an alle relevanten parlamentarischen Ausschüsse, verschiedene Behörden und Organisationen versandt. Wir veröffentlichen die Aufforderung auch in unserer Zeitschrift und laden unsere 5000 Abonnenten der Zeitschrift ein, Vorschläge einzusenden. Außerdem veranstaltet der Rat eine Brainstorming-Sitzung, bei der das Sekretariat eine Anzahl von Themen vorschlägt. Normalerweise bekommen wir etwa 125 Vorschläge. Sehr wenige Vorschläge kommen vom Parlament.

Aus dieser riesigen Liste wählt der Rat 20 mögliche Themen durch Abstimmung. Das Sekretariat erstellt eine weitere Beschreibung der Themen und entscheidet, ob es mit den Projektkriterien des Rates übereinstimmt. Der Rat entscheidet dann, welche zehn oder fünfzehn Themen für den Arbeitsplan vorbereitet werden sollen. Der Arbeitsplan wird mit dem parlamentarischen Ausschuß in Verbindung mit dem Jahresbericht diskutiert. Der Rat entscheidet, welche Projekte begonnen werden sollen. Der Rat kann vom parlamentarischen Komitee angewiesen werden, Abschätzungen wichtiger technologischer Themen durchzuführen.

Wie groß ist der Anteil an Forschung im Haus?

Wir führen keine Forschung im Haus durch. Wir haben nicht die Expertise für die vielen unterschiedlichen Themen, die wir abschätzen. Unsere Expertise liegt in der Entwicklung von Methoden, der Definition von Projekten, der Beauftragung einer Gruppe interdisziplinärer Experten und Laien, im Sammeln von Informationen, in der Erstellung von Rohberichten, in der Beaufsichtigung der Übersetzung in ein populäres Buch oder in der Zusammenfassung für das

Parlament sowie in der Organisation von Zusammenkünften und Konferenzen.

Der Rat organisiert den Prozeß, während Experten und Laien normalerweise unbezahlt arbeiten. Allerdings beauftragen wir bezahlte Experten, Szenarios zu bauen oder aktuelle Analysen zu verfassen, die in den Arbeitsgruppen verwendet werden. Manchmal führen wir eine Studie mit einem einzigen Experten durch, indem wir eine Person anstellen, um Informationen aus einer interdisziplinären Gruppe von Experten und Organisationen zu sammeln.

Insgesamt verfügt der Rat über 9,3 Millionen DKr jährlich, äquivalent zu 17 Millionen öS. 43% hiervon wird für Projekte verwendet, 23% für unsere Zeitschrift, unseren Newsletter und für finanzielle Unterstützungen für das Arrangemant lokaler Debatten. 34% gehen in Verwaltung und Miete, Büroaufwendungen und Unkosten des Rats.

Wie werden die Ergebnisse vermittelt?

Wir führen Konferenzen und Zusammenkünfte durch, stellen Berichte für Wissenschaftler und Sachverständige her sowie Broschüren, Videos, Filme, Hefte, Mitteilungen und Presseaussendungen für Bürger, Organisationen und Medien. Die jeweiligen parlamentarischen Ausschüsse werden zu unseren Zusammenkünften, die normalerweise im Parlamentsgebäude stattfinden, eingeladen. Wir schreiben Briefe und versenden Mitteilungen und Broschüren an die Ausschüsse. Aber vielfach ist der beste Weg, Politiker zu informieren, über die Medien.

In unserer Arbeit ist die Dokumentation – der Bericht – nicht besonders interessant. Ein paar hundert Leute lesen ihn. Die wirkliche Herausforderung besteht darin, den Bericht so zu verbreiten, daß er die Zielgruppen und die Medien erreicht.

TA-Projekte mit großem und kleinem Widerhall und Gründe hierfür

Ich möchte die Überschrift umformulieren: TA-Projekte mit größerem oder kleinerem Widerhall als erwartet. Wir hatten einige kleinere Projekte im Biotechnologie-Programm, bei denen wir nicht viel Widerhall erwarteten. So fand etwa unsere Untersuchung über den

Bedarf an ökologischer Wissenschaft und Forschung einen kleinen, aber wichtigen Widerhall etwa bei Kjeld Rahbæk Møller, der Vorsitzender des Forschungsausschusses im Parlament ist. Eine Consensus-Konferenz über ein Programm zur Verbesserung der Luftqualität hatte ein großes Publikum, und die Ergebnisse wurden in den Medien berichtet, aber da die Schlußfolgerungen eher vage waren, war das Thema für eine Consensus-Konferenz ungeeignet. Laien urteilen anhand von Hausverstand und Grundwerten. In dieser Konferenz ging es in erster Linie nicht um Einstellungen, sondern um die Erstellung eines komplizierten Planes, was Experten viel besser machen.

Kriterien für Themen, die für PTA geeignet sind

Relevant, spezifisch, wesentlich und definiert

Themen, die vom Dänischen Technologierat aufgenommen werden, müssen wesentlich und relevant sein. Die Themen können umstritten sein, und es sollte ein Bedarf für Klärung, Diskussion und Entscheidung auf diesem Gebiet bestehen. Außerdem sollten die Themen begrenzt sein, damit die Abschätzungen mit den relativ begrenzten Mitteln des Dänischen Technologierates durchgeführt werden können, so daß alternative Lösungswege konkretisiert und im Hinblick auf ihre Folgen erwogen werden können. Der Bedarf für die Formulierung solcher Optionen und ihrer Konsequenzen sollte in der Projektbeschreibung festgeschrieben sein.

Umfassend

Der Technologierat sollte nicht unbedingt alle technischen, sozialen und gesellschaftlichen Aspekte eines Themas behandeln. Er sollte jedoch die wesentlichen Aspekte im Hinblick auf das Gesamte untersuchen. Es sollte ausdrücklich festgestellt werden, welche Aspekte mitberücksichtigt werden sollen und wie sichergestellt wird, daß eine Eingrenzung im Laufe des Projektfortgangs eintritt.

Zeitlich genau abgestimmt

Die zeitliche Abstimmung im Hinblick auf die öffentliche und politische Debatte sollte von vorneherein vorgenommen werden. Das Thema wird nur dann untersucht, wenn die Standpunkte in der

Gesellschaft erst eingenommen werden, oder zumindest ein Teil der Debatte noch fortgesetzt wird, nachdem die Projektergebnisse veröffentlicht wurden. Entweder sollte der Rat von vornherein versuchen, den politischen Prozeß zu antizipieren, so daß die Ergebnisse der Abschätzung vorgelegt werden können, bevor die politische Entscheidungsfindung abgeschlossen ist, oder die Projekte sollten die politische Tagesordnung bestimmen.

Respekt vor dem politischen Prozeß

Wenn sich das jeweilige Thema im Stadium der politischen Entscheidungsfindung befindet, sollte der Technologierat nicht nur wegen der zeitlichen Abstimmung, sondern auch im Hinblick auf den politischen Prozeß sehr vorsichtig sein, ein Thema aufzugreifen, ohne breiten politischen Konsens zu erreichen,

Professionalität

Die Projekte sollten kritisch analysieren und anerkannte Wahrheiten und Mythen in der dänischen Gesellschaft in Frage stellen. Die Projekte setzen als gegeben voraus, daß es eine Wissensgrundlage gibt und daß methodische Grundlagen bestehen oder geschaffen werden können. Der Technologierat sollte sich die bestmögliche professionelle Expertise und andere Wissensquellen mit relevanten Kenntnissen zunutze machen. Die Abschätzungen sollten unparteiisch und von hoher Qualität sein sowie wesentliche und gegensätzliche Standpunkte beleuchten. Die Werthaltungen, die den jeweiligen Optionen zur Problemlösung zugrunde liegen, sollen ausdrücklich festgestellt werden.

Mittelbarkeit

Die Projektergebnisse sollten in einer Form präsentiert werden, die für die Vermittlung an das Dänische Parlament, an andere Entscheidungsträger oder zur Diskussion in wohldefinierten Zielgruppen geeignet ist. Die Verbreitung der Projektergebnisse sollte ein unabdingbarer Bestandteil der Projektarbeit sein. Die Vermittlung der Projektergebnisse sollte so weit wie möglich „gewöhnliche“ Leute miteinbeziehen und möglichst so beschaffen sein, daß sie für eine öffentliche Debatte geeignet ist.

Was sollte Ihrer Meinung nach bei der Einrichtung einer neuen PTA-Organisation beachtet werden – welche Fehler sind zu vermeiden?

- Passen Sie die PTA dem kulturellen Hintergrund an.
- Lassen Sie die Politiker ihre Bedürfnisse definieren.
- Stellen Sie folgende Fragen: Brauchen Politiker Abschätzungen durch Experten im Parlament? Besteht Bedarf für unvoreingenommene Information, um den Lobbyisten etwas entgegenzusetzen?
- Sie müssen erklären, wie Sie unvoreingenommene Abschätzungen durchführen wollen!
- Sie müssen auch die Rollen von Experten und Bürgern definieren. Glauben Sie, daß die Bürger miteinbezogen werden sollten, um ihre Meinungen zu den außer Frage gestellten Tatsachen hinzuzufügen, die von den Experten beigesteuert werden?
- Wollen Sie eine Demokratisierung der wichtigen technologiepolitischen Entscheidungen und wollen Sie mehr öffentliche Diskussion?

Bezüglich der zu vermeidenden Fehler:

Seien Sie sich dessen bewußt, daß Ihre Ansprechpartner im Parlament diejenigen Abgeordneten sind, die in den für die Themen Ihrer Projekte zuständigen Ausschüssen arbeiten. Sie brauchen einige Abgeordnete, die finden, daß TA als Methode absolut notwendig ist, um die Arbeit im Parlament zu leisten. Legen Sie Kriterien fest, die die Politiker davon überzeugen, daß die Ergebnisse Ihrer Arbeit richtig, zuverlässig und gerechtfertigt sind. Werden Sie sich darüber klar, ob Sie im Parlament in Form eines Büros arbeiten wollen oder für das Parlament als Einrichtung, die mit diesem verbunden ist. Der Zweck der Arbeit für das Parlament muß in Ihren Statuten verankert sein. Wenn Sie im Parlament angesiedelt sind, brauchen Sie einen Leitungsausschuß aus Politikern. Wenn Sie nahe am Parlament angesiedelt sind, schaffen Sie keinen speziellen TA-Ausschuß im Parlament. Suchen Sie mit ihrer Arbeit Verbindung zu einem Ständigen Ausschuß im Parlament, aber sorgen Sie für direkten Kontakt und für Wege, die Ergebnisse anderen Ausschüssen präsentieren zu können, die für spezifische TA bedeutsam sind.

Technikfolgen-Abschätzung in Dänemark

Kjeld Rahbæk Møller

Herr Ravn hat uns einen Überblick über die Aktivitäten des dänischen Teknologinævnet gegeben, daher brauche ich das nicht zu tun. Statt dessen will ich zwei Dinge beleuchten: Zunächst werde ich Aspekte und Entwicklungen in Dänemark diskutieren, die anderen Ländern als nützliche Erfahrungen dienen können, und dann werde ich Themen aufgreifen, wo wir noch nicht die richtige Lösung gefunden haben, und ich hoffe, von den Erfahrungen und den Ratschlägen zu lernen, die viele von Ihnen in die heutige Diskussion einbringen.

Der dänische Technologierat ist keine Einrichtung, deren Hauptaufgabe es ist, Bewertungen durchzuführen, um Berichte zu erstellen, wie etwa das OTA in Washington. Statt dessen liegt die Hauptaufgabe in der Förderung öffentlicher Debatten, um die Kluft zwischen Öffentlichkeit, Experten und Politikern zu überbrücken. Das ist keine einfache Aufgabe, aber sie ist sehr wichtig in Ländern, in denen die Leute einigermaßen gut informiert sind und gleichzeitig der technologischen Entwicklung skeptisch gegenüberstehen. Nur zu oft habe ich in Diskussionen mit Kollegen aus anderen Ländern festgestellt, daß Politiker Sensationsberichte in den Zeitungen mit der öffentlichen Meinung verwechseln. Wir haben dies als schweren Fehler erkannt.

Um zu beschreiben, wie eine Debatte zwischen Öffentlichkeit, Experten und Politikern stattfinden kann, werde ich genauer auf die Biotechnologie-Debatte in Dänemark eingehen. Ähnlich wie in anderen entwickelten Ländern, wurde ein Biotechnologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramm eingerichtet. Als Teil des Programms wurden 20 Mio Dkr an Förderungen für öffentliche Information und Debatten bereitgestellt. Das Geld wurde vom Technologierat zusammen mit anderen Organisationen für öffentliche Debatten verwaltet und für eine Reihe von Aktivitäten von Debatten in kleinen lokalen Gruppen mit eingeladenen Experten bis

zu großen Consensus-Konferenzen im Parlamentsgebäude verwendet.

So gab es zum Beispiel im Jahre 1987 eine Consensus-Konferenz über „Gentechnologie in Industrie und Landwirtschaft“. Es war ganz am Beginn der Diskussion, aber bereits damals nahm die Laienrunde einen ausgewogenen Standpunkt bezüglich der Möglichkeiten ein. Sie empfahl eine vorsichtige Anwendung gentechnisch veränderter Mikroorganismen, indem Bedingungen für die Sicherheit und Brauchbarkeit aufgestellt wurden. Sie lehnte die gentechnische Veränderung von Tieren ab und war geteilter Meinung in bezug auf Pflanzen. Das Parlament reagierte auf die Konferenz in der Weise, daß Förderungen für die gentechnische Veränderungen von Tieren als ein Teil des Biotechnologie-Entwicklungsprogramms abgelehnt wurden.

Im Jahre 1989 gab es eine weitere Konferenz über die Kartierung des menschlichen Genoms. Eine der Empfehlungen betraf die Verwendung genetischer Information bei Anstellungsverfahren und beim Verkauf von Lebensversicherungen, die verboten werden sollte. Auch diese Empfehlung wurde dem Parlament zur Kenntnis gebracht und führte zu einem Gesetz.

Dieser Prozeß des Dialogs zwischen der Öffentlichkeit, Experten und Politikern, bei dem Laienurteile ernstgenommen wurden, führte zu einer Änderung in der öffentlichen Meinung. Die Öffentlichkeit blieb kritisch gegenüber technologischen Entwicklungen, akzeptierte aber in zunehmendem Maße die tatsächlich bestehenden Anwendungen. Die Entwicklungen gaben der Industrie Möglichkeiten zur Expansion, wie die Daten über die Zahl der Produktionsgenehmigungen zeigen. Bei deren Beurteilung ist zu bedenken, daß wir von einem Land mit fünf Millionen Einwohnern sprechen.

Im EuroBarometer 1991 untersuchte die EU-Kommission die öffentliche Meinung über eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der technologischen Entwicklung in allen zwölf Mitgliedsländern. Die Deutschen und die Dänen waren die bestinformierten und gleichzeitig skeptischsten, mit den Niederländern auf dem dritten Platz. Wenn wir aber die Akzeptanz der tatsächlich stattfindenden Aktivitäten betrachten, gibt es einen bemerkenswerten Unterschied zwischen Deutschland und Dänemark. Die Deutschen sind gegen die Entwicklung, während die Dänen und die Nieder-

länder akzeptieren, was tatsächlich geschieht, behalten ihre generelle Skepsis gegenüber den Potentialen der Technologie jedoch bei.

Die Kommission führte dieses Ergebnis auf die öffentliche Debatte während der Jahre 1987-89 zurück und zog daraus den sogenannten „dänischen Schluß“: Ausführliche, offene und ehrliche Informationen/Debatten können das öffentliche Bewußtsein und die Akzeptanz für die Biotechnologie erhöhen. Dieses Beispiel der Biotechnologie zeigt, daß es möglich ist, eine Debatte zwischen Öffentlichkeit, Experten und Politikern zu ermöglichen und daß das Ergebnis einer solchen Debatte in jeder Hinsicht positiv ist.

Der Technologierat kann eine Anzahl weiterer Erfolge vorweisen, auf die ich nicht im Detail eingehen will. Im allgemeinen zeigt die Erfahrung, daß es kontraproduktiv ist, an zu vielen Projekten gleichzeitig zu arbeiten. Es verlangt einige Mühe, die Aufmerksamkeit auf das zu lenken, was gerade stattfindet, und wenn diese Anstrengung nicht aufgebracht wird, endet man bei Diskussionen zwischen Vertretern verschiedener Organisationen statt der breiten Debatte, die notwendig ist. Daher ist es besser, die Anzahl der Projekte zu begrenzen, um genügend Aufmerksamkeit erregen zu können, damit ein breites öffentliches Interesse erreicht wird.

Nun wende ich mich einem Thema zu, wo wir noch nicht die richtige Lösung gefunden haben. Wie Sie alle wissen, ist das ein schwieriges Problem. Politiker sind sehr beschäftigt; sie müssen ständig eine Vielzahl von Problemen behandeln und werden mit viel mehr Information versorgt, als sie beim besten Willen verdauen können. Daher sind sie nicht sehr gut in der Formulierung von Fragen an ein Technikfolgen-Abschätzungsbüro.

Wir haben versucht, dieses Dilemma dadurch zu lösen, daß der Beirat des Technologierates als Runde von 15 Nicht-Politikern geschaffen wurde – einige vom Parlament ernannt, aber die meisten von verschiedenen Organisationen. Dem Beirat steht ein Ausschuß aus neun Abgeordneten im Parlament gegenüber. Diese Organisation hat sich als nicht sehr produktiv erwiesen. Ein parlamentarischer Ausschuß mit derart engen Befugnissen hat wenig Prestige. Ein 15 Mitglieder umfassender Beirat ist zu groß, um als Partner eines parlamentarischen Ausschusses zu dienen. Wir kennen die Angestellten viel besser als die Mitglieder des Beirates.

Verschiedene Lösungsmöglichkeiten werden erwogen. Die am wenigsten radikale besteht darin, den Beirat zu verkleinern und einem anderen Ausschuß – wahrscheinlich dem Forschungsausschuß – zu gestatten, mit dem Technologierat zu arbeiten. Weitergehende Änderungen wurden genannt, etwa die, einen Beirat sowohl aus Politikern als auch aus Vertretern von Organisationen zu schaffen.

Ich bin also gespannt, die Erfahrungen aus anderen Parlamenten zu diesem Thema zu hören.

Technikfolgen-Abschätzung bei OPECST

Michel Antoine

Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung

OPECST, das Büro für Technikfolgen-Abschätzung des französischen Parlaments, ist für die „parlamentarische“ Technikfolgen-Abschätzung zuständig. Das bedeutet, daß es hauptsächlich oder sogar ausschließlich für das Parlament arbeitet. Seine Aufgabe ist es, das Parlament über die Folgen politischer oder ökonomischer Optionen auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet zu informieren, so daß das Parlament die richtigen Entscheidungen treffen kann. Aus diesem Grunde hat man sich entschlossen, den Parlamentariern eine zentrale Rolle bei dieser besonderen Form der Technikfolgen-Abschätzung zukommen zu lassen. Experten werden nicht ausgeschlossen, aber alle Berichte werden unter der alleinigen Verantwortung von Abgeordneten verfaßt. Diese Berichte sind im allgemeinen nicht einseitig. Im Gegenteil, sie zeigen oft verschiedene Optionen und lenken die Aufmerksamkeit des Parlaments oder von parlamentarischen Ausschüssen auf die Konsequenzen dieser verschiedenen Optionen. In jedem Falle müssen sie Empfehlungen beinhalten. Falls dies aus irgendeinem Grunde nicht der Fall sein sollte, müssen die Berichtersteller die Gründe hierfür angeben.

Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung ist daher direkt mit dem Entscheidungsprozeß verbunden. Das Hauptproblem für die Berichtersteller ist es, genügend Zeit für die Arbeit am Bericht zu finden. Allerdings hat sich in der Praxis überraschenderweise herausgestellt, daß viele Berichtersteller mehr als 30 volle Tage im Jahr an ihrem Bericht arbeiten konnten, was im französischen Parlament extrem selten ist. Eine Hauptschwierigkeit besteht oft darin, Experten zu finden, die mit dem Berichtersteller zusammenarbeiten können, und sicherzustellen, daß diese genau verstehen, was parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung ist (nämlich ganz anders als Technikfolgen-Abschätzung, die von einem Wissenschaftler an einer Universität durchgeführt wird).

Unterschiede zwischen OPECST und anderen TA-Institutionen in Europa

Es gibt nicht viele Einrichtungen für parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung in Europa: derartige Strukturen existieren in Großbritannien, Deutschland, Dänemark und am Europäischen Parlament. Jede ist anders und hat eine andere Geschichte. OPECST ist die älteste: es wurde im Jahre 1983 gegründet. Die ersten Studien begannen zwei Jahre später. Wirklich effizient ist es erst seit vier Jahren. Die Zeitspanne zwischen der Gründung einer PTA-Einrichtung und ihrer vollen Entwicklung ist also ziemlich lang. Viele Unterschiede zwischen den EPTA-Mitgliedern gründen sich auf diese Tatsache. Mit einem Alter von 10 Jahren hatte OPECST Zeit, mehr als 20 Berichte zu verfassen, wobei weitere 10 in Vorbereitung sind. Derzeit ist es darauf eingerichtet, in jedem Jahr sieben oder sogar acht Berichte herauszugeben (ein Bericht hat üblicherweise 100 oder 200 Seiten und erfordert die Abhaltung von etwa 100 Anhörungen). Andere Unterschiede hängen zusammen mit

- der jeweiligen Struktur der TA-Einrichtungen,
- der Rollenverteilung zwischen Parlamentariern, Angestellten und Experten,
- der Art des Personals und den Beziehungen, die sie mit den verschiedenen Einrichtungen des Parlaments herstellen,
- der Beziehung, die sie zu den Bürgern haben (siehe Teknologinævnet).

Über diese Unterschiede hinaus ist festzustellen, daß die verschiedenen europäischen PTA-Einrichtungen einige Ähnlichkeiten aufweisen: ihre Ziele sind sehr ähnlich, ebenso ihre Methoden. Die durchschnittlich aufgewendete Zeit für einen Bericht unterscheidet sich nicht sehr von einem Büro zum anderen. Alle Strukturen haben ein gewisses Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit.

Wie arbeitet OPECST ?

OPECST wird von einem parlamentarischen Ausschuß geleitet, der aus 16 Abgeordneten und 16 Senatoren besteht. Dieser Ausschuß entscheidet, welche Projekte durchgeführt werden sollen, aber er

kann nicht die Initiative für eine solche Entscheidung ergreifen. Diese muß zuerst entweder vom Büro der Nationalversammlung oder des Senates oder von einem besonderen oder ständigen Ausschuß ausgehen. Der Vorsitzende einer politischen Fraktion, 60 Abgeordnete oder 40 Senatoren können ebenfalls das Büro einer der beiden Kammern des Parlamentes ersuchen, an das „Office“ heranzutreten.

Sobald OPECST ersucht wird, eine Studie durchzuführen, bestimmt es einen Berichterstatter (stets einen Abgeordneten), der eine Vorstudie durchführt, in der

- festgestellt wird, was gemeinhin über den Gegenstand bekannt ist,
- der Rahmen der zukünftigen Studie abgesteckt wird,
- eine Liste möglicher Experten, die angesprochen werden sollen, und Kategorien von Persönlichkeiten oder Organisationen, die anzuhören sind, erstellt werden,
- das Budget und die Dauer der beabsichtigten Studie festgelegt wird.

Der Berichterstatter dieser Vorstudie kann dem Büro vorschlagen,

- keine Studie durchzuführen,
- die beabsichtigte Studie umzuformulieren
- oder eine Studie einzuleiten, die zu einem Endbericht führt.

Wenn OPECST sich entscheidet, diese Studie einzuleiten, beginnt der Berichterstatter mit seiner Arbeit, wobei er von einem Angestellten von OPECST und eventuell von einer Arbeitsgruppe aus externen Experten unterstützt wird. Viel Forschungsarbeit wird im Haus durchgeführt und von demjenigen OPECST-Angestellten geleitet, der für die Studie zuständig ist. Dies beinhaltet nicht nur Literaturarbeit, sondern auch die Organisation von Anhörungen und Reisen in andere Länder sowie die Redaktion verschiedener Berichte. Die Ergebnisse von OPECST-Studien werden weit verbreitet: Berichte werden zunächst in 5000 Exemplaren gedruckt und eventuell nachgedruckt. Pressekonferenzen werden organisiert, nachdem die Ergebnisse der Studien denjenigen Einrichtungen vorgestellt wurden, die um die Studie ersucht hatten. Alle Berichte fanden bisher recht gute Aufnahme. Eine bessere Aufnahme hängt

natürlich von der Bedeutung der Studie und vom Zeitpunkt ab, zu dem die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Kriterien für Themen, die für PTA geeignet sind

- Themen von nationaler oder internationaler Bedeutung
- Vorhandensein einer politischen oder kontroversiellen Debatte
- Wissenslücken über ein Thema, das in der Zukunft wichtig werden könnte
- Themen, bei denen Entscheidungen noch möglich sind
- Vorhandensein verschiedener Optionen
- Sachverhalte, die internationale Vergleiche zulassen
- Verbindungen zu Wissenschaft und Technologie
- Vorhandensein von Expertise oder von Personen/Strukturen, die kommunikativ sind

Empfehlungen

Definieren Sie Ihre Ziele:

- Wollen Sie ein Büro für Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung gründen, oder nur eine Einrichtung für Technikfolgen-Abschätzung?
- Welche Rolle weisen Sie einer PTA-Einrichtung im Entscheidungsprozeß zu?
- Welche Rolle wird sie den Bürgern gegenüber spielen?
- Wie unabhängig von Regierungseinrichtungen wird sie sein?

Definieren Sie Ihre Methoden:

- Wer wird Bericht erstatten (ein Abgeordneter, ein Experte)?
- Wer wird den Berichterstatter unterstützen?
- Welche Rolle soll den Experten zuerkannt werden? Wie wird ihre Arbeit bewertet werden?
- Wieviel Zeit wird für eine Studie zur Verfügung stehen?
- Wieviel Personalressourcen werden für eine Studie zur Verfügung stehen?

Definieren Sie ein Budget:

- Es ist der Schlüssel für die Unabhängigkeit.
- Wird es groß genug sein, um für Angestellte, Experten, Reisekosten, Kommunikation aufzukommen?

Schaffen Sie nur eine Institution, die respektiert wird:

- Beachten Sie deren Unabhängigkeit.
- Beachten Sie deren Position gegenüber anderen Einrichtungen des Parlaments und gegenüber angesehenen Institutionen wie der Akademie der Wissenschaften oder der Universitäten.
- Seien Sie unabhängig von Lobbies.

Seien Sie Teil eines internationalen Netzwerks:

- Dieses Netzwerk gibt es: EPTA.

Führen Sie systematisch internationale Vergleiche durch.

Seien Sie flexibel und pragmatisch:

- Beginnen Sie ihre ersten Studien.
- Seien Sie sich bewußt, daß Sie Zeit brauchen werden.

Fehler, die es zu vermeiden gilt:

- Abhängigkeit (von der Regierung, von Experten, von Druck außerhalb oder innerhalb des Hauses)
- Mangel an internationalen Kontakten, Mangel an internationalen Vergleichen
- schlechte Zeiteinteilung
- extreme Politisierung der parlamentarischen Struktur
- schlechte Wahl der Themen (insbesondere bei den ersten Studien)
- ungenügende public relations
- Berichte, die von Wissenschaftlern in wissenschaftlicher Sprache abgefaßt werden

Die Niederländische Organisation für Technikfolgen-Abschätzung (NOTA)

Lydia Sterrenberg

Organisation

NOTA, die Niederländische Organisation für Technikfolgen-Abschätzung, wurde im Jahre 1986 gegründet. Sie wurde im Jahre 1993 evaluiert – wir setzen die Ergebnisse der Evaluierung gerade um. Die nächste Evaluierung wird in fünf Jahren stattfinden.

Organisation: NOTA's Büro (mit dreizehn Mitarbeitern) befindet sich In Den Haag. Der Leitungsausschuß besteht aus neun Personen, alle mit wissenschaftlichem Hintergrund. Die Mitglieder werden vom Minister für Erziehung und Wissenschaft ernannt. Als Ergebnis der Evaluierung werden mehr Mitglieder mit Verbindungen zu gesellschaftlichen Gruppen gesucht. In unserem Leitungsausschuß sind keine Parlamentarier vertreten.

Finanzierung: NOTA bekommt etwa drei Millionen hfl (etwa 1,75 Millionen Dollar) pro Jahr vom Minister für Erziehung und Wissenschaft. Zusätzliche Mittel werden auf Projektbasis vergeben und kamen bisher von anderen Ministerien.

Aufgaben und Verbindung zum Parlament

Im Gründungsdokument werden folgende Aussagen hinsichtlich unserer Aufgabe getroffen: „...Vorschläge für TA-Programme auszuarbeiten und diese durchzuführen. Zusätzlich wird die Organisation dem Minister sowohl auf Aufforderung als auch unaufgefordert in Angelegenheiten beraten, die die Integration von Wissenschaft und Technologie in die Gesellschaft betreffen.“ TA wird definiert als „alle diejenigen Aktivitäten und damit verbundenen Vorgangsweisen, mit denen im frühestmöglichen Stadium die unterschiedlichen Aspekte und Folgen einer technologischen oder wissenschaftlichen Entwicklung auf die (unterschiedlichen Gruppen der) Bevölkerung ein-

schließlich wechselseitiger Abhängigkeiten untersucht werden, um die gesellschaftliche Integration der jeweiligen technologischen oder wissenschaftlichen Disziplin zu fördern.“ Das Verhältnis zum Parlament wird in den Grundsätzen von NOTA so beschrieben: „...der NOTA-Arbeitsplan wird zwischen dem Minister für Erziehung und Wissenschaft und dem parlamentarischen Ausschuß für Wissenschaftspolitik abgesprochen.“

Unsere Aufgaben und Verbindungen haben sich wie folgt entwickelt:

1. NOTA definiert ihr „Arbeitsgebiet“ als die Schnittstelle zwischen dem Entscheidungsprozeß, Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie und Entwicklungen in der Gesellschaft (Abb.1).

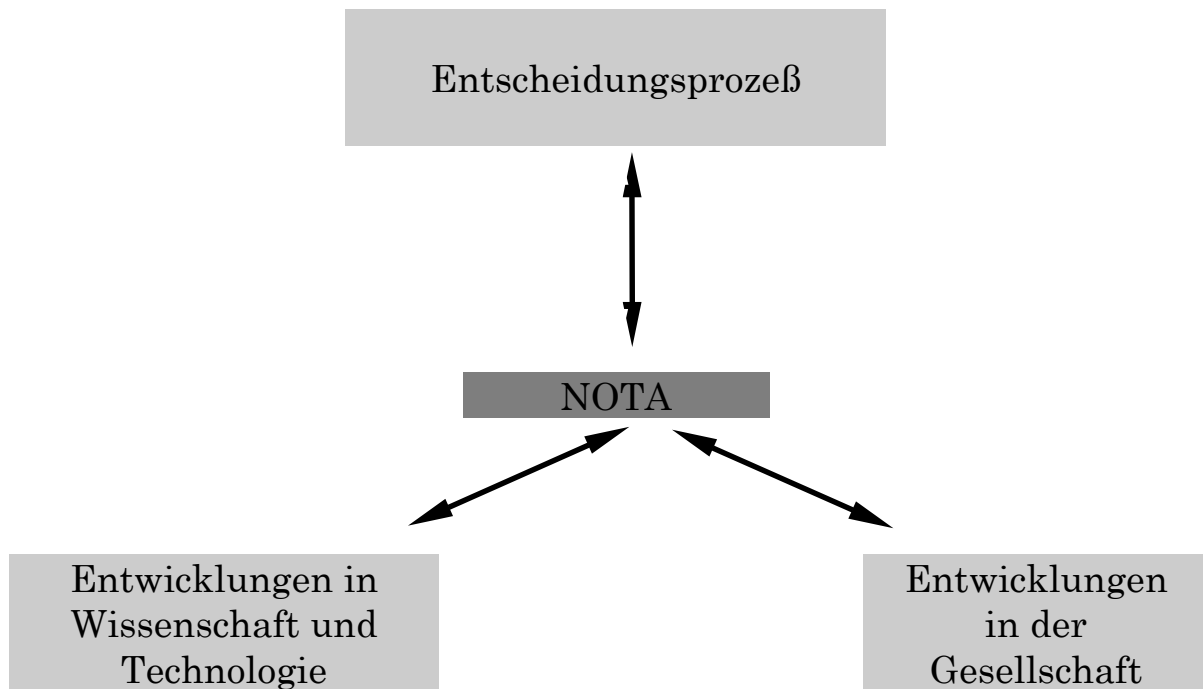


Abbildung 1

2. In neuen Formen der Technikfolgen-Abschätzung wird der Schwerpunkt auf Politikanalysen und die Untersuchung der sozialen Aspekte von Wissenschaft und Technologie gelegt, mit dem Ziel, die Entscheidungsfindung über Wissenschaft und Technologie zu

unterstützen und den Entwicklungen eine klare Richtung zu geben. NOTA und andere TA-Organisationen in Europa legen großen Wert auf sozialwissenschaftliche Forschung, untersuchen die Ansichten und Meinungen der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und fördern Lernprozesse und Wechselbeziehungen zwischen den Akteuren. Während in unseren ersten Jahren der Schwerpunkt auf (wissenschaftlicher) Forschung lag, mißt NOTA nunmehr der Diskussion mehr Bedeutung bei und bevorzugt eine Verbindung von Forschung und Diskurs. Dies ist Ergebnis der Empfehlungen unseres Evaluationsausschusses, weniger (wissenschaftlich) zu forschen und mehr Diskussionen zu organisieren.

3. Das Verhältnis zum Parlament scheint ein regelmäßig wiederkehrendes Diskussionsthema in und außerhalb NOTAs zu sein. Derzeit besteht Einigkeit, in einigem Abstand zum Parlament zu bleiben und unser Arbeitsprogramm nicht von tagespolitischen Fragen bestimmen zu lassen. NOTAs Verpflichtung besteht jedoch darin, die politische Beurteilung über die Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technologie zu unterstützen. Wie in unserem Dokument „Setting Course“³¹ dargelegt, „wünschen wir zur Entscheidungsfindung beizutragen, in der die Vorteile verschiedener, manchmal widersprüchlicher Interessen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.“ Um dies tun zu können, legen wir Wert auf und wachen wir über unsere Unabhängigkeit. Dies unterscheidet uns und unsere Informationen etwa von jenen von Interessengruppen oder „wissenschaftlichen Denkfabriken“ politischer Parteien. Unser Bekenntnis zur parlamentarischen Diskussion läßt die Mitarbeit an unseren Projekten (in Forschung und Diskussion) für viele (Leute aus verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftler) attraktiv erscheinen.

Programm und Projekte

NOTA plant ihr vorläufiges Programm selbst. Wir wählen Themen/Gegenstände, die uns für längere Zeit politisch relevant erscheinen. Zuweilen jedoch nehmen wir ein Projekt in unser Programm auf, um

³¹ Setting Course. Politik und Programm für die 90er Jahre der Niederländischen Organisation für Technikfolgen-Abschätzung. NOTA, Den Haag, November 1992 (englisch).

einen Beitrag zu einer gerade im Parlament aktuellen Diskussion beizutragen.

Themenvorschläge für unser Programm kommen vom Leitungsausschuß, den Mitarbeitern im NOTA-Büro, über Außenverbindungen, wie etwa von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, der Industrie, Wissenschaftlern, Leuten in der Regierung und manchmal von Parlamentariern oder dem Minister für Erziehung und Wissenschaft. In diesem Jahr wurden eine Reihe von Gesprächsnachmittagen bei NOTA mit externen Personen (einschließlich Parlamentariern) organisiert, um Ideen für neue NOTA-Projekte zu finden.

Wie bereits gesagt, wird unser vorläufiges Programm im parlamentarischen Ausschuß für Erziehung und Wissenschaft diskutiert, und dies hat manchmal zu einem neuen Projekt geführt, niemals aber zu großen Änderungen im Programm.

Kriterien

Als Kriterien für Auswahl von Themen/Gegenständen für das NOTA-Programm gelten:

- die Beziehung zu Wissenschaft und Technologie;
- die Bedeutung für die parlamentarische Debatte und für die Regelung. Entweder ist das Thema auf der Tagesordnung, oder unserer Meinung nach wird es oder sollte es dies sein. Das Thema ist z.B. in der Gesellschaft kontrovers; es gibt Hindernisse zwischen den Akteuren, die eine Lösung verhindern, oder es gibt unterschiedliche Ansichten oder zu wenig Information.
- Das Thema wird entweder nicht von anderen Institutionen/Organisationen erforscht oder diskutiert oder die Arbeit von NOTA erlaubt eine neue Orientierung oder Problemdefinition.
- Das Thema ist für die Diskussion geeignet.

Budget und Zeit setzen der Zahl der Projekte und der Größe des NOTA-Programms Grenzen. Wenn ein Thema oder ein Gegenstand gewählt wurde, ist der Projektablauf folgender:

Orientierung:

NOTA diskutiert die Fragen, um die es geht mit den Beteiligten und Betroffenen (einschließlich der Regierung und der beteiligten Ministerien und Parlamentariern).

Studien:

NOTA vergibt den Forschungsteil eines Projekts an eine oder mehrere Forschungsgruppen (einschließlich Universitäts-Spezialisten). Manchmal wird auch die Organisation von Workshops und Diskussionen an Leute außerhalb von NOTA vergeben. Die Projekte dauern maximal ein bis eineinhalb Jahre. Um die Forschungs- und Diskussionsarbeit zu leiten, richtet NOTA einen Ausschuß ein, in dem die Interessen der beteiligten Parteien vertreten sind. Im allgemeinen werden Projekte von NOTA intensiv beaufsichtigt. Ich schätze, daß 5-30% der Projektarbeit im Haus erfolgen, wobei der größte Anteil von NOTA in der Projektdefinition, der Formulierung von Optionen und Empfehlungen und der Erstellung von Berichten an das Parlament liegt.

Workshops und Konferenzen:

Workshops und Konferenzen dienen vor allem der Diskussion von Forschungsergebnissen und deren Überprüfung anhand der Meinungen und Ansichten von Beteiligten und Betroffenen. Oft sind Workshops und Konferenzen hilfreich, um Optionen und Empfehlungen/wichtige Punkte für das Parlament zu formulieren.

Berichte

Integraler Bestandteil der Arbeit von NOTA ist es, den Meinungsaustausch über die Projekte mit den Beteiligten, Betroffenen und anderweitig Interessierten zu fördern. NOTA publiziert:

- einen Newsletter mit NOTA-Nachrichten, der 4-5 mal im Jahr erscheint,
- Studienberichte mit Ergebnissen aus Forschungs- und Diskussionsprojekten,
- „Berichten aan het Parliament“ (Kurzmitteilungen an das Parlament) mit vorläufigen Ergebnissen von Konferenzen oder anderen laufenden Projekten,
- Berichte an das Parlament: Auf der Basis von Studien und Diskussionen stellt NOTA Schlußberichte von etwa 30 Seiten zusammen, die die wichtigsten Schlußfolgerungen zusammenfassen, politisch relevante Faktoren herausstreichen und möglicherweise Politikvorschläge enthalten.
- Vorträge, Artikel in professionellen Zeitschriften und Teilnahme an Symposien.

Die Herausgabe von Berichten an das Parlament oder NOTA-Studienberichte werden mit Pressekonferenzen oder Minisymposien verbunden.

Im Rahmen des derzeitigen Programmes wählte NOTA folgende Themen:

- Nachhaltige Entwicklung
- Information und Kommunikation
- Mobilität
- Eingriffe in die biologischen Funktionen von Lebewesen und Ökosystemen
- Forum für die (öffentliche) Debatte über Ethik

Unterschiede zwischen NOTA und anderen Institutionen

Die hauptsächlichsten spezifischen Merkmale von NOTA sind:

- ihre Unabhängigkeit vom und eher lose Anbindung an das Parlament;
- ihre guten Beziehungen zu verschiedenen Ministerien und die Kooperation von Ministerien bei NOTA-Projekten. Das Engagement der Ministerien fördert die Verwertung unserer Arbeitsergebnisse;
- die ziemlich intensive Beaufsichtigung der externen Forschungsarbeiten durch NOTA, sodaß die Forschungsergebnisse in politisch relevante Information übersetzt werden können;
- unsere wachsende Betonung der Diskussion als Teil unserer TA-Projekte;
- die „parlamentarischen Berichte“. NOTA's „Berichten aan het Parliament“ sind vergleichbar mit den „Reports to the Parliament“ von POST und in der Tat wurde die Form von POST übernommen.

Schwächen und Stärken

Schwächen und Stärken sind meiner Meinung nach oft miteinander verbunden. Hier möchte ich folgende Punkte nennen:

Der *erste* betrifft die Entfernung zum Parlament. Der Vorteil besteht darin, daß wir von tagespolitischen Fragen befreit sind. Der Nachteil liegt darin, daß wir nicht von täglicher Wichtigkeit für die Abgeordneten sind. Wir müssen politische Aufmerksamkeit mit guter, verlässlicher oder „spezieller“ Arbeit erwerben. Bis jetzt werden wir von den Politikern nicht immer als Organisation angesehen, die für sie nützlich ist.

Der *zweite* Punkt hat mit der Konkretheit unserer Arbeit zu tun. Mit Ausnahme von einem oder zwei Projekten (z.B. die Vermeidung von Emissionen oder Müll) haben unsere Projekte analytischen Charakter und sind ziemlich abstrakt. Es erhebt sich die Frage, ob und wann NOTA in konkrete Technologie-Entwicklungs- oder Managementprojekte einbezogen werden soll. Wir haben gelernt, daß der Vorteil konkreter Projekte die „Sicht- und Fühlbarkeit“ der Ergebnisse ist. Dies könnte NOTA helfen, eine wohletablierte Organisation zu werden. Gleichzeitig wird uns aber bedeutet, daß solche konkreten Projekte uns nichts angehen – andererseits wird kritisiert, daß unsere Arbeit von zu geringem praktischen Wert ist.

Das Optimum könnte eine Mischung aus diesen beiden Arten von Arbeit sein.

Der *dritte* Punkt hat mit unserer Unabhängigkeit und unserem Bemühen um ausgewogene Information zu tun. Manche finden unsere Produkte (gemeint ist unsere schriftliche Arbeit) zu „langweiligen“ oder zu wenig eindeutig. Langweilig wollen wir nicht sein. Wir überlegen diesen Punkt, um zu versuchen, eine Lösung für dieses Problem zu finden.

Der *vierte* Punkt ist sicherlich einer der Stärke. Es wird anerkannt, daß NOTA aufgrund ihrer Unabhängigkeit verschiedene Interessen zusammenbringen und unterschiedliche Sichtweisen miteinander verbinden kann. Dadurch kann NOTA den Problemen neue Orientierungen geben und neue Lösungen finden. Die Empfehlungen unserer Evaluierungskommission, mehr Diskussionen zu organisieren, hat mit dieser Stärke zu tun. Diese Stärke ist auch einer der Gründe, warum Ministerien mit uns kooperieren wollen: Für NOTA ist vieles möglich, was jenen aufgrund mangelnder Kenntnisse oder ihrer Parteienstellung verwehrt ist.

Was sollte beim Aufbau einer neuen PTA-Organisation beachtet werden, welche Fehler sollte man vermeiden?

Was benötigt man, wenn man eine neue PTA-Organisation aufbauen will? Hier sind einige Vorschläge.

Ein eindeutiger Adressat/Benutzer der Produkte ist notwendig.

Für parlamentarische TA-Organisationen ist dies formal das Parlament. Zu Beginn waren NOTA's Funktionen für das Parlament nicht so klar. Wir haben gelernt, daß das Fehlen eines klaren Adressaten für die Arbeit zu Fragen über die Identität führen und der Arbeit nicht sehr förderlich sind. Wenn, wie es derzeit für NOTA der Fall ist, das Parlament und die parlamentarische Diskussion der Adressat für die Arbeit ist, ist es wichtig zu wissen, was die für das Parlament relevanten Fragen und Themen sind. Das bedeutet nicht, daß NOTA sich immer an die parlamentarischen Tagesordnungen und Fragen hält. Wir gewinnen Themen für die Forschung und Diskussion auf der Basis unserer Kontakte mit unterschiedlichen Beteiligten und Betroffenen, nicht nur auf der Grundlage unserer

Kontakte zu Abgeordneten. Außerdem werden unsere Produkte von allen möglichen Akteuren verwendet. Es ist aber wichtig, die Forschungs- und Diskussionsgegenstände in politischen Kategorien zu definieren und die Ergebnisse in politische Kategorien zu übersetzen.

Das TA-Thema muß „a G’schicht“ sein

(Anm. d. Übers.: treffender Austriazismus), oder andersherum: es sind Themen zu wählen, bei denen Kontroversen bestehen (oder erwartet werden), bei denen nicht klar ist, worin die wesentlichen Diskussionspunkte liegen oder welcher Weg der Regelung eingeschlagen werden kann. Sehr heikle und kontroverielle Themen sollten anfangs vermieden werden, denn sonst könnte die Organisation selbst in Frage gestellt werden. Es ist wichtig, die Ergebnisse zum politisch richtigen Zeitpunkt vorzulegen. Dies wird nicht immer möglich sein, weil man nicht (immer) die politische Tagesordnung festlegen kann. Man kann aber erheben (z.B. bei den Ministerien), welche Dokumente und Regelungen gerade vorbereitet werden und Möglichkeiten suchen, um Anschluß an die parlamentarische Diskussion zu finden.

Die Qualität des Produkts.

Die vermittelten Informationen müssen *richtig* sein. Deshalb sind sorgfältige Überprüfungen notwendig. Die Informationen müssen auch *ausgewogen* sein. Wir erreichen dies durch interne und externe Begutachtungsvorgänge, insbesondere für die „Berichte an das Parlament“. Nur wenn ein bestimmtes Produkt die Diskussion anregen soll, gestalten wir es einseitig, aber diese Einseitigkeit ist als solche gekennzeichnet. NOTA hält *Optionen* (wie das OTA) oder *Diskussionspunkte* für das Parlament für die beste Form von Empfehlungen. Es ist wichtig, die politische Diskussion mit Nahrung zu versorgen, nicht die parlamentarische Diskussion zu übernehmen.

Ein Mitarbeiterstab mit einer vernünftigen Anzahl von Personen.

NOTA hat 13 Mitarbeiter: 3 SekretärInnen, 6 ProjektmitarbeiterInnen, ein/e für die Bibliothek, ein/e für die Öffentlichkeitsarbeit, ein/e für Außenbeziehungen und ein/e DirektorIn. Zusätzlich beschäftigen wir ein oder zwei StudentInnen bei NOTA. Mit weniger Personal

wird die produzierte Menge zu gering (wenn man wie NOTA arbeiten, neue Forschung initiieren und Diskussionen mit „NOTA-Markenzeichen“ organisieren will). Der Bereich eigener Expertise wird außerdem recht klein und die Abhängigkeit von externen Experten groß.

Personal mit Expertise, das ein Gespür für das politisch Relevante hat und kommunikativ ist. Man braucht „erstklassige Leute“: Leute, die Projekte verwalten können, die Achtung vor den Auffassungen der verschiedenen Beteiligten und Betroffenen zeigen und gleichzeitig ein Gefühl für die politische Relevanz von Themen und (wissenschaftlichen) Informationen haben.

Parlament und NOTA: Distanziertes Zusammenleben

Wim van Gelder

Einleitung

Es gibt einige technologische Entwicklungen, die offensichtlich einen enormen Einfluß auf die Gesellschaft haben werden. Zu Ende der siebziger Jahre schien die Chip-Technologie eine solche zu sein. Zwei gegensätzliche Entwicklungen wurden diskutiert. Einerseits wurde vorausgesagt, daß die Einführung der Mikroelektronik zu einem „Zusammenbruch der Arbeit“ führen würde oder sogar zu einer völligen Zerstörung westlich orientierter Gesellschaften. Am anderen Ende der Extreme hatten Leute Angst, daß das Fehlen bei dieser Technologie zu Unterentwicklung führen würden. Nach dieser Einschätzung würden die Niederlande zu einem weniger entwickelten Land werden, wenn es nicht gelänge, die Chancen dieser Technologie zu ergreifen, und das so bald wie möglich.

Die Regierung wurde von verschiedenen politischen Parteien gedrängt, eine breite Diskussion über dieses Thema zu veranstalten. Ein spezielles Komitee wurde gebildet, das über Auswirkungen der Einführung von Mikroelektronik auf die Gesellschaft berichten sollte. Das Ergebnis der Debatte war ein Plan, die Einführung der Mikroelektronik zum Beispiel in Industrie oder Landwirtschaft durch zahlreiche Aktivitäten verschiedener Ministerien zu fördern. In einem Anhang zu diesem Plan wurde die wichtige Rolle hervorgehoben, die der Ausbildung bei dieser Einführung zukommt. Das Komitee betonte gegenüber der Regierung die Notwendigkeit, die Einführung dieser Technologie durch Technikfolgen-Abschätzung zu überwachen. Die Regierung sah die Bedeutung der TA, entschied sich aber, keine entscheidende Rolle bei der Förderung von TA-Aktivitäten zu spielen.

Mit der Bildung einer neuen Koalitionsregierung im Jahre 1982 stimmten die Koalitionsparteien einem Plan zur Förderung von TA

zu. Der Unterrichts- und Wissenschaftsminister sollte Forschungen anregen, die die gesellschaftlichen und ethischen Folgen neuer Technologien untersuchen und klären sollten. Im Jahre 1984 diskutierte das Parlament eine Regierungsvorlage, die die Integration von Wissenschaft und Technologie in die Gesellschaft zum Ziel hatte. TA sollte integraler Bestandteil der vorgeschlagenen Aktivitäten werden. Nachdem die Vorlage angenommen war, dauerte es weitere zwei Jahre, bis NOTA, die Niederländische Organisation für Technikfolgen-Abschätzung, gegründet wurde.

Die Aktivitäten von NOTA werden jährlich in einer parlamentarischen Debatte auf Vorschlag des NOTA-Leitungskomitees diskutiert. Das Parlament hat das Recht, eigene Vorschläge für TA-Aktivitäten zu erstellen. Dies deutet darauf hin, daß NOTA als mehr oder weniger unabhängige Organisation agieren kann, jedoch mit starken Bindungen an das Parlament. Im Parlament werden die Programme im Ständigen Ausschuß für Technologiepolitik diskutiert. Dies ist die übliche Vorgangsweise für alle Vorlagen, die von dem für die Wissenschaftspolitik zuständigen Minister, der gleichzeitig Erziehungsminister ist, an das Parlament gerichtet werden. In der Praxis hatte dies einige Nachteile. Die Mitglieder dieses Ständigen Ausschusses sind sich nicht vollständig im Klaren über die jeweiligen Aspekte von Wissenschaft und Technologie, die die anderen Abgeordneten bewegen.

Rückblick

Die Debatte um die Einführung der Mikroelektronik in die Gesellschaft war ein gutes Beispiel für eine Technikfolgen-Abschätzung in einem frühen Stadium. Rückblickend können nun zwei wichtige Tatsachen unterschieden werden:

1. Obwohl ungeheure Mittel in diese Technologie (die Einführung der Mikroelektronik und insbesondere der Informations-Technologie) investiert wurden, waren bis heute die Effekte auf die Beschäftigung(slosigkeit) relativ gering. Der Anstieg der Arbeitslosenrate war beträchtlich, aber nicht hauptsächlich aufgrund dieses Faktors. In der Tat war die Technologie gar nicht so effektiv, wie die Hersteller zu Beginn versprochen hatten!

2. Die Gesellschaft insgesamt hat sich stark verändert. Die Einführung der Informations-Technologie hat tatsächlich eine Rolle gespielt, aber andere Entwicklungen hatten größeren Einfluß. Der steigende Individualismus war zum Beispiel wichtiger.

Die Debatte war auch deshalb sehr nützlich, weil sie zu einem wachsenden Bewußtsein über die möglichen Effekte einer Einführung neuer Technologie führte. Insbesondere die Gewerkschaften haben zahlreiche Aktivitäten initiiert, um die Rolle neuer Technologien unter den Mitgliedern zu diskutieren. Gleichzeitig hat die Diskussion gezeigt, wie schwierig es ist, die Folgen einer Einführung neuer Technologien abzuschätzen. Es verging viel mehr Zeit als vorhergesagt, bis die Ausbreitung dieser Technologie mehr oder weniger sichtbar wurde, und es stellte sich heraus, daß Politiker nur eine untergeordnete Rolle im Entscheidungsprozeß über neue Technologien spielen. In Bezug auf die Informations-Technologie ist es klar, daß sowohl Regierungsstellen als auch Privatfirmen diese anwenden. Die Auswirkungen insgesamt hängen aber von Entscheidungen in tausenden von Einrichtungen und darüber hinaus unter tausenden von unterschiedlichen Umständen ab. Unter manchen wird die Technologie angewendet, um neue Dienstleistungen zu entwickeln, unter (den meisten) anderen, um bestehende Arbeit zu rationalisieren.

Politik kann nur bis zu einem gewissen Ausmaß für die allgemeinen Effekte verantwortlich gemacht werden. Dennoch war es auch für die Politiker eine nützliche Übung. Es hat sie gelehrt, wie schwierig es ist, breite technologische Entwicklungen zu diskutieren und die richtigen Maßnahmen in einer frühen Phase der Technologie-Entwicklung zu treffen. Die Maßnahmen, die angeregt wurden, waren nicht in jeder Hinsicht erfolgreich, manchmal deswegen, weil sie zu früh kamen. Eine Schlußfolgerung ist, daß es sicherlich nützlich ist, die Debatte über eine neue Technologie wie diese zu fördern, aber daß es eine ganz andere Sache ist, diese einzuführen.

Es gibt ein wachsendes Bewußtsein darüber, daß Wissenschaft und Technologie Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum sind. Die Informations-Technologie und die Biotechnologie zum Beispiel bieten neue Perspektiven für Landwirtschaft und Industrie. Insbesondere in einer Periode sinkenden Wachstums kann die Bedeutung der Technologie für innovative Entwicklungen nicht stark

genug hervorgehoben werden. Neue Technologien ermöglichen es, zahlreiche Probleme zu lösen: solche der Umwelt, der Energieeinsparung, Fragen der Mobilität, der Verbesserung der Qualität des Arbeitslebens. Wissenschaft und Technologie, Forschung und Entwicklung werden nunmehr als struktureller Teil der Investitionsmuster von Unternehmen angesehen. Sie hängen nicht mehr von zufälligen Entdeckungen ab, sie werden bewußt organisiert. Die Regierungen sind darüber hinaus mehr und mehr in diese Investitionen eingebunden.

Ende der siebziger Jahre gab die niederländische Regierung einen Bericht über Innovationen heraus. Dieser unterstrich nicht nur die Notwendigkeit, Wissenschaft und Technologie zu fördern, sondern auch die Bedeutung der Bereitschaft in der Gesellschaft, neue Technologien zu akzeptieren. Eine Politik, die nur auf die Durchsetzung neuer Technologien abzielt, wäre viel weniger wirksam; Ausgangspunkt muß eine marktorientierte Politik sein. Daher sollten gleichzeitig die Auswirkungen einer Einführung neuer Technologie auf die Gesellschaft bedacht und, wenn möglich, bei der Gestaltung neuer Technologie mitberücksichtigt werden. Es kostete uns viel Zeit, bis diese einfache Tatsache zu einem Ausgangspunkt der Technologiepolitik wurde. Nach einer Periode des *Technologie-Angebotes* wurde erst in den letzten Jahren der *Markt-Nachfrage* die gebührende Aufmerksamkeit zuteil. Ein besseres Verständnis des Verhältnisses von Technologie und Gesellschaft ist eine absolute Notwendigkeit. In den letzten Jahren war es das Wirtschaftsministerium, das die Bedeutung dieses Themas unterstrichen hat. Dieses Ministerium ist auch an TA-Aktivitäten interessiert.

Schrittweise hat sich die Ausrichtung von TA beträchtlich verändert. In den siebziger Jahren war diese ein mehr oder weniger nützliches Werkzeug für die Technologie-Kritiker; ein Werkzeug, das kein integraler Bestandteil der Diskussion über Technologiepolitik war. In den letzten Jahren hat TA sich aber als „Management-Werkzeug“ für die Integration der Technologie in die Gesellschaft herausgestellt, um die Auswirkungen so positiv wie möglich zu gestalten. Internationaler Wettbewerb zwingt jedes industrialisierte Land, die Wissensbasis für die Produktion zu vergrößern. Allerdings besteht noch immer eine Kluft zwischen dem, was möglich und dem,

was wünschenswert ist. Diese Kluft zu verringern wird eine der wichtigsten Aufgaben für TA sein.

Die Aktivitäten von NOTA

NOTA wurde im Jahre 1992 evaluiert. Das Ergebnis war, daß die Leistungen recht gut, aber einige Veränderungen empfehlenswert seien. Die wichtigste war, daß NOTA weniger forschen und seine Aktivitäten mehr auf die Förderung der Debatte über die Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien richten sollte. Kurz, NOTA sollte seine Position von einem Forschungsinstitut hin zu einem Forum für die gesellschaftliche Diskussion verändern. Wegen der Entwicklung der Gentechnik begann im Parlament eine neue Debatte über ethische Fragen im Zusammenhang mit der Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet. Im Jahre 1992 sprach das Parlament Bedarf nach allgemeiner Beschäftigung mit ethischen Fragen aus, nicht nur bezüglich derjenigen, die mit der Gentechnik verbunden sind. Der Minister für Wissenschaftspolitik wurde aufgefordert, einen Rahmen zu schaffen, in dem diese Art von Diskussion stattfinden könnte. Er schlug ein Forum für solche Debatten vor, in dem NOTA eine wichtige Rolle spielen sollte. Inzwischen liegt die Hauptaufgabe von NOTA nicht mehr darin, Forschungsinstitut zu sein, sondern alle Arten von Aktivitäten zu fördern, die die Debatte über „Technologie und Gesellschaft“ weiterbringt. NOTA kann zwar viel Arbeit für das Parlament leisten, aber nicht ausschließlich. Das Parlament wird aber immer noch ein Wort bezüglich des Programms der Aktivitäten von NOTA mitzureden haben.

Meiner Meinung nach sollte sich NOTA an zwei unterschiedlichen Aktivitäten beteiligen. Was das Verhältnis zum Parlament angeht, wird es unterschiedliche Wege der bevorzugten Aktivität geben. Zunächst sollte NOTA einen Rahmen für die Diskussion über neue Technologien bieten. Im Rückblick auf den Fall Mikroelektronik ist es weder notwendig noch möglich, tiefgreifende Analysen über *die* Folgen *einer* neuen Technologie anzustellen, wenn es sich um eine Technologie mit zahlreichen Nutzungsmöglichkeiten handelt. Trotzdem wird es möglich und notwendig sein, sich der möglichen Folgen bewußt zu werden. NOTA kann und sollte einen Fahrplan für Ent-

scheidungsträger/Politiker, Unternehmer etc. erstellen. NOTA kann dies auf Verlangen des Parlaments oder auf eigene Initiative tun. Ein jüngstes Beispiel für diesen Weg ist eine kurze Aufstellung für die Diskussion über Telematik. Auch in diesem Fall können die Folgen der Entwicklung nicht vorhergesehen werden. Wegen des Langzeit-Charakters der Vorhersage wird es unmöglich sein, die möglichen Auswirkungen genau aufzuzeigen. Andererseits wird es möglich sein, die Art von damit verbundenen Fragen und Folgen zu bestimmen. NOTA sollte die Debatte über diese Themen ebenfalls vorantreiben; eine Debatte, an der Politiker und andere teilnehmen sollten. Die beteiligten Politiker sollten in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von Interessen repräsentieren. Die Diskussion über Telematik ist in den Niederlanden in erster Linie Sache des Ständigen Ausschusses für Transport. Dies deshalb, weil Angelegenheiten der PTT (Post/Telekommunikation) in die Zuständigkeit dieses Ausschusses fallen. Eine Diskussion über Telematik berührt aber zahlreiche andere Bereiche. NOTA sollte es ermöglichen, die Debatte für viele andere betroffene Gruppen zu öffnen – und daher auch für andere Abgeordnete als nur die im Ständigen Ausschuss für Transport. TA-Aktivitäten bieten einen Rahmen für den Entscheidungsprozeß. Für einige Entscheidungen ist die Politik verantwortlich, für andere tragen Unternehmen die Verantwortung. Von diesem Rahmen aus wird es möglich sein, die Vor- und Nachteile einer Einführung abzuwägen und zu einer besseren Nutzung der Technologie zu gelangen.

Es gibt zahlreiche Themen spezifischeren Charakters; Themen, die im Parlament diskutiert werden. Die Entwicklung der Gentechnik zum Beispiel wird eine politische Entscheidung verlangen. Meiner Meinung nach hat NOTA eine zweifache Aufgabe bei dieser zweiten Art von Aktivitäten. Zunächst ist es wiederum notwendig, einen Rahmen für die Diskussion zu bieten. NOTA hat bereits gute Arbeit geleistet, indem es einige Berichte zu diesem Gebiet verfaßt hat. Auf Grundlage dieser Berichte sollte eine Debatte über die Themen in diesem Zusammenhang begonnen werden. Gleichzeitig sind spezifischere Berichte hilfreich für den Entscheidungsfindungsprozeß im Parlament. Spezielle TA-Aktivitäten sind daher notwendig, um Politiker in die Lage zu versetzen, bessere Beurteilungen zu treffen und ad-hoc-

Entscheidungen zu vermeiden. Um mit dieser Art von Tätigkeit zu beginnen, sollte NOTA in direkte Beziehung zu den betreffenden Ständigen Ausschüssen treten. Wenn NOTA daher zum Beispiel einen Bericht über die gentechnische Veränderung von Tieren verfaßt, sollte der Ständige Ausschuß für Landwirtschaft beteiligt werden. In den letzten Jahren haben sich die Kontakte von NOTA zu den verschiedenen anderen Ständigen Ausschüssen verbessert. Ein sehr interessantes Beispiel für die Aktivitäten von NOTA in dieser Hinsicht war das Prisma-Projekt. In diesem Fall hatte das Parlament beschlossen, die Müllmenge zu vermindern; die Frage war, wie dies in einer Weise zu bewerkstelligen sei, die für Firmen/Bauern noch akzeptabel ist. NOTA begann ein Projekt, dessen Ziel es war, zu zeigen, wie und unter welchen Bedingungen die Müllproduktion noch akzeptabel wäre. In diesem Fall zielte das Projekt nicht darauf ab, den Entscheidungsprozeß im Parlament selber zu beeinflussen, sondern sollte zeigen, daß diese Art von Entscheidung nur mithilfe von Forschern etc. wirksam getroffen werden kann.

Schlußbemerkungen

Meiner Meinung nach wäre es für TA vorteilhaft, integralerer Bestandteil der Technologiepolitik zu werden. Es ist nicht sehr zielführend, wenn die Befürworter von TA nicht in direkter Verbindung zu den Entscheidungsträgern in der Gesellschaft stehen. Manchmal hat TA Warnfunktion; manchmal ist sie hilfreich im Entscheidungsfindungsprozeß, um bessere Ergebnisse bei der Anwendung neuer Technologien und der Vermeidung von Fehlschlägen oder unerwünschter gesellschaftlicher Auswirkungen zu erzielen. Wenn man meint, TA-Aktivitäten sollten in zusammen mit Entscheidungsträgern und nicht gegen diese gestaltet werden, so bedeutet dies, daß TA nicht ausschließlich Domäne der Politik ist. Das Parlament ist nur einer der Akteure auf dem Gebiet der Entscheidungsfindung und daher ist es nicht angebracht, TA-Tätigkeiten nur für das Parlament durchzuführen. Je nach der Art der Tätigkeit wird die Beziehung zum Parlament enger sein. Bezüglich Vorhersage-Projekten mit großem (größerem) Zeithorizont sollte deren Ziel sein, die richtigen Themen auf die Tagesordnung zu setzen – von Politikern und zum

Beispiel auch von Unternehmen. Wenn die Projekte auf Gesetzgebungs-Aktivitäten abzielen, wie im Falle der Gentechnik, sollte das Verhältnis zum Parlament sehr eng sein. Aber auch in diesem Fall ist es notwendig, mehr Leute in die TA-Aktivitäten einzubinden – um die Debatte über die relevanten Themen zu verbreitern. Organisationen wie NOTA sollten dahingehend innovativ sein, daß sie neue Wege entwickeln, solche Debatten zu gestalten. Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß das Parlament entscheidenden Einfluß auf die TA-Aktivitäten hat, die von einem speziellen Institut wie NOTA veranstaltet werden. Gleichzeitig akzeptiere ich nicht, daß Abgeordnete diese Aktivitäten monopolisieren. NOTA sollte einen Vorschlag erstellen, der auf Beiträgen einer Vielzahl von Teilnehmern (an der Debatte) beruht, um eine Situation zu vermeiden, in der nur ad-hoc-Fragen von Abgeordneten berücksichtigt werden. Darüber hinaus besteht das Problem, welche Angeordneten über welche Aktivitäten einer Einrichtung wie NOTA bestimmen sollen. Es wäre besser, wenn dies nicht der Ständige Ausschuß für Wissenschaftspolitik, sondern das Gesamtparlament wäre. Bis jetzt waren zu wenige Abgeordnete wirklich an TA-Aktivitäten beteiligt. Obwohl die Zahl der Politiker mit direkten Beziehungen zu NOTA wächst, wurde NOTA nicht als „parlamentarische Einrichtung“ angesehen. Dies ist in gewisser Weise richtig, weil NOTA kein formeller Teil des Parlaments sein sollte. Andererseits ist dies zu bedauern. In einem Land, in dem Technologie von wachsender Bedeutung ist, sollten nicht nur TA-Aktivitäten integraler Bestandteil der Technologiepolitik sein, sondern Technologiepolitik an sich sollte ein ständiger Arbeitsbereich für jeden Abgeordneten sein. In den Niederlanden ist dies noch nicht der Fall. Diese Lage zu verändern ist ein wichtiges Ziel für die nächsten Jahre. NOTA kann viel dazu beitragen, die Kluft zu vermindern – indem es gute Berichte liefert und Technologie an der Tagesordnung hält. Auch ist es für NOTA wichtig, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu besitzen, um die Debatte in der Gesellschaft gestalten zu können. Schließlich wird es die Gesellschaft selber sein, die die Entscheidungsträger in die richtige Richtung drängt.

Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung in Großbritannien

M. Norton

Am 1. April 1993 folgte das britische Parlament den Legislativen mehrerer anderer Industriestaaten darin, sein eigenes internes Büro für Wissenschaft und Technologie zu unterhalten. Dies folgte dem Beispiel anderer (wie dem Office of Technology Assessment des US Congress), die wichtige Rolle, die Wissenschaft und Technologie (W&T) in den Angelegenheiten eines Landes zu spielen haben, anzuerkennen. Das Büro wurde allerdings auf eine einzigartige Weise eingerichtet, indem auf eine privatfinanzierte Initiative von Mitgliedern beider Häuser des Parlaments aufgebaut wurde, denen es gelungen war, dessen Nutzen zu beweisen, bevor die Legislative eine Entscheidung über die öffentliche Unterstützung fällen mußte. Im folgenden werden die Leitlinien für den Aufbau von POST in dieser Weise und die jüngsten Erfahrungen mit parlamentarischer Technikfolgen-Abschätzung beschrieben.

Einleitung

Wissenschaft und Technologie wurden Teil des täglichen Lebens und Grundlagen moderner Gesellschaften in technologisch fortschrittlichen Ländern, daher muß die Legislative notwendigerweise oft Angelegenheiten behandeln, die Wissenschaft und Technologie betreffen. Gesetze können notwendig sein, um die Anwendung von Wissenschaft und Technologie zu kontrollieren (z.B. bei der Kontrolle von Verschmutzungen), gewisse Sparten von Wissenschaft und Technologie zu fördern oder zu verwalten (z.B. Forschungsverwaltungen einzurichten oder zu reorganisieren) oder ethische Überlegungen umzusetzen (z.B. bei der Kontrolle der Forschung mit menschlichen Embryonen). Andere Anlässe verlangen die Verabschiedung oder Beratung von Gesetzen, deren Umsetzung von Wissenschaft und Technologie abhängt, oder Rahmenbedingungen zu

schaffen, in denen Grundlagen- oder angewandte Forschung ihre volle Bedeutung für die Gesellschaft entfalten können.

Angesichts der immer stärkeren Integration von Wissenschaft und Technologie in die Gesellschaft hat die Legislative in vielen fortschrittlicheren Industrieländern (angefangen mit dem OTA des US-Kongresses) neue Organisationen für die Parlamentarische Technikfolgen-Abschätzung eingerichtet, um Themen zu behandeln, die durch Wissenschaft und Technologie aufgeworfen werden oder diese einbeziehen.

Die allgemeine Rolle der Technikfolgen-Abschätzung für die Legislative

TA ging von der Erkenntnis aus, daß der technologische Fortschritt oft unvorhergesehene soziale Folgen mit sich bringt, die die Aufmerksamkeit der Legislative erfordern. TA hilft, die Rolle der Technologie bei der Lösung, aber auch bei der Schaffung von Problemen richtig abzuschätzen. In der Praxis gibt es engere und weitere Definitionen des Begriffes „TA“. Nach der engeren werden nur die möglichen Auswirkungen technologischer Entwicklungen untersucht, wodurch eine „Frühwarnung“ möglich ist. Mehr und mehr hat sich jedoch TA zu einem Mittel entwickelt, objektive, genaue und ausgewogene Analysen von wichtigen Inhalten öffentlicher Politik, die wissenschaftliche oder technologische Veränderungen betreffen, zu analysieren. Das bedeutet, daß nicht nur Fragen nach den Auswirkungen bekannter technologischer Entwicklungen auf die Gesellschaft gestellt werden, sondern auch danach, wie Wissenschaft und Technologie dazu beitragen können, bestimmte gesellschaftliche Probleme zu lösen. Im Lichte der immer beherrschenderen Rolle von Wissenschaft und Technologie in modernen Gesellschaften erweitert dieser Ansatz die Rolle von TA von wissenschaftszentrierten Studien zu solchen, die die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen und die nicht nur naturwissenschaftliche Disziplinen, sondern auch die Sozialwissenschaften, die Ökonomie und Politikwissenschaft miteinbeziehen.

TAs für die Legislative sollen

- für den Entscheidungsprozeß notwendige Informationen liefern,
- technologische Themen voraussehen,
- Tatsachen darstellen,
- Übereinstimmungen und Meinungsverschiedenheiten über ein Thema feststellen,
- mögliche Optionen für parlamentarische oder exekutive Maßnahmen und ihre weiteren Auswirkungen feststellen,
- Objektivität sicherstellen,
- Gesellschaftliche Kenntnisse (sowohl innerhalb der Regierung, der Legislative oder von Wissenschaft und Technologie und der breiteren Öffentlichkeit) für die Analyse gesellschaftlicher Probleme und die Identifikation möglicher Antworten der Politik nutzbar machen.

Nach dem Vorbild des OTA im Jahre 1972 wurden neue TA-Institutionen in Deutschland (1983), Frankreich (1983), Dänemark (1985), den Niederlanden (1986), Großbritannien (1989) und am Europäischen Parlament (1987) gegründet. Alle außer derjenigen in Großbritannien wurden von Anfang an öffentlich finanziert. Die Hauptaufgaben der TAs sind je nach den Prioritäten des jeweiligen politischen Systems unterschiedlich. Es gibt drei Hauptaufgaben:

- die Legislative bei der unabhängigen Beurteilung der Regierungspolitik auf bestimmten Gebieten zu unterstützen (die „Überwachungsfunktion“),
- unabhängige und objektive Analysen zu liefern, auf die die Legislative ihre Politik (neue oder Änderungen bestehender Gesetze) aufbauen kann (die legislative Funktion),
- das breitgestreute Verständnis und die Diskussion der Themen in der Gesellschaft zu fördern. Der Vorgang, eine „Technikfolgen-Abschätzung“ zusammenzustellen, beinhaltet das Sammeln, die Integration und die Interpretation der in einem Land zu einem Thema vorhandenen Expertise, wodurch nicht nur die Legislative, sondern auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die an einem Thema interessiert sind, informiert werden und der Diskurs

und die weitere Untersuchung des Themas gefördert werden, sodaß Lösungen möglich werden. Diese „Außenfunktion“ kann natürlich auf die Legislative und die Regierung rückwirken.

Das britische Parliamentary Office of Science and Technology (POST)

Während der frühen 80er Jahre sahen einige Abgeordneten des Unterhauses und Lords die immer größere Notwendigkeit, dem Parlament eine Organisation an die Hand zu geben, die unparteiische Untersuchungen des wissenschaftlichen und/oder technologischen Hintergrundes laufender Themen durchführen sollte. Anfänglich gab es keine Unterstützung aus Parlamentsmitteln, sodaß der überparteiliche Ausschuß für Parlament und Wissenschaft die Initiative ergriff, private Unterstützung zu besorgen. (Der Ausschuß gab über 50 Jahre lang Mitgliedern beider Häuser die Möglichkeit, einander zu treffen und Themen gemeinsamer Interessen mit Wissenschaftlern und Industriellen zu diskutieren. Er hatte jedoch begrenzte Mittel und führte niemals Arbeiten wie etwa das OTA durch).

Einzelne Parlamentarier und Lords arbeiteten bei der Errichtung der „Parlamentarischen Stiftung für Wissenschaft und Technologie“ als gemeinnütziger Organisation zusammen. Während der Jahre 1988/89 wurden genügend Mittel für die Stiftung acquiriert, um POST einzurichten, das im April 1989 seine Arbeit aufnahm. Die ursprünglichen und späteren Sponsoren von POST waren große technologieorientierte Firmen, Institutionen (wie die Königliche Gesellschaft und die Königliche Akademie der Technik) und gemeinnützige Organisationen wie die Nuffield- und die Gatsby-, Wellcome- und Leverhulme-Stiftungen. Unter den ursprünglichen Sponsoren befanden sich auch Mitglieder beider Häuser des Parlamentes.

Die Struktur von POST wurde hauptsächlich der des OTA nachempfunden. Daher bestand der POST-Beirat aus Mitgliedern beider Häuser und aller Parteien sowie aus ausgezeichneten Wissenschaftlern und Technikern. Der Beirat bestimmt die Aufgaben von POST und redigiert alle Veröffentlichungen, bevor diese dem Parlament zugeleitet werden, sodaß die Themen für das Parlament relevant bleiben und wissenschaftlich objektiv und frei von politischer Vorein-

genommenheit sind. Die besonderen Eigenschaften der Arbeit von POST sind:

- Die Themen werden durch überparteilichen Konsens je nach Brauchbarkeit und Relevanz ausgewählt.
- Es gibt keine Beschränkungen nach Ministerienzuständigkeit oder Disziplin.
- POST nutzt in großem Maße wissenschaftliche und technologische Ressourcen außerhalb des Parlaments durch Gespräche, Informationsvermittlung und Redaktion.

Durch die „Vorläufigkeit“ von POST war es sehr wichtig, von Anfang an einen breitestmöglichen Abnehmerkreis innerhalb des Parlaments aufzubauen. Der POST-Beirat entschied daher, den typischen MP oder Peer zu unterstützen, sich besser über Schlüsselthemen in Wissenschaft und Technologie zu informieren, indem er kurze „Informationsblätter“ lieferte, die zu einer Debatte auf dem Hintergrund von Informationen beitragen konnten oder Gebiete ausfindig machen konnten, die vom Abgeordneten durch Anfragen oder prozedurale Maßnahmen weiterverfolgt werden konnten. Solche Informationsblätter wurden seit dem Arbeitsbeginn von POST im April 1989 etwa alle vier Wochen während der parlamentarischen Sitzungszeiten herausgegeben. Einige Themen, wie menschliche Embryologie, die Britische Technologiegruppe, Computermißbrauch) standen in direkter Beziehung zur parlamentarischen Gesetzgebung, die in einem der beiden Häuser diskutiert wurde. Andere betrafen Themen, die das Interesse des Parlaments in Bezug auf die Politik der Regierung erregt hatten (z.B. Energieeffizienz, BSE und Langsame Viren, globale Erwärmung, die Beseitigung von Ölverschmutzungen, saubere Kohletechnologien). In einigen Fällen wurde das Thema gewählt, weil es Fragen aufwarf, die zukünftig parlamentarische Aufmerksamkeit erfordern könnten (z.B. Auswirkungen der Erforschung des menschlichen Genoms, die Weitergabe von Kernwaffen, Kernfusionsforschung, Sicherheitskritische Technologie).

Sobald es die Mittel zuließen, widmete sich der Beirat auch vollen Technikfolgen-Abschätzungen, da stets die Gefahr drohte, daß die kurzen Informationsmitteilungen als Verdoppelung bestehender Dienstleistungen angesehen wurden, insbesondere der Forschungs-

berichte der Bibliothek des Unterhauses, die bereits eine Reihe von Wissenschafts- und Umweltthemen behandelten. Solche „Technikfolgen-Abschätzungen“ erfordern eine ausgiebige Analyse eines Themas und die Diskussion möglicher Politikoptionen. Sie hängen davon ab, daß die Ressourcen und die Expertise der ganzen wissenschaftlichen und technologischen Gemeinschaft nutzbar gemacht werden – sowohl in Bezug auf Informationen, Expertenrat und Redaktion, als auch auf Bewertung der verschiedenen politischen Optionen. In den ersten vier Jahren stellte POST zehn derartiger Abschätzungen erfolgreich fertig (Tab. 1).

Technikfolgen-Abschätzungen 1990-1993

Unterrichtstechnologien

Forschung und Nationales Gesundheitswesen

Beziehungen zwischen militärischer und ziviler Wissenschaft und Technologie

Monetäre Bewertung der Umweltauswirkungen der Elektrizitätsherstellung

Kostenersatz und das Verursacherprinzip

Tierversuche in der Forschung, Entwicklung und Prüfung

Konversion und Diversifikation von Rüstungsproduktion und -technologie

Prioritätssetzungen für die wissenschaftliche Basis

Umgang mit Trockenheit (Umwelt- und technische Aspekte der Wasserknappheit)

Wissenschafts- und Technologiebehörden

Trinkwasserqualität – Abwägen von Sicherheit und Kosten

Technologie und das NHS-Medikamentengesetz

Großbritanniens technologische Wettbewerbsfähigkeit

Verschmutztes Land

Tabelle 1

Parlamentarische Reaktionen

Letztendlich hing POST's Zukunft davon ab, das Parlament von dessen Wert zu überzeugen. Im Jahre 1990 wurde eine Befragung von etwa 200 Parlamentariern durchgeführt, die Informationsblätter erhalten hatten, wobei sich ergab, daß 90% der Antwortenden einige oder alle gelesen hatten, 98% befanden deren Länge (2-4 Seiten) in etwa als angemessen und die überwiegende Mehrheit fand den technischen Schwierigkeitsgrad ebenfalls als angemessen. 80% fanden die gewählten Themen durchwegs als für das Parlament von Bedeutung.

Im Jahre 1991 wurde diskutiert, ob POST aus Mitteln des Parlaments finanziert werden sollte, wenn die privaten Zuwendungen 1993 zum Erliegen kommen. Als Teil dieses Vorgangs verteilten die Fraktionsvorsitzenden des Unterhauses und der Vorsitzende der Ausschüsse des Oberhauses Fragebögen an alle Mitglieder der Häuser, in denen der Bedarf und die Verwendung von Informationen über Wissenschaft und Technologie-Themen erhoben wurden. Die Antworten ergaben eine breite Basis der Zustimmung für die Absicht des Parlaments, die Zuständigkeit für POST zu übernehmen. Als Ergebnis beauftragte das Unterhaus den Informations-Unterausschuß, die Folgen bezüglich der administrativen und finanziellen Maßnahmen, der Verbindung mit bestehenden Informationsdiensten der Bibliothek und der Größe des Büros zu untersuchen, die aus einem Beschluß des Parlaments erwachsen könnten, ein Büro für Wissenschaft und Technologie zu errichten.

Der Ausschuß befragte im Winter 1992 die Forschungsräte, die Berufsvereinigungen, die Bibliothek des Unterhauses, Unterausschüsse, POST und andere und veröffentlichte seinen Bericht und die Schlußfolgerungen im März mit der Empfehlung, parlamentarische Mittel zur Verfügung zu stellen, damit POST seine Arbeit mit fünf Mitarbeitern von 1993-1996 weiterführen kann, danach soll eine neuerliche Evaluation über die langfristige Zukunft entscheiden. Nach den Wahlen im April 1992 errichtete die neue konservative Regierung ein Büro für Wissenschaft und Technologie als Teil des Büros für öffentliche Dienste und Wissenschaft unter dem Kanzler der Grafschaft Lancaster (dem Rt. Hon. William

Waldegrave, MP), was zur Folge hatte, daß das Unterhaus wieder einen Unterausschuß für Wissenschaft und Technologie bilden konnte. Diese beiden Schritte ließen die Aktivitäten von POST noch wichtiger erscheinen, und das Unterhaus folgte den Empfehlungen des Informations-Ausschusses, POST zu unterstützen, am 11. Juni 1992. Parallele Schritte im Oberhaus ließen POST am 1. April 1993 zu einem offiziellen Teil beider Häuser werden.

Die „neuen“ POST-Aktivitäten

Obwohl es noch zu früh im Leben des „neuen“ POST ist, über seine Pläne im Detail zu sprechen, wurde der neue Beirat gewählt (Anhang 1), der über die relative Bedeutung von drei Arten von Arbeit entscheiden wird;

- Informationsblätter, um dem typischen Hinterbänkler über Wissenschaft und Technologie-Themen für die Debatte zu informieren,
- Volle Technikfolgen-Abschätzungen, die sowohl auf parlamentarische Bedürfnisse nach detaillierter Analyse und Bewertung von Politikoptionen zu wichtigen Themen im Zusammenhang mit Wissenschaft und Technologie eingehen, als auch diese vorhersehen sollen,
- Hilfe für Unterausschüsse – zum Beispiel, kurze Informationen, um einem Ausschuß die Entscheidung über sein zukünftiges Programm zu erleichtern, Informationen, um schwierige Themen zu klären, die während einer Enquete auftauchen oder detailliertere Analysen, die die Basis für eine Enquete des Ausschuß legen können.

In allen diesen Projekten untersuchen und fassen die POST-Mitarbeiter die Ergebnisse in erster Linie mithilfe der wissenschaftlichen und technologischen Gemeinschaft zusammen, durch Expertenrat, Informationsquellen und Experten-Redaktion. Der POST-Beirat bekommt ebenfalls alle vorläufigen Berichte, um den Mitgliedern die Möglichkeit zum Kommentar vor der Publikation zu geben. Nach unserer Erfahrung werden die Informationsbedürfnisse des Parlaments durch andere Berichte nicht in gleicher Weise erfüllt; es ist wichtig, einen Kern von Mitarbeitern

nahe beim Parlament anzusiedeln, um einen Stil und einen Ansatz zu entwickeln, der dem jeweiligen Parlament angemessen ist. Wir würden den Erfahrungen des OTA zustimmen, daß Aufträge an außenstehende Berater selten einen Bericht hervorbringen, der auf die Bedürfnisse des Parlaments zugeschnitten ist, und unser Einsatz von (z.B. wissenschaftlichen) Beratern beschränkt sich auf genau ausgerichtete Überblicke über ein komplexes Feld, die dann von den POST-Mitarbeitern zu einem sehr unterschiedlichen Bericht verarbeitet werden.

Ratschläge

Parlamentarische TA hat sich in unregelmäßigen Abständen entwickelt. Zehn Jahre vergingen, bis dem Beispiel des US-OTA in einigen europäischen Ländern gefolgt wurde, als vier Länderorganisationen innerhalb von vier Jahren gegründet wurden und das Europäische Parlament ebenfalls ein Projekt über die Bewertung von Optionen in Wissenschaft und Technologie begann. Seit damals gab es anhaltendes Interesse an TA auf nationaler und internationaler Ebene, aber kaum weitere Taten. Die Erfahrung in Großbritannien zeigte, daß, obwohl viele Parlamentarier die Bedeutung von Wissenschaft und Technologie in der Politikgestaltung anerkennen, die Idee von TA ziemlich abstrakt und schwierig zu diskutieren sein konnte. Die oben geschilderte Vorgangsweise erlaubte es, daß die Idee von TA demonstrationsweise in die Praxis umgesetzt werden konnte, sodaß die Entscheidung, ein solches Büro einzurichten oder nicht, auf der Grundlage viel klarerer Vorstellungen getroffen werden konnte, was dies bedeuten würde. Diesem Modell gelang es, eine Organisation zu schaffen, die wirklich auf parlamentarische Bedürfnisse in Bezug auf Wissenschafts- und Technikfolgen-Abschätzung eingeht und einen überlegenswerten Weg für andere Legislativen bietet, in denen die Notwendigkeit für ein TA-Büro noch nicht akzeptiert worden ist.

Anhang 1

Mitglieder des POST-Beirats (Stand April 1993)

Funktionäre:

Vorsitzender: Dr Michael Clark MP
Stv. Vorsitzende: Anne Campbell MP
Schatzmeister: Jim Cousins MP

Direktor: Dr Michael Norton

Mitglieder des Parlaments:

Oberhaus:

Lord Flowers
Lord Dainton
Baroness Platt of Writtle

Unterhaus:

Mr John Butterfill MP
Mrs Ann Campbell MP
Dr Michael Clark MP
Howard Elletson MP
Don Foster MP
Andrew Miller MP
Sir Trevor Skeet MP
Dr Robert Spink MP

Nicht-parlamentarische Mitglieder:

Sir Frederick Warner FRS FEng
Sir Alastair Pilkington FRS FEng
Professor John Midwinter OBE FRS FEng
Sir Roger Elliott FRS

Ex-Officio:

Bibliothekar des Unterhauses
Parlamentssekretär des Unterhauses

POST's Arbeit aus der Sicht einer Parlamentarierin

Ann Campbell

Sie hörten von Michael Norton einiges über den Hintergrund von POST, die Struktur und Arbeitsweise. Ich möchte nun einige Perspektiven vom Standpunkt des eigentlichen Benutzers der Dienste von POST hinzufügen, ebenso von dem eines Mitglieds und stellvertretenden Vorsitzenden des POST-Beirates.

Zunächst möchte ich auf die Gefahr hin, Gemeinplätze zu verbreiten, feststellen, daß es keine „typischen“ oder „durchschnittlichen“ Mitglieder des Parlamentes gibt. Es gibt 650 gewählte Abgeordnete im Unterhaus, die alle ihre persönlichen Schwerpunkte und Interessen nach Westminster mitbringen und Wahlkreise vertreten, die sehr unterschiedliche Prioritäten haben können. Zu diesen Einflüssen kommen die Schwerpunkte und politischen Ziele der Parteien der Abgeordneten und die Rolle, die (wenn überhaupt) der einzelne Abgeordnete in der Ausschußstruktur des Parlaments spielt. Um die Sache noch komplizierter zu machen, besitzt das britische Parlament eine einzigartige und veraltete Struktur der zweiten Kammer (des Oberhauses) mit einer Mischung aus erblichen Adeligen und solchen, die in Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste für die Gesellschaft allgemein oder für verschiedene Teile des politischen Systems auf Lebenszeit in das Haus aufgenommen wurden. Dies führt dazu, daß beide Häuser zusammen außerordentlich verschiedene Interessen und Kenntnisse an einem Ort vereinen.

Was bedeutet das angesichts der Notwendigkeit, sich mit Fragen herumschlagen zu müssen, die von Wissenschaft und Technologie durchdrungen sind? Im Unterhaus findet man für gewöhnlich wenige Abgeordnete mit wissenschaftlich-technologischem Hintergrund. Ich selber habe eine Ausbildung in Mathematik und Statistik und habe vor meinem Eintritt ins Parlament den größten Teil meines Arbeitslebens damit zugebracht, Vorlesungen für Studenten in den Naturwissenschaften zu halten oder in wissenschaftlichen Instituten

zu arbeiten. Dies gab mir breite Erfahrung über verschiedene wissenschaftliche Fachrichtungen, was mit sich bringt, daß meine eigenen Anforderungen an wissenschaftliche Informationen sehr unterschiedlich zu denen meiner Kollegen sind, die früher Lehrer, Anwälte oder Gewerkschafter waren. Fast jeder zehnte Abgeordnete im Unterhaus ist ein Rechtsanwalt.

Im Oberhaus sitzen jedoch einige der besten wissenschaftlichen Köpfe des Landes, zu Peers geadelt, sodaß der Wissensstand in jeder beliebigen Frage von null bis zu dem eines führenden Experten reichen kann! Dies macht Mike's Arbeit besonders anspruchsvoll, wenn er Informationen für das Parlament zusammenstellt, die auf die Bedürfnisse des Laien und schlecht informierten Abgeordneten zugeschnitten sein und gleichzeitig der genauen Prüfung des größten Experten standhalten müssen!

Warum brauchen wir als Abgeordnete wirklich objektive Kurzinformationen und Analysen von Fragen, die auf Wissenschaft und Technologie beruhen? Zunächst ist es vielleicht günstig, Sie daran zu erinnern, daß der normale Abgeordnete keinen Mangel an unbestellten Informationen und Ratschlägen zu jeglichem Thema unter der Sonne leidet. Wir werden täglich mit einem kolossalen Postsack bombardiert, der Mitteilungen von Umweltschutzgruppen über den letzten Stand der globalen Erwärmung oder des Ozonlochs enthält, von medizinischen Interessenvertretungen über die letzten Neuigkeiten über AIDS oder die Gesundheitspolitik der Regierung, von Firmen und Lobbyisten, die uns ihre eigene Sicht für die Zukunft der Kernenergie, der Kohleverstromung, der Rolle der chemischen Industrie usw.usf. nahelegen wollen. Das größte Problem für einen neuen Abgeordneten ist, richtig zu raten, wieviel davon man ruhig wegwerfen kann. Einer meiner Kollegen hat tatsächlich einmal die Seitenzahl der unaufgeforderten Informationen gezählt, die er im Laufe einer Woche bekommen hat, und kam auf eintausenddreihundert! Das Problem besteht also nicht darin, an Informationen zu gelangen, und das letzte, was viele von uns wollen, ist eine Institution zu schaffen, die noch mehr Informationen herausschiebt; schließlich hat keiner einen so großen Mitarbeiterstab, wie er dem US Congress zur Verfügung steht, um alle verfügbare Information effektiv zu nutzen. Ich besitze einen hauptamtlichen und zwei weitere Mitarbeiter, die sich einen Dreiviertel-Job teilen. Mein Teil-

zeit- Forschungsassistent ist ein vollausgebildeter Pflanzenbiologe, wodurch ich einen zusätzlichen Vorteil und Sachverstand besitze. Allerdings bearbeiten meine Mitarbeiter jede Woche 150 Briefe, die hinausgehen, täglich mehr als 30 Telefongespräche, dazu kommen zahllose Wähler, die täglich im Büro anrufen und dringenden Rat suchen, Presseaussendungen, parlamentarische Anfragen, Recherchen für meine Reden und Debattenbeiträge und die Planung für monatlich etwa 100 lokale Treffen und Besuche. Es bleibt wenig Zeit für tiefgreifende Forschung und Analyse von Einzelfragen und wir verlassen uns in großem Maße auf die unparteiischen Analysen, die POST und die Bibliothek des Unterhauses erstellen.

Es ist sehr wichtig, daß wir Informationen bekommen, denen wir glauben können, daß sie ausgewogen sind und nicht den offensichtlichen oder versteckten Einflüssen ausgesetzt, die in den Aussendungen von Interessenvertretungen enthalten sind. Sie müssen auch lesbar und an den tatsächlichen Bedürfnissen der Abgeordneten ausgerichtet sein. Schließlich hat keiner von uns die Zeit, wie interessant Wissenschaft auch sein mag, sich über all die faszinierenden Forschungsergebnisse voll zu informieren, die laufend bekannt werden. Wir müssen meist unsere Zeit auf Gebiete beschränken, die direkten Bezug zu Fragen haben, die das Parlament beschäftigen.

Das bedeutet, daß wir bei der Beratung im Beirat über mögliche Themen nach solchen Ausschau halten, die bereits auf der parlamentarischen Tagesordnung sind und bei denen eine kurze, fokussierte, gut recherchierte und gut geschriebene Analyse einem vielbeschäftigten Parlamentarier hilft, sich über eine Frage innerhalb von 10 bis 15 Minuten zu informieren. Die Gründe, warum ein Parlamentarier Kurzinformationen lesen möchte, sind unterschiedlich – er oder sie mögen am Thema interessiert sein, weil es in den Nachrichten aufscheint und daher für Wähler interessant ist, oder weil er oder sie entscheiden möchte, sich einer der damit verbundenen politischen Frage anzunehmen und diese über das Herantreten an Minister, parlamentarische Anfragen oder andere Mittel verfolgen soll. Dies ist also die Motivation für die Kurzinformationen, die POST aussendet und die streng auf vier Seiten beschränkt sind, aber den Abgeordneten möglichst das mitteilen, was sie wissen müssen, um einen einigermaßen guten Überblick über die Bedeutung des Themas

und die unterschiedlichen Sichtweisen und politischen Ideen dahinter zu bekommen.

Eine der jüngsten Informationen, die ich als überaus nützlich empfunden habe, behandelte Biotreibstoffe für den Verkehr. Ich benutzte sie in einer Debatte im Ausschuß, die der Budgeterklärung 1993 des Schatzkanzlers folgte. Ich befürwortete eine verminderte Steuerbelastung für Treibstoffe aus landwirtschaftlichen Produkten, damit die Wirtschaft mehr Geld in die Forschung investiert und dazu beiträgt, die Umweltbelastung zu vermindern. Ich verwendete den Hintergrund, den ich aus der Mitteilung hatte, um ein Bild zu zeichnen und den Ausschuß über die derzeitige Verwendung von Biotreibstoffen, die Schätzungen bezüglich des Rückgangs an Schwefeldioxid, Rußpartikeln und unverbrannten Kohlenwasserstoffen und die Vorteile zu informieren, brachliegendes Land produktiv zu nutzen. Hätte der Minister vor seiner Antwort den Bericht auch gelesen, wäre er zweifellos besser informiert gewesen und hätte wohl bessere Argumente angeführt als die, die er für die Zurückweisung des Antrags verwendete. Er schien tatsächlich recht verwirrt über die Unterschiede zwischen Raps und Lupinen. Da das Unwissen offensichtlich war, verlangte ich diesmal keine Abstimmung über die Frage, hoffte aber, daß sein mangelndes Verständnis in dieser Angelegenheit in Erinnerung bleibt, wenn wir diese Frage das nächste Mal debattieren.

Ich sollte allerdings anführen, daß wir, wie zweifellos auch andere Parlamente, über eine ausgezeichnete Bibliothek mit angeschlossenen Informationsdienst verfügen, die viele dieser Bedürfnisse über ein weites Feld von Ökonomie über Sozialpolitik bis zu Umweltfragen und Naturwissenschaften abdeckt. Wir müssen deshalb bei POST darauf achten, die Prioritäten mit denen der Bibliothek zu verweben, dies geschieht, indem ein Vertreter der Bibliothek im POST-Beirat sitzt. Meiner eigenen Einschätzung nach ist die derzeitige Trennung der Verantwortlichkeiten nicht hinreichend klar und führt zu Überschneidungen in den Aufgaben und der Arbeit beider Institutionen.

Um auf unsere Bedürfnisse als Abgeordnete zurückzukommen, wir haben auch andere Rollen, die manchmal eine genauere Analyse verlangen, als sie auf vier Seiten möglich ist. Viele von uns sitzen in Unterausschüssen, die die Aufgabe haben, Ministerien zu über-

wachen und haben das Recht, detaillierte Fragen zu stellen (für diese Aufgabe werden unsere eigenen spezialisierten Mitarbeiter herangezogen), wenn erforderlich, zu kritisieren und Vorschläge für eine andere Politik vorzubringen. Obwohl die Ausschüsse so zusammengesetzt sind, daß sie die jeweilige Stärke der verschiedenen Parteien im Hause widerspiegeln, versuchen sie, wo immer möglich, auf konsensueller Basis zu handeln, und daher sind diese Ausschüsse potentiell wichtige Abnehmer für objektive Analysen wichtiger Fragen, die das Parlament beschäftigen sollten.

Im Beirat halten wir daher Ausschau nach Fragen, die für Unterausschüsse zum Zeitpunkt des Erscheinens des Berichtes nützlich sein werden, wir erlauben uns aber auch den Luxus, Fragen vorwegzunehmen, die parlamentarische Unterausschüsse oder das Gesamtparlament auf mittlere Sicht interessieren sollten oder könnten. Einer der Vorteile von POST besteht darin, daß es, im Gegensatz zu Unterausschüssen, nicht an die Zuständigkeitsgrenzen der Ministerien (Verteidigung, Umwelt, Landwirtschaft etc.) gebunden ist, sodaß wir Themen, die die Zuständigkeit mehrerer Ministerien berühren, mit größerer Freiheit als ein Unterausschuß untersuchen können. So wäre zum Beispiel die Untersuchung, die POST über die Konversion und Diversifikation von Rüstungstechnologien angestellt hat, sowohl für den Verteidigungsausschuß als auch für den Handels- und Industrieausschuß ohne irgendwelche Absprachen schwer durchzuführen gewesen, denn das Thema berührte die Zuständigkeiten beider Ausschüsse. In einem anderen Beispiel untersuchte POST breitangelegt die Aktivitäten all der verschiedenen Forschungsorganisationen, die zu den Ministerien gehören, während jeder Ausschuß für ein Ministerium, z.B. für Umwelt, nur die Aktivitäten der Forschungslabors dieses einen Ministeriums untersuchen hätte können. Der Ausschuß, dem ich angehöre, für Forschung und Technologie, besitzt etwas größere Freiheiten in Bezug auf das Gebiet, das er bearbeiten darf, aber es hilft doch immerhin, eine zusätzliche Organisation zur Verfügung zu haben, um einige Fundamente zu legen oder ein Thema im Überblick darzustellen, sodaß der Ausschuß gut informiert ist, bevor er entscheidet, sich einer Untersuchung zu widmen oder nicht.

In seiner Rede hat Mike Norton einige Projekte beschrieben, die mit verschiedenen Unterausschüssen in Verbindung standen und

dargestellt, wie in der Vergangenheit die Arbeit von POST in einigen Fällen angewendet wurde. Ich möchte nicht alle Einzelheiten wiederholen. Allerdings möchte ich die Brauchbarkeit einiger Arbeiten von POST illustrieren, indem ich einen Bericht herausgreife, nämlich den über die Konversion und Diversifikation von Rüstungstechnologien. Diese Untersuchung förderte klar zutage, daß das alte Konzept der Konversion (nämlich Schwerter zu Pflugscharen umzuschmieden) völlig überholt ist und die Komplexität der Produkte für Rüstung und zivilen Gebrauch und den hohen Grad an Spezialisierung, der über die Jahre eingetreten ist, nicht berücksichtigt, sodaß es äußerst schwierig ist, wissenschaftliches, technisches oder industrielles Know-how vom Rüstungsmarkt auf den zivilen einfach umzustellen. Der POST-Bericht machte viel klarer, wo die produktivsten Überlappungsbereiche zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor liegen, was getan werden könnte, um die Entwicklung von Technologien für beide Anwendungen zu stimulieren und zeigte die hohen Hürden für spezialisierte Rüstungsfirmen auf, die auf dem zivilen Markt eine Verwendung für ihre Expertise suchten. Aus meiner Perspektive als Mitglied der Labour Party unterstützte der Bericht unsere Meinung, daß es Aufgabe einer aktiven Regierung sein sollte, den Diversifikationsprozeß möglichst zu unterstützen und der gesamte Prozeß nicht den willkürlichen und zufälligen Launen des Marktes überlassen werden dürfte.

Da viele meiner Kollegen die POST-Berichte nicht kennen, sehe ich es als eine meiner wichtigsten Aufgaben als Mitglied der Labour Party im POST-Beirat an, diejenigen, die spezielle Interessen haben, auf Berichte aufmerksam zu machen. Ein exzellenter Bericht über Wasserqualität und EG-Richtlinien lieferte Munition an meinen führenden Kollegen, Chris Smith, für seinen Angriff auf die immense Erhöhung der Wasserpreise nach der Privatisierung. Ich konnte die Aufmerksamkeit einer unserer jüngeren Gesundheitssprecher auf einen Bericht lenken, der eine Verbindung zwischen Ernährung und Herzkrankheiten herstellte, und einige Kollegen mit großen Rüstungsfirmen in ihrem Wahlkreis haben den Bericht über Rüstungskonversion und -diversifikation zu einem Angriff auf die Regierung über die Art und Weise brauchen können, wie Einsparungen im Rüstungsbereich durchgeführt werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß POST eine sehr junge Organisation ist, und wir im Beirat tasten uns immer noch in gewissem Maße voran, um den bestmöglichen Gebrauch der beschränkten Personalressource zu finden, die das Parlament zur Verfügung gestellt hat. Derzeit sehen wir den besten Weg in einer Mischung aus Kurzmitteilungen, die es dem einzelnen Abgeordneten erlauben, sich innerhalb ziemlich kurzer Zeit in den Augen der Öffentlichkeit über eine Frage zu informieren, während wir unser Hauptaugenmerk auf längere Analysen legen wollen, um unser Ausschußsystem zu unterstützen. Ich hoffe, daß unsere Erfahrungen, wie vorläufig sie auch sind, für das österreichische Parlament von Interesse sind und sowohl ich als auch Mike Norton werden gerne jede Frage beantworten, die sich aus unseren Beiträgen ergeben sollte.

Das österreichische Parlament und Technikfolgen-Abschätzung

Walter Peissl, Helge Torgersen

Im österreichischen Parlament ist bis zum Jahre 1994 nicht nur keine eigene PTA-Einrichtung etabliert, es ist auch das Bewußtsein um Technikfolgen-Abschätzung im allgemeinen eher schwach ausgebildet. Im folgenden werden die beiden bisher einzigen Berührungspunkte von institutionalisierter Technikfolgen-Abschätzung in Österreich und dem Parlament beschrieben.

Die Inanspruchnahme des Informationsinstrumentes Technikfolgen-Abschätzung geschah im österreichischen Nationalrat einerseits durch die Anforderung eines Gutachtens zu den Auswirkungen einer umstrittenen Hochspannungsleitung und andererseits in einer wesentlich aktiveren Form durch die Arbeit der ersten Enquete-Kommission mit dem Titel „Technikfolgen-Abschätzung am Beispiel der Gentechnik“.

Die Auswirkungen der 380kV Hochspannungsleitung von Kaprun nach Zell am Ziller: Eine Anfrage des Petitionsausschusses des Nationalrates

Die erste Kontaktnahme des österreichischen Parlaments mit Technikfolgen-Abschätzung geht unter anderem auf eine Geschäftsordnungsneuerung im Jahre 1988 zurück. Um den Staatsbürgern die Möglichkeit zu geben, sich direkt an das Parlament zu wenden, wurde mit der Geschäftsordnungsnovelle 1988 im österreichischen Nationalrat ein neues Rechtsinstitut, die „parlamentarische Bürgerinitiative“ geschaffen. Zur Behandlung von „parlamentarischen Bürgerinitiativen“, das sind Anliegen, die in Gesetzgebung oder Vollziehung Bundessache sind und von mindestens 500 österreichischen Staatsbürgern unterstützt werden, und von Petitionen, das sind Anliegen, die zumindest von einem Mitglied des Nationalrates eingebracht werden, wurde die zwingende Einrichtung des „Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen“ vorgesehen. Der Ausschuß kann die weitere Behandlung von Petitionen und parla-

mentarischen Bürgerinitiativen sogleich ablehnen, „... wenn er die Auffassung vertritt, daß der Gegenstand zur weiteren Behandlung offenkundig ungeeignet ist, oder b) den Gegenstand der Volksanwaltschaft zur weiteren Behandlung übermitteln oder c) den Präsidenten (des Nationalrates) ... ersuchen, den Gegenstand einem anderen Ausschuß zuzuweisen.“ (§ 100b/1 GOG 1989) Im Zuge der Behandlung des Gegenstandes kann der Ausschuß Stellungnahmen der Regierung, von Betroffenen und Sachkundigen einholen. Als großes Manko wurde seitens einiger Abgeordneter empfunden, daß dem Ausschuß keine Kompetenz zur inhaltlichen Vorbereitung eines Beschlusses des Nationalrates gegeben wurde. Nach Abschluß der Beratungen ist dem Nationalrat zu berichten, oder die Abtretung an einen (Fach-)ausschuß, eventuell unter Beischließung einer Empfehlung für die weitere Vorgangsweise, vorzunehmen.

Inhalt einer der Petitionen des Jahres 1990 war die Verhinderung einer 380kV Leitung von Kaprun nach Zell am Ziller. Auf Wunsch des Petitionsausschusses wurde seitens des Präsidenten des Nationalrates das Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ersucht, eine Stellungnahme abzugeben.³² An diesem ersten Beispiel der Arbeit für das Parlament wurde sogleich deutlich, in welcher schwierigen Situation man als Politikberater kommen kann. Die Behandlung von energiepolitischen Optionen, die möglichen Folgen elektrischer und magnetischer Felder im Nahbereich von Hochspannungsleitungen, die Auswirkungen auf die umliegende Natur und auf den Menschen sollten innerhalb von etwa sechs Wochen analysiert und, entsprechend zusammengefaßt, zu Empfehlungen verdichtet werden. Aus wissenschaftlicher Sicht war dies kaum möglich, aus politischer Sicht konnte dieser Zeitraum innerhalb der Ausschußberatungen gerade noch hingenommen werden. Trotz der Bedenken ob der Machbarkeit wurde vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der

³² Das Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist ident mit der ehemaligen Forschungsstelle für Technikbewertung (FTB) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Die formale Umbenennung fand mit 1.1.1994 statt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird auch für Aktivitäten der FTB im Zeitraum 1988-1993 der neue Name (Institut für Technikfolgen-Abschätzung – ITA) verwendet.

Auftrag angenommen und eine entsprechende Stellungnahme von einem Team, bestehend aus Physikern, Ökonomen und einer Medizinerin erarbeitet.

Zur Erarbeitung des Gutachtens wurden neben einer Literaturrecherche zu den wesentlichen Themen – insbesondere die Auswirkungen elektrischer und magnetischer Felder auf den Menschen – auch eine Reihe von Gesprächen mit Experten sowie mit Befürwortern und Gegnern der konkreten Leitungsvariante geführt. Die Stellungnahme enthielt kurze Darstellungen des Wissensstandes zu den Problemkreisen

- Hochspannungsleitungen als Bestandteil der Energiepolitik – die Rolle der Leitung Kaprun – Zell am Ziller,
- technische Varianten zum Bau von Hochspannungsleitungen – die Varianten für das Zillertal,
- elektrische und magnetische Felder in der Umgebung des Menschen,
- Belastungen der Natur durch Hochspannungsleitungen und
- mögliche Gefährdungen des Menschen durch Hochspannungsleitungen

Abschließend wurden eine Zusammenfassung der Ergebnisse verfaßt und Handlungsoptionen dargestellt, die nach grundlegenden energiepolitischen Reformen, begrenzten Reformen und kurzfristig wirksamen Maßnahmen unterschieden.

Die Stellungnahme wurde Ende April 1990 dem Petitionsausschuß des Nationalrates übermittelt. Dieser ersuchte den Präsidenten des Nationalrates, die Petition zur weiteren Behandlung dem fachlich zuständigen Umweltausschuß zuzuweisen. Dies erfolgte am 16. Mai 1990.

Die XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates endete mit 4.11.1990. Da die Petition und damit auch die eingeholten Stellungnahmen im Umweltausschuß bis dahin nicht behandelt wurden und im österreichischen Parlament der Grundsatz der Diskontinuität der Legislaturperioden gilt, ging der gesamte Gegenstand mit Ende der Legislaturperiode unter. Somit blieb diese erste Nutzung von Technikfolgen-Abschätzung im österreichischen Parlament ohne nachvollziehbare Folgen.

Ansätze zur aktiven parlamentarischen Technikfolgen-Abschätzung am österreichischen Parlament

Der Beginn

Bis zum Herbst 1991 gab es seitens des Nationalrats, der direkt gewählten und daher wichtigeren Kammer des österreichischen Zweikammer-Parlaments, keinerlei Anstrengungen in Bezug auf eine deklarierte, aktive Technikfolgen-Abschätzung, ebenso war das parlamentarische Instrument der Enquete-Kommission unbekannt. Wohl hatte es im Rahmen der Arbeit von Ausschüssen zu verschiedenen Themen kurze Anhörungen von Experten (Enqueten) gegeben, die sich jedoch nicht über längere Zeit mit einem Thema auseinandergesetzt hatten. Durch eine Geschäftsordnungs-Novelle im Jahre 1990 wurde erstmals die Einsetzung einer Enquete-Kommission ermöglicht.

Auch die Regierung legte ein Bekenntnis zur Technikfolgen-Abschätzung ab: Nach den Nationalratswahlen im Herbst 1990 wurde am 17. Dezember für die nächste Gesetzgebungsperiode zwischen den beiden mandatsstärksten Parteien ein „Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und der ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung ...“ getroffen. Im Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ wurde darin in der Beilage 15 „Wissenschaft und Forschung“ unter Kapitel VI „Bessere Bedingungen für Forschung und Entwicklung“ im Punkt 2 folgendes festgelegt: „Einbeziehung der Beachtung der Technologiefolgen in die Technologieförderung. Zentrale Information über Technologieentwicklung und -beurteilung ihrer gesellschaftlichen und umweltbezogenen Auswirkungen. Einrichtung einer 'Enquete Kommission für Forschung und Technologie' im Bereich des Parlaments. Vorrangige gesetzliche Regelung für die Forschung und Anwendung der Gentechnik.“

Zunächst sollte also das für Österreich neue parlamentarische Instrument der Enquete-Kommission eingesetzt werden, um generell die Möglichkeiten für die Abschätzung von Folgen aus Forschung und Technologie im Parlament zu untersuchen. Auf ausdrücklichen Wunsch der ÖVP wurde jedoch von einer Enquete-Kommission Abstand genommen, die sich mit Technikfolgen-Abschätzung allgemein befassen sollte. Statt dessen wollte man „anhand des Beispiels der Gentechnologie“ versuchen, konkrete Technikfolgen

auszuloten. Im (SPÖ-geführten) Gesundheitsministerium wurde allerdings bereits am Entwurf für ein neues Gentechnikgesetz gearbeitet, das daher die möglichen Ergebnisse einer erst noch einzurichtenden parlamentarischen Enquete-Kommission nicht berücksichtigen konnte. Man kam zu der Interpretation, daß das Parlament, so die Absicht, sich nicht auf Untersuchungen beschränken sollte, die für die Ausarbeitung eines Gesetzes notwendig seien, sondern vielmehr die Aufgabe hätte, „Technikfolgen-Abschätzung in umfassender Sicht“ zu betreiben. Später kristallisierten sich zwei Ziele heraus: einerseits das „Führen eines parlamentarischen Diskurses“ an sich, andererseits die Formulierung von Maßstäben für den Umgang mit dieser Technik in einem Bericht an den Nationalrat. Um die politische Relevanz zu sichern und dem Argument entgegenzutreten, daß die Arbeit der Kommission ins Leere geht, wenn bereits ein nahezu fertiger Gesetzentwurf über die Materie vorliegt, sollten die Ergebnisse der Kommission jeweils laufend in den entstehenden Entwurf eingebracht werden.

Die erste Enquete-Kommission

Die „parlamentarische Enquete-Kommission zur Technikfolgen-Abschätzung am Beispiel der Gentechnik“ wurde am 4. Dezember 1991 eingesetzt und konstituierte sich am 6. Februar 1992. Sie setzte sich aus 16 Abgeordneten, sieben der SPÖ, fünf der ÖVP, drei der FPÖ und einem der GRÜNEN zusammen, weiters bestimmten die Fraktionen insgesamt acht Klub-Experten, darüber hinaus nahmen fünf Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen (von der Akademie der Wissenschaften nominiert), drei Vertreter von „NGO“s, eine Vertreterin der Bundesländer-Verbindungsstelle und ein Mitarbeiter des Instituts für Technikfolgen-Abschätzung als „ständige Experten“ teil. Außerdem waren Vertreter mehrerer Bundesministerien, der Interessenvereinigungen (Sozialpartner), einschlägiger Firmen, der Hochschülerschaft etc. bei den Beratungen als Beobachter anwesend. Insgesamt ergab sich ein Kreis von über 40 Personen – waren auch nicht alle bei jeder der Sitzungen dabei, so war die Runde für eine zielorientierte Diskussion doch ziemlich groß.

Nach Einigung über das Thema, mit dem sich die Kommission auseinandersetzen sollte, folgten Diskussionen über die Art und

Weise, wie die schließlich gewählte Frage aufzuarbeiten wäre. Da von vornherein feststand, daß die Ergebnisse (u.a. wegen des Zeitdrucks durch den bereits weit fortgeschrittenen Entwurf des Gentechnikgesetzes) bereits am 1. Oktober des gleichen Jahres vorliegen sollten, mußte ein Weg gefunden werden, das umfangreiche Gebiet in möglichst kurzer Zeit adäquat abhandeln zu können. Neben den inhaltlichen Auseinandersetzungen waren auch neuartige administrative und Koordinationsaufgaben zu bewältigen. Diese wurden der Parlamentsdirektion übertragen, die jedoch nicht darauf vorbereitet war, ein Sekretariat für die Enquete-Kommission bereitzustellen und dies aus Personalmangel auch gar nicht gekonnt hätte. Unter den gegebenen Verhältnissen leistete die Parlamentsdirektion gute Arbeit, war aber oft auf Improvisation angewiesen. Dieses Manko sollte sich in der Folge nach Aussage beteiligter Abgeordneter als schwerwiegendes Handicap für die Arbeit herausstellen.

Das ITA hatte bereits im Herbst 1991 (als die Themenstellung noch nicht feststand) ihre Mithilfe bei der Durchführung der geplanten Enquete-Kommission angeboten und einige Vorschläge hierzu erstellt. Dies wurde zwar seitens des Parlaments und der meisten Parteien allgemein begrüßt, man konnte sich jedoch zunächst nicht auf die genaue Rolle dieser Institution und auf eine mögliche Honorierung ihrer Arbeit verständigen. Dennoch erwartete man sich von ihrer Mitarbeit Hilfestellung insbesondere in Bezug auf die Formulierung von relevanten Fragen an die Experten und bei der Zusammenfassung der Beratungen als Grundlage für den Abschlußbericht. Um der Bandbreite der Probleme in den verschiedenen Anwendungsgebieten der Gentechnik gerecht zu werden, wurde daher vom ITA zunächst ein Vorschlag für einen möglichen Fragenkatalog verfaßt, der im Laufe der Beratungen zu diskutieren sein würde. Dieser Katalog wurde von der FPÖ mit Ergänzungen direkt übernommen, von SPÖ, ÖVP und den GRÜNEN nach den jeweiligen Prioritäten stark verändert.

Ablauf der ersten Enquete-Kommission

Im Verlauf der ersten beiden Sitzungen wurde weitgehend Einigung über die Vorgangsweise erzielt. Man beschloß, das Gebiet zunächst

in verschiedene Fragenkomplexe zu unterteilen, letztlich waren dies die Bereiche

- allgemeine Einführung
- Landwirtschaft und Umwelt,
- Sicherheitsforschung und Sicherheit,
- Forschung, Entwicklung und Industrie,
- Gesellschaft, Demokratie und Grundrechte,
- Gesundheitswesen,
- Ethik/Bioethik,
- Patentierung.

Jeweils einer dieser Bereiche sollte in einer halbtägigen Sitzung abgehandelt werden. Man lud zu jedem dieser Fragenkomplexe jeweils zwei bis vier Experten ein, als Gutachter vor der Kommission ihre Auffassungen darzulegen oder als Diskutanten kurze Statements abzugeben, im Anschluß wurde frei diskutiert. Die eingeladenen Experten waren meist akademische Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, zum großen Teil aus Österreich, einige aus Deutschland. Ihre Aussagen zu den einzelnen Kapiteln waren zum Teil, aber nicht immer kontrovers, die Diskussionen (insbesondere beim Kapitel Landwirtschaft) zum Teil recht heftig. Insgesamt wurden 25 Referate gehalten, von denen ebenso wie von den Diskussionen ein stenographisches Protokoll angefertigt wurde. Der ursprüngliche Terminplan konnte nicht eingehalten werden, weil einige zusätzliche Sitzungen eingeschoben werden mußten, um entstandene Fragen zu behandeln oder zusätzliche Gutachter zu hören, daraus ergab sich ein starker Zeitdruck. Insgesamt wurden neun halb- oder ganztägige Sitzungen abgehalten. Zusätzlich gingen, meist auf ausdrückliche Einladung der Enquete-Kommission, 32 Stellungnahmen von gesellschaftlichen Gruppierungen ein, die ihre jeweilige Position zum Thema Gentechnologie darlegten.

Das ITA erstellte zusätzlich zum offiziellen Protokoll (in der Regel bis zur nächstfolgenden Sitzung) kurze zusammenfassende Darstellungen mit den Hauptaussagen aus den Vorträgen und der Diskussion sowie aus den bis zum Juli 1992 eingelangten Stellungnahmen. In der Sommerpause sollte das ITA die Ergebnisse der Enquete-Kommission zusammenfassen, allerdings gingen die Fraktionen von unterschiedlichen, nicht klar definierten Erwartungen aus. Daher

erarbeitete das ITA in eigener wissenschaftlicher Verantwortung ein Gutachten über das Gesamtthema, das auf den Beratungen in der Enquete-Kommission aufbaute, jedoch einige Aspekte intensiver berücksichtigte, die aus der Sicht des ITA während der Arbeit der Kommission (in erster Linie aus Zeitgründen) nur am Rande zur Sprache gekommen waren; andere, wenig kontroversielle Themen wurden vom ITA dagegen nur kurz angesprochen.

Die SPÖ erarbeitete über den Sommer eine ausführliche Analyse, in der sie ihre Positionen für den Abschlußbericht darlegte. Die GRÜNEN verfaßten ebenfalls ein analytisches Positionspapier, die FPÖ verzichtete auf eine eigene Stellungnahme. Die ÖVP hatte offensichtlich Schwierigkeiten, zu einer einheitlichen Meinung zu finden. Es gab zwei im Prinzip schwer vereinbare Standpunkte – einerseits Auffassungen, die die Forschungs- und Erwerbsfreiheit in den Vordergrund stellten und die Gentechnologie, die eine erwiesenermaßen ungefährliche Technik sei, möglichst wenig behindert wissen wollten, um den internationalen Anschluß nicht zu verlieren, andererseits Meinungen, die in den Möglichkeiten der Gentechnologie die Gefahr schwerwiegender Eingriffe sahen, die zu ernststen ethischen oder Umweltproblemen zumindest führen könnten, sodaß ein vorsichtiger Umgang angebracht sei. (Diese Spannung ist auch als Resultat der besonderen Parteistruktur der ÖVP zu sehen, die sich aus drei „Bünden“ zusammensetzt, die jeweils Industrie-, Landwirtschafts- und Arbeitnehmerinteressen vertreten.) Unter Zeitdruck und offensichtlich nach etlichen Diskussionen unter den Parteiexperten wurde jedoch eine äußerst ausführliche Analyse und Positionsbestimmung ähnlich derjenigen der SPÖ und der GRÜNEN erarbeitet.

Um den Abschlußbericht rechtzeitig zum vorgegebenen Endtermin am 1. Oktober erstellen zu können, wurde im September 1992 ein Redaktionskommittee aus je einem Abgeordneten jeder Partei und einem von dieser Partei nominierten Experten eingesetzt. Diesem Kommittee gelang es, aufgrund der jeweiligen Analysen der Parteien in sehr intensiven und – nach Berichten der Beteiligten – ausgesprochen konstruktiven Beratungen unter Respektierung des jeweilig anderen Standpunktes zu Formulierungen zu finden, die für alle akzeptabel waren. Die Arbeit im Redaktionskommittee gehörte, so der Leiter der ÖVP-Abgeordneten in der Enquete-Kommission

später, zu seinen wertvollsten parlamentarischen Erfahrungen. Es zeigte sich aber, daß der vereinbarte Termin nicht zu halten war; die Frist mußte um über einen Monat erstreckt werden. Die letzten Beratungen wurden von den vier Abgeordneten alleine geführt und mündeten im Oktober 1992 in gemeinsame Empfehlungen, die jedoch mit fraktionellen Vorbehalten zu zahlreichen Punkten versehen waren.

Ergebnisse: Empfehlungen an den Nationalrat

Diese Empfehlungen wurden zunächst der Enquete-Kommission präsentiert und nach geringfügiger Überarbeitung im November 1992 vom Plenum des Nationalrats (nach wie vor mit fraktionellen Zusätzen, die zu gewissen Punkten Vorbehalte formulierten) einstimmig zur Kenntnis genommen. Es ist festzuhalten, daß einerseits die GRÜNEN nach anfänglicher grundsätzlicher Opposition den Empfehlungen zustimmten, obwohl in diesen der Einsatz der Gentechnologie durchaus befürwortet wird, wenn auch unter Vorbehalten. Andererseits konnten sich innerhalb der ÖVP die forschungs- und industrienahen Meinungen nicht im erwarteten Ausmaß durchsetzen. Es zeichnete sich also tatsächlich ein inhaltlicher Kompromiß ab, der jedoch von einer eher vorsichtigen Grundhaltung der Gentechnologie gegenüber getragen war.

In der Einleitung zu den Empfehlungen der Enquete-Kommission wurde die Funktion der politischen Bewertung durch die Volksvertreter hervorgehoben und der reinen Analyse gegenübergestellt. Daher wurde auf einen gemeinsamen Analyseteil zugunsten der Darstellung der Standpunkte durch die fraktionellen Positionspapiere verzichtet. Die konsensuellen Empfehlungen zeichneten sich insofern aus, als neben der Betonung von Sicherheitsaspekten (die Risikobeurteilung müsse auch unerwartete Ereignisse berücksichtigen, jedenfalls bis zu einem gewissen Ausmaß) einschließlich der Forderung nach vermehrter Sicherheitsforschung und nach Haftungsbestimmungen besonderes Gewicht auf die Bewertung ethischer und gesellschaftlicher Probleme gelegt wurde.

Die Enquete-Kommission stellte die Debatte um die Gentechnik in den größeren Zusammenhang der Grundrechtsdiskussion; zur Menschenwürde kämen als Schutzziel ethischer Anforderungen auch „Tier, Pflanze und Ökosystem“. Die betroffenen Rechtsgüter, etwa

die Freiheit der Wissenschaft und der Schutz der Persönlichkeit und des Lebens müßten gegeneinander abgewogen, insgesamt aber ein hohes Schutzniveau aufrecht erhalten werden, wobei auf größtmögliche Reversibilität zu achten und langfristige Folgen zu berücksichtigen seien. Technologieentwicklung und Innovation sollten ökologische Gesichtspunkte und die Kontrollmöglichkeiten des demokratischen Systems berücksichtigen.

Genetische Analysen am Menschen sollten verboten sein, sofern sie nicht rein individuell-medizinischen Zwecken dienen, wobei dem Datenschutz besondere Bedeutung beizumessen sei; das Verbot gilt insbesondere in den Bereichen Versicherung und Arbeitsrecht. Die Frage der Pränataldiagnose sollte der Entscheidung der Mutter überlassen bleiben, wobei die Befürchtung geäußert wird, daß genetisches Screening zu einer Verschiebung ethischer Werte führen könnte. Keimbahn-Gentherapie sollte ausnahmslos verboten bleiben, die somatische Gentherapie nach internationalen Standards erfolgen.

„Anwendungen und Produkte der Gentechnik sind auf ethische Verantwortbarkeit, soziale Zuträglichkeit, Gesundheit und Umweltverträglichkeit zu prüfen.“ Die Genehmigungsverfahren sollten dem Ausmaß des Risikos und der Betroffenheit angemessen sein. Wenn auch der Einsatz der Gentechnik unter anderem nach ethischen und sozialen Kriterien beurteilt werden sollte, dürften andererseits z.B. Genehmigungsverfahren nicht zu lange dauern. Die „Transparenz von Daten, Informationen, abgestufte Mitwirkungsrechte Dritter“ sei zu gewährleisten. Ein ständiges Beratungsgremium sollte unter Wahrung strenger Grundsätze (zu denen die Prärogative für Technikfolgen-Abschätzung beim Parlament gehört!) unter umfassender Information der Öffentlichkeit den Minister unterstützen. Gentechnische Produkte seien zu kennzeichnen, ohne daß sie damit diskriminiert werden sollten. Die Auseinandersetzung mit Chancen und Risiken in der Öffentlichkeit sei zu fördern. Bei der Forschungsförderung sei der gesellschaftliche Bedarf zu berücksichtigen, internationale Rahmenbedingungen seien einzuhalten. Ökonomische Parameter seien nicht isoliert zu sehen, sondern müßten durch Technikfolgen-Abschätzungen in einen größeren Zusammenhang gestellt werden.

„Sozioökonomischen und strukturellen Folgeerscheinungen“ sei im Bereich der Landwirtschaft besonderes Augenmerk zu schenken, dies gelte auch für Freisetzungen, die neben den Kriterien der Rückholbarkeit und ökologischer Anforderungen etc. auch denen sozialer Verträglichkeit genügen sollten – Die Verschärfung der Überschußprobleme durch die Anwendung gentechnischer Methoden sei sozial unverträglich. Es sollten die Ziele nachhaltigen Wirtschaftens gelten, Ausgleichsmechanismen für Nachteile durch gentechnische Substitution von Produkten aus der Dritten Welt seien zu schaffen. Bei der Patentierung sollten ethische und soziale Motive zu einer Ausschließung führen können, obwohl auch Rentabilitätsargumente berechtigt seien. Die Empfehlungen lassen sich insgesamt dahingehend interpretieren, daß Gentechnologie keine Technologie wie jede andere und daher strengeren Maßstäben unterworfen sei. An die Beurteilung im Einzelfall werden große Anforderungen gestellt, unter eingehender Berücksichtigung von Werthaltungen sei vorsichtig abzuwägen.

In Bezug auf weitere Anstrengungen zur Technikfolgen-Abschätzung am Parlament wurde in der Einleitung darauf verwiesen, daß eine Enquete-Kommission nicht mit einem Ausschuß zu vergleichen und die Arbeitsbelastung ungleich höher sei. Es wurde „angeregt, der Frage nachzugehen, ob das Parlament i.w.S. über die notwendige naturwissenschaftlich-technische Eigenkompetenz verfügt.“ Schließlich werden in einem vorangestellten allgemeinen Teil der Empfehlungen Maßnahmen für weitere Technikfolgen-Abschätzungen vorgeschlagen: „Es soll budgetäre Vorsorge getroffen werden, um weitere Schritte der Technikfolgen-Abschätzung und damit zusammenhängender Aufgaben ... durchführen ... zu können. Eine Arbeitsgruppe der Fraktionen soll einen Vorschlag zur Durchführung von TAs beim Nationalrat erarbeiten und über die Form der parlamentarischen Institutionalisierung beraten. Es sollen verstärkt Modelle problemorientierter Folgenabschätzung praktiziert werden ...“

Weiteres Schicksal der „Empfehlungen“

Ursprünglich sollte ja weniger der Inhalt eines zu schaffenden Gentechnik-Gesetzes als die Auseinandersetzung mit den Folgen einer breiten Anwendung gentechnischer Verfahren im Mittelpunkt

stehen, die Ergebnisse der Beratungen jedoch auch laufend Eingang in den in der Zwischenzeit vom zuständigen Gesundheitsministerium erarbeiteten Gesetzentwurf finden. Es zeigte sich aber bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs (am Tag vor der Präsentation der Empfehlungen der Enquete-Kommission im Nationalrat, dies wurde vielfach als Affront aufgefaßt), daß die Verhandlungen des Ministeriums zu etwas anderen Ergebnissen geführt hatten. Etliche Abgeordnete meinten, daß die Verwaltung den Wünschen der Anwender, Wissenschaft und Industrie, gegenüber offensichtlich aufgeschlossener war als das Parlament und die Empfehlungen der Enquete-Kommission nur zu einem unbefriedigenden Teil eingearbeitet wurden. Dieser „Mißerfolg“ der parlamentarischen Bemühungen trug (neben der enormen Arbeitsbelastung der Abgeordneten ohne ausreichende Infrastruktur im Parlament) wohl auch dazu bei, daß weitere Enquete-Kommissionen zunächst nicht geplant sind. Auch der Forderung in den Empfehlungen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Vorschläge für zukünftige Technikfolgen-Abschätzungen am österreichischen Parlament erarbeiten sollte, wurde bisher nicht nachgekommen.

Die Empfehlungen als Ergebnis der Enquete-Kommission entsprachen, so steht zu vermuten, nicht ganz den Erwartungen, die jede einzelne Partei zuvor hatte. Es entsteht der Eindruck, daß sich die Abgeordneten durch die Arbeit in der Kommission von ihren jeweiligen Parteien bis zu einem gewissen Maße emanzipieren konnten und nicht unbedingt die Rolle spielten, die ihnen zugedacht war. Insbesondere in der ÖVP wurde diesbezüglich heftige Kritik am Verhandlungsführer der ÖVP-Abgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission laut. Innerhalb der SPÖ, die sich traditionell nach außen wesentlich einheitlicher darstellt als die ÖVP, läßt sich nur vermuten, daß gewisse Probleme insofern auftraten, als daß der parteinominierte Experte in der Kommission mit dem ministeriellen Sachbearbeiter identisch war, der wesentlich den Gentechnik-Gesetzentwurf mitverfaßt hatte. Diese Lösung sollte den engen Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Enquete-Kommission und dem entstehenden Gesetzentwurf sicherstellen. Wenn auch der betreffende Experte der Auffassung war, daß die Empfehlungen mit dem Entwurf übereinstimmen oder zumindest kompatibel seien, blieb diese Auffassung nicht unkritisiert. (Der

grüne Abgeordnete geriet im folgenden Jahr übrigens – aus anderen Gründen – innerparteilich in gewisse Isolation. Zwei der drei Abgeordneten der FPÖ in der Kommission wiederum gehörten zu einer Gruppe, die sich – auch aus anderen Gründen – im folgenden Jahr von ihrer Partei abspaltete.)

Ein weiterer Punkt, der in Österreich häufig gegen die Etablierung einer Technikfolgen-Abschätzung am Parlament angeführt wird, ist der vermutete negative Einfluß auf die „Sozialpartnerschaft“, eine österreichspezifische Einrichtung, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, die aber wesentlich zum politischen System des Landes gehört (siehe S 48ff). Die Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie der Bauern sind in nahezu allen staatlichen Gremien vertreten, die irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Sachentscheidungen zu treffen haben, und hierunter fallen auch sämtliche technologierelevanten Fragen. Erhielte das Parlament die Möglichkeit, mit Hilfe einer eigenen Technikfolgen-Abschätzung Sachverhalte und Interessenlagen darzustellen und auszuloten, noch dazu mehr oder weniger öffentlich, so wird befürchtet, daß der Einfluß und der Spielraum für den Interessenausgleich in den Gremien dieser oft als „Nebenregierung“ bezeichneten Einrichtung „Sozialpartnerschaft“ vermindert werden könnte.

Ein weiteres Hindernis besteht darin, daß das österreichische Parlament bisher äußerst zurückhaltend darin war, Mittel für sich selber zu bewilligen. Dies äußert sich u.a. in der Tatsache, daß die meisten Abgeordneten über kein Arbeitszimmer verfügen und nur sehr geringe Mittel für die Beschäftigung von persönlichen Hilfskräften erhalten. Meist verlaufen die Informationskanäle über das jeweilige Parteisekretariat oder Interessenvertretungen, was fehlt, ist eine Aufbereitung, Ergänzung und Selektion dieser Informationen. Die Parlamentsdirektion unterhält zwar eine Bibliothek, kann aber ansonsten aus Mangel an Ressourcen den Abgeordneten wenig Hilfe bei der Informationsbeschaffung und -verarbeitung anbieten. Zusätzliche Mittel für Technikfolgen-Abschätzungen sind vor diesem Hintergrund in naher Zukunft kaum zu erwarten.

PTA in Österreich?

Die Zukunft der Technikfolgenabschätzung am österreichischen Nationalrat ist also derzeit eher ungewiß. Sollte es in nächster Zeit wieder zu einer Enquete-Kommission kommen, so kann diese auf den Erfahrungen der ersten aufbauen, muß allerdings auch die Skepsis in Betracht ziehen, die in etlichen Parteisekretariaten diesem parlamentarischen Instrument inzwischen offensichtlich entgegen schlägt. Um das Zustandekommen einer derartigen Kommission und weitere TA-Anstrengungen am österreichischen Parlament generell zu erleichtern, müßte also ein Weg gefunden werden, wie die möglichen Ergebnisse im Sinne partei- und interessengebundener Standpunkte vorhersagbarer werden – damit ist allerdings der Sinn einer unabhängigen Technikfolgen-Abschätzung von vorneherein in Frage gestellt. Es könnte allerdings auch der Fall eintreten, daß sich eine Art Nische im parlamentarischen Leben entwickelt, ein Bereich, der dem üblichen tagespolitischen Handel etwas entzogen ist und in dem der einzelne Abgeordnete mehr Möglichkeiten zur Emanzipation besitzt. Ob allerdings die politische Umsetzung der Ergebnisse solcher Anstrengungen gesichert ist und ob hierfür überhaupt Mittel bereitgestellt werden, ist mehr als fraglich.

PTA in Europa: Der Vergleich

Gerda Falkner, Walter Peissl, Helge Torgersen

Die folgenden Überlegungen entstanden aufgrund von Besuchen bei sechs verschiedenen europäischen Institutionen, die sich mit parlamentarischer Technikfolgen-Abschätzung (im folgenden PTA) beschäftigen, nämlich NOTA (Niederlande), OPECST (Frankreich), POST (Großbritannien), STOA (Europäische Union), TAB (Deutschland) und Teknologinævnet (Dänemark). Unter PTA verstehen wir eine Technikfolgen-Abschätzung, die im Auftrag oder in Verbindung mit dem Parlament von solchen Institutionen durchgeführt wird, die Teil des Parlaments sind oder mit diesem in engerer Beziehung stehen. Im folgenden werden die verschiedenen Institutionen anhand bestimmter Parameter miteinander verglichen, einige Ausgangsbedingungen für die Etablierung von PTA angesprochen und schließlich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit, der bei einem so komplexen Thema in diesem Rahmen niemals einzulösen wäre – zusammenfassend Unterschiede und gemeinsame Tendenzen betrachtet, um zu versuchen, allgemeine Charakteristika von PTA in Europa festzustellen. Zuletzt wollen wir – anhand von häufig geäußerten Einwänden gegenüber PTA – versuchen, einige allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen.

Vergleich der Organisationen

Zunächst wird versucht, eine Positionierung der einzelnen Institutionen vorzunehmen. Folgende qualitative Parameter werden dabei betrachtet und paarweise zueinander in Beziehung gesetzt:

1. Institutionelle Ausrichtung – Einbindung der Parlamentarier in die TA-Arbeit,

2. methodische Ausrichtung – das Vorherrschen unterschiedlicher TA-Begriffe.

Schließlich soll (3.) ein Blick auf die Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Institutionen geworfen werden.

1. Institutionelle Ausrichtung und Einbindung der Parlamentarier

Während insbesondere OPECST, aber auch neuerdings POST innerhalb des Parlaments agieren, befinden sich sowohl das TAB als auch der dänische Technologierat nur "mit einem Bein" im Parlament, obwohl beide einem Ausschuß verantwortlich sind. NOTA schließlich ist am eigenständigsten. PTA kann offensichtlich eingerichtet werden als

- eigene Einheit des Parlaments,
- angebunden an einen Ausschuß, oder
- relativ unabhängig außerhalb des Parlaments, das dann nur geringen Einfluß hat.

Mit der letztgenannten Konstruktion ist eine gewisse Tendenz zur Verselbständigung verbunden, die von Parlamentariern eher negativ gesehen wird: Die Art der Durchführung von Studien entspräche demgemäß weniger den Bedürfnissen des Parlaments, als den selbstgewählten Zielen und Ansprüchen der jeweiligen Organisation. Andererseits ist sicherlich ein gewisser Handlungsspielraum nötig, um der Aufgabe gerecht werden zu können, kontroverse Themen möglichst ohne Beeinflussung von außen bearbeiten zu können.

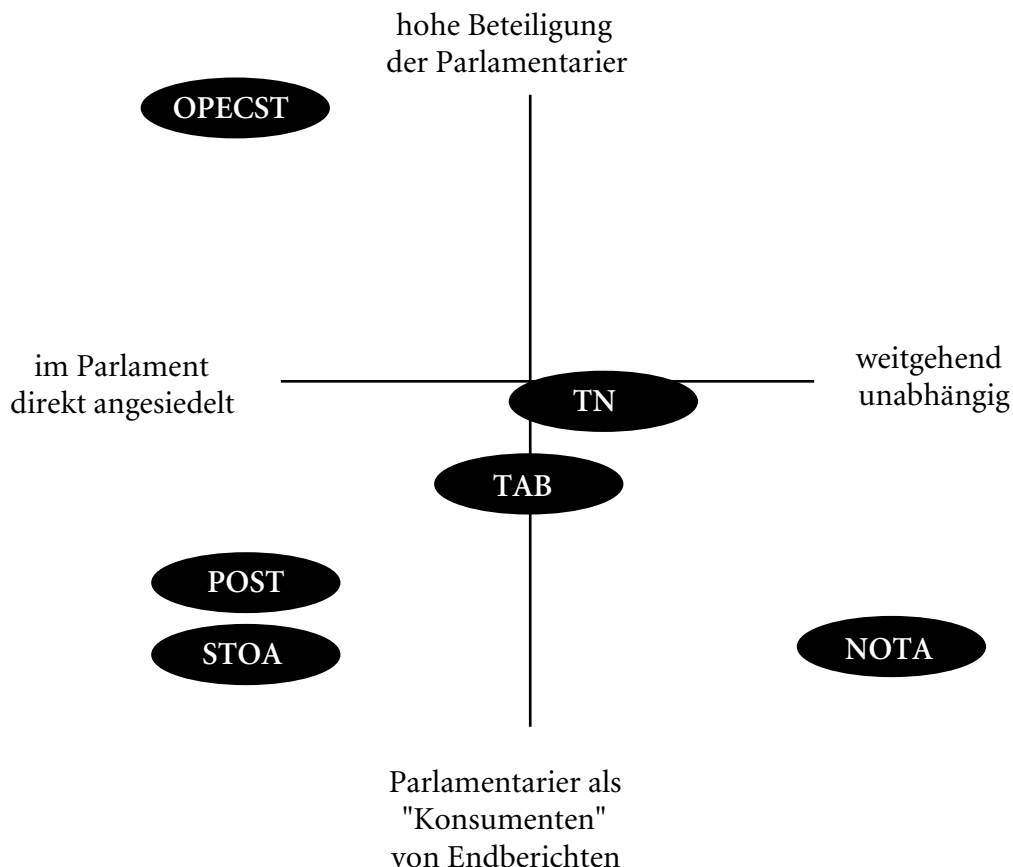
Der Einfluß der Parlamentarier auf die jeweiligen PTA-Organisationen ist in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich; er erscheint am größten in Frankreich, am geringsten in den Niederlanden. Dieser Einfluß ist wesentlich abhängig von der Intensität, mit der sich Parlamentarier der PTA-Arbeit annehmen: zwar soll PTA zunächst und in erster Linie ein Werkzeug sein, um Abgeordneten bessere Informationen zu vermitteln, darüber hinaus wird aber eine aktive Beteiligung und Einbindung der Parlamentarier in den Prozeß der Technikfolgen-Abschätzung angestrebt. Es zeigt sich jedoch, daß auch unter Parlamentariern, die PTA gegenüber aufge-

geschlossen sind, eher der Wunsch besteht, TA-Ergebnisse nutzen zu wollen, als sich aktiv am Prozeß zu beteiligen.

Nichtsdestoweniger besteht die konzeptuelle Forderung, daß die Abgeordneten im Wesentlichen die Richtung bestimmen sollen, in die PTA geht. Denkbar sind Varianten, die den Abgeordneten Einfluß geben auf

- die Projektdurchführung selbst (Modell OPECST),
- die Formulierung des Endberichts,
- die Themenwahl,
- oder aber, abgesehen von Konsultationen, kaum Einfluß einräumen (sie also zu bloßen "Konsumenten" von PTA machen).

In der folgenden Graphik werden die beiden Parameter "Institutionelle Ausrichtung" und "Einbindung der Parlamentarier" zueinander in Beziehung gesetzt, um die Differenzen zwischen den Organisationen zu veranschaulichen:



2. Methodische Ausrichtung und unterschiedliche TA-Begriffe

Methodisch ergeben sich auf den ersten Blick zum Teil gravierende Unterschiede, die Ausrichtung der jeweiligen PTA-Organisation kann hauptsächlich abzielen auf

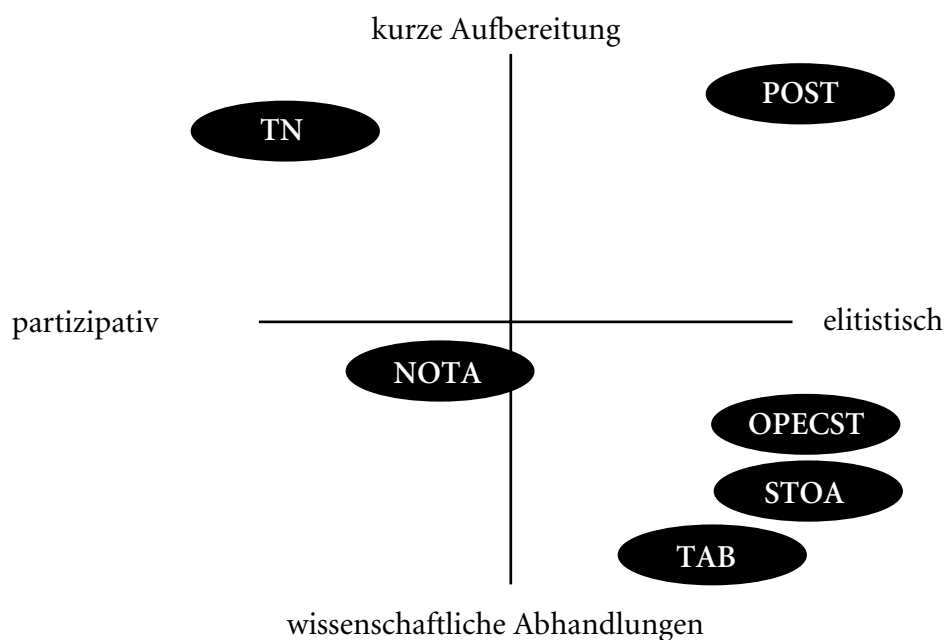
wissenschaftsähnliche Forschung und Aufarbeitungen,
reines Projektmanagement mit Berichtsabfassung oder
„quasi-journalistische“ Aufbereitung von recherchierten,
anderswo erarbeiteten Ergebnissen.

Aus den durchgeführten Interviews ergibt sich unter anderem, daß sich die befragten Parlamentarier umso zufriedener mit "ihrer" PTA zeigten, je stärker die "Servicefunktion" ausgeprägt war: Unabhängig davon, wo die "wissenschaftliche Knochenarbeit" getan wird, ist für Politiker maßgeblich, ob und mit welchem Zeitaufwand sie sich die Ergebnisse aneignen können. (Daneben ist natürlich auch die Relevanz der Themen für ihren spezifischen Arbeitskontext ausschlaggebend für ihre Beurteilung der PTA.)

Dabei kann allerdings oft der Anspruch, umfassende Technikfolgen-Abschätzungen durchzuführen, nicht aufrechterhalten werden. Umgekehrt erscheinen vielen Abgeordneten umfangreiche und wissenschaftlich exakte TA-Berichte für ihre Arbeit entbehrlich. Überspitzt ließe sich formulieren, daß Lieferanten "klassischer" TA-Berichte, die den selbstgestellten Ansprüchen der Autoren genügen, die Hauptadressaten, nämlich die Parlamentarier, schlecht bedienen, während diejenigen, die das liefern, was Parlamentarier im politischen Alltag nutzbringend verwenden können, keine "vollwertige" TA im klassischen Sinne betreiben. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch diejenigen Organisationen, die die Aufbereitung von Informationen in den Mittelpunkt stellen (z.B. POST) auf ein funktionierendes Netzwerk von Informanten und auch auf Fachleute angewiesen sind, die umfangreiche und genaue Untersuchungen zu speziellen Themen erstellen, die letztendlich den Ansprüchen klassischer TA-Studien nahekommen. Eine funktionierende "TA-Szene" ist also Voraussetzung für den Erfolg einer parlamentarischen Organisation, die deren Ergebnisse in destillierter Form den Parlamentariern vermitteln kann.

Die unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen der einzelnen Organisationen gehen mit einem unterschiedlichen TA-

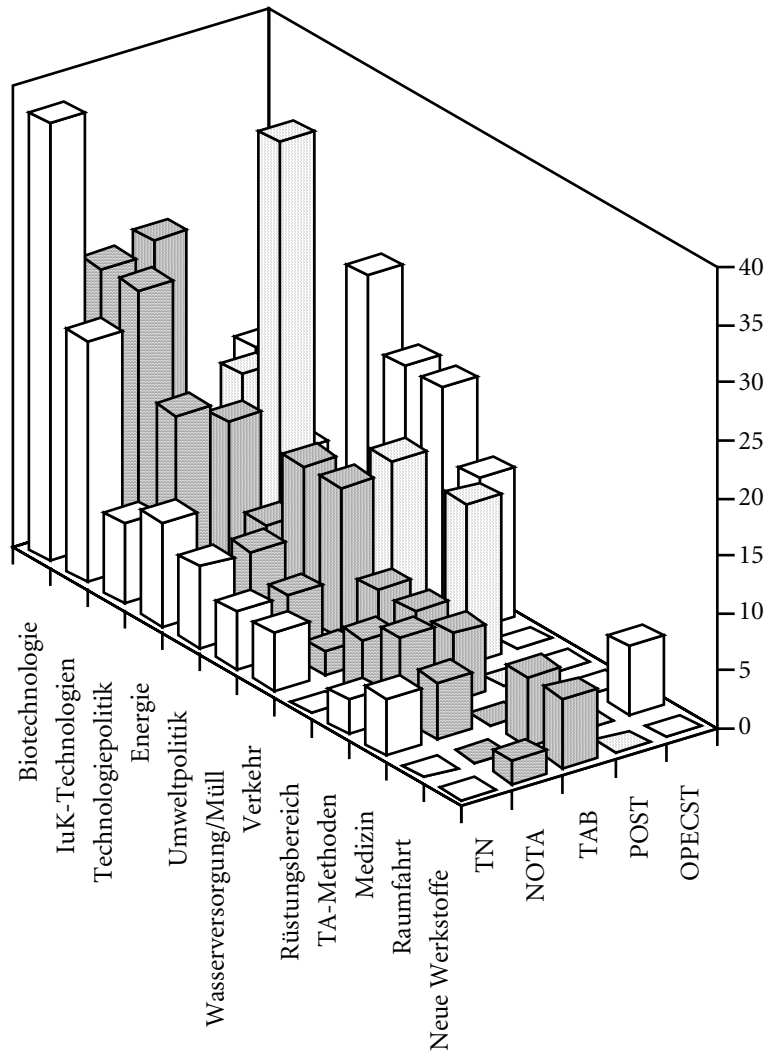
Begriff einher: Während in Dänemark Studien zur Technikfolgen-Abschätzung ohne die Beteiligung von Laien überhaupt nicht als TA im eigentlichen Sinne angesehen werden (Interview mit J. Ravn), ist TA in Deutschland und den Niederlanden in erster Linie ein (sozial)wissenschaftliches Unterfangen, das unter anderem auch die Haltungen beteiligter Akteure analysiert, in Großbritannien und vor allem in Frankreich hingegen eine stark expertenorientierte Entscheidungsvorbereitung, die eher elitistische Züge trägt. In der folgenden Graphik wird versucht, die verschiedenen PTA-Organisationen einerseits nach der Art der erstellten Berichte (kurze Aufbereitungen oder eher ausführliche wissenschaftliche Abhandlungen), andererseits nach ihrer Herangehensweise zu positionieren (elitistisch und eher expertenabhängig gegenüber partizipativ, unter Einbeziehung von Laien oder Vertretern von Bürgerinteressen).



3. Arbeitsschwerpunkte

Obwohl "klassische" Themen der Technikfolgen-Abschätzung, wie etwa Telekommunikation, Automatisierung und Biotechnologie, von fast allen der untersuchten Organisationen bearbeitet wurden, ergeben sich doch länderspezifische Unterschiede in den Schwerpunkten. Die folgende Graphik verdeutlicht den Anteil verschiedener Themenbereiche an den Themen der von jeder Organisation (bis 1993) erstellten Berichte. Diese Bereiche sind allerdings schwer gegeneinander abzugrenzen und überlappen einander dementsprechend bis zu einem gewissen Grad; außerdem sind die Berichte der Art nach zum Teil sehr verschieden. Schließlich hat jede der Organisationen insgesamt eine sehr unterschiedliche Anzahl von Berichten verfaßt, sodaß Vergleiche nicht ganz einfach sind. Daher erhebt diese Graphik auch nicht den Anspruch auf quantitative Genauigkeit, sondern soll lediglich Themenschwerpunkte verdeutlichen.

Es fällt auf, daß die niederländische NOTA und insbesondere der dänische Teknologinævnet sich intensiv mit Fragen der Gen- und Biotechnologie auseinandergesetzt haben, ein zweiter Schwerpunkt waren Informationstechnologien (Datenverarbeitung und Telekommunikation). Damit wurden diese in der Öffentlichkeit kontroversen Themen gerade von denjenigen Organisationen eingehender untersucht, die eher öffentlichkeitswirksam agieren bzw. einen partizipativen Ansatz verfolgen. Auch das TAB legte etliche Studien zur Biotechnologie vor, da dieser Bereich gerade in Deutschland sehr umstritten zu sein scheint. Ansonsten verteilen sich die Aktivitäten des TAB aber eher gleichmäßig auf verschiedene Gebiete. OPECST engagierte sich insbesondere in Fragen der Kernenergienutzung und spiegelt damit den Stellenwert dieser Technologie in Frankreich wider. POST untersuchte insbesondere in letzter Zeit vermehrt Fragen der Wissenschafts- und Technologiepolitik im Zusammenhang mit der Reorganisation dieser Bereiche in Großbritannien.



Ausgangsbedingungen für die Einrichtung von PTA

Beim Vergleich der Organisationen fällt auf, daß in mehreren Fällen einige ähnlich Ausgangsbedingungen, die die Einrichtung einer PTA-Organisation positiv beeinflußt haben, bei der Etablierung in unterschiedlichem Ausmaß gegeben waren und daher grundlegend für deren Erfolgsaussichten zu sein scheinen:

Informationsmangel: Die Abgeordneten fühlen sich in technologie-relevanten Fragen unzureichend informiert: Nur wenn eine ausreichende Anzahl (auch) einflußreicher Parlamentarier einen Bedarf an TA-spezifischer Beratung (beziehungsweise an verstärkter technologiepolitischer Auseinandersetzung innerhalb der Öffentlichkeit, wie etwa in Dänemark) verspüren, wird die Einrichtung einer entsprechenden Einrichtung gefördert.

Konkurrenz zwischen Legislative und Exekutive: Die Legislative möchte ihre Position gegenüber der Exekutive stärken: Als zusätzlicher Faktor kann es für die Einrichtung einer PTA-Institution förderlich sein, wenn das Parlament auch spezifisch technologiepolitische Expertise einholen und in den Gesetzgebungsprozeß einbringen möchte.

Die relative Bedeutung und das Ansehen von TA am Parlament haben aber wenig mit der realen Machtverteilung zwischen Legislative und Exekutive im jeweiligen Land zu tun. So verfügt Frankreich mit OPECST sicherlich über diejenige PTA-Organisation, die von allen europäischen das höchste Ansehen innerhalb des Landes und die größte Bedeutung für das Parlament besitzt. Dennoch ist die Rolle des Parlaments gegenüber der Exekutive in Frankreich seit der Existenz von OPECST nicht größer geworden. Auch die teils hochgespannten Erwartungen in Deutschland, mit der Einführung des TAB der ständigen Machtverschiebung zugunsten der Exekutive begegnen zu können, scheinen sich nicht wie erhofft zu erfüllen. Die große Bedeutung des Parlaments in Dänemark hingegen beruht kaum auf der Tätigkeit des Teknologinævnet, sondern ergibt sich vor allem aus der Regierungsform, die wechselnde Mehrheiten erfordert. Es erscheint daher illusorisch, mithilfe einer PTA-Einrichtung das Parlament gegenüber der Regierung stärken zu wollen; diese kann

höchstens einen gewissen Beitrag leisten, die Informationsbasis der Abgeordneten zu verbreitern.

Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung: Eine positive Einschätzung von Wissenschaft und professioneller Beratung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von TA-Studien. Diese beziehungsweise die gut aufbereitete Quintessenz solcher Arbeiten werden nur dann als Bereicherung des parlamentarischen Alltags angesehen werden, wenn das Verhältnis der (tonangebenden) Abgeordneten zu wissenschaftlicher Expertise grundsätzlich positiv ist. So scheint etwa in Frankreich das besonders hohe Ansehen nicht nur von wissenschaftlicher Arbeit im engeren Sinne, sondern auch von Aufarbeitungs- und Managementfähigkeiten des (auch wissenschaftlich geschulten) OPECST-Personals die Arbeit maßgeblich zu erleichtern (etwa durch das extrem hohe Sozialprestige der Absolventen von "Hautes Ecoles", die im Anschluß an eine wissenschaftliche Basisausbildung generalistische kommunikative und administrative Fähigkeiten vermitteln). Generell scheint TA dort bessere Chancen zu haben, wo parteiunabhängige Expertise Tradition hat (etwa auch in Großbritannien mit den seit jeher hochangesehenen Committees) – und dort vergleichsweise schlechtere, wo parteinahe "think tanks" (wie etwa in Deutschland verschiedene Stiftungen) eine wichtige Rolle spielen. Starke korporatistische Züge in der politischen Kultur erscheinen eher ungünstig für den Erfolg von PTA.

"Systemkonformität": Die jeweiligen konkret gewählten Institutionalisierungsformen von Technikfolgen-Abschätzung am oder beim Parlament entsprechen weitgehend den gegebenen politischen und administrativen Kulturen der Länder. Wo traditionell kaum direkte Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger bestehen (Deutschland), werden diese auch nicht in den PTA-Prozeß einbezogen, wie dies etwa in Dänemark oder – in abgeschwächter Form – in den Niederlanden der Fall ist. Pointiert gesagt: je expertenorientierter das Regierungssystem, desto weniger partizipativ ist auch die TA ausgerichtet.

(Dies gilt übrigens auch für das US-amerikanische OTA: "Sowohl kongreßintern als auch in der Wahrnehmung durch die Außenwelt erschien das OTA in hohem Maße systemkonform. Es erwies sich als funktional in Bezug auf die starke Stellung des Parlaments im amerikanischen präsidentiellen Regierungssystem, entsprach der

Aufgabenzuweisung an die Wissenschaft, neutral zu beraten und nichts zu unternehmen, um die politischen Entscheidungen selbst zu beeinflussen. Das OTA hatte schließlich auch eine akzeptierte Funktion als Medium innerhalb der tradierten Meinungs- und Entscheidungsprozesse unter Beteiligung von Legislative einerseits, Interessengruppen, Öffentlichkeit und Exekutive andererseits." (Petermann/Franz 1990, 114f).

Promotoren: In allen Parlamenten, an denen TA institutionalisiert wurde, gab es einzelne Abgeordnete, die dies oft gegen erheblichen Widerstand auch der eigenen jeweiligen Fraktionen vehement unterstützt haben. Ohne die ständigen Bemühungen dieser Einzelpersonen wäre es kaum zur Etablierung gekommen.

Wir wollen auf einige der geschilderten Befunde später noch einmal zurückkommen und sie in einen Gesamtzusammenhang zu setzen versuchen.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Im folgenden soll in zusammenfassender Weise versucht werden, zu allgemeinen Schlußfolgerungen bezüglich PTA in Europa zu gelangen. Dabei wird auf die eingangs erwähnten Befunde aus dem Vergleich der Institutionen zurückgegriffen, aber auch auf die Beiträge, die die Vertreter der jeweiligen Organisationen und die Abgeordneten aus den Parlamenten als Adressaten und Auftraggeber dieser Organisationen im Rahmen des Workshops lieferten. Zunächst wollen wir einige Konsequenzen aus der Tatsache der Unterschiedlichkeit von Land zu Land ziehen, um dann auf Tendenzen einzugehen, die sich über die Grenzen der einzelnen Länder und über die verschiedenen Organisationen hinweg ausmachen lassen.

PTA ist von Land zu Land verschieden. Die Form der Institutionalisierung, die Aufgaben der PTA-Organisationen und die Erwartungen an diese variieren stark. Es gibt sowohl Unterschiede in der Beziehung zum Parlament als auch in der Arbeitsweise, zum Beispiel in Bezug auf den Beitrag der Parlamentarier zur Arbeit der PTA-Institution, die Art der Berichte und die bearbeiteten Themen. Hierfür gibt es mehrere Gründe:

Die parlamentarischen Traditionen und die politischen Kulturen sind unterschiedlich. Wie die Analyse zeigte, sind auch innerhalb Westeuropas die politischen Rahmenbedingungen für PTA unterschiedlich. Daher lassen sich die jeweiligen Rollen von Parlamentariern, Experten, Interessenvertretern und Laien in der Parlamentarischen Technikfolgen-Abschätzung kaum von Land zu Land vergleichen.

Der Begriff „TA“ wird nicht einheitlich interpretiert. Obwohl die Ansichten über die grundlegenden Prinzipien von TA wohl allgemein geteilt werden, gibt es Unterschiede in der Interpretation. Einige PTA-Institutionen betonen die Übersetzerfunktion zwischen Wissenschaft und Politik (GB), andere meinen, daß TA ohne die Förderung des gesellschaftlichen Diskussionsprozesses weitgehend unvollständig bleibt (DK), einige sind fest in den Sozialwissenschaften verankert und bemühen sich, TA gewissermaßen auf klassische Weise zu betreiben (D). Schließlich gibt es Ansätze, die PTA hauptsächlich als interne Vorbereitung für die parlamentarische Entscheidungsfindung verstehen (F) oder als das Erstellen einer möglichst ausgewogenen Bilanz über Kenntnisse und Meinungen zu einem Sachverhalt für die interessierte Öffentlichkeit (NL).

Eine einzige allgemeingültige Form von PTA ist offensichtlich unmöglich. Aufgrund unterschiedlicher Vorbedingungen ist es daher schwierig, Erfahrungen zu übertragen und sinnlos, Modelle ohne weitreichende Anpassungen zu kopieren. In der Vergangenheit hat das Bemühen, eine Organisation nach dem „ursprünglichen“ Modell des amerikanischen OTA an verschiedenen europäischen Parlamenten einzurichten, zu vielen Mißverständnissen geführt. Es zeigte sich, daß die Unterschiede zwischen den politischen Systemen der Vereinigten Staaten und der Länder Europas zu bedeutend sind, um weitreichende Vergleiche bezüglich der Rolle des Parlamentes anzustellen. Da es andererseits auch gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Parlamenten gibt, sollten diese bei der Betrachtung von PTA in den jeweiligen Ländern nicht vernachlässigt werden.

Technikfolgen-Abschätzung am Parlament hat noch nirgends eine endgültige Form gefunden. Überall, wo eine PTA-Organisation gegründet wurde, gab es ungeachtet ihrer Beschaffenheit stets

Diskussionen über Arbeitsweise, Aufgaben und, oft noch lange nach der Einrichtung, auch über ihre Daseinsberechtigung. PTA scheint sich allgemein in einem labilen Gleichgewicht zu befinden, das leicht in verschiedene Richtungen abgleiten kann.

Jede Institution braucht eine gewisse Zeit, um sich etablieren zu können. Um zu einem eigenständigen Profil zu finden, das sowohl gegenüber dem Parlament als auch in der Öffentlichkeit anerkannt wird, vergeht meist eine beträchtliche Zeitspanne, die etliche Jahre des Experimentierens miteinschließen kann. Daher ist neben einer entsprechenden Ausstattung auch ein Zeitpuffer notwendig, der von vorneherein bei der Etablierung einer PTA-Einrichtung mit eingeplant werden muß. Anfänglich überzogene Erwartungen sind eine schwere Hypothek für das Gelingen des PTA-Experiments.

Alle Institutionen bemühen sich verstärkt um die „Anwenderfreundlichkeit“ ihrer Produkte. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Brauchbarkeit kurzer, zusammenfassender Informationen für das Parlament, aber auch auf die allgemeine Verständlichkeit ausführlicherer Berichte sowohl für Abgeordnete als auch für die Allgemeinheit. Gerade dieser Bereich war bisher Zielscheibe heftiger Kritik: PTA-Berichte können offensichtlich gar nicht verständlich genug sein.

Die Anforderungen an die Berichte führen zu ähnlichen formalen Ergebnissen in Bezug auf die Länge, den Aufbau und den Stil (insbesondere wenn es sich um eingehendere Analysen handelt). Die einzelnen Projekte, die zu diesen Berichten führen, dauern zwischen einem halben und eineinhalb Jahren und umfassen neben dem Darstellen des wissenschaftlichen Hintergrundes eine Schilderung der wichtigsten Auffassungen der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen.

Die Aufgaben der Institutionen beschränken sich nicht auf die Information der Parlamentarier. Vielmehr umfassen sie in steigendem Maße auch Aspekte der Verbreitung von Wissen und der Förderung des Bewußtseins über Probleme und Lösungsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit, der Rückmeldung über gesellschaftliche Akzeptanz und Ablehnung und der Partizipation von Betroffenen und Beteiligten an technologiepolitischen Entscheidungen. Das Parlament könnte (mithilfe der PTA-Einrichtung) somit eine größere Rolle in der öffentlichen Technologiediskussion spielen. Diese Funktion

wird insbesondere vom dänischen Teknologinaevnet abgedeckt. NOTA und TAB bemühen sich um verstärkte Aktivitäten in diese Richtung. Für POST und STOA ist das zwar keine ausgesprochene Verpflichtung, ergibt sich aber immer öfter als „Nebeneffekt“.

PTA-Institutionen erwerben zunehmend Glaubwürdigkeit gegenüber Vertretern gegensätzlicher Auffassungen. Insbesondere „kritische“ Gruppierungen können in kontroversen Fragen mit PTA-Einrichtungen eher eine Gesprächsbasis finden als mit der Exekutive oder mit Wissenschaftlern, obwohl die PTA-Institution eine staatliche Einrichtung ist. Vorbehalte in Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft gegenüber PTA haben sich als überwindbar herausgestellt, allerdings mit deutlichen Unterschieden je nach Land.

Die thematischen Schwerpunkte werden immer ähnlicher. Dies ist in erster Linie auf die technologischen Probleme zurückzuführen, die in allen Ländern mehr oder weniger ähnlich sind. Darüber hinaus ergibt sich mit EPTA, dem europäischen PTA-Netzwerk, für die verschiedenen nationalen PTA-Einrichtungen die Möglichkeit einer verbesserten Koordination untereinander. Dennoch werden Einzelprojekte meist weiterhin unter Berücksichtigung nationaler Grenzen bearbeitet, übernationale Zusammenarbeit bleibt die Ausnahme.

Auch in der Arbeitsweise ergeben sich Annäherungen. Eine enge methodische Ausrichtung wird zunehmend als Defizit empfunden (siehe oben) und bei Evaluierungen kritisiert. Trotzdem bleiben einzelne Methoden für einige Institutionen weiterhin uninteressant (etwa Consensus-Konferenzen in Großbritannien etc.).

Der Wille, aufeinander zuzugehen, prägt also das Gesamtbild. Die Gründe hierfür scheinen nicht so sehr in einer möglichen Arbeitersparnis für die einzelnen PTA-Einrichtungen zu liegen, die ihre Projekte weiterhin in Eigenregie nach nationalen Prioritäten bearbeiten. Vielmehr steht offensichtlich die Möglichkeit zum Vergleich und der Austausch von Erfahrungen im Vordergrund, aber auch eine gewisse Chance auf Rückversicherung durch ausländische Referenzergebnisse gegenüber politischem Druck aus dem eigenen Parlament.

In Anbetracht der Gemeinsamkeiten und der Unterschiede können nun einige allgemeine Schlußfolgerungen über die Bedingungen für eine Implementation und Weiterentwicklung von PTA gezogen werden, die sich sowohl auf die Institutionalisierung der

Organisation am oder in der Nähe des Parlamentes als auch auf die Arbeitsweise beziehen.

Schlußfolgerungen

I. Institutionalisation

PTA muß strukturell kompatibel mit dem politischen System sein. Außer von den jeweiligen aktuellen politischen Konstellationen in der Gründungsphase hängt die spezifische Form der PTA von den bestehenden institutionellen Bedingungen in jedem Land ab. Sie muß ihren Platz an der Schnittstelle von Politik, Wissenschaft und Technik und der Öffentlichkeit finden. Da die politischen Rahmenbedingungen vorgegeben sind und PTA sich erst etablieren muß, erscheint die fallweise vorgebrachte Erwartung, die politischen Kräfteverhältnisse durch PTA wesentlich verschieben zu können, jedenfalls unrealistisch.

PTA kann die Macht des Parlaments gegenüber der Regierung nur geringfügig verändern. Obwohl PTA geeignet ist, den Parlamentariern ein besseres Verständnis bestimmter wissenschaftlicher und technologischer Sachverhalte zu vermitteln, kann dies das Kräfteungleichgewicht nur geringfügig verändern. Allerdings könnte dieses bessere Verständnis dazu beitragen, den schleichenden Kompetenzverlust des Legislative zugunsten der Exekutive, den viele Parlamentarier beklagen, zu verlangsamen. Eine gängige Strategie, die Einrichtung einer PTA-Organisation zu verhindern, ist es, PTA als primär der politischen Opposition dienliches Instrument darzustellen. Dieser Vorwurf erwies sich jedoch in allen praktischen Beispielen als unberechtigt.

An der Grenze zwischen Wissenschaft und Politik placiert, kann PTA leicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Entweder sie wird zu politisch (und vernachlässigt die Forderung der Wissenschaft nach Genauigkeit) oder sie wird zu wissenschaftlich (und in der Folge zu schwer verständlich für die Allgemeinheit und auch für die Politiker). Diese Position zwischen Scylla und Charybdis wird noch erschwert durch die Tatsache, daß die Institution in doppelter Weise abhängig sein kann, weil sowohl die Wissenschaft als auch die Politik PTA-Arbeit unterstützen. Außerdem wenden sich viele PTA-

Organisationen ausdrücklich an die Öffentlichkeit, suchen deren Beteiligung und müssen ihre Reaktionen berücksichtigen.

Die PTA-Organisation ist keine wissenschaftliche Einrichtung, aber es müssen Verbindungen zur Wissenschaft im allgemeinen und insbesondere zur TA-Szene bestehen. Weil es kaum genügend personelle und finanzielle Ressourcen geben wird, können die Grundlagen für die Berichte nicht in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit von der PTA-Organisation selbst erarbeitet werden. Daher muß die Organisation wissen, wen sie über einen bestimmten Sachverhalt befragen kann und welche die richtigen (nämlich TA-relevanten) Fragen sind. Sie muß laufende Entwicklungen und sich verändernde Meinungen im Auge behalten, aber auch Persönlichkeiten ausfindig machen, die zum Beispiel für parlamentarische Enqueten geeignet sein könnten.

Parlamentarier halten mehr von PTA, wenn die Organisation eng mit dem Parlament verbunden ist. Besteht eine räumliche oder organisatorische Distanz, empfinden Parlamentarier häufiger, daß ihren Bedürfnissen nicht entsprochen wird; ihr Interesse flaut ab, womit der Erfolg von PTA in Frage gestellt wird. Es scheint daher wichtig, daß die TA-Institution in unmittelbarer Nähe zum Parlament angesiedelt ist, um ständig Kontakt mit dessen Mitgliedern zu halten. Informelle Gespräche im Vorraum oder in der Cafeteria bewirken oft mehr als ausführliche Berichte – jeder Industrie-Lobbyist ist sich dessen bewußt. Andererseits besteht damit eine gewisse Gefahr, allzusehr in die täglichen parlamentarischen Scharmützel hineingezogen zu werden.

III. Positionierungsmodelle

Die entscheidende Frage der Positionierung muß je nach den Bedingungen beantwortet werden, die das politische System vorgibt. Im wesentlichen wurden bisher drei Modelle realisiert, deren Kennzeichen kurz skizziert werden. Außerdem werden einige Annahmen präsentiert, warum jeweils gerade diese gewählt wurden.

Organisation direkt am Parlament (Großbritannien, Frankreich, Europäische Union): Die PTA-Stelle ist Teil des parlamentarischen Dienstleistungsapparates, ähnlich wie die Bibliothek oder das Sekre-

tariat eines Ausschusses. Die Hauptaufgabe besteht darin, Informationen über Sachverhalte und Meinungen zu sammeln und auf eine für Parlamentarier verständliche Weise aufzubereiten, da diese meist keine Experten sind. Bezeichnend ist die enge Ausrichtung auf die parlamentarische Arbeit und der Wunsch, den Bedürfnissen der Abgeordneten zu entsprechen. Voraussetzung ist jedoch, daß es eine gewisse Tradition der „objektiven“ wissenschaftlichen Politikberatung gibt, entweder durch Parlamentarier, die selber Wissenschaftler sind (Frankreich), oder indem Wissenschaftler in unabhängige Kommissionen eingebunden werden (Großbritannien). Es bestehen wenig Zweifel in diesen Ländern, daß wissenschaftliche Kenntnisse und ausgewiesene Expertise zu richtigen Antworten führen, vorausgesetzt, die richtigen Fragen werden gestellt. Interessanterweise ist das Parlament in allen diesen Fällen ziemlich schwach.

Eigene Institution nahe dem Parlament (Dänemark, Deutschland): Ein Ausschuß „schützt“ die PTA-Organisation vor der Tagespolitik, aber „bewacht“ gleichzeitig ihre Arbeit in politischer Weise, sodaß Parteimeinungen dennoch Einfluß nehmen können. Eine Institution, die über einen Ausschuß an das Parlament angebunden, aber nicht völlig von den aktuellen Bedürfnissen und Wünschen der Parlamentarier abhängig ist, kann allerdings außer Informationsbeschaffung und -verarbeitung noch andere Aufgaben übernehmen. In Dänemark ist dies die Förderung eines öffentlichen Diskurses, in Deutschland läßt sich eine gewisse Betonung auf Vollständigkeit und wissenschaftliche Genauigkeit feststellen. Die Rolle von Experten wird kritischer gesehen, weil vermutet wird, daß Experten parteigebunden oder zumindest nicht frei von Eigeninteresse sind. Da die Parlamentarier in diesen Ländern ihre Informationen in erster Linie von den Grundsatzabteilungen ihrer Parteien oder von politischen Interessenvertretern beziehen, sind sie an Parteimeinungen gewohnt. Es wird daher oft bezweifelt, daß es irgendwelche „objektiven Informationen“ geben kann. In beiden Ländern ist das Parlament ziemlich einflußreich, entweder aufgrund einer Tradition von Minderheitsregierungen, die dem Parlament manche Regierungsfunktionen eingebracht haben (Dänemark) oder wegen gewisser Verfassungsbestimmungen, die dem Parlament mehr Einfluß bei der Rechtsetzung verschaffen (Deutschland).

Unabhängige wissenschaftliche Institution (Niederlande): Im Gesetzgebungsprozeß reagiert das Parlament hauptsächlich auf Regierungsvorlagen, da Interessenvertretungen beträchtlichen Einfluß haben; zum Beispiel sind sie stark in zahlreichen Kommissionen vertreten, die bei der Formulierung neuer Gesetze mitwirken. Für die PTA-Stelle scheint Unabhängigkeit daher entscheidend zu sein. Formell hat das Parlament kein Recht, bestimmte Leistungen zu verlangen, aber die PTA-Organisation reagiert auf Wünsche von Parlamentariern, indem bestimmte Themen zur Bearbeitung ausgewählt und kurzgefaßte Informationen bereitgestellt werden. Trotz (oder wegen?) der Einbeziehung von Interessensgruppen, zielt das politische System auf Konsensfindung ab. Dadurch kann die PTA-Organisation auch für die Regierung arbeiten. Der Vorteil einer unabhängigen Institution, die Einzelinteressen gegenüber weitgehend immun ist, wird jedoch um den Preis des Verlustes einer direkten Verbindung mit der parlamentarischen Arbeit erkauft, die für eine „echte“ PTA-Organisation charakteristisch ist.

III. Arbeitsweise

Die Aufgaben einer PTA-Organisation können also mehrfach sein; im Verhältnis zum Parlament sind dies in erster Linie folgende:

- die schnelle Information der Abgeordneten über anstehende technologisch relevante Themen;
- die grundlegende Orientierung der Parlamentarier über kontroverse Themen mit technischen Details und Hintergrundinformationen, indem das bestmögliche Expertenwissen zur Verfügung gestellt wird;
- die Übersicht über und die kritische Abwägung von unterschiedlichen Positionen und Interessen;
- die Ausarbeitung von Handlungsoptionen bei kritischen Entscheidungen und die Untersuchung der vermuteten jeweiligen Folgen.

Im Verhältnis zur Öffentlichkeit sind dies:

- das Verbreiten von technologischem Wissen und das Fördern (oder Schaffen) eines öffentlichen Bewußtseins über Probleme und Lösungsmöglichkeiten;
- die Rückmeldung über verbreitete Haltungen, Akzeptanz und Ablehnung und über die Gründe hierfür;
- das Schaffen eines Forums für die Artikulation von Meinungen von Betroffenen und Nicht-Experten;
- schließlich die mögliche Beteiligung einer (qualifizierten) Öffentlichkeit in technologiepolitischen Entscheidungen.

Idealerweise sollten alle diese Aufgaben (und möglicherweise noch weitere) gleichzeitig erfüllt werden. In der Praxis zeigt es sich, daß bewußt Prioritäten zu setzen sind, weil die unterschiedlichen Aufgaben miteinander konkurrieren, Kapazitätsprobleme auftreten und gegensätzliche „Philosophien“ (ausgedrückt als parlamentarisch-expertenorientierte und öffentlichkeitswirksam-partizipatorische Aufgabe) miteinander in Wettstreit liegen, wie Evaluierungen in letzter Zeit (zum Beispiel des NOTA und des Teknologinaevnet) deutlich gemacht haben.

Die Ausrichtung von PTA kann sich entweder an der parlamentarischen Tagesordnung orientieren, oder aber primär auf eine breitere Information der Parlamentarier bzw. auch auf die Unterstützung des öffentlichen Diskurses abzielen. Die Orientierung hängt nicht zuletzt vom Abstand zum Parlament und von der generellen Wertschätzung öffentlicher Diskurse ab. Allgemeinere und tiefere Informationen erscheinen für die tägliche Arbeit im Parlament weniger wichtig, außer die behandelten Themen sind „heiße Eisen“. In der Regel hat ein Abgeordneter keine Zeit, um ausführliche Berichte zu lesen. Oft ist sie oder er dazu auch nicht fähig, weil die Sprache zu schwierig ist. Konzentriert sich die PTA-Organisation dagegen auf die Förderung der öffentlichen Debatte, kann dies dazu führen, daß der Wunsch der Parlamentarier nach zusammengefaßter Information nicht voll erfüllt wird. Es gilt aber zu bedenken, daß Informationen und Einschätzungen, die durch die Beteiligung von Laien erhalten werden, maßgeblich zu „besseren“, weil fundierteren politischen Entscheidungen beitragen können.

PTA ist erfahrungsgemäß nur für eine Minderheit der Parlamentarier interessant. Obwohl PTA themenübergreifend ist und viele

Teilgebiete berührt, gibt es, wie auch für jede andere Materie, die im Parlament behandelt wird, für PTA bestimmte, meist sehr wenige Experten. Technologiepolitische Fragen sind nur für eine Minderheit der Abgeordneten interessant, daher darf es nicht verwundern, wenn PTA bei den meisten nur halbherzige Begeisterung hervorruft. Andererseits waren meist Abgeordnete, die von der Notwendigkeit einer PTA-Einrichtung am Parlament überzeugt waren, die treibende Kraft während der Gründungsphase. In der laufenden Arbeit können Abgeordnete auf drei unterschiedlichen Ebenen aktiv werden:

Wenn Abgeordnete die Berichte selber verfassen (wie in Frankreich) wird PTA eher anerkannt. Weil die Ergebnisse „aus dem Haus“ kommen, werden sie möglicherweise für glaubwürdiger gehalten. Leider erlaubt es die parlamentarische Arbeit meist nicht, derart viel Zeit aufzuwenden. (Dies zeigen auch die Erfahrungen der ersten parlamentarischen Enquete-Kommission in Österreich. Der Empfehlungen im Endbericht wurden ausschließlich von einigen wenigen Abgeordneten verfaßt, die diese Arbeit sehr zu schätzen wußten, dies aus Zeitgründen aber nicht wiederholen würden.) Auch die „Arbeitsteilung“ zwischen Wissenschaftlern und Parlamentariern ist von der Entfernung zwischen PTA-Einrichtung und Parlament abhängig.

Wenn Abgeordnete Themen- und Expertenwahl sowie die Formulierungen im Endbericht beeinflussen (wie in Deutschland), können Parteistandpunkte indirekt geltend gemacht werden. Kein Abgeordneter kann die Standpunkte ihrer oder seiner Partei zu bestimmten Themen übergehen, bei Konflikten muß meist die persönliche Meinung zurückstehen. Dies gilt natürlich auch für die Arbeit in einem Ausschuß zur Technikfolgen-Abschätzung. Durch die Beschäftigung mit PTA können Abgeordnete aber auch von Parteistandpunkten unabhängiger werden. Tiefere Einsichten in bestimmte Sachverhalte mögen zu einer kritischeren Distanz zu den Positionen der jeweiligen Parteien, auch der eigenen führen. Dies war ebenfalls in Österreich deutlich festzustellen.

Wenn Parlamentarier nur Berichte erhalten, hat PTA kaum selektive Vorteile gegenüber traditioneller wissenschaftlicher Folgenabschätzung. In Ländern, in denen sich der Einfluß von Parlamentariern hauptsächlich auf die Themenwahl beschränkt, wie in Großbritannien und den Niederlanden, kann die PTA-Stelle ihre

Schlußfolgerungen allerdings leichter unabhängig äußern. Für die meisten Abgeordneten scheint ein PTA-Bericht im Vergleich zu anderen Aufbereitungen von Informationen (durch Interessensvertreter, Parteisekretariate, Einzelexperten etc.) aber kaum mehr Praxiswert zu bieten, da oft Interessen und Standpunkte für die tägliche politische Arbeit relevanter sind als objektive Argumentationen.

Soll die Basis für PTA:verbreitert werden, so hängt es von der politischen Kultur des jeweiligen Landes ab, wie offen der TA-Prozeß für Interessenvertreter oder die Öffentlichkeit ist. In Ländern mit einer ausgeprägten Tradition der Öffentlichkeitsbeteiligung (insbesondere in Dänemark, aber auch in den Niederlanden) werden Laien aus der Öffentlichkeit oder Vertreter von Konsumenteninteressen oder der Erwachsenenbildung eher eingebunden. Wenn traditionell eher Eliten die Politikberatung bestimmen (wie in Frankreich oder Großbritannien), spielen Experten eine größere Rolle, und die Meinungen anderer nicht unmittelbar Beteiligter wird weniger berücksichtigt. Deutschland ist insofern bemerkenswert, als daß die Öffentlichkeit wenig Möglichkeiten hat, am TA-Prozeß teilzunehmen, Experten aber zuweilen mißtraut wird.

Themen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden (wie etwa Fragen der Gentechnologie), werden verstärkt von solchen PTA-Einrichtungen bearbeitet, die auf eine öffentliche Debatte Wert legen. Obwohl dies nicht in jedem Falle gilt (siehe Deutschland), erscheint es logisch, daß diejenigen Organisationen eher auf Befürchtungen in der Öffentlichkeit eingehen, die PTA als Weg sehen, das Urteil von Nicht-Experten in die politische Entscheidungsfindung einzubringen, um die vermutete Einseitigkeit einer herkömmlich expertenorientierten Bürokratie zu überwinden. Demgegenüber werden in Ländern mit traditionell elitärer Politikberatung eher trockene Themen verstärkt bearbeitet, wie etwa allgemeine Fragen der Wissenschafts- und Technologiepolitik in Großbritannien. Auch Fragen der Kernenergie sind in Frankreich öffentlich nicht über die Maßen kontrovers, bilden aber einen Schwerpunkt im Arbeitsprogramm der PTA.

Parlamentarier wollen ausdrücklich kurze, bündige Berichte, die rasch erstellt werden und daher auf der Höhe der Zeit sind. Der Ein-

fluß von PTA auf den einzelnen Abgeordneten hängt von der Brauchbarkeit der Berichte für die tägliche Arbeit und von der Relevanz der behandelten Themen ab. Daher werden kurze, bündige und leicht lesbare Zusammenfassungen der wichtigsten Sachverhalte bevorzugt. Alles andere mag interessant sein, ist aber zu zeitaufwendig zu lesen und daher nicht sehr wünschenswert. Wenn es zusätzlich noch einen ausführlichen Bericht gibt oder irgendwelche Veranstaltungen zur Förderung der Diskussion in der Öffentlichkeit stattfinden (außer deren Ergebnis steht nicht von vorneherein fest), wird dies freundlich zur Kenntnis genommen, zuweilen aber für eher unwichtig gehalten.

Fazit

Sowohl das Konzept von PTA als auch die Praxis der Umsetzung in den verschiedenen Ländern trifft auf zum Teil erhebliche Kritik. Obwohl diese je nach den jeweiligen Gegebenheiten natürlich differiert, lassen sich jedoch grundsätzliche Einwände erkennen, die nahezu überall die Kernpunkte dieser Kritik ausmachen. Einige dieser Einwände lassen sich zu folgenden Fragen zuspitzen:

- Ist PTA noch "richtige" TA?
- Ist PTA (als Organisationsform) möglich?
- Kann PTA erfolgreich sein, das heißt Wirkung zeigen?
- Ist PTA wirklich notwendig, und wenn ja, wozu?

Im folgenden soll versucht werden, anhand dieser Fragen einige der häufiger geäußerten Vorbehalte zu beleuchten und auf diese Weise zu Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen der Untersuchung und damit zu allgemeineren Aussagen über PTA zu gelangen.

Ist PTA "richtige" TA?

Wenn eine Einrichtung sich auf das Sammeln und die „quasi-journalistische“ Aufbereitung von Informationen konzentriert, wird der universale Anspruch von TA verfehlt. Andere Methoden, wie zum Beispiel Öffentlichkeitsbeteiligungen oder umfassende wissenschaftliche Untersuchungen, sind zusätzlich notwendig. Mit kurzen Sachberichten, wie sie die Abgeordneten verlangen, kann der univer-

sale Anspruch von TA, einerseits der Frühwarnung und andererseits dem Abwägen von Argumenten zu einem Problem oder zu einer Technologie aus verschiedenen Blickwinkeln zu dienen, nicht eingelöst werden. Im strengen Sinn ist eine derartige Form von PTA also keine "richtige" TA. Consensus-Konferenzen (wie in Dänemark) oder wissenschaftlich anspruchsvolle Expertisen – die insbesondere in Deutschland als unabdingbar angesehen werden – erlauben es, mehr und andere Argumente einzubeziehen und dadurch zu differenzierteren und weitreichenderen Schlußfolgerungen zu gelangen. Der Einsatz derart aufwendiger Techniken kann aber unter Umständen dazu führen, daß die kurzen Informationsaufbereitungen, die offensichtlich geschätzt werden, nicht schnell genug erstellt und verteilt werden. Ausgefeiltere und längere Berichte sind möglicherweise nicht auf der Höhe der Zeit oder schwierig zu lesen.

Ist PTA möglich?

Angesichts der vielen Hürden, die bei der Realisierung von PTA in verschiedenen Ländern auftraten, erscheint manchen Kritikern der konzeptuelle Anspruch unerfüllbar. Während der letzten fünfzehn Jahre haben jedoch viele Parlamente in Europa erfolgreich PTA-Organisationen etabliert oder erwägen dies. Damit wird die Implementation von PTA – in unterschiedlicher Form – zum parlamentarischen Standard in Europa. Allerdings erweist es sich als wenig zweckmäßig, einzelne Modelle ohne tiefgreifende Anpassungen zu übertragen, weil die institutionellen und kulturellen Vorbedingungen so unterschiedlich sind. Der Systemkompatibilität muß daher Vorrang eingeräumt werden, auch wenn manche Eigenschaften, die für eine "richtige" TA unabdingbar sind, zumindest vorübergehend aufgegeben werden müssen.

Allerdings ist Systemkompatibilität nicht bis ins letzte planbar. Dies ergibt sich schon daraus, daß das politische System laufend Veränderungen ausgesetzt ist, das Kräfteverhältnis der politischen Akteure sich ständig verschiebt. Bei der Installierung von PTA wird ja vielfach – jedenfalls der Tendenz nach – auch beabsichtigt, die Legislative gegenüber der Exekutive zu stärken. Daß zum Teil weitreichende Korrekturen an der Ausrichtung und Arbeitsweise einer neuen PTA-Einrichtung insbesondere in der ersten Zeit notwendig werden können, sollte also niemanden verwundern.

Systemkompatibilität kann überdies nicht absolut sein, sondern nur in kleinen Schritten näherungsweise erreicht werden. Dies ist ein experimenteller Prozeß – daher ist eine ausreichende Anlaufzeit mit Möglichkeiten für Experimente und Korrekturen Grundvoraussetzung für das langfristige Gelingen des Projekts "PTA", darüber hinaus muß Offenheit bestehen, PTA den sich jeweils verändernden Gegebenheiten anzupassen.

Um die jeweils angemessene Form für eine PTA-Organisation zu finden, sind überdies Aktivitäten wie der Aufbau von Netzwerken (wie etwa EPTA) dringend erforderlich, denn obwohl jedes Land seinen eigenen Weg finden muß, ist der Kontakt zu möglichst vielen PTA-Einrichtungen notwendig, um voneinander und aus den jeweiligen (auch negativen) Erfahrungen der anderen lernen zu können.

Kann PTA erfolgreich sein?

Vielfach wird eingewandt, daß PTA ohne Wirkung bleiben muß, weil nur die Bestätigung einer bereits vorgefaßten Auffassung im politischen Prozeß zur Kenntnis genommen wird und jeweils gegenteilige Schlußfolgerungen ohne greifbare Resultate verpuffen.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß PTA-Organisationen in ihren Berichten durchaus auch zu Schlüssen kommen können, die einer herrschenden Meinung zuwiderlaufen und trotzdem zur Kenntnis genommen werden. Dieses „wider-den-Strich-Bürsten“ gelingt aber nur dann, wenn die jeweilige Organisation ein gewisses Ansehen genießt, das unabhängig von der Unterstützung durch die Träger der jeweils vorherrschende Meinung ist. Es ist sogar eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von PTA, daß diese nicht mit irgendeiner bestimmten Denkrichtung assoziiert wird, sondern als eigenständige Institution anerkannt ist. Erst dann können die Berichte Aussagen enthalten, die nicht ausschließlich – aus Sicherheitsgründen – im Konjunktiv stehen. Derartige Anerkennung kann sie jedoch nur erlangen, wenn sie mit ihren Aktivitäten zur Kenntnis genommen wird und die Ergebnisse ihrer Arbeit in der Diskussion eine Rolle spielen – mit anderen Worten, wenn sie Erfolg hat. Erfolg ist somit Voraussetzung für die Unabhängigkeit, diese aber Bedingung für den Erfolg. Aus dieser Paradoxie ergeben sich viele der Anfangshürden, die PTA nahezu überall zu überwinden hatte.

Umso dringlicher erscheint ein ausreichender Vertrauensvorschuß, ohne den die notwendigen Anfangserfolge nur äußerst schwer zu erreichen sind. Dieser kann der Institution per se gewährt werden, allerdings nur dann, wenn Träger und Personal bereits von vorneherein Ansehen genießen und einschlägige TA-Erfahrungen aufweisen. Um aber unter den Bedingungen des politischen Grabenkampfes bestehen zu können, muß die PTA-Einrichtung in ausreichender Weise – mittels geeigneter Personen – im System verankert und mit diesem kompatibel sein (siehe oben). Daß überdies jede Tätigkeit Geld kostet und der Kampf darum nicht zur Hauptaufgabe einer PTA-Stelle werden darf, versteht sich von selbst.

Somit sind Zeit und Geld Vorbedingungen für den Erfolg. Aber auch wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist bei mangelndem Vertrauen mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen, die langfristig das Projekt zu Fall bringen können. Wenn es nicht gelingt, innerhalb relativ kurzer Zeit die Akzeptanz der Einrichtung bei Parlamentariern und Öffentlichkeit sicherzustellen, wird sich Erfolg (im Sinne von "impact") kaum einstellen. Ohne die grundsätzliche Überzeugung zumindest einer einflußreichen Minderheit im Parlament, daß PTA sinnvoll und notwendig ist, kann kein Erfolg erzielt werden; gleichermaßen muß ein gewisses Klima in der Öffentlichkeit, bei Wissenschaft, Industrie und "NGO"s vorhanden sein, PTA und ihre Aktivitäten anzuerkennen. Wenn alle eher auf Konfrontation als auf Dialog setzen, steht PTA auf verlorenem Posten. Diese "klimatischen" Gegebenheiten können einer PTA-Organisation nicht als Bringschuld angelastet werden, sie kann dazu beitragen, daß sich das Klima in Richtung Dialog verändert, selbständig herbeiführen kann sie dies nicht.

Ist PTA wirklich notwendig?

Ursprünglich ging das Konzept einer PTA in erster Linie davon aus, daß das Parlament gegenüber der Regierung handlungsfähiger werden müsse, sich zu emanzipieren habe. Dem Parlament sollten über bessere Informationsaufbereitung fundiertere Entscheidungen in wissenschaftlich-technologischen Fragen erleichtert werden. Diejenigen Tatsachen, die wissenschaftlich feststellbar und sozusagen über jeden Zweifel erhaben sind, sollten zusammengestellt und kontroverse Meinungen aufgezeigt werden, um Alternativen und

die notwendigen zu treffenden Entscheidungen klarer herausarbeiten zu können. Versachlichung der Diskussion, Außerstreitstellen wesentlicher grundlegender Inhalte, Durchdenken möglicher Optionen – diese Funktionen der Entscheidungsvorbereitung waren (und sind nach wie vor) Aufgaben von PTA.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß parlamentarische Entscheidungen nicht dadurch einfacher werden, daß der einzelne Abgeordnete mehr über den in Frage stehenden Sachverhalt weiß. Vielmehr können sich durch zusätzliche Informationen Fragen als wesentlich komplexer herausstellen als ursprünglich angenommen – für den einzelnen Abgeordneten ergeben sich hierbei unvorhergesehene Probleme. Möglicherweise trifft der Einzelne besser begründete Entscheidungen, weil er eingehender informiert ist und daher über eine fundierterer Grundlage verfügt, als wenn er sich einzig an die Fraktionsvorgaben gehalten hätte, insgesamt wird aber ein "streamlining" der Entscheidung, ein Ölen der parlamentarischen Maschinerie wohl nicht gefördert (falls das intendiert gewesen sein sollte). Informationsaufbereitung aus unabhängiger Quelle ist tendenziell für das reibungslose Passieren von Vorlagen eher ungünstig. Nun kann man streiten, ob damit die Handlungsfähigkeit (und damit die Macht) des Parlaments gestärkt oder geschwächt wird – beabsichtigt war dieser Effekt wohl nicht.

Andererseits konnte durch speziell interessierte Abgeordnete als Ansprechpartner für die PTA-Stelle in etlichen Parlamenten die Bereitschaft zur Diskussion technologiepolitischer Fragen wesentlich erhöht werden. Da es sich um Querschnittsthemen handelt, ergeben sich vielfältige Multiplikatoreffekte in verschiedenen Fachausschüssen. Damit kommen Problematiken auf die Tagesordnung, die ansonsten vielleicht erst viel später oder gar nicht parlamentarisches Interesse gefunden hätten. Diese Themen sind vielfach nicht so spröde, wie es den Anschein hat, denn Fragen nach den Auswirkungen wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen werden auch in der Öffentlichkeit immer dringlicher, Befürchtungen über mögliche Folgen nehmen zu und das Bewußtsein wächst, daß Alternativen existieren könnten. Technologiepolitik wird somit öffentlichkeitswirksam.

Eine weitere – zumindest vordergründige – Verkomplizierung des politischen Entscheidungsprozesses ergibt sich aus der zumindest in

einigen Ländern bemerkbaren Tendenz, möglichst qualifizierte Meinungen aus der Öffentlichkeit einzubinden und das Parlament zu einem Forum für die Diskussion gesellschafts- und technologiepolitischer Fragen zu machen. Einige Evaluierungen von PTA-Organisationen in letzter Zeit haben diese Funktion besonders betont. Angesichts der Erkenntnis, daß einerseits Medienberichte nicht unbedingt die "öffentliche Meinung" korrekt wiedergeben, andererseits die Akzeptanz zunächst unbeliebter Technologien oder Entscheidungen in der Bevölkerung nicht ausschließlich vom relativen Durchsetzungsvermögen gegensätzlicher Lobbies abhängt, sondern einen möglichst offenen, informierten Dialog erfordert, beginnen sich manche Entscheidungsträger mit dem Gedanken anzufreunden, daß die Funktion von PTA, öffentliche Diskurse zu vermitteln, wesentlich für den politischen Entscheidungsprozeß ist. Somit können Werthaltungen der Bevölkerung frühzeitig eingebracht und Interessen transparent gemacht werden. Technikakzeptanz ist mittlerweile ein wesentlicher Faktor für die Standortwahl ganzer Industriezweige geworden, sofern sich diese auf umstrittenen Technologien stützen. Daher wird zunehmend das Bereitstellen von Möglichkeiten, unterschiedliche Interessen auf neutralem Boden zu artikulieren (wohlgemerkt, nicht die plumpe Akzeptanzbeschaffung) zu einer wesentlichen Aufgabe von PTA.

Somit ergeben sich drei Hauptgründe für die Notwendigkeit von PTA: Einerseits leistet sie einen Beitrag, unabhängiges Sachwissen und Interesse an technologiepolitischen Fragen im Parlament zu verbreiten, andererseits können Sichtweisen und Einschätzungen der Akteure und der Bevölkerung besser eingebracht werden. Entscheidungen fallen zwar dadurch nicht leichter und schneller, aber fundierter; jedenfalls besteht die Chance, daß mehr Gesichtspunkte bedacht werden und so möglicherweise die Zahl der Fehlentscheidungen niedriger bleibt, die später – mit entsprechendem Aufwand – zu berichtigen sind. Drittens besteht die Möglichkeit, das Parlament als Diskussionsforum für kontroverse gesellschafts- und technologiepolitische Fragen zu nutzen und so – auf neutralem Boden – Transparenz zu schaffen, ohne die Akzeptanz kaum zu erreichen ist, und damit der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Folgende Grundfunktionen von PTA sollten also idealerweise erfüllt werden:

- möglichst umfassend die verfügbaren Informationen über Tatsachen und Meinungen in wissenschaftlichen und technologischen Fragen zu sammeln und die Abgeordneten auf möglichst objektive und leicht verständliche Weise zu informieren,
- die verfügbaren Optionen in einer bestimmten technologie-relevanten Frage für Parlamentarier wie für die Öffentlichkeit darzustellen,
- der Wissenschaft zu vermitteln, welcher Art die Informationen sind, die das Parlament wirklich braucht,
- der öffentlichen Diskussion, deren Ergebnisse dazu dienen sollten, die Entscheidungsfindung im Parlament zu erleichtern, eine verständliche wissenschaftliche Basis zu vermitteln,
- Möglichkeiten zu schaffen, um in komplizierten Fragen Nutzen aus den Einschätzungen von Bürgern zu ziehen, die nicht unmittelbar in einen Fall verwickelt sind und keine persönlichen Interessen an dessen Ausgang haben,
- ein Forum zu bieten, auf dem auf neutralem Boden Interessen transparent gemacht und Kompromisse gefunden werden können.

Der Parlamentarismus in einer immer undurchschaubarer werdenden Welt benötigt offenbar neue Werkzeuge, um seine Funktionen aufrechterhalten zu können. Die Einrichtung einer PTA-Organisation könnte eines dieser Werkzeuge sein; sie ist derzeit Standard für ein modernes Parlament in Europa. Dies deutet darauf hin, daß PTA (oder jegliches Äquivalent, das obige Grundfunktionen erfüllt), für notwendig erachtet und, wo nicht vorhanden, benötigt wird. Dem Aufwand an Ressourcen, Zeit und Einsatz stehen mögliche Gewinne an Unabhängigkeit, besser aufbereitete und objektivere technologiepolitische Informationen und eine engere Anbindung an die "Lebenswelt" außerhalb des Parlamentes und des eigentlichen politischen Systems gegenüber – wenn PTA den in sie gesetzten Hoffnungen entsprechen kann. Sie darf daher weder zum Akzeptanzbeschaffungs- noch zum Technikverhinderungsinstrument werden, zum Akklamationsorgan oder zum Systemveränderungshebel und schon gar nicht zur Spielwiese für Sozialwissen-

schaftler. Vielmehr muß PTA danach trachten, zumindest ansatzweise, aber glaubhaft die wichtigsten der vielen verschiedenen Sichtweisen zu vermitteln, die in einer pluralistischen Gesellschaft von ein und demselben Gegenstand existieren. Die Vorstellung, daß es nur eine "richtige" gibt, sollte in einer aufgeklärten Demokratie endlich zum alten Eisen geworfen werden. Die vermeintlich unausweichlichen Reaktionen darauf – Resignation vor der Uneindeutigkeit oder zynische Ausrichtung an "realen Machtverhältnissen" – müssen aber nicht unwidersprochen hingenommen werden. Techniken wie PTA können durchaus einen Beitrag zur Transparenz, zu vernünftigen Kompromissen und zu akzeptablen Entscheidungen leisten. Aus Furcht vor möglichen Rückschlägen darauf zu verzichten heißt vor der Komplexität zu kapitulieren.

Literatur

- Aberbach, Joel D., Putnam, Robert D., Rockman, Bert A. (1981): *Bureaucrats and Politicians in Western Democracies*, Harvard University Press, Cambridge.
- Armingeon, Klaus (1993): *Korporatismus im Wandel*, in: *Sozialpartnerschaft: Kontinuität und Wandel eines Modells*, hrsg. v. E. Tálos, 285-311, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Arter, David (1990): *The Swedish Riksdag: The Case of a Strong Policy-Influencing Assembly*, *West European Politics* 3/1990, 120-143.
- Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitiativen (1990): *Sammelbericht und abweichende persönliche Stellungnahmen*. 1330 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP. Wien.
- Beck, Ulrich (1986): *Auf dem Weg in die industrielle Risikogesellschaft? Eine Argumentationsskizze*, in: *Strukturwandel der Industriegesellschaft* hrsg. von Erd, R.; Jacobi, O.; Schumm, W., Frankfurt/New York, 143-159.
- Berka, Gerhard; Hochgerner, Josef (1993): *Internationalisierung der sozialwissenschaftlichen Forschung*, in: *WISO* Nr. 1-2, 1993, Linz, 43-66.
- BMFT – Pressereferat (1987): *Technikfolgenabschätzung – Eine Bestandsaufnahme des Bundesministeriums für Forschung und Technologie*, Bonn.
- Böhret, Carl (1990): *Was war und will "Aktive Politik"*, in: *Folgen – Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen* hrsg. von Böhret, Carl, 1990, Leske + Budrich, Opladen, 207-231.
- Böhret, Carl; Franz, Peter (1990): *Die Technikfolgenabschätzung (technology assessment) als Instrument der politischen Steuerung des technischen Wandels?* In: Ropohl, Günter et al. (Hrsg.)(1990): *Schlüsseltex-te zur Technikbewertung*. Dortmund. S 107-135.
- Braun, Ernst (1991): *Technikbewertung in Österreich*. Österreichische Akademie der Wissenschaften. Wien.
- Braun, Ernst et al. (1990): *Stellungnahme zum Bau einer 380kV Stromleitung von Kaprun nach Zell am Ziller*, Wien.
- Brennecke, Volker M. (1992): *Allein in NRW gibt es 300 TA-Projekte*, VDI-Nachrichten 4.9.1992
- Brettschneider, Frank, Ahlstick, Katja, Zügel, Bettina (1992): *Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft*, in: *Die EG-Staaten im Vergleich*, hrsg. v. O. W. Gabriel, 433-627, Opladen.
- Brettschneider, Rudolf, Peter A. Ulram (1992): *Anmerkungen zur politischen Kultur Österreichs*, in: Wolfgang Mantl (Hrsg.), *Politik in Österreich*, Böhlau, Wien, 316-325.

- Bruckmann, Gerhart (1985): Zur Institutionalisierung von Technology Assessment in Österreich. In: Heinz Fischer (Hrsg.)(1985): Forschungspolitik für die 90er Jahre. Wien.
- Bruckmann, Gerhart (1985): Zur Institutionalisierung von "Technology Assessment" in Österreich, in: Forschungspolitik für die 90er Jahre hrsg. von Fischer, Heinz, 1985, Springer, Wien/New York, 105-115.
- Buchs, Thierry (1992): Technology Assessment: Expériences occidentales et défis actuels – Résumé, in: Forschungspolitische Früherkennung hrsg. von Schweizerischer Wissenschaftsrat, Nr. 131a, 1992, Bern.
- Buchs, Thierry D. (1992): The Institution Building Issue in Technology Assessment A comparative analysis between Denmark and Holland, and implications for Switzerland, Bern.
- Büllingen, Franz (1992): Methoden und Probleme der Themenidentifikation und Prioritätensetzung bei Technikfolgen-Abschätzung, Arbeitspapiere der Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung hrsg. von Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung Nr. 6/92, Berlin.
- Bulmahn, Edelgard (1991): Die Arbeit der Enquete-Kommission – Ein Rückblick über die bisherige Arbeit, in: Präsidentin des Landtags NRW (Hrsg.), Technikfolgen-Abschätzung im Landtag NRW. Düsseldorf, 43-52.
- Claußen, Bernhard (1991): Politische Bildung in ökologischer und sozialer Verantwortung – Didaktische Aspekte der Technikfolgenabschätzung , in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. B43/91, 18.Oktober 1991, Bonn, 38-44.
- Coates, Vary T.; Fabian, Thecla (1982): Technology Assessment in Europe and Japan, in: Technological Forecast and Social Change Nr. 22, 1982, 343-361.
- Coenen, Reinhard (1991): The Institutionalization of Parliamentary Technology Assessment in Various Countries, in: Technology Assessment and Its Role in Processes of Society Transformation in Central and East European Countries. International Seminar October 7-9, 1991Prague.
- Cole, Alistair, Campbell, Peter (1989): French Electoral Systems and Elections since 1789, Aldershot.
- Commission of the European Communities (1989): Science, Technology and Society – European Priorities – Results and Recommendations from the FAST II Programme, MONITOR-FAST PROGRAMME hrsg. von Commission of the European Community Brussels.
- Commission of the European Community (1992): FAST Conference Consensus on Science, Technology and Community Cohesion – Consensus Statement from Representatives of Civil Society, Monitor – FAST Programme hrsg. von Commission of the European Community Louvain -La-Neuve.
- Commission of the European Community (1992): Science, Technology and Community Cohesion – FAST Conference Consensus , Monitor – FAST Programme hrsg. von Commission of the European Community Louvain -La-Neuve.

- Commission of the European Community (1992): Science, Technology and Community Cohesion in the Wider Continental Europe – Overview of Research Activities, MONITOR-FAST PROGRAMME 1991-1992 hrsg. von Commission of the European Community Nr. Theme B, Brussels.
- Commission of the European Community (1993): Science, Technology and Social and Economic Cohesion in the Community – Publication List, MONITOR-FAST PROGRAMME hrsg. von Commission of the European Community Nr. Prospective Dossier Nr. 1, Brussels.
- Commission of the European Community DG XII (1988): EURETA -Newsletter 1, Brussels.
- Commission of the European Community DG XII (1988): EURETA -Newsletter 2, Brussels.
- Commission of the European Community DG XII (1989): EURETA -Newsletter 3, Brussels.
- Conrady, Helene (1994): Technikfolgenabschätzung in der Krise. VDI-Nachrichten Nr. 1, 2, 7.12.94.
- Dachs, Herbert et al. (1992): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Manz, Wien.
- Damgaard, Erik (1992): Denmark: Experiments in parliamentary government, in: Parliamentary Change in the Nordic Countries, hrsg. v. E. Damgaard, 19-52, Scandinavian University Press, Oslo.
- Detzer, K.A. (): Technikbewertung, Technikfolgenabschätzung – aus der Sicht der Industrie, Augsburg, 6-17.
- Deutscher Bundestag (1989): Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission "Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung". Bonn.
- Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen (1991): Technikfolgen-Abschätzung im Landtag Nordrhein-Westfalen Ausschuß "Mensch und Technik" Erfahrungen und Perspektiven parlamentarischer Technikbewertung, Schriftenreihe des Landtags NRW hrsg. von Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Nr. 4/Sonderdruck I, Düsseldorf.
- Dienel, Peter C. (1985): Humanisierung von Politik – ein Vorhaben angewandter Sozialwissenschaft, in: Arbeitsperspektiven angewandter Sozialwissenschaft hrsg. von Klages, Helmut, 1985, Westdeutscher Verlag, Opladen, 301-323.
- Dienel, Peter C. (1986): Planungsbeteiligung als Risikominderung, in: Technische Risiken in der Industriegesellschaft Erfassung – Bewertung – Kontrolle VII. Internationales GfS-Sommer-Symposium hrsg. von Compes, Peter C., 26.-28. Mai 1986, Bonn, 187-201.
- Dierkes, Meinolf (1990): Technische Entwicklung als sozialer Prozeß – Chancen und Grenzen einer sozialwissenschaftlichen Erklärung der Technikgenese, in: Naturwissenschaften Nr. 77, 1990, Springer, Berlin, 214-220.
- Dierkes, Meinolf (1993): Die Folgen neuer Technik, in: WZB-Mitteilungen hrsg. von Wissenschaftszentrum Berlin, Nr. 59, März 1993, Berlin, 6-9.

- Döring, Herbert (1992): Parlament und Regierung, in: Die EG-Staaten im Vergleich, hrsg. v. O. W. Gabriel, 334-357, Opladen.
- Eichener, Volker; Heinze, Rolf G.; Voelzkow, Helmut (1991): Von staatlicher Technikfolgenabschätzung zu gesellschaftlicher Techniksteuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. B43/91, 18. Oktober 1991, Bonn, 3-14.
- Eilenberg, G. (1988): Schaper, Annette, Denkblockaden aufbrechen, Wechselwirkung 37/88
- Enquete-Kommission Deutscher Bundestag (1987): Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung, Bd. I-V, Bonn.
- EPTA (1990): European Parliamentary Technology Assessment – EPTA Description of the organisations participating in the EPTA coordination network 1990, in: The 2nd European Congress of Technology Assessment 14-16 November 1990, Milano.
- EPTA (October 1992): EPTA Newsletter, Bd. 3, Brussels.
- Falkner, Gerda (1993): Sozialpartnerschaftliche Politikmuster und Europäische Integration, in: Emmerich Tálos (Hrsg.), Sozialpartnerschaft: Kontinuität und Wandel eines Modells, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1993, 79-103.
- Falkner, Gerda, Nentwich, Michael (1992): Das Demokratiedefizit der EG und die Beschlüsse von Maastricht, ÖZP 3/1992, 273-288.
- Falter, Jürgen W., Schumann, Siegfried (1992): Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs, in: Die EG-Staaten im Vergleich, hrsg. v. O. W. Gabriel, 192-220, Opladen.
- Fischer, Heinz (1992): Das Parlament, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs hrsg. von Dachs, Herbert et al., Manz, Wien, 96-117.
- Fischer, Heinz (Hrsg.) (1985): Forschungspolitik für die 90er Jahre. Wien.
- Frears, John (1990): The French Parliament: Loyal Workhouse, Poor Watchdog, West European Politics 3/1990, 32-51.
- Gabriel, Oscar W. (1992): Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Die EG-Staaten im Vergleich, hrsg. v. O. W. Gabriel, 95-135, Opladen.
- Gassert, Herbert (1993): Für Leben in der Zukunft: Technikbewertung, in: Salzburger Nachrichten 27. März 1993, Salzburg, III.
- Gerlich, Peter (1973): Parlamentarische Kontrolle im politischen System, Wien.
- Gibbons, John H. (1984): Technology Assessment for the Congress, in: The Bridge 1984, 2-8.
- Gibbons, John H. (1990): Technikfolgenabschätzung für den Kongreß. In: Ropohl, Günter et al. (Hrsg.): Schlüsseltexte zur Technikbewertung. Dortmund. S 97-106.
- Gladdish, Ken (1990): Parliamentary Activism and Legitimacy in the Netherlands, West European Politics 3/1990, 102-120.
- Gloede, Fritz (1993): Der TA-Prozeß zur Gentechnik in der Bundesrepublik Deutschland – zu früh, zu spät oder überflüssig?, in: Lebensverhältnisse

- und soziale Konflikte im neuen Europa – 26. Deutscher Soziologentag Düsseldorf 1992 Bd. II, hrsg. von Meulemann, Heiner; Elting-Camus, Agnes, Westdeutscher Verlag, Opladen, 417-420.
- Grüber, Katrin (1993): Technikgestaltung als politische Aufgabe, in: V. Eichener und M. Mai (Hrsg.), Sozialverträgliche Technik – Gestaltung und Bewertung. Wiesbaden, 35-47.
- Guy Peters, B. (1978): *The Politics of Bureaucracy. A Comparative Perspective.*, New York.
- Habermas, J. (1969): Verwissenschaftliche Politik und öffentliche Meinung, in: *Technik und Wissenschaft als "Ideologie" 1969*, Frankfurt/M., 120-145.
- Haunschild, Hans-Hilger (1981): Erfahrungen und Perspektiven der Technologiebewertung. Bulletin Nr. 17 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 145-148.
- Heinrich, Hans-Georg, Welan, Manfred (1991): Der Bundespräsident, in: Dachs u.a. (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Manz, Wien, 153-164.
- Hellwig, Helmut (1991): Die Position der SPD zur Technikfolgen-Abschätzung im nordrhein-westfälischen Landtag in Technikfolgen-Abschätzung im Landtag Nordrhein-Westfalen, Ausschuß Mensch und Technik, Erfahrungen und Perspektiven parlamentarischer Technikbewertung
- Henning, Klaus und Paul Fuchs (1991): Auswertung und Perspektiven der Arbeit der Landtagskommission „Mensch und Technik“ in NRW, in: Präsidentin des Landtags NRW (Hrsg.), *Technikfolgen-Abschätzung im Landtag NRW*. Düsseldorf, 53-76.
- Huisinga, Richard (1985): *Technikfolgenbewertung – Bestandsaufnahme, Kritik, Perspektiven*. Frankfurt.
- Ismayr, Wolfgang (1992): *Der Deutsche Bundestag*, Leske und Budrich, Opladen.
- Jansen, Peter-Jörg (1987): *Konzept Konfliktlösung Dorfertal*, Wien.
- Jaufmann, Dieter; Kistler, Ernst (1991): Einstellungen zur Technik – Gibt es eine Technikfeindschaft unter Jugendlichen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. B43/91, 18.Oktober 1991, Bonn, 26-37.
- Kabel, Rudolf (1969): Gutachterzentrale oder Gegenbürokratie? Die wissenschaftliche Abteilung des Bundestages, in: E. Hübner, H. Oberreuter und H. Rausch (Hrsg.), *Der Bundestag von innen gesehen*. München, 127-135.
- Kilper, Heiderose (1990): Technik und Parlament, in: M. Mai (Hrsg.), *Sozialwissenschaften und Technik*. Frankfurt/Bern/New York, 131-138.
- Kimmel, Adolf (1992): Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen: Grundrechte, Staatszielbestimmungen und Verfassungsstrukturen, in: *Die EG-Staaten im Vergleich*, hrsg. v. O. W. Gabriel, 23-50, Opladen.
- Kingdom, J. E. (1990): Britain, in: *The Civil Service in Liberal Democracies*, hrsg. v. J. E. Kingdom, 11-35, London.
- Kingdom, J. E. (Hrsg) (1990): *The Civil Service in Liberal Democracies*, London.

- Kingdom, John (1991): *Government and Politics in Britain*, Cambridge.
- Kommission Der Europäischen Gemeinschaften (1990): In Zusammenarbeit mit dem Italienischen Ministerium für Universitäten, wissenschaftliche und technische Forschung, *European Parliamentary Technology Assessment – EPTA – Milano*.
- Korinek, Karl (1993): „Sozialpartnerschaft“ als europäische Institution?, in: *Der Europäische Sozialstaat und seine Institutionen*, hrsg. v. D. Merten; R. Pitschas, 120-149, Berlin.
- Kreibich, Rolf (1992): *Technikfolgen-Abschätzung als Aufgabe der Hochschulen, Arbeitspapiere der Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung* hrsg. von Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung Nr. 8/92, Berlin.
- Kreibich, Rolf: *Grundlinien politischer Technikgestaltung*, 109-126.
- Lagergren, Mårten; Steen, Peter (1982): *Care in Society / Energy Options*, in: *Internationales Symposium über die Rolle der Technologiefolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß 19.-21.Oktober 1982*, Bonn.
- Lemons, Kenneth E.; Porter, Alan L. (): *A Comparative Study of Impact Assessment Methods in Developed and Developing Countries*, in: *Impact Assessment Bulletin* Nr. 10/3, 1992, 57-65.
- Lueger, Josef (1987): *Umweltverträglichkeitsprüfung*, in: *Der Sachverständige* Nr. 1, 1987, 8-12.
- Mai, Manfred (1991): *Technikfolgenabschätzung zwischen Parlament und Regierung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. B43/91, 18.Oktober 1991, Bonn, 15-25.
- Mai, Manfred (1991): *Technikfolgenabschätzung zwischen Parlament und Regierung*. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 43/91, 15-25.
- Mai, Manfred (1992): *Parlamentarische Technikfolgenabschätzung und Verbraucherinteressen* in *Verbraucherpolitische Hefte* Nr. 15, Dezember 1992, 87-102.
- Mai, Manfred (1993): *Unterschiedliche Handlungsrationalitäten der Technikbewertung in Parlament und Regierung*, Bd. II, in: *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa – 26. Deutscher Soziologentag Düsseldorf 1992* hrsg. von Meulemann, Heiner; Elting-Camus, Agnes, Westdeutscher Verlag, Opladen, 420-422.
- Mai, Manfred (1993): *Wissenschaftskulturen und fachspezifische Leitbilder als Schranken in der Wissenschaftlichen Politikberatung. Das Beispiel der Technikbewertung aus der Sicht von Ingenieuren und Juristen*, in: J. Huber und G. Thurn (Hrsg.), *Wissenschaftsmilieus. Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte*. Berlin, 115-143.
- Mai, Manfred (1993): *Technik als Herausforderung der Politik – über die unterschiedlichen Nutzungsformen der Technikfolgenabschätzung in Exekutive und Legislative*, in: *Sozialverträgliche Technik – Gestaltung und Bewertung* hrsg. von Eichener, Volker; Mai, Manfred, DUV – DeutscherUniversitätsVerlag, Wiesbaden, 48-71.

- Mai, Manfred (1994): Technikbewertung in Politik und Wirtschaft. Beiträge zur Techniksoziologie. Berlin.
- Marko, Josef (1992): Verbände und Sozialpartnerschaft, in: Wolfgang Mantl (Hrsg.), Politik in Österreich, Böhlau, Wien, 429-479.
- Martinsen, Renate (1991): Theorien politischer Steuerung – auf der Suche nach dem dritten Weg, in: Politische Techniksteuerung hrsg. von Grimmer, Klaus et al., Opladen, 51-73.
- Martinsen, Renate; Melchior, Josef (1993): Sozialverträgliche Technikgestaltung als neue Aufgabe von Staat und Gesellschaft, IHS, Wien.
- Mayntz, Renate (1982): Lessons learned: Problems in the Acceptance of Technology Assessment by Political Decision-Makers, in: Internationales Symposium über die Rolle der Technologiefolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß 19.-21.Oktober 1982, Bonn.
- Mayntz, Renate (1987): Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme – Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma, in: Ellwein, Th. et al. (Hrsg.) Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Badeb-Baden, 89-110.
- McBrierty, Vincent J. (1988): Technology Assessment for parliaments at national and European level, in: Futures Nr. 20/1, February 1988, Butterworth, Guildford Surrey , 3-18.
- MERIT (1992): Technology and Decision Making, in: Annual Report hrsg. von MERIT, 51-54.
- MERIT (1992): Technology Assessment, in: Annual Report hrsg. von MERIT, 48-50.
- Meyer-Krahmer, Frieder; Kuntze, Uwe (): Bestandsaufnahme der Forschungs- und Technologiepolitik, 95-117.
- Ministerin für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen (1992): Technikfolgenforschung in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg (1992): Akademie für Technikfolgenabschätzung , Aktuelle Reihe hrsg. von Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg Nr. 3, Stuttgart.
- Molander, Per (1985): Technology Assessment in Sweden, Alpbach.
- Müller, Bernhard (1990): Neue Qualität der Wächter, in: HighTechFebruar 1990, 102.
- Müller, Bernhard (1991): Neue Qualität der Wächter. In: HiTech Februar 1991. S 102.
- Müller, Wolfgang C. (1988): Österreichs Regierungssystem: Institutionen, Strukturen, Prozesse, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Österreich, Stuttgart: W. Kohlhammer, 76-94.
- Müller, Wolfgang C. (1991): Regierung und Kabinettsystem, in: Dachs u.a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Manz, Wien, 118-134.
- N.N. (1987): Technikfolgenabschätzung ist anspruchsvolle Aufgabe, in: BMFT-Journal hrsg. von BMFT, Nr. 3, Juni 1987, Bonn, 3.

- N.N. (1992): Die Folgen der Technik werden für die Politikberatung herausgearbeitet, in: BMFT-Journal hrsg. von BMFT, Nr. 3, Juni 1992, Bonn, 9.
- N.N. (1992): TA-Datenbank Nachrichten erweitern Wissen über Technikfolgenabschätzung, in: BMFT-Journal hrsg. von BMFT, Nr. 3, Juni 1992, Bonn, 4.
- N.N. (1992): Technikfolgeabschätzung in den neuen Ländern wächst, in: BMFT-Journal hrsg. von BMFT, Nr. 3, Juni 1992, Bonn, 2.
- Naschold, Frieder (1987): Technologiekontrolle durch Technologiefolgenabschätzung? Entwicklungen, Kontroversen, Perspektiven der Technologiefolgen-Abschätzung und -bewertung, Bund-Verlag, Köln.
- Nentwich, Michael (1992): Institutionelle und verfahrensmäßige Reformen des EWG-Vertrages nach den Beschlüssen von Maastricht, Dezember 1991, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 8/1992, 235-243.
- Norton, Philip (1990): Parliaments in the United Kingdom: Balancing Effectiveness and Consent?, West European Politics 3/1990, 10-32.
- Norton, Philip (1990): Parliaments: A Framework for Analysis, West European Politics 3/1990, 1-10.
- NOTA (1990): Technology Assessment: To Adjust or to Channel? The Hague.
- O'Riordan, Timothy (1982): The Windscale Inquiry / The Report of the Commission on Energy and the Environment (Flowers Study), in: Internationales Symposium über die Rolle der Technologiefolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß 19.-21.Oktober 1982, Bonn.
- Oberreuter, Heinrich (1992): Das Parlament als Gesetzgeber und Repräsentationsorgan, in: Die EG-Staaten im Vergleich, hrsg. v. O. W. Gabriel, 305-334, Opladen.
- Ohler, Fritz (1992): Zur Technologiepolitik in Österreich, in: Soziale Technik – Zeitschrift des IFZ Graz Nr. 4/92, Graz, 4-7.
- Owen, B.G. (1990): France, in: The Civil Service in Liberal Democracies, hrsg. v. J. E. Kingdon, 64-90, London.
- Parlamentsdirektion (1989): GOG – Nationalrat. Geschäftsordnungsgesetz und Unvereinbarkeitsgesetz. Wien.
- Parlamentsdirektion (Hrsg.) (1989): Geschäftsordnungsgesetz und Unvereinbarkeitsgesetz (GOG), Wien.
- Paschen, Herbert (1989): Technikfolgenabschätzung – Eine Aufgabe für Staat und Wirtschaft?, in: Der Lichtbogen – Hauszeitschrift der Hüls-Gesellschaften Nr. 1/XXXVIII/208, Juli 1989, 38-49.
- Paschen, Herbert (1989): Technikfolgenabschätzung – eine Aufgabe für Staat und Wirtschaft? In: Der Lichtbogen. Hauszeitschrift der Hüls-Gesellschaften. Marl.
- Paschen, Herbert (1991): Technikfolgen-Abschätzung als Instrument der Politikberatung, in: Präsidentin des Landtags NRW (Hrsg.), Technikfolgen-Abschätzung im Landtag NRW. Düsseldorf, 77-108.
- Pelinka, Anton, Manfred Welan (1971): Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien.

- Petermann, Thomas (1991) Technikfolgen-Abschätzung im Deutschen Bundestag – ein Institutionalisierungsprozeß, in: ders. (Hrsg.), Technikfolgen-Abschätzung als Technikforschung und Politikberatung. Frankfurt, 209-224.
- Petermann, Thomas (1991): Technikfolgen-Abschätzung als institutionalisierte Politikberatung, Arbeitspapiere der Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung hrsg. von Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung Nr. 2/91, Köln.
- Petermann, Thomas (1992): Technikfolgen-Abschätzung (TA) als prospektive Technikanalyse: Überlegungen zu einer Unterrichtseinheit: "Einführung in die Technikfolgen-Abschätzung", Arbeitspapiere der Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung hrsg. von Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung Nr. 4/92, Köln.
- Petermann, Thomas (Hrsg) (1990): Das wohlberatene Parlament, Bonn.
- Petermann, Thomas, Franz, Peter (1990): Warten auf TA. Ein Blick zurück, in: Das wohlberatene Parlament, hrsg. v. T. Petermann, 97-125, Bonn.
- Peters, A.R. (1990): West Germany, in: The Civil Service in Liberal Democracies, hrsg. v. J. E. Kingdon, 182-208, London.
- Pichler, Franz (1986): Technikbewertung: Erfahrungen in Frankreich – Folgerungen für Österreich, Wien.
- Porter, Alan L. et al. (1980): A Guidebook for Technology Assessment and Impact Analysis. New York.
- Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1991): Technikfolgen-Abschätzung im Landtag Nordrhein-Westfalen. Erfahrungen und Perspektiven parlamentarischer Technikbewertung. Düsseldorf.
- Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1992): Soziale Gestaltung der Technik – Gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr. Düsseldorf.
- Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1993): Schlanke Produktion. Landtag in der Debatte. Düsseldorf.
- Präsidium Des Folketings (1992): Werkstatt der dänischen Demokratie, Kopenhagen.
- Rakos, Christian (1988): Recent Developments of Technology Assessment and Environmental Impact Assessment in Europe, in: Project Appraisal Nr. 3/4, December 1988, Beech Tree Publishing, Guildford, Surrey, 205-209.
- Rakos, Christian et al. (1988): Technikbewertung und Umweltverträglichkeitsprüfung. Schriftenreihe der Forschungsinitiative des Verbundkonzerns Bd. 1. Wien.
- Rammert, Werner (1992): Entstehung und Entwicklung der Technik: Der Stand der Forschung zur Technikgenese in Deutschland, in: Journal für Sozialforschung hrsg. von Marin, Bernd, Nr. 2, 32.Jg./1992, Wien, 177-208.
- Ravn, Jørn (): The Board of Technology and Experience of Technology Assessment, Copenhagen.

- Reuter, Edzard (1986): Die Chancen der Vernunft – Über die Herausforderung moderner Technik, in: Die Zeit Nr. 16, 11. April 1986, .
- Rip, Arie; van den Belt, Henk (1986): Constructive Technology Assessment and Influencing Technological Development, .
- Ropohl, G. (1985): Die Wertproblematik in der Technik – Ein Beispiel für interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Forschung, Alpbach.
- Ropohl, Günter et al. (Hrsg.)(1990): Schlüsseltexte zur Technikbewertung. Dortmund.
- Ropohl, Günther (1993): Die gesellschaftliche Strukturdebatte und die Technikbewertung, Bd. II, in: Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa – 26. Deutscher Soziologentag Düsseldorf 1992 hrsg. von Meulemann, Heiner; Elting-Camus, Agnes, Westdeutscher Verlag, Opladen, 408-410.
- Saalfeld, Thomas (1990): The Western German Bundestag After 40 Years: The Role of Parliament in a 'Party Democracy', West European Politics 3/1990, 68-90.
- Scharpf, Fritz (1989): Politische Steuerung und Politische Institutionen, in: Politische Vierteljahresschrift Nr. 1, 1989, 10-21.
- Schatz, Heribert (1993): Sozialverträgliche Technikgestaltung – Erfahrungen aus der Projektträgerschaft für das NRW-Programm „Mensch und Technik“, in: V. Eichener und M. Mai (Hrsg.), Sozialverträgliche Technik – Gestaltung und Bewertung. Wiesbaden, 72-91.
- Schmidt, Manfred G. (1992): Gesellschaftliche Bedingungen, politische Strukturen, Prozesse und die Inhalte staatlicher Politik, in: Die EG-Staaten im Vergleich, hrsg. v. O. W. Gabriel, 414-433, Opladen.
- Schuchardt, Wilgart; Wolf, Rainer (1990): Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Technikkontrolle und Technikregulierung. In: Ropohl, Günter et al. (Hrsg.) (1990): Schlüsseltexte zur Technikbewertung. Dortmund. S 9-38.
- Shinroku, Saito (1982): Lighter than Air – Aircraft and Fine Ceramics, in: Internationales Symposium über die Rolle der Technologiefolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß 19.-21.Oktober 1982, Bonn.
- Smits, R.E.H.M. (1990): State of the Art of Technology Assessment in Europe. Report to the 2nd European Congress on Technology Assessment. Milan.
- Smits, Ruud; Leyte, Jos (1988): Key Issues in the Institutionalization of Technology Assessment, in: Futures Nr. 20/1, February 1988, Butterworth, Guildford Surrey , 19-45.
- Sonntag, Philipp (1990): Technikfolgenabschätzung in der Informationstechnik, VDI, Berlin.
- Sonntag, Philipp (1990): Zur Organisation der Technikfolgenabschätzung in der Informationstechnik im internationalen Bereich unter besonderer Berücksichtigung der technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen – eine Übersicht. Forschungsbericht. Berlin.

- Sonntag, Philipp (1990): Zur Organisation der Technikfolgenabschätzung in der Informationstechnik im internationalen Bereich unter besonderer Berücksichtigung der technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen – eine Übersicht , VDI, Berlin.
- Ster, A.A. (1990): The Demand for Technology Assessment in Europe, Milan.
- Ster, A.A. (1990): The Demand for Technology Assessment in Europe. Report to the 2nd European Congress on Technology Assessment. Milan.
- STOA (1993): Information Note on the STOA Programme of the European Parliament. Brussels.
- TAB (1993): Themenvorschläge für das Arbeitsprogramm 1993/94 des TAB, Bonn.
- Tálos, Emmerich (1991): Sozialpartnerschaft. Kooperation – Konzertierung – politische Regulierung, in: Dachs u.a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Manz, Wien, 390-411.
- Tálos, Emmerich (Hrsg.) (1993): Sozialpartnerschaft: Kontinuität und Wandel eines Modells, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- The Danish Board Of Technology (1992): Consensus Conferences, Kopenhagen.
- Tuininga, E.J. (1988): Technology Assessment in Europe, in: Futures Nr. 20/1, February 1988, Butterworth, Guildford Surrey , 46-53.
- Ullrich, Otto (): Technikfolgenabschätzung – ein Konzept zur politischen Gestaltung von Technik?, in: Technikfolgenabschätzung – als politische Aufgabe hrsg. von Westphalen, Raban Graf von, R. Oldenbourg, Wien, München, 74-102.
- Ullrich, Peter A. (1993): Die Österreicher und die Sozialpartner(schaft), in: Emmerich Tálos (Hrsg.), Sozialpartnerschaft: Kontinuität und Wandel eines Modells, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 131-147.
- VDI (1988): Empfehlungen zur Technikbewertung – Richtlinienentwurf , VDI, Düsseldorf.
- VDI (1991): Richtlinie VDI 3780 – Technikbewertung: Begriffe und Grundlagen, VDI, Düsseldorf.
- VDI-Technologiezentrum, Physikalische Technologien (1992): Aspekte und Perspektiven der Technikfolgenforschung Beiträge und Empfehlungen des Sachverständigenkreises Technikfolgenforschung und eines interdisziplinären Expertenteams an den Bundesminister für Forschung und Technologie, Düsseldorf.
- Vig, N. J. (1992): Parliamentary Technology Assessment in Europe: Comparative Evolution, Impact Assessment Bulletin 4/10/1992, 3-25.
- Vig, N.J. (): Parliamentary Technology Assessment in Europe: Comparative Evolution, in: Impact Assessment Bulletin Nr. 10/4, 1992, 3-24.
- Wenzel, Rüdiger (1982): Das Parteiensystem Dänemarks: Entwicklung und gegenwärtige Struktur, Karl Wachholtz Verlag, Neumünster.
- Westle, Bettina (1992): Politische Partizipation, in: Die EG-Staaten im Vergleich, hrsg. v. O. W. Gabriel, 135-172, Opladen.
- Westphalen, Raban Graf von (1990): Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. Zu einigen Problemen ihrer institutionellen Etablierung

- während der 10. Legislaturperiode, in: M. Mai (Hrsg.), Sozialwissenschaften und Technik, Bern/Frankfurt/New York, 111-130.
- Westphalen, Raban Graf von (Hrsg.)(1988): Technikfolgenabschätzung – als politische Aufgabe. München/Wien.
- Weyer, Johannes (1993): Wissenschaftstheoretische Implikationen des Praktisch Werdens der sozialwissenschaftlichen Technikfolgenabschätzung , Bd. II, in: Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa – 26. Deutscher Soziologentag Düsseldorf 1992 hrsg. von Meulemann, Heiner; Elting-Camus, Agnes, Westdeutscher Verlag, Opladen, 405-407.
- Zimmermann, Monika (1982): Thesenpapier zum Internationalen Symposium über die Rolle der Technologiefolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß, in: Internationales Symposium über die Rolle der Technologiefolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß 19.-21.Oktober 1982, Bonn.
- Zweck, Axel (1993): Die Entwicklung der Technikfolgen-Abschätzung zum gesellschaftlichen Vermittlungsinstrument. Opladen.

PTA Organisationen in Europa

**Büro für Technikfolgen-
Abschätzung des Deutschen
Bundestages (TAB)**
Rheinweg 121
D-53113 Bonn
BRD

POST
2 Little Smith Street
SW1P 3DL London
United Kingdom

NOTA
Koninginnegracht 56
Postbus 85525
NL-2508 CE Den Haag
Netherlands

STOA
European Parliament
Bât Schuman 4/84
L-2929 Luxembourg

OPECST
233, Boulevard Saint-Germain
F-75355 Paris 07 SP
France

TeknologiNævnet
Antonigade 4
1424
DK-1106 København K

Autoren dieses Bandes

Michel Antoine	wiss. Mitarbeiter bei OPECST, Paris
Ann Campbell	MP House of Commons, Member of POST-Board (Head?)
Wolf-Michael Catenhusen	Vorsitzender des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages, Bonn
Mag. Dr. Gerda Falkner	wiss. Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
Wim van Gelder	Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für Wissenschaftspolitik des Niederländischen Parlaments
Dr. Katrin Grüber	Ausschlußvorsitzende des Ausschusses Mensch und Technik, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen
Dr. Manfred Mai	Director of POST, London
Dr. Michael Norton	wiss. Mitarbeiter am Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien
Mag. Dr. Walter Peissl	stv. Leiter des TAB, Bonn
Dr. Thomas Petermann	Generalsekretär Teknologisævnet, Kopenhagen
Jørn Ravn	Vorsitzender des Forschungsausschusses im Dänischen Parlament
Kjeld Rahbæk Møller	wiss. Mitarbeiterin NOTA, Den Haag
Lydia Sterrenberg	wiss. Mitarbeiter am Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien
Dr. Helge Torgersen	